

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

35. Sitzung vom 4. April 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 45
2. Fragestunde		7. Umstellung der Tagesordnung	S. 45
1. Anfrage (FSP-01145-2013/0001-KGR/GM)	S. 3	8. 00784-2013/0001-MDLTG; P 1: Wahl von Ersatzmitgliedern Vorstand KFA	S. 45
2. Anfrage (FSP-01143-2013/0001-KFP/GM)	S. 5	Abstimmung	S. 45
3. Anfrage (FSP-01140-2013/0001-KSP/GM)	S. 10	9. 00785-2013/0001-MDLTG; P 2: Wahl von Ersatzmitgliedern Überwachungsausschuss KFA	S. 45
4. Anfrage (FSP-01150-2013/0001-KU/GM)	S. 13	Abstimmung	S. 45
5. Anfrage (FSP-01148-2013/0001-KVP/GM)	S. 15	10. 00651-2013/0001-GFW; MA 5, P 4: Bar-mittel an den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds	S. 45
3. AST/01171-2013/0002-KFP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Stopp dem SPÖ-Privatisierungswahn! – Wiener Gemeinderat soll wieder ausgegliederte Unternehmen, Betriebe und Fonds kontrollieren können!"		Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 45
Rednerin bzw Redner:		Rednerinnen bzw Redner:	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 19	GRin Mag Barbara Feldmann	S. 45
StR Mag Manfred Juraczka	S. 20	GRin Dr Monika Vana	S. 46
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 21	GR Ing Bernhard Rösch	S. 48
GR Ing Christian Meidlinger	S. 22	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 50
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 23	GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 51
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 23	GR Mag Wolfgang Jung	S. 53
GRin Dr Monika Vana	S. 24	GR Christoph Peschek	S. 54
GR Dominik Nepp	S. 25	GR Ing Bernhard Rösch	S. 57
GR Heinz Hufnagl	S. 26	Berichterstatter GR Franz Ekkamp	S. 58
4. 01195-2013/0001- MDLTG: Mitteilung von Amtsf StRin Sandra Frauenberger betreffend Ergebnisse der Volksbefragung	S. 27	Abstimmung	S. 59
Rednerin bzw Redner:		11. Ordnungsruf an GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 50
StR Mag Manfred Juraczka	S. 28	12. 00102-2013/0001-GSK; MA 21, P 28: Plan Nr 8028: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 22, KatG Breitenlee	S. 59
GR David Ellensohn	S. 29	Berichterstatter GR Erich Valentin	S. 59
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 31	Redner:	
GRin Mag Dr Barbara Kappel (tatsächliche Berichtigung)	S. 33	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 59
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 34	GR Anton Mahdalik	S. 59
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 35	GR Karlheinz Hora	S. 61
GR Mag Dietbert Kowarik	S. 38	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 62
GR Christian Deutsch	S. 40	Abstimmung	S. 63
GR Mag Wolfgang Jung	S. 42	13. Dank von Vorsitzendem GR Godwin Schuster an den ausscheidenden GR Karlheinz Hora	S. 62
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 43	14. 00646-2013/0001-GIF; MA 17, P 3: Sub-vention Verein ZARA	
GR Armin Blind	S. 44	Berichterstatterin	
Abstimmung	S. 44	GRin Anica Matzka-Dojder	S. 63
5. Mitteilung des Einlaufs	S. 45	Rednerin bzw Redner:	
6. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung		GR Senol Akkilic	S. 63

GR Mag Wolfgang Jung	S. 65	GR Mag Gerald Ebinger	S. 78
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 68	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 78
GRin Mag Martina Wurzer	S. 69	Abstimmung	S. 78
GR Armin Blind	S. 70		
GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 72	20. 00712-2013/0001-GKU; MA 7, P 22:	
GR Senol Akkilic	S. 73	Dreijahresvereinbarung Verein Sammlung	
GR Mag Wolfgang Jung	S. 74	Rotes Wien	
Berichterstatterin		Berichterstatter GR Petr Baxant, BA	S. 78
GRin Anica Matzka-Dojder	S. 75	Rednerin bzw Redner:	
Abstimmung	S. 75	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 78
		GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 79
15. Ordnungsruf an GR Mag Wolfgang Jung	S. 69	GR Mag Gerald Ebinger	S. 79
		GRin Mag Sybille Straubinger	S. 80
16. Ordnungsruf an GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 74	Abstimmung	S. 81
17. 04789-2012/0001-GKU; MA 7, P 15:		21. 00566-2013/0001-GJS; MA 13, P 11:	
Subvention Kulturverein österreichischer		Subvention Verein Gesellschaft für das	
Roma		schöpferische Spiel	
Berichterstatter GR Petr Baxant, BA	S. 76	Berichterstatterin GRin	
Redner:		Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 81
GR Mag Gerald Ebinger	S. 76	Redner:	
Berichterstatter GR Petr Baxant, BA	S. 77	GR Dr Wolfgang Ulm	S. 81
Abstimmung	S. 77	GR Mag Günter Kasal	S. 82
		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 82
18. 00709-2013/0001-GKU; MA 7, P 16:		GR Christoph Peschek	S. 84
Subvention Verein Wiener Stadtfeste		GR Dr Wolfgang Aigner	S. 84
Abstimmung	S. 78	Berichterstatterin GRin	
		Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 84
		Abstimmung	S. 84
19. 00710-2013/0001-GKU; MA 7, P 17:		22. 00623-2013/0001-GJS; MA 13, P 12:	
Subvention Verein zur Förderung der		Subvention Verein Wiener Jugendzentren	
Stadtbenutzung		Abstimmung	S. 85
Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 78		
Redner:			

(Beginn um 09.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderats!

Ich eröffne die 35. Sitzung.

Entschuldigt sind, und die Witterung zeigt sich auch hier wieder: GRin Mag Anger-Koch, GRin Graf, GRin Dr Kickert, GRin Ing Leeb, GR Mag Neuhuber, GRin Schubert, GR Seidl, GR Stark und GR Woller. Es sind einzelne Mitglieder des Gemeinderats zeitlich entschuldigt, ich nennen nur jene, die einen längeren Zeitraum weg sind: GR Flicker bis 14 Uhr, GRin Mag Dr Kappel ab 13 Uhr, GR Dr Troch ab 18 Uhr und GR Vettermann ab 15.30 Uhr. Und dann sind Einzelne noch kurzfristig entschuldigt.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP - 01145-2013/0001 - KGR/GM) wurde von Herrn GR David Ellensohn gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (Sehr geehrter Herr Stadtrat! Kürzlich wurde die neue Kinderaktivcard präsentiert. Was kann man sich genau unter der Kinderaktivcard vorstellen, welche zusätzlichen Angebote bietet sie?)

Bitte, Herr Stadtrat. (Lautes Plenum.) Ich bitte, den Lärmpegel etwas zu reduzieren. Ich glaube, es ist nicht unbedingt notwendig, dass man in den Reihen und hinter den Reihen so laut spricht. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Einen wunderschönen guten Morgen. Wenn man mit einer, wie ich denke, sehr wichtigen und wesentlichen Neuerung auf der einen Seite und auf der anderen Seite aber auch mit Fortsetzung und dem Ausbau eines sehr erfolgreichen Kinder- und Jugendangebots diese Fragestunde, diesen Gemeinderat beginnen kann, ist es natürlich ein besonders schöner Moment. Sie fragen mich nach den entsprechenden Angeboten der „kinderaktiv“-Card und ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, diese „kinderaktiv“-Card in den letzten Tagen und Wochen Kindern, Jugendlichen und Familien zugänglich machen zu können und damit einen, denke ich, ganz wesentlichen Schritt zum weiteren Ausbau des vielfältigen, des niederschweligen, des großteils kostenlosen Angebots für Kinder und Jugendliche in Wien den Wiener Familien präsentieren zu können. Wien hat ja gerade im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und der Angebote für Kinder und Jugendliche einen ganz besonderen Ruf. Das Wiener Ferienspiel, das vor Kurzem Jubiläum gefeiert hat, und die vielen, vielen Angebote haben ein großes Renommee und sind international einzigartig. Jedes Mal, wenn internationale Delegationen in die Stadt kommen und wir ihnen das Angebot des Ferienspiels, von „kinderaktiv“ und viele andere Angebote präsentieren, dann sind sie eigentlich sehr beeindruckt. Aber bis heute ist es nur ganz wenigen Städten gelungen, das in dem Ausmaß, in der Vielfalt, in dem vielfältigen Angebot auch anzubieten. Insofern ist die „kinderaktiv“-Card auf der einen Seite eine Fokussierung der vielfältigen Ange-

bote und damit aber auch einer klareren Sichtbarmachung der vielfachen Angebote für Wiener Familien, und sie ist ein weiterer Ausbau der erfolgreichen „kinderaktiv“-Schiene, des erfolgreichen „kinderaktiv“-Programms, das wienXtra den Wiener Familien einfach anbietet. „kinderaktiv“ ist hier ein kostenloses, ein monatliches Programm mit Freizeitangeboten für Kinder bis 13 Jahre. Es erreicht die Familien direkt in einem großen Ausmaß und es bietet attraktive Freizeit- und Unterhaltungsangebote aus den Bereichen Sport, Kultur, Kunst, Natur, Kreativität vor allem an Wochenenden, an schulfreien Tagen und in den Oster- und Sommerferien. Und es ist das eine Ergänzung zum wienXtra-Ferienspiel, das ich ja, glaube ich, in diesem Kreis nicht besonders vorstellen muss. Der wesentliche Bereich dabei ist: Wir unterscheiden uns ganz maßgeblich mit unserer Angebotspalette von normalen, kommerziellen Angeboten. Es geht uns hier in der Angebotsschiene immer wieder auch um eine Qualitätskontrolle. Das ist ganz, ganz wesentlich und wichtig. Wir wollen keine Verkommerzialisierung des Freizeitangebotes für Kinder und Jugendliche in der Stadt, sondern gerade der Aspekt der Qualität, der Altersadäquatheit und auch letztendlich der Leistbarkeit ist ein ganz wesentlicher Faktor in diesen Angeboten. Ich glaube, das unterscheidet diese Schiene eben von anderen Angeboten, die es ja immer wieder mit Sonderrabatten und ich weiß nicht, was alles gibt. Wir achten sehr genau auf Altersadäquatheit, auf Qualität und letztendlich auch auf die Leistbarkeit. Wir bieten hier sehr viel und durch die „kinderaktiv“-Card bieten wir mehr. Es werden damit auch jene Einrichtungen, die sich beteiligen, sichtbarer. Es werden die Freizeitangebote in Wien sichtbarer, seien es die Jugendzentren, seien es aber auch die Bäder und der kostenlose Eintritt in den Ferien, weil es hier die entsprechende Markierung auch geben wird und es hier damit einen leichteren und einen bewussteren Zugang zu diesen Angeboten gibt.

„kinderaktiv“ ist letztendlich auch die Erweiterung der Familientagebroschüre von wienXtra und enthält jetzt auf 64 Seiten noch mehr entsprechend kostengünstige Angebote, Highlights, Spezialangebote und Tipps für die Freizeitgestaltung mit Kindern in Wien. Das Programm umfasst derzeit zirka 80 verschiedene Aktionen mit 180 Terminen, und das in der Erstpräsentation des ersten Monats. Für Kinder kosten die Veranstaltungen maximal 6 EUR, der überwiegende Teil davon sind Gratisangebote. Man erhält die entsprechenden Informationen natürlich auch über das „kinderaktiv“-Programm auf der Website der „kinderaktiv“-Card oder direkt über die wienXtra-Kinderinfo.

Die „kinderaktiv“-Card selbst ist kostenlos und mit dieser Karte sind zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten aus dem „kinderaktiv“-Programm ermäßigt oder gratis zu besuchen. Die Angebote umfassen eben Freizeitaktivitäten in den verschiedensten Bezirken genauso wie Großveranstaltungen und stadtweite Aktionen. Für „kinderaktiv“-Card-BezieherInnen gibt es spezielle Angebote und kostengünstige Aktionen, zum Beispiel ermäßigte Eintritte zu Museums- und Theateraktivitäten, verbilligte Kinovorstellungen, Gratissportschnupperangebo-

te, ermäßigte Kreativaktionen oder auch Gratispielveranstaltungen. Ich nehme nur das Beispiel März, damit man sieht, wie stark letztendlich auch die Resonanz auf diesen Bereich ist. Die Märchentage im Wiener Rathaus, die in der Osterwoche stattgefunden haben, wurden gestürmt. Über 5 000 Besucherinnen und Besucher haben mit der „kinderaktiv“-Card diese Veranstaltung besucht. Es zeigt sich gerade auch in der massiven Steigerung, dass es hier wirklich gelungen ist, etwas zu präsentieren, was zusätzliche Kinder- und Jugendgruppen, zusätzliche Familien letztendlich anspricht, hier die Angebote auch zu nutzen.

„kinderaktiv“ bietet den „kinderaktiv“-Card-BesitzerInnen jeden Monat neue Highlights, Spezialangebote und auch spannenden Wien-Tipps. Im April gibt es zum Beispiel drei Schifffahrten mit Clown Murphy oder auch freien Eintritt an drei Aprilsonntagen an allen Standorten des Wien Museums, zum Beispiel auch im Römer-Museum, und es gibt Gratisplätze, die immerhin einen Wert von 49 EUR haben, oder auch günstige Kinderkonzerte, die wir den Kindern und Jugendlichen im „Haus der Musik“ anbieten werden. Die „kinderaktiv“-Card wird über MedienplakatepartnerInnen und den Direktversand beworben und auch vertrieben. Speziell haben wir hier auch die Wiener Kindergärten aufgenommen, um einmal mehr einfach auf diese Angebote auch hinzuweisen, auf der einen Seite auf die bestehenden, aber auch, um die vielen zusätzlichen Angebote hier bewusst zu machen, denn viele von uns sind ja eigentlich mit dem Ferienspiel und vielen Angeboten aufgewachsen. Nur, auch solche muss man immer wieder ins Bewusstsein rufen und ich denke, dazu ist die „kinderaktiv“-Card ein geeignetes Mittel.

Wir haben seit der Einführung Mitte März bereits 1 500 Neubestellungen zum Programm der „kinderaktiv“-Card, Nachfragen und eine Vielzahl von sehr positiven Reaktionen, weil es hier eben gelungen ist, den Familien eine sehr übersichtliche und brauchbare Methode für die vielfältigen Angebote zu bieten. Insofern glaube ich, ist es ein hervorragendes Projekt, damit man diese Angebote auch bewusst macht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Ellensohn, bitte schön.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Vielen Dank, Herr Stadtrat, für die sehr ausführliche Beantwortung.

Wir haben in Wien für Kinder ja nicht nur die „kinderaktiv“-Card, sondern wir sind in Österreich im Vergleich der Bundesländer Vorbild beim Gratiskindergarten und bei der höchsten Kindermindestsicherung. Also Familien wissen, welchen Beitrag, welche Unterstützung sie von der Gemeinde Wien erhalten. Ich weiß das auch als dreifacher Familienvater, was für ein großes Angebot es für Kinder, für kleine Kinder in dieser Stadt gibt.

Eine kurze Frage noch, Sie haben ja sehr ausführlich geantwortet, so viel Zeit haben wir nicht immer, wenn wir es den Journalisten und Journalistinnen sagen, aber vielleicht in einer komprimierten Form: Was ist denn der wesentliche Unterschied, die wesentlichen Erneuerun-

gen durch die „kinderaktiv“-Card?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: In erster Linie, denke ich, ist es ein sehr umfassender Ausbau der bisherigen Angebote von „kinderaktiv“. Nur als Beispiel: Das Programm wurde von bisher 52 auf 64 Seiten verstärkt. Es finden sich damit viel mehr Angebote, es gibt mehr Angebote vor allem für die Zielgruppe der 0- bis 13-Jährigen und speziell auch mehr Angebote für die 0- bis 3-Jährigen. Wir verstärken auch durch die „kinderaktiv“-Card das Angebot im Bereich der schulfreien Tage. Wir haben dazu auch speziell günstige Monatsangebote aufgenommen. Es wird jedes Mal auch ein bisschen einen Überraschungseffekt im Programm geben, auf den wir hinweisen können, und letztendlich die direkte Information durch eine größere Zielgruppe, die wir direkter mit dem Programm erreichen und damit einfach diesen niederschweligen Zugang, der uns wichtig ist. Neben vielen Entlastungsmaßnahmen wird es auf der einen Seite möglich, kulturelle Angebote der Stadt, sportliche Angebote der Stadt einfach zu nutzen. Und hier ist die „kinderaktiv“-Card, denke ich, ein gutes Medium dafür, um das sicherzustellen, denn es ist gerade, und da braucht man sich ja nichts vorzumachen, immer wieder sehr schwierig, Zielgruppen, die man eigentlich im Auge hat, dass sie solche Angebote nutzen, auch zu erreichen. Insofern war es für uns ganz, ganz wichtig, durch die „kinderaktiv“-Card noch stärker jene Zielgruppen zu erreichen, für die wir diese Angebote auch machen, nämlich jene, die sozial schwächer gestellt sind, die es sich nicht leisten können und hier aber einen Zugang zu kulturellen, sportlichen, kreativen Angeboten haben, die sie sonst nicht nutzen könnten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage stellt GR Mag Kasal.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Auch Ihnen einen wunderschönen guten Morgen, Herr Stadtrat!

Der Bereich der Kinderarbeit ist eine besonders große Chance, die Integration genau in diesem Altersbereich zu unterstützen. Meine Frage an Sie: Wurde diese Chance auch genutzt und wird es auch Sprachangebote geben?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wir sind in diesem Bereich in einer zweiten, aber durchaus ganz wesentlichen Schiene. Wie gesagt, das „kinderaktiv“-Programm richtet sich in erster Linie an den niederschweligen Zugang zu Kultur, Sport, Kreativität und all jene Bereiche, die für Kinder ganz, ganz wesentlich sind. Aber wir haben zum Beispiel selbstverständlich auch die vielfältigen Angebote der Büchereien in das Programm mit aufgenommen, wo es gerade auch durch den Leseschwerpunkt, durch den frühkindlichen Leseschwerpunkt, wo wir Angebote von null bis drei Jahre haben, die schon für das ganze Jahr hindurch ausgebucht sind, einen ganz, ganz wesentlichen Schwerpunkt gibt. Darüber hinaus gibt es selbstverständlich ja auch unsere vielfältigen

Angebote zum Beispiel in den Ferienmonaten. Ich erinnere an die Kombination von Spracherwerb und Sport. Ich erinnere an die vielfältigen Angebote, die es im Bereich der Magistratsabteilung 17 auch in diesem Bereich gibt, die selbstverständlich im Programm immer wieder eine entsprechende Rolle spielen werden. Sie werden aber maßgeblicher als über die „kinderaktiv“-Card immer wieder natürlich auch über die Schulen und über die sonstigen Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit an die Kinder und Jugendlichen, vor allem an die Eltern herangetragen. Insofern gibt es diese Angebote als ganz wesentlichen Bestandteil, als integralen Bestandteil, aber nicht mit dem aufgesetzten „Da geht's jetzt um Sprache.“, sondern gerade über das spielerische Lernen, über Kreativität, über Auseinandersetzung mit vielen Kindern bei den Aktionen, was ja ein wichtiger Schwerpunkt im Ferienspiel ist, wird das erreicht. Ich glaube, das ist der kinder- und altersadäquatere Zugang.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. Die 3. Zusatzfrage stellt Frau GRin Mag Feldmann, bitte schön.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Soweit mir bekannt ist, ist wienXtra ein Verein. Ich finde es verwunderlich, dass Sie, Herr Stadtrat, auf einem offiziellen Papier und in der Funktion als Stadtrat die Aktivitäten eines privaten Vereins mit einem Schreiben an jeden Haushalt bewerben. Zudem war eine Karte geplant, die mit einem Guthaben aufzuladen war und dann den Kindern gratis Zugang zu Sport-, Musik- und Sprachangeboten geben sollte. Aus budgetären Gründen ist dies jedoch nicht umgesetzt worden und ich frage Sie, ob Sie das ursprüngliche Projekt, so wie es geplant war, nicht als gescheitert betrachten, vor allem angesichts der Schmalspurvariante, die ja nichts anderes als ein Plagiat der Familienkarte ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich weiß nicht, welches Plagiat der Familienkarte Sie jetzt anführen. Ich weiß auch nicht, wie Sie zu dem Schluss kommen, dass man daraus ein gescheitertes Projekt machen kann. Tatsache ist, gerade auch auf Grund der Tatsache, dass wir einen niederschweligen Zugang erreichen wollten, haben wir selbstverständlich auf ein bewährtes Modell, nämlich auf „kinderaktiv“, auf die Familientage aufgesetzt, um hier in einem Schwung eigentlich sehr viele Menschen zu erreichen. Es geht hier immerhin um 64 000 Familien, die wir mit diesem Angebot bringen. Ich verhehle auch nicht, dass gerade der Verein wienXtra ein Verein ist, der seitens der Stadt und im Auftrag der Stadt arbeitet und seine Angebote ja auch maßgeblich entsprechend ausrichtet. Daher ist es gar kein Geheimnis, warum man das nicht auch an die Menschen herantragen soll. So etwas fällt nicht vom Himmel, sondern es ist bewusster politischer Wille der Stadt, dass es diesen Verein gibt. Dieser Verein arbeitet mit den Mitteln der Stadt und ich glaube, das kann man den Wienerinnen und Wienern auch sagen und soll es ihnen auch sagen, weil es ja sonst wieder den Vorwurf gibt, dass man da

irgendwas verheimlicht.

Auf der anderen Seite muss ich ganz offen sagen, wir haben uns damals ganz bewusst - und lesen Sie auch das Regierungsprogramm - dafür entschieden, eine wesentliche Entlastungsmaßnahme und Unterstützungsmaßnahme für Familien im Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung mit dem höchsten Beitrag für Kinder letztendlich zu setzen. Das war der Zugang, für den wir uns entschieden haben. Und so findet es sich auch im entsprechenden Programm, dass wir gesagt haben, darüber hinaus soll es aber trotz alledem in Form von Sachleistungen, in Form von klassischen Angeboten für alle Familien dieser Stadt, und das ist mir ganz, ganz wichtig und wesentlich in dem Bereich, einen niederschweligen Zugang zu Kultur, zu Kunst, zu Sport geben. Das deckt die „kinderaktiv“-Card ab. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Unterstützung hier gerade für Familien mit Kindern ist ein zweiter Weg, für den wir uns politisch entschieden haben.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 4. Zusatzfrage stellt GR Ellensohn. Er verzichtet auf diese. - Danke für die Beantwortung gesamt der 1. Frage.

Wir kommen nun zur 2. Frage (*FSP - 01143-2013/0001 - KFP/GM*). Sie wurde von Frau GRin Mag Dr Kappel gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (*In den nächsten Monaten wird der Brauereikonzern Heineken, die Muttergesellschaft der Brau Union AG, seine Osteuropa-Zentrale von Wien nach Amsterdam verlegen und damit mittelfristig hunderte Arbeitsplätze in Österreich abbauen. Der Technologiekonzern Nokia, der Kaffeehersteller Nespresso und andere multinationale Konzerne haben ihre CEE-Headquarters bereits aus Wien abgezogen. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien für international tätige Konzerne zu erhöhen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Wienerinnen und Wiener zu schaffen?*)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Vielen Dank und einen schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Frage beschäftigt sich mit der Situation von Betriebsansiedlungen und der Situation von Headquarters im Besonderen für Zentral- und Osteuropa hier bei uns in Wien und unterstellt, dass hier eine negative Entwicklung zu beobachten ist und stellt die Frage, wie mit dieser Situation in Zukunft umgegangen werden soll.

Dazu ist grundsätzlich anzumerken, dass sich natürlich die Situation der Wirtschaftsunternehmungen genau so rasch verändert wie generell die Situation der Wirtschaft und auch die weltpolitische Situation. Warum sage ich das? Was hat die Weltpolitik mit der Wirtschaft in Wien zu tun? Nun, wir beobachten, dass international gerade große Konzerne eine sehr starke Tendenz und einen großen Trend zur Restrukturierung zeigen und zwar deswegen, weil sich einfach die Situation gerade im Zusammenhang mit Zentral- und Osteuropa sehr verändert hat, historisch, und Sie wissen das alle. Wir haben alle miteinander jahrelang in diese Richtung argumen-

tiert, Wien ist das Tor zum Osten, und sehr viele haben Wien als Headquarter genutzt, um die Märkte Zentral- und Osteuropas zu erobern, wenn ich dieses ein wenig martialisch klingende Wort verwenden darf. Da hat sich natürlich mittlerweile sehr viel geändert. Es hat einen massiven Aufholprozess in den mittel- und osteuropäischen Staaten gegeben und viele international agierende Konzerne sagen auch sehr deutlich, dass eine Headquarter-Funktion in dieser Form für Zentral- und Osteuropa auf Grund dieser Entwicklung gar nicht mehr notwendig ist. Dazu kommt auch noch, und das kennen Sie alle, dass natürlich Unternehmungen genauso wie andere in der Kommunikation dank der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Kommunikation sehr viel flexibler geworden sind.

Das heißt, dass wir einen internationalen Trend zur Umstrukturierung internationaler Konzerne haben, dem sich natürlich eine isolierte Stadtökonomie auch nicht entziehen und widersetzen kann und dass wir es hier mit einem Phänomen zu tun haben, wo man als Kommunalpolitiker wenig Akzente dagegen setzen kann.

Was man aber sehr wohl tun kann und das tun wir, ist, solche Veränderungen nicht zu erdulden, sondern als eine wirtschaftspolitische Herausforderung zu sehen und da auch entsprechende neue Möglichkeiten zu suchen. Diese neuen Möglichkeiten haben wir schon in den vergangenen Jahren gesucht, indem wir die Rolle Wiens auch verändert haben. Ich bin ja viel unterwegs und versuche, Wien auch international entsprechend zu bewerben und Wien ist, wenn ich gefragt werde, was denn jetzt die spezielle Rolle Wiens als Wirtschaftsmetropole ist, nicht mehr das Tor zum Osten, sondern Wien hat mittlerweile eine Drehscheibenfunktion mitten in Europa und insofern ist das auch der Zusammenhang zur geopolitischen Situation. Wien ist also mittlerweile eine Drehscheibe im Herzen Europas geworden. Und diese Drehscheibe zu nutzen und damit auch für große Konzerne interessant zu bleiben und noch interessanter zu werden, das ist der Schwerpunkt, das ist das konstitutive Element unserer Ansiedlungspolitik, mit dem wir in der Vergangenheit, denke ich, auch recht erfolgreich waren. Das heißt aber, dass wir natürlich auch andere Zielmärkte und andere Zielgruppen mit den Ländern und mit den Unternehmungen aus diesen Ländern haben, die wir versuchen anzusprechen. Mittlerweile kommt ein beträchtlicher Teil der Unternehmungen, die sich in Wien ansiedeln, auch aus den neuen EU-Ländern, auch aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Russland und den neuen Staaten. Das heißt, auch hier nutzen diese Unternehmungen eben diese Drehscheibenfunktion und es ist nicht mehr nur der Trend in die eine Richtung, sondern auch in die andere Richtung, wie es eben einer Drehscheibe zwischen Ost und West entspricht.

Die zweite Zielgruppe, die sich daraus neu ergeben hat, und natürlich sind Deutschland und die USA nach wie vor ein zentraler Herkunftsmarkt für große Unternehmungen, aber es gibt eben auch Neue, die Genannten aus den neuen EU-Ländern, und dazu kommen natürlich auch, immer wichtiger für uns, die Drittstaaten. Gerade Unternehmungen aus Brasilien zum Beispiel

sind sehr interessiert an dem Wirtschaftsstandort, aber natürlich auch Indien und China, von denen wir ja alle wissen, dass ihre Wirtschaftsdaten im Moment sehr viel besser sind als die, die wir in Europa zu beobachten haben, nutzen diese Drehscheibenfunktion verstärkt. Das beweisen auch die Zahlen.

Ich darf Ihnen sagen, dass im Jahr 2012, und auf das sind wir schon recht stolz, mehr als die Hälfte aller Unternehmungen, die sich in Österreich angesiedelt haben, nach Wien gekommen sind. Das zeigt also, dass die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien ungebrochen ist, ganz im Gegenteil, dass eben diese neue Funktion sehr gut angenommen wird. Wir haben 2011 ja ein Rekordjahr geschrieben und auch im vergangenen Jahr sind es wieder 120 internationale Unternehmungen gewesen, die sich hier alleine über die Ansiedlungsagentur in Wien angesiedelt haben. Es gibt natürlich darüber hinaus auch Unternehmungen, die in dem Sinn gar keine Unterstützung brauchen, auch gut, aber wir konzentrieren uns auf die, die Unterstützung brauchen. Diese 120 internationalen Unternehmungen werden 75 Millionen investieren und fast 1 500 neue Arbeitsplätze in Wien schaffen. Also ich denke, das ist schon eine Zahl, die zeigt, dass wir hier sehr gut unterwegs sind.

Es ist ein Zufall, aber gerade heute in der Früh habe ich in der „FAZ“ einen Artikel gelesen, wo Wien, aber auch Gesamt-Österreich im Zusammenhang mit Life Science positiv erwähnt wird, aber ganz besonders Wien, wo zum Beispiel die Firma Biolitec, ein Spezialist für Laseranwendungen mit Hauptwohnsitz in Jena, erklärt: „Diese angewandte Entwicklung für Medizintechnik wollen wir verstärkt in Wien durchführen.“ und die jetzt eben eine Tochtergesellschaft gegründet haben. Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Wir haben zum Beispiel Mitsubishi Heavy Industries mit Hilfe der Wirtschaftsagentur voriges Jahr angesiedelt, oder Beleg für das, was ich vorhin zum Thema BRICS-Länder sagte, die brasilianische Brascan, den größten Thermoplasthersteller Lateinamerikas und ein echtes Schwergewicht im internationalen Petrochemiegeschäft.

Nicht zuletzt ist es mir auch wichtig, dafür zu sorgen, dass große Unternehmungen, die wir schon da haben, sich auch weiterentwickeln können. Insofern bin ich besonders stolz, weil ich mich da persönlich wirklich, man kann fast sagen, jahrelang dafür engagiert habe, dass das klappt, dass sich die Firma Hörbiger jetzt entschlossen hat, ihren neuen ausgeweiteten Standort mit zusätzlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Aspern zu errichten, ein neuer Standort, der, denke ich, auch ein ganz wichtiger Entwicklungsschub für Aspern ist, aber auch dem Unternehmen Möglichkeiten gibt, die am alten Standort, und die Simmeringer Freunde mögen wir verzeihen, aber es ist halt in einem dicht besiedelten Gebiet nicht so leicht, was Neues zu errichten wie an einem neuen Standort in Aspern - die also dort Möglichkeiten vorfinden, die es sonst nicht gegeben hätte. Darauf setzen wir weiterhin.

Wir setzen weiterhin auf die Schaffung guter Infrastrukturen für diese zentrale Rolle Wiens als Drehscheibe, und wir sind auch dabei, unser Förderinstrument

entsprechend anzupassen. Wir haben ja die Förderinstrumente der Wirtschaftsagentur, wie Sie wissen, evaluiert und eines dieser Ergebnisse ist, dass wir auch hier noch verbesserte Förderinstrumente entsprechend entwickeln werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Mag Dr Kappel. Bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin, und vielen Dank für die Beantwortung der Frage. Ich darf gleich eine Zusatzfrage dazu stellen.

Sie haben soeben erwähnt, dass international tätige Unternehmen derzeit verstärkt in Restrukturierungsphasen sind und folglich quantitative Faktoren stärker in die Bewertungen einfließen. Das heißt, Unternehmen prüfen die Standorte, an denen sie sich niederlassen beziehungsweise wohin sie expandieren könnten, sehr genau. Deshalb oft auch die Restrukturierung! Diese Prüfungen sind in erster Linie wettbewerbsorientiert. Da zählen quantitative Faktoren wie zum Beispiel Steuerbelastung, Energiepreise, das Bildungssystem oder auch Forschung und Entwicklung. Den Bereich „Life Sciences“ sprachen Sie ja bereits an.

Im Bereich dieser quantitativen Faktoren, nämlich der Steuerbelastung, der Arbeitskosten und damit auch der Lohnnebenkosten ist die aktuelle Diskussion zum Thema Wertschöpfungsabgabe, das heißt, die weitere Erhöhung der U-Bahn-Steuer für die Dienstgeber, kontraproduktiv. Hohe Steuerbelastung und hohe Energiepreise sind wettbewerbshemmende Parameter. Meine Frage nun an Sie: Werden Sie im Bereich der quantitativen Faktoren Maßnahmen setzen, um eine höhere Attraktivität des Standortes Wien, verglichen mit anderen europäischen Hauptstädten, zu gewährleisten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Frau Kollegin!

Sie kommen aus der Wirtschaft. Sie wissen, dass die abstrakten Lohnkosten nicht das Interessante sind. Das Interessante ist die Produktivität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, denn wenn ich jemandem nichts zahle und der lauter Ausschuss produziert, dann ist das viel weniger interessant, als wenn ich jemanden gut bezahle und exzellente Produkte mit einer ganz hohen Produktivität bekomme. Und genau das ist der Fall. Die Produktivität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Wien ist im internationalen Vergleich extrem hoch und absolut top in Österreich. Das ist auch die Antwort, die ich von allen internationalen Unternehmensleitungen bekomme, vor allem auch von denen, die, und auch diesen Trend gibt es erfreulicherweise, nach Zentral- und Osteuropa ausgelagerte Bereiche wieder nach Wien zurückholen, weil sie sagen, in Wien ist die Produktivität so hoch und ich zahle gerne, wenn ich dafür einen entsprechenden Gegenwert bekomme, weil ja die Stückkosten interessant sind. Wenn ich wenig zahle und zwei Stück pro Stunde kriege, dann ist das für mich schlechter als wenn ich gut zahle und 20 krieg'. Entsprechend sind auch die Information und die Rückmeldungen, die wir

von den Unternehmungen bekommen, die vom Wirtschaftsstandort sehr überzeugt sind. Das ist der Zugang, den ich habe. Diese Produktivität muss erhöht werden, da müssen wir noch besser werden. Und um es ein bisschen salopper zu sagen, Sie kennen meinen Spruch: Wir werden und wir wollen gar nicht die Billigsten sein, das können wir auch gar nicht. Wir müssen und wir werden die Besten sein. Wien wird sich nicht als Billiglohnland durchsetzen und jetzt mit irgendwelchen Billiglohnländern in Asien in Konkurrenz treten, wiewohl sich ja da, wie wir alle wissen, die auch keine Vorteile mehr haben und die Entwicklung sich schon sehr verändert hat. Aber keinesfalls können und wollen wir ein Billiglohnland sein. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges Land sein, in dem hochqualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hochqualifizierte Produkte und Dienstleistungen produzieren. Genau da setzen wir an. Deswegen ist unser absoluter Schwerpunkt bei der Förderung, Forschung, Entwicklung und Innovation und zwar für alle, nicht nur, und das ist mein Mantra, für die Großen, weil oft glaubt man ja, Innovation ist nur was für die Großunternehmungen. Nein, ganz im Gegenteil. Unsere Förderungen konzentrieren sich auf die kleinen, auf die KMUs, auf die Ein-Personen-Unternehmungen. Die haben sehr wohl Chancen in der Internationalisierung und gerade für die ist die Innovation besonders wichtig. Auf die konzentriert sich unsere Innovationsförderung und da sind wir erfolgreich.

Es ist schon fast Zeitrahmen sprengend, alle Listings aufzuzählen, in denen Wien Nummer 1 geworden ist. UN-Habitat, das ist genau die, die diese Fragen konzentriert hat, die Sie gesagt haben. Wie schaut die Bildungssituation aus, wo wir Nummer 1 geworden sind? Sie kennen das FTI-Magazin, wo Wien auf Rang 3 der „European cities and regions of the future“ geworden ist, genau aus dem Grund. Hier geht's um ökonomisches Potenzial und genau da sind wir so weit vorn und da genau geht's um Standortentscheidungen. Das ist ja immerhin eine „Financial Times“-Tochter, die hier dieses Ranking vorgenommen hat. Aber, und das erlauben Sie mir auch noch anzumerken, bei dem letzten Innovations-City-Global-Index ist Wien beim Thema Innovation Nummer 1 in Europa geworden und Nummer 3 weltweit. Man muss sich das einmal vorstellen, was das bedeutet, wie weit wir da vorne sind. Und genau auf das setzen wir, auf diese Innovation, auf die Kreativität und damit auf das, was meiner Meinung nach heute der absolute Wirtschaftsfaktor ist, nämlich Forschung, Entwicklung, Ausbildung, Bildung, Qualifikation und Innovation. Das sind die Motoren der Wirtschaft heute. Da sind wir sehr gut unterwegs. Das beweisen diese internationalen Rankings, die ja nicht von uns sind, sondern von international renommierten Experten. Aber das ist genau der Weg, den wir auch gehen werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage stellt GRin Dr Vitouch, bitte schön.

GRin Prof Dr Elisabeth **Vitouch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Sie haben es gerade erwähnt, die Wiener Förderpoli-

tik wurde von den verschiedensten Unternehmen als die beste Österreichs, zum Teil Europas und der Welt bewertet.

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie als Wirtschaftsstadträtin im Bereich der Förderpolitik, um den Wirtschaftsstandort Wien weiter zu attraktivieren?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich habe es vorhin schon angedeutet. Wir haben auch auf Grund der Evaluierung der Wirtschaftsförderung eine neue Ansiedlungsförderung entwickelt. Da sind wir gerade dabei, sie im Detail auszuarbeiten. Wir planen hier ein neues Förderprogramm, wo Unternehmungen genau in dieser Situation, über die wir jetzt diskutieren, noch zusätzlich unterstützt werden können, entweder indem jemand neu nach Wien kommt oder aber auch, weil wir ja die österreichischen Unternehmungen nicht diskriminieren wollen, wenn, wie zum Beispiel Hörbiger, die ja traditionellerweise schon lange Zeit in Wien sind, einen neuen Standort suchen, aber natürlich mit Erweiterungen, mit zusätzlichen Arbeitsplätzen, mit zusätzlicher Innovation, dass sie auch eine entsprechende Unterstützung bekommen können. Also es ist ganz konkret eine neue Ansiedlungsförderung geplant mit der Zielgruppe Produktionsbetriebe, produktionsnahe Dienstleister, denn auch hier ist meine Position bekannt. Jawohl, Wien ist eine Dienstleistungsmetropole wie jede andere Millionenstadt, aber das darf keinesfalls zu einer Benachteiligung der Produktion führen, die brauchen wir dringend. Beides brauchen wir, das ist kein Widerspruch. Deswegen konzentrieren wir uns hier in dieser Ansiedlungsförderung auf Produktionsbetriebe, produktionsnahe Dienstleister und Umsetzung dessen, was ich vorhin gesagt habe: Forschung, Entwicklung, Innovation. Das sollen eben die Kriterien für diese Ansiedlungsförderung für internationale Betriebe sein, aber auch innerhalb Wiens, damit die Unternehmungen hier noch bessere Chancen bekommen, weil, und ich wiederhole mich, aber ich darf eine Studie zitieren, die sagt: „Innovation in all ihren Formen ist der eigentliche Treiber von Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Zwei Drittel davon sind auf Innovation zurückzuführen.“ Jetzt sozusagen in wissenschaftlicheren Worten formuliert, was ich vorhin als meine Politik klar bekannt habe.

Das heißt, um das auch sehr deutlich zu machen: Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bekenne ich mich dazu, dass wir hier nicht Förderungen kürzen. Das sage ich deswegen, weil wir gestern in einem Gespräch bei der Finanzministerin wieder über Förderungskürzungen gesprochen haben und ich da überraschenderweise von ihr angesprochen wurde, hier Förderungen zu kürzen. Also ich bekenne mich dazu, wir wollen Wirtschaftsförderung nicht kürzen. Diese Förderungen müssen gerade jetzt fokussiert werden, sie müssen noch zielorientierter werden, wettbewerbsorientierter, aber keinesfalls sollen sie gekürzt werden. Und ich freue mich, dass die Wirtschaft das auch entsprechend akzeptiert und wir auch mit unseren Bemühungen im Sinne gerade der kleinen Mittelunternehmungen möglichst niedrigschwellig

agieren können und dass wir vom international renommierten Beratungsunternehmen Ernest & Young im Mittelstandsbarometer 2013 von den Wiener Unternehmungen zur besten Wirtschaftsförderungspolitik Österreichs gewählt wurden. Auf das darf man auch ein bisschen stolz sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage stellt GR Dkfm Dr Aichinger, bitte schön.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Vizebürgermeister!

Ich danke einmal für die Aussage, dass wir die Besten sein wollen und werden müssen sozusagen. Ich glaube, das können alle in diesem Raum unterschreiben und das ist sehr, sehr wichtig. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Sie jetzt gesagt haben, die Wirtschaftsförderung wird auf gar keinen Fall gekürzt. Auch das ist ein positives Anliegen, wenn ich das so sagen darf. Aber wir wissen auch alle genau, dass ein zweiter Punkt noch sehr, sehr wichtig für alle Unternehmer ist, die hier sind beziehungsweise sich auch hier ansiedeln wollen, und das ist die sogenannte Verwaltung. Hier bei der Verwaltungsreform gibt es Gespräche, man weiß das, aber ich glaube, die Frage ist, ob da nicht effizienter und etwas schneller, rascher vorgegangen werden kann. Es gibt viele Betriebe, die müssen auch mit vielen, mit mehreren Magistratsabteilungen, bis zu fünf, in Kontakt treten.

Glauben Sie nicht, dass hier ein wesentlicher Schritt gemacht werden kann: Verwaltungsvereinfachung für die Unternehmer, One-Stop-Shops zu schaffen, um hier auch den Bereich für die Unternehmer attraktiv zu gestalten, um eben die Besten werden zu können?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich würde Folgendes bitten, Herr Kollege, weil ich Ihnen wirklich Ihr ehrliches Engagement abnehme und nicht davon ausgehe, dass diese Kritikpunkte, die da kommen, „die böse Verwaltung“, politisch motiviert sind oder gar parteipolitisch, sondern weil ich Ihnen Ihr ehrliches Engagement abnehme, würde ich ersuchen, dass wir in Zukunft diese Diskussion konkret machen. Nennen Sie sie mir bitte, wenn Sie diese Fälle haben, gerne persönlich, mein Team steht immer - Sie wissen, ganz tolle, engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen - gerne zur Verfügung, wenn hier ein Unternehmen das Gefühl hat, es wird, ich sage es jetzt auf Wienerisch, „vom Pontius zu Pilatus g'schickt“ und es geht nichts weiter. Sagen Sie es mir konkret, weil ich mit diesen allgemeinen Formulierungen wenig anfangen kann. Denn wenn Sie sagen, es soll einen One-Stop-Shop geben - wir haben in der Gewerbebehörde einen One-Stop-Shop. Es hat die Frau Kollegin Sima jetzt bei den Betriebsanlagengenehmigungen - es sind nicht one, es sind three - hier drei Bereiche zusammengefasst, wo alles dabei ist. Da muss keiner mehr zu dem und dem und dem rennen, denn es ist alles in einem. Wir haben jetzt eine neue Stelle im Zusammenhang mit allen feuerwehrmäßigen und Betriebsschutzgeschichten. Alles, was mit Brandschutz zu tun hat, haben wir in einer Stelle zusammengefasst. Es gibt eine Ar-

beitsgruppe, in der die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung drinnensitzen, die regelmäßig unter der engagierten Führung des Herrn Mag Müller tagt und wo alle Verbesserungsvorschläge, und so gut kenne ich die Mitarbeiter unseres Hauses, allen der stellvertretende Magistratsdirektor voran, der jede Anregung gerne aufnimmt. Das heißt, ich würde wirklich im Interesse der Sache ersuchen, dass wir von dieser allgemeinen Diskussion „die Verwaltung“ wegkommen, wenn wir es wirklich ehrlich meinen und was besser machen wollen, weil ich bestreite nicht, dass es sicher da und dort noch Probleme gibt - bei einem Unternehmen mit 65 000 Leuten, und das ist die Stadt Wien, gibt's sicher dort und da noch Probleme wie in jedem anderen Unternehmen auch und gerne engagiere ich mich da persönlich -, aber ich würde wirklich vorschlagen, dass wir in dieser Diskussion auf die Ebene kommen, da und da konkret gibt's ein Problem, bitte an mich, an meine MitarbeiterInnen, ich verspreche, wir gehen jedem einzelnen nach.

Strukturell kann ich Ihnen sagen, dass sehr viel passiert ist. One-Stop-Shop in der Gewerbebehörde. Mehr als die Hälfte wird überhaupt schon über das Internet erledigt, weil auch das möglich ist, Gewerbe-online, gleichzeitig jetzt die neue Regelung mit den Betriebsanlagen. Darüber hinaus eine Vielzahl von Maßnahmen, dass jede Verordnung überprüft werden muss auf Wirtschaftsfreundlichkeit, und, und. Sie wissen das alles. Und dazu noch das Instrument dieses Arbeitskreises mit der Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, die sich hier auch entsprechend einbringen können. Also ich würde wirklich bitten und möchte das hier auch ganz klar sagen: Wenn es wo Probleme gibt - jederzeit bemühe ich mich, sie zu verbessern, aber bitte konkret. In der Allgemeinheit glaube ich, dass schon sehr viel passiert ist, aber jede Verbesserung, die da noch notwendig ist, hat meine hundertprozentige Unterstützung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing Margulies, bitte.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte zur Ursprungsfrage zurückkommen, weil es ja gerade in Krisenzeiten oft schwierig ist, in absoluten Zahlen wirklich festzumachen, wie viel Betriebe haben sich angesiedelt, wie viele sind gegangen und in welcher Größenordnung. Da lohnt es sich doch, im Vergleich Sachen zu betrachten. Deshalb vielleicht kurz die Frage: Wie stellen sich die Wirtschaftsentwicklung in Wien und die Ansiedlungspolitik im Vergleich mit anderen großen europäischen Städten dar?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Es ist natürlich völlig richtig, man sagt zwar immer, wir leben in Wien und nicht im Vergleich, aber trotzdem ist es natürlich hundertprozentig richtig zu sagen, man muss ja die generellen weltpolitischen und europapolitischen Rahmenbedingungen sehen, unter denen wir auch stehen, weil wir keine Insel sind. Wir können uns nicht loslösen und wir können uns nicht lossagen von den internationalen Entwicklun-

gen.

Und da, denke ich, beweist eine Zahl schon sehr gut, dass Wien sich in dieser Krise generell sehr gut geschlagen hat, dass wir diesen Dampfer Stadt Wien gemeinsam gut durch die hohen Wellen der Krisen gesteuert haben. Wien wächst. Wir kennen die Situation von anderen gerade Millionenstädten in Europa, die schrumpfen. Wir hatten ja auch eine Phase in der Stadt Wien, daran kann ich mich noch genau erinnern, wo wir diskutiert haben: Was machen wir mit all den leerstehenden Schulen? Was machen wir mit der überalterten Stadt, wenn die Stadt nicht wächst? Mittlerweise sehen wir, dass wir auf dem Weg zur wiederum Zwei-Millionen-Metropole sind und dass die Stadt Wien entsprechend wächst. Ich habe die Zahlen von den Rekordansiedlungen, die wir im Jahr 2011 hatten, genannt und auch die neuen 120 Ansiedlungen, die es in Wien gegeben hat. Das ist sicher etwas, wo wir uns vor dem internationalen Vergleich nicht scheuen müssen. Ich denke, das ist mit einer der Gründe, warum wir bei den internationalen Rankings auch so gut abschneiden. Und da, denke ich, beweisen - ich meine, UNO ist ja nicht irgendjemand, UN-Habitat-Ranking - und zeigen die natürlich schon, dass man die wirtschaftspolitische Situation einer Stadt nicht ausschließlich nur nach den Zahlenfakten im engeren Sinne der Wirtschaft sehen darf, sondern auch die Bildungsfragen, Innovationsfragen, universitäre Ausbildung so mitberücksichtigt werden müssen, und da liegen wir absolut, aber vor allem auch international erfreulicherweise sehr gut, was aber kein Grund ist, sich zurückzulehnen, weil das fatal wäre, sondern wo weiter noch viel Arbeit vor uns liegt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die fünfte und damit letzte Zusatzfrage zur 2. Frage stellt GRin Mag Dr Kappel, bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vizebürgermeisterin, es ist heute schon mehrfach, sowohl von Ihnen als auch vom Kollegen Margulies, angesprochen worden, dass der internationale und auch der europäische Vergleich der Hauptstädte wesentlich ist, um das Potenzial Wiens zu messen und zu erkennen. Um zu erkennen, im welchem Bereich verbessert oder nachgesetzt werden kann.

Meine Frage an Sie lautet, und ich nehme hier Bezug auf die 1. Zusatzfrage, die ich heute schon an Sie stellen durfte: Werden Sie im Bereich der Steuern und Abgaben, aber auch in der Verwaltungsreform - das wurde jetzt angesprochen -, also werden Sie im Bereich der Steuern und Abgaben konkrete Maßnahmen setzen, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien zu erhöhen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Nun, wie Ihnen bekannt ist, sind die meisten Steuern, die Unternehmungen betreffen, Bundesabgaben, aber auf das will ich mich jetzt gar nicht ausreden, sondern ich glaube, dass der Weg, den Österreich beschritten hat, und dieser Artikel in der „FAZ“ beweist das auch, dass man sagt, man hat ein gerechtes, faires, vernünftiges Steuersystem und entsprechende vernünftige, auch gut eingesetzte Abgaben,

um das finanzieren zu können, was die Unternehmungen wirklich brauchen: Gute Ausbildung, qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Forschung und Innovation, gescheite und gute Universitäten und Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt auch entsprechend gute Infrastruktur im persönlichen Bereich wie zum Beispiel den Gratiskindergarten. Ich merke, dass zum Beispiel für viele, viele Unternehmungen diese Unterstützung, die es in Wien für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt, ein ganz entscheidendes Element ist, weil bei den Vergleichen, wenn man sagt, es hat Abgabenerhöhungen gegeben, die weit unter dem dreistelligen Bereich ausmachen, wird ja immer wieder vergessen, dass es gleichzeitig einen Gratiskindergarten gegeben hat, der zum Beispiel einer Familie mit zwei Kindern viele, viele Hundert Euro, da sind wir jetzt nicht weit unter hundert, sondern im Bereich von vielen Hundert Euro an Ausgaben erspart und das ist gerade für Unternehmen auch ein ganz wichtiger Standort. Das heißt, es ist, denke ich, notwendig, auch entsprechende Steuermittel einzunehmen. Das Steuersystem muss fair und gerecht sein und es muss so eingesetzt werden, dass es den Unternehmungen dient. Soweit wir da in Wien die Möglichkeit haben, das zu beeinflussen, versuchen wir das auch in diese Richtung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Frau Vizebürgermeister, ich danke für die Beantwortung der 2. Frage.

Wir kommen nun zur 3. Frage (FSP - 01140-2013/0001 - KSP/GM). Sie wurde von Herrn GR Mag Jürgen Wutzlhofer gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (Wie bewerten Sie die Ergebnisse der ExpertInnenkommission zum Otto-Wagner-Spital?)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Otto-Wagner-Areal ist eines der bedeutendsten Kulturjuwelen unserer Stadt und ich gehe davon aus, dass jetzt jeder im Raum zur Vorgeschichte natürlich einiges weiß.

Fakt ist, dass es hier a) eine Widmungsgrundlage gegeben hat, dass es auf Basis der vorhandenen Widmungsgrundlage zunächst einmal zum Bau einer medizinischen Einrichtung gekommen ist und dass des Weiteren hier auch die Errichtung von Wohnbauten geplant war. Viele, viele Wienerinnen und Wiener haben zu diesem Zeitpunkt befürchtet, dass es hier zu einer Verbauung des Areals kommt, insbesondere zu einer Verbauung des Ostens, die dem Gebiet und auch der historischen Bedeutung des Ensembles nicht zuträglich ist. Es wurden Unterschriften gesammelt, Tausende von Unterschriften, und vor etwa einem Jahr ist die Entscheidung gefallen, dass man den Weg der Mediation gemeinsam mit den beteiligten Bürgerinitiativen wählt, damit man hier zu einer gemeinsamen Lösung findet und auch Konsens hergestellt werden kann. Das Mediationsverfahren hat sich über mehrere Monate lang hingezogen. Es kam dann zur Entscheidung, dass eine ExpertInnenkommission

eingerrichtet wird, sprich, ein Expertengremium zustande kommt, das wiederum aus Experten zusammengesetzt ist, die unterschiedliche Bereiche, Planungsdisziplinen abdecken und darüber hinaus auch Fachwissen mitbringen, das der Bedeutung des Areals angemessen ist, und die, wie gesagt, unter Beteiligung übrigens auch der MediationsteilnehmerInnen, die Bürgervertreter sind, hier die Grundlagen für eine Lösung erarbeiten sollen. Die Kommission hat mehrfach innerhalb übrigens eines sehr dichten Zeitraumes getagt und die Ergebnisse liegen jetzt vor. Hierbei handelt es sich um ein Programm mit neun Eckpunkten, die ich im Wesentlichen an dieser Stelle auch vorlesen möchte, damit hier keinerlei Missverständnisse entstehen:

Erstens: Der Ostteil muss im funktionalen und räumlichen Zusammenhang mit dem Gesamtareal betrachtet werden.

Das Gesamtareal des OWS soll im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben und kann mit zeitlich begrenzten Nutzungsrechten, zum Beispiel etwa im Baurecht, auf Basis genauer Gestaltungsrichtlinien vergeben werden.

Für das Gesamtareal sollen in Abhängigkeit der Absiedelungspläne Nutzungsszenarien entwickelt werden und kontinuierlich umgesetzt werden.

Eine ehestmöglich zu gründende Trägerbetriebsgesellschaft soll das ganze Areal verwalten.

Im Hauptteil und im westlichen Sanatoriumsbereich dürfen in den Freiflächen und zwischen den Pavillons keine Neubauten errichtet werden.

Für das Gesamtareal ist ein Parkpflegewerk auszuarbeiten.

Die Grünstreifen zwischen Sanatoriumsbereich und Hauptareal beziehungsweise Ostareal sind wesentliche räumliche Ordnungselemente der Gesamtanlage und dürfen daher nicht oberirdisch verbaut werden. Die Achse Pathologie-Kirche muss frei bleiben.

Die Umnutzung aller Bestandsgebäude ist nur unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten möglich.

Es soll ein Testplanungsverfahren unter Teilnahme von ausgewählten, qualifizierten Architektinnen und Architekten im diskursiven Verfahren mit dem Expertengremium OWS stattfinden, um potenzielle Baufelder und deren Gestaltung im Ostteil auszuloten. ArchitektInnen aus dem Expertengremium können nicht Teilnehmer am Testplanungsverfahren sein. Sie werden beratend eingebunden.

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, ich meine, dass diese Empfehlungen der Kommission einen sehr guten Weg darstellen, wie es nun zu einer Absicherung der Zukunft des Areals kommen kann. Hier sind Grundlagen geschaffen worden, die ziemlich klar festlegen, wo nichts gebaut werden darf und die darüber hinaus sehr wohl Raum offen lassen für die Bestimmung von Stellen, an denen eine Verbauung denkbar, möglich oder vielleicht sogar ratsam wäre, denn - und das betrachte ich zum Beispiel als ein wesentliches Ergebnis, worum es hier der Kommission geht - es ist gerade im Osten eine Art, wenn man so möchte, auch Reparatur zu ermöglichen. Klar ist, dass es hier auf dem Areal einiges bereits an Eingriffen gegeben hat, auch jetzt aktuell, aber auch in

den vergangenen Jahrzehnten, die ohnedies dem historischen Charakter des Areals nicht zuträglich sind und dass man, wie gesagt, auch hier in Form einer Verbauung, die gut ist, die klug ist und die an bestimmten Stellen stattfindet, die dafür geeignet sind, ja sogar eine Form von städtebaulicher Reparatur sozusagen herbeiführen würde.

Was ich als Zweites an dieser Stelle anmerken möchte, ist, dass die Ergebnisse des Expertengremiums den MediationsteilnehmerInnen vorgetragen wurden. Es wurden dort sämtliche Thesen zur Kenntnis genommen. Es gibt natürlich eine zusätzliche Stellungnahme dazu, die im Wesentlichen hier darauf abzielt, insbesondere auch alle Empfehlungen für die künftige Nutzung des Areals, die während des Mediationsverfahrens entstanden sind, auch mit zu berücksichtigen und in die künftige Arbeit mit einfließen zu lassen. Das Mediationsverfahren kann daher als erfolgreich abgeschlossen betrachtet werden.

Für mich steht fest, dass die Entscheidung, den Weg der Mediation zu gehen, eine gute, eine richtige Entscheidung war. Und nun steht es natürlich in der nächsten Zeit an, dass es eine gemeinsame Regierungsentcheidung gibt, wie mit den Empfehlungen des Expertengremiums umzugehen ist. Klar ist, wenn man sich die Empfehlungen anschaut, dass diese sehr umfangreich sind, das heißt, hier kann niemand eine einsame Entscheidung treffen. De facto ist praktisch jedes Ressort der Wiener Stadtregierung direkt oder indirekt davon betroffen, sprich, hier muss es, wie gesagt, Beratungen geben, damit es zu einer gemeinsamen Entscheidung auf Regierungsebene kommt, wie wir mit diesen sehr umfangreichen, aber auch sehr guten Empfehlungen umgehen.

Was mich anlangt, was sozusagen die Ressortkompetenzen meines Ressorts unmittelbar angeht, so kann ich jetzt schon sagen, dass ich umgehend das Testplanungsverfahren einleiten werde. Wir gehen davon aus, dass das Testplanungsverfahren in etwa vier Monate Zeit in Anspruch nehmen kann. Das sind gute vier Monate, auch um auf Regierungsebene zu überlegen, wie geht man insgesamt mit den Empfehlungen um, sodass wir in einem absehbaren Zeitraum eine akkordierte Vorgangsweise haben, die - und das ist abschließend für mich das Wichtigste - absolut sicherstellt, dass das Areal geschützt werden kann, dass das Areal in seiner Struktur, in seiner Bedeutung erhalten bleibt ohne Eingriffe, die einfach nicht angemessen sind und dort überhaupt nicht passen, und dass das Areal aber auch weiterhin genutzt werden kann, weil es nicht sein kann, dass wir Denkmalschutz ganz besonders bei einem derartigen Juwel so interpretieren, dass man es zusperrt und verrotten lässt. Das heißt, hier ist es von zentraler Bedeutung, dass es weiterhin ein genutzter, lebendiger Stadtteil ist und bleibt. Umso wichtiger ist es, wie gesagt, Grundlagen zu schaffen, die streng, klar, aber auch mit einer Perspektive regeln, wie es hier in der Zukunft weitergehen kann. Ich denke, dass das eine gute Basis ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke, Frau Vizebürgermeister, für die sehr ausführliche Beantwortung

der Frage. Dazu gibt es zwei Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Ulm, bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Sie sprechen jetzt auch sehr viel von Schutz und von Erhaltung so wie auch die Expertenkommission. Doch der Lackmустest dafür fehlt mir, den wagen Sie offensichtlich nicht, nämlich den Antrag beim Kultusministerium auf Erteilung des Weltkulturerbestatus zu stellen.

Ich möchte Sie jetzt nicht fragen, ob sich mit diesem Bericht der Expertenkommission nicht so Wesentliches geändert hat, dass Sie nun diesen Antrag stellen wollen, denn ein bloßes Nein möchte ich von Ihnen nicht hören, sondern ich will Sie fragen, da ich davon ausgehe, dass sich Ihre Meinung da nicht geändert hat, was Sie davon abhält, diesen Antrag auf Erlangung des Weltkulturerbestatus zu stellen und warum Sie diesen Antrag beim Kultusministerium nicht einbringen wollen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Manchmal ist es in der Politik ein sehr heilsamer und schöner Moment, wenn man offen und ehrlich sagen kann: Dazu habe ich noch keine abschließend Meinung. Ich weiß es nicht, ich denke noch darüber nach. Klar ist eines: Es ist nicht meine Aufgabe, den entsprechenden Antrag zu stellen. Eine derartige Entscheidung ist auch hier eine umfangreiche Entscheidung, die von der Stadtregierung gemeinsam getroffen werden müsste. Es ist sozusagen falsch, sich an mich zu wenden und von mir zu verlangen, dass ich diesen Antrag übermittle. Das obliegt auch nicht meiner Kompetenz. Allerdings, klar würde ich mich in eine solche Debatte einbringen, ich würde mich auch sehr umfassend einbringen. Nur, um sich hier eine abschließende Meinung bilden zu können, müsste man tatsächlich im Rahmen, wie gesagt, der Wiener Landesregierung, aber auch in einem, denke ich, intensiven Diskussionsprozess gemeinsam mit den Expertinnen und Experten, die ja auch auslegen, was die Bestimmungen des Weltkulturerbes für Auswirkungen auf das Areal hätten, einfach erörtern, was dieser Schritt eigentlich bedeutet, was er für das Areal bringt, welchen Mehrwert er gegenüber dem jetzigen Stand der Dinge hätte, denn jetzt ist eines klar: Die Steinhof-Gründe sind ja vor Verbauung definitiv geschützt. Wir haben jetzt Erkenntnisse der Expertinnen- und Expertenkommission, die leicht umsetzbar sind, das heißt, mit einer Neuwidmung, die sicherstellt, dass etwa die zwei Grünstreifen, auf denen derzeit Verbauung vorgesehen ist, einfach so gewidmet werden, dass dort künftig jede Verbauung ausgeschlossen ist. Also mit einigen widmungstechnischen Korrekturen, wenn Sie so wollen, können wir in der unmittelbar nächsten Zeit leicht erreichen, dass hier der Schutz vor Verbauung sozusagen auch widmungstechnisch gegeben ist. Darüber hinaus gilt für das Areal strengster Denkmalschutz, Ensembleschutz. Das heißt, in Summe sind die Schutzkategorien, die hier vorhanden sind, demnächst auch wirklich die höchstmöglichen, die

wir sowohl in unserer Stadt als auch in Österreich kennen und haben. Es fehlt ja dann, wie gesagt, vor diesem Hintergrund zu erörtern: Was heißt in dem Fall Weltkulturerbe? Was bringt es mehr? Aber, und das will ich hier auch offen sagen und artikulieren: Was bedeutet es für die gesamte Umgebung? Denn wie Sie wissen, bedeutet eine Anerkennung einer Stätte als Weltkulturerbe nicht nur Schutz für diese Stätte selbst, sondern es gibt hier eine Vielzahl von Sichtachsen und sonstigen Problematiken, die weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Umgebung haben würden, auf alle Bezirke, die da rundherum sind und teilweise auf weite Teile der Stadt, weil ja vom Otto-Wagner-Spital aus Blickachsen, Sichtachsen auf die gesamte Stadt bestehen und weil auf Grund der Höhenlage das Areal auch von weiten Teilen der Stadt gesehen werden kann.

Ich meine, dass es gerade für Sie als Wirtschaftspartei, die ja dafür steht, dass es hier auch Möglichkeiten geben muss, damit man auch Entwicklungen in der Stadt vorantreiben kann, eine Abwägung ist, die man hier sehr vorsichtig treffen muss. Ich glaube nicht, dass es in Ihrem Sinne ist, dass man hier, wie gesagt, am Ende mit Bestimmungen endet, die die Weiterentwicklung oder weitreichende Veränderungen in der gesamten Umgebung - und dort handelt es sich um historische, sich weiterentwickelnde, nicht historische, sondern eine aktuell sozusagen sich weiterentwickelnde Stadt - verunmöglichen. Daher ist Vorsicht geboten und, wie gesagt, meinerseits auf alle Fälle keine abschließende Meinung zum Thema.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 2. Zusatzfrage stellt GR Ing Guggenbichler, bitte schön.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich darf Sie begrüßen. Ich darf auch die Vertreter der Bürgerinitiativen begrüßen, weil ich es wichtig finde, dass Sie sich heute ein Bild davon machen, wie divergierend es gerade in einem Mediationsverfahren ist, dass man ein Selbstbild und ein Fremdbild ja aus Ihrer Sicht offensichtlich nicht in Einklang bringen kann.

Zum Mediationsverfahren darf ich Ihnen eines sagen: Grundsatz in der Mediation ist die Ergebnisoffenheit und das haben Sie im Hauptverfahren selbst ausgeschlossen. Sie haben nämlich am 5.6.2012 gesagt: „Was ich ausschließen kann, was ich hundertprozentig ausschließen kann, ist, dass Sie hier mit einem Ergebnis kommen, es darf nicht veräußert werden.“ Sie haben dem ganzen Mediationsverfahren nicht die Chance gegeben, ergebnisoffen zu argumentieren.

Was Sie auch gesagt haben, ist, Sie schließen aus, dass der KAV das Areal behält und der Herr Kirschner von der Gesiba hat auch noch Druck in dieses ganze Verfahren gelegt, indem er ein Zeitlimit aufgestellt hat und gesagt hat, wenn dieses Zeitlimit nicht erfüllt wird, dass er mit den Planungen beginnt. Somit wurde im September kein Konsens gefunden, es wurde dieses Konsenspapier auch nicht von allen Vertretern unterschrieben. Sie sind dann in die Expertenrunde gegangen und nicht einmal hier wurden die Aufträge dieses Kon-

senspapiers, das nicht von allen mitgetragen wurde, abgeändert in die Expertenrunde gegeben.

Jetzt kommen wir zu einem Ergebnis, wo Sie sagen, Sie es haben präsentiert und alle haben es zur Kenntnis genommen. Gerade bei dieser Präsentation haben Sie leider Gottes verabsäumt, eine Anwesenheitsliste zu führen, bei allen anderen Situationen haben Sie Anwesenheitslisten geführt. Sie wissen nicht einmal, wer es zur Kenntnis genommen hat.

Jetzt stellt sich für mich die Frage: Wann bringen Sie Ihr Fremdbild und Ihr Selbstbild in Einklang und wie viele Verfahren wollen Sie noch führen, um gegen den Willen der Bürger dort bauen zu können?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich gebe offen zu, dass es mir schwerfiel, weite Teile Ihrer Stellungnahme jetzt einfach inhaltlich zu verstehen, und es fällt mir auch schwer, irgendwelche Zitate von mir, die völlig ohne Zusammenhang hier gebracht werden, zu verorten und auch in dieser Art und Weise zu kommentieren.

Was ich sagen kann, ist, dass Ihnen nicht entgangen sein dürfte, dass die Grundlagen, durch die es der Gesiba möglich wurde, dass es hier zu einer Verbauung kommt, in diesem Haus geschaffen wurden. Das heißt, es hat in diesem Haus die entsprechende Widmung gegeben, und es hat auch in diesem Haus bereits den Beschluss zur Veräußerung des Areals gegeben. Das ist nicht etwas, das ich ausschließen oder veranlassen kann. Die entsprechenden Grundlagen sind, wie gesagt, mit Beschlüssen des Wiener Gemeinderates bereits vor vielen Jahren geschaffen worden.

Ich vermute, dass das Zitat, das Sie hier genommen haben, sich wahrscheinlich darauf bezieht, dass ich sozusagen ausschließen kann, dass etwas beim Mediationsverfahren herauskommt, das schon passiert ist. Etwas anderes habe ich dazu nicht zu sagen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass das Mediationsverfahren nicht von mir geleitet wurde, es wurde auch nicht von mir gestaltet. Es liegt im Wesen der Mediationsverfahren, dass man sich mit den Mediationsteilnehmerinnen und -teilnehmern auf unabhängige Mediatoren einigt, die sogar im Konsens ausgesucht werden. Sprich, ich habe diesbezüglich das Verfahren eingeleitet, ich habe es aus Mitteln meines Ressorts tatsächlich auch finanziert, ich freue mich, dass es stattgefunden hat. Meines Wissens, wie gesagt, ist das Ergebnis von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Mediation auch so zur Kenntnis genommen worden. Und ob wer welche Liste verteilt hat oder nicht, kann ich gar nicht wissen, denn es ist gar nicht meine Aufgabe.

Ich kann Ihnen vielleicht nur eines sagen: Natürlich ist es ein üblicher und ziemlich billiger polemischer Weg, wenn man mit dem Ergebnis eines Expertengremiums nicht einverstanden ist und wenn man mit dem Ergebnis eines Mediationsverfahrens nicht einverstanden ist, zu versuchen, die Experten zu verunglimpfen und das Verfahren selbst dann irgendwie als inkorrekt oder unor-

dentlich darzustellen. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Bürgerbeteiligung, dass Mediation, dass einfach ein bestimmter Weg mit Instrumenten, die bekannt sind, die anerkannt sind und die auch in unserer Stadt immer wieder im Konsens Einsatz finden, ganz einfach ausnahmsweise einmal auch ein Ergebnis hervorbringen, das Sie nicht glücklich macht. Mir geht es laufend so. That's life! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich danke für die Beantwortung der 3. Frage.

Die 4. Anfrage (FSP - 01150-2013/0001 - KU/GM) wurde von Herrn GR Dr Aigner gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Bei der soeben stattgefundenen Wiener Volksbefragung hat sich die überwältigende Mehrheit der Abstimmungsberechtigten gegen die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ausgesprochen. Die Wiener Stadtregierung hat versprochen, die Menschen vor weiteren Privatisierungen zu schützen. Gerade im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit hat seitens der Gemeinde Wien in den letzten Jahren eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben durch die Auslagerung aus dem Magistrat der Stadt Wien und die Übertragung an diverse Vereine (Verein Wiener Jugendzentren, Verein Wien Xtra und viele andere mehr) stattgefunden. Werden Sie im Lichte des Befragungsergebnisses diese privatisierten öffentlichen Aufgaben wieder an den Magistrat der Stadt Wien rückübertragen?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich denke, diese Fragestellung – es geht hier um die Frage der Jugendarbeit und wie wir den Bereich der privatisierten öffentlichen Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit letztendlich bewerten und ob man daran denkt, hier eine Rückübertragung vorzunehmen, nachdem sie in den letzten Jahren stattgefunden hat – entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie auf der einen Seite, auf der anderen Seite zeigt sie aber auch, dass es – und das nehme ich durchaus auch selbstkritisch zur Kenntnis – anscheinend sehr wenig Information über die Wiener Jugendarbeit gibt. Denn ungeachtet der Tatsache, dass die Wiener Jugendarbeit ja international wirklich als Best-Practice-Modell gesehen wird, ist schon alleine die Begrifflichkeit, dass in den letzten Jahren im Bereich der Wiener Jugendarbeit privatisiert wurde, ein klarer Beleg dafür, dass man wirklich relativ wenig Ahnung davon hat, muss ich sagen. Ich sage das allerdings nicht kritisch, sondern ich nehme es zur Kenntnis und durchaus selbstkritisch zur Kenntnis.

Tatsache ist, dass es den Verein wienXtra, der angesprochen wird, seit 1948 gibt. Also wo da die „letzten Jahre“ sind, weiß ich nicht. Ich glaube, Sie sind ein 68er Jahrgang, ich bin ein 61er Jahrgang, also im Bereich der „letzten Jahre“ würde ich trotz alledem das Jahr 1948 beziehungsweise 1950, das Gründungsjahr des Vorgängervereins von wienXtra, des Vereines Wiener Jugend-

kreis, gerade nicht sehen. Zeit ist relativ, aber ich würde es so nicht sehen.

Auch der Verein Wiener Jugendzentren, der angeführt wird als Beispiel einer Privatisierung der Jugendarbeit, ist im Jahr 1978 gegründet worden – da waren Sie 10, ich war 17 Jahre alt, das ist auch nicht gerade während der „letzten Jahre“ – und ist durchaus ein Verein der Stadt Wien und auch als Verein der Stadt Wien entstanden, also in einer Konstruktionsform, die es eben möglich macht, unter der Fachaufsicht, unter der fachlichen Steuerung, letztendlich auch unter der strategischen Ausrichtung der Stadt und der Jugendarbeit der Stadt ein zeitgemäßes, ein adäquates Modell für die Wiener Jugendarbeit aufzubauen, und ich denke, sowohl der Verein wienXtra als auch die Wiener Jugendzentren sind mit ihrer konkreten Arbeit ein sehr guter und konkreter Beleg dafür.

Tatsache ist, dass es gerade auch durch den Verein Wiener Jugendzentren in den letzten Jahren gelungen ist, dem Bereich der sozialen Arbeit im öffentlichen Raum einen besonderen Schwerpunkt zu geben, was ja auch darauf zurückzuführen ist, dass es eben Vereine der Stadt Wien sind und dass sich darin selbstverständlich auch politische Mandatäre der Stadt befinden und all jene, die sich zu dieser Arbeit bekennen. Darum sind ja zum Beispiel im Verein der Wiener Jugendzentren mehrere Parteien vertreten. Es ist nicht zuletzt auch so, dass es im Verein wienXtra eine enge Kooperation, die Fachaufsicht, die inhaltliche und die strategische Steuerung durch die Stadt Wien gibt und letztendlich natürlich auch die finanzielle Ausstattung.

Da es hier anscheinend tatsächlich ein bisschen ein inhaltliches oder ein Wissensproblem gibt, kann ich Ihnen wirklich nur das Perspektivenheft ans Herz legen. Es gibt, denke ich, einen sehr guten Überblick über die zeitgemäßen, die adäquaten und die richtigen Strukturen der Wiener Jugendarbeit, die ganz maßgeblich eben auch von Vereinen geführt wird. Da ist nichts privatisiert worden, sondern – noch einmal – sie sind als Vereine gegründet worden. Sollten Sie in diesem Zusammenhang, anders als es sonst ja sehr oft Ihre politische Linie ist, an eine Kommunalisierung von privaten Vereinen denken, dann ist das ein interessanter Ansatz, einmal was ganz Neues. Aber von einer Privatisierung kann nicht die Rede sein, zumal es mir da eben – und das ist mir der wesentliche Bereich – nicht um eine Glaubensfrage geht, ob jetzt eine Maßnahme in dieser Frage der Jugendarbeit privat oder kommunal geführt ist, sondern mir geht es um die Qualität. Und die Qualität der Wiener Jugendarbeit, sehr geehrter Herr Gemeinderat, kann sich, denke ich, tatsächlich sehen lassen. Sie wird eben gewährleistet durch die Wiener Jugendzentren, durch den Verein wienXtra, aber auch durch die vielen anderen kleinen und großen Initiativen, die es in der Stadt gibt.

Ich denke zum Beispiel an die Parkbetreuung. Da feiern wir mittlerweile auch schon 20-jähriges Jubiläum. Da ist auch nie etwas privatisiert worden, sondern es gibt Vereine, die Träger dieser Parkbetreuung sind. Ich denke, dass das einfach zeigt, nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass wir viele Jugendliche erreichen, dass

diese Angebote, die Vereine auch an die Stadt herantragen, von den Bezirken auch gut angenommen werden. Gerade die Bezirke sind ja ganz wesentliche Partner und stellen vielfach mit großen Mehrheitsbeschlüssen die Geldmittel zur Verfügung, damit diese Vereine diese wichtige Arbeit für die Wiener Kinder und Jugendlichen leisten können, aber auch jene Vereine, die im Auftrag der Stadt gegründet wurden und für die Stadt arbeiten.

Schauen wir uns doch die Erfolgsgeschichte und den Ausbau und den immer wieder steigenden Bedarf auf der einen Seite, aber auch die steigenden Angebote der Wiener Jugendarbeit auf der anderen Seite an. Wir haben in den 70er Jahren mit einem Jugendzentrum begonnen, mittlerweile sind sie eigentlich aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Diese Wiener Jugendzentren sind im Jahr 1978 aus dem Verein Wiener Jugendkreis herausgelöst worden, der damals schon ein Verein war. Also eigentlich kann man sagen, die Geschichte der Jugendzentren beginnt auch im Jahr 1950 mit der Gründung des Vereins Wiener Jugendzentren.

Also ich glaube, es gibt hier Informationsbedarf. Insofern hoffe ich, diesen Informationsbedarf jetzt einmal in Kürze decken zu können. Und noch einmal: Ich werde Ihnen dieses Perspektivenheft gerne ans Herz legen, damit Sie diesen Informationsbedarf auch weiter abdecken können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Aigner. – Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Vielen Dank auch für das Informationsangebot. Ich glaube, meine Frage hat sich weniger auf das Inhaltliche bezogen, sondern auf die formal-organisatorische Durchführung, und ein Verein ist nun mal eine privatrechtliche Organisationsform. Jetzt kann man Vereine gründen, indem man hier zusätzliche Mitglieder akquiriert, die sozusagen über Mitgliedsbeiträge oder ehrenamtliche Tätigkeit versuchen, das Vereinsziel zu unterstützen. Das ist ja bei diesen von der Stadt gegründeten Vereinen kaum oder so gut wie gar nicht gelungen.

Die Frau Kollegin Feldmann hat ja in der Frage der Bewerbung dieser Kinder-Card festgestellt, dass Sie da sehr wohl wieder als Stadtrat aufgetreten sind, und Sie haben selber gesagt, ja, das geschieht alles im Auftrag der Stadt Wien und so weiter. Jetzt frage ich mich, warum die Stadt Wien hier die Vereinskonstruktion braucht und diese Dienstleistungen, die ja so gut wie zu 100 Prozent von der Stadt Wien und daher vom Steuerzahler finanziert werden, nicht in Eigenregie erbringt. Worin besteht jetzt konkret der Vorteil, außer dass der Gemeinderat keine Kontrollmöglichkeit oder nur mehr sehr verdünnte Kontrollmöglichkeiten hat? Worin besteht der Vorteil für die zu 100 Prozent finanzierende Gemeinde Wien, privatrechtliche Vereine zu gründen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wie Sie wissen, unterliegen auch jene Vereine der sehr strengen Kontrolle und dem sehr strengen Auge des Wiener Kontrollamtes. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was ist mit der politischen*

Kontrolle?) Sie werden dotiert nicht zuletzt auf Basis der konkreten Arbeitsvorhaben, aber auch der strategischen Vorgaben, die wir durchaus vielfach auch bei den Subventionsakten hier im Gemeinderat diskutieren. Heute ist zum Beispiel auch ein entsprechender Akt der Unterstützung der Wiener Jugendzentren für die Schaffung eines neuen Jugendtreffs hier vorgesehen. Damit unterliegt das, denke ich, ganz maßgeblich auch dem Wiener Gemeinderat und auch den entsprechenden politischen Vorgaben, eben durch die entsprechende finanzielle Dotierung.

Darüber hinaus kann ich nur sagen, wenn es nicht darum geht, über die Qualität zu reden, geht es anscheinend plötzlich ganz maßgeblich um eine gewisse Glaubensfrage bei Ihnen (*GR Johann Herzog: Sie haben darüber abstimmen lassen!*), wenn Sie die Qualität jetzt nicht in Frage gestellt haben, denn es zeigt sich hier ganz deutlich, dass die Vereine einfach gute Arbeit leisten. (*GR Armin Blind: Wollen Sie vielleicht die Frage beantworten!*) Und das ist für mich der wesentliche Meilenstein und nicht, in welcher Konstruktion sie diese gute Arbeit leisten. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, in erster Linie Kollegen! In welcher Form ein Stadtrat eine gestellte Frage beantwortet, obliegt ausschließlich ihm (*GR Armin Blind: Auch wenn er gar nicht antwortet?*) und nicht den Gemeinderäten, die keine Frage gestellt haben. Gut. (*GR Johann Herzog: Wir dürfen aber schon eine Meinung dazu haben!*)

Wir kommen daher zur 2. Zusatzfrage. Sie wird gestellt von Frau GRin Mag Feldmann. – Bitte schön.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Wiener Jugendarbeit wird derzeit, wie ursprünglich von Seiten der ÖVP gefordert, evaluiert. Gibt es da bereits erste Ergebnisse?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Nein, gibt es nicht. Gerade auf Grund der Vielfältigkeit der Wiener Jugendarbeit mit einer Vielzahl von Vereinen, mit einer Vielzahl von qualitativ hochstehenden Vereinen auf der anderen Seite und auch dem großen Know-how, das sich einfach in diesen Vereinen befindet (*GR Mag Wolfgang Jung: Amerlinghaus!*), ist es ein Prozess, der bewusst für rund eineinhalb Jahre angelegt wurde. Wir werden dann, wenn die Ergebnisse vorliegen, diese selbstverständlich auch auf einer sehr breiten Ebene diskutieren, weil es ja eben immer wieder um Veränderungen in diesem Prozess geht. Noch einmal: 1950 gegründet, 1978 wurden die Jugendzentren ausgegliedert, und es erfolgte die Umwandlung vom Wiener Jugendkreis in den Verein wienXtra. Daher ist es immer wieder notwendig – und das ist nicht auf eine Initiative, weder von mir noch der ÖVP noch von sonst irgendjemandem zurückzuführen, sondern eine Selbstverständlichkeit –, die Arbeitsweisen in der Jugendarbeit von Zeit zu Zeit immer wieder zu überprüfen. Von vielen der heutigen Freizeitangebote war in den Jahren der Gründung in Wien noch überhaupt

keine Rede. Daher ist das ein notwendiger Prozess, aber auch ein Prozess, dem man die Zeit geben soll, damit es möglich ist, die Angebote tatsächlich immer wieder auch auf die Zeitangemessenheit zu überprüfen, aber auch die Notwendigkeit neuer Angebote zu erwägen. Da war gerade auch die Aufnahme der sozialen Arbeit im öffentlichen Raum ein ganz wesentlicher Schritt schon vor einigen Jahren. Jetzt wird der nächste Schritt gesetzt, um zu sehen, ob man mit diesen Angeboten noch zeitgemäß ist. Wenn die Ergebnisse vorliegen, dann werde ich sie selbstverständlich auch hier wieder präsentieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt GR Akkilic. Bitte schön.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die WienerInnen haben sich bei der Volksbefragung eindeutig gegen den Privatisierungsgedanken im Bereich der Daseinsvorsorge ausgesprochen. Das ist auch gut so. (*GR Johann Herzog: Das ist unerheblich!*) Es gibt ja zwischen Privatisierung und privaten Trägerorganisationen, die die Stadt Wien fördert, einen wesentlichen Unterschied, dass die von der Stadt Wien geförderten Organisationen gemeinnützig arbeiten und nicht profitorientiert sind.

Glauben Sie, sage ich jetzt einmal, dass der Herr Aigner mit seiner Fragestellung die Privatisierung im kommerziellen Sinn mit privaten Trägerorganisationen vermischt, die ja der Stadt Wien sehr viel bringen? Können Sie uns ein paar Sachen darüber erzählen, was die Gemeinnützigkeit und der Non-Profit-Bereich der Vereine ausmacht? (*GR Armin Blind: Jeder Verein ist gemeinnützig!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Natürlich ist die Gemeinnützigkeit ein wesentlicher Aspekt, aber ich möchte einmal mehr betonen, was für mich zählt, ist, in welcher Qualität die entsprechenden Angebote geschaffen werden. Ich denke, dass gerade Vereine, die sich über Jahrzehnte Know-how, professionelles Management, viel Wissen in diesem Bereich angeeignet haben, die entsprechende gute Angebote geschaffen haben und die aus meiner Sicht auch keinen Anlass dazu geben, die Qualität in Frage zu stellen, schlicht und ergreifend auch weiterhin die entsprechende Unterstützung der Stadt haben sollen. Ich denke, man soll auf dieses Know-how nicht verzichten. Man braucht hier keine Kommunalisierung, was man braucht, ist eine gute Partnerschaft, ist eine gute strategische Steuerung, ist eine gute Qualitätssicherung, sind gut ausgebildete und motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die gibt es in diesen Vereinen, sie zeichnen sich durch ihre entsprechenden Angebote aus. Und das ist für mich nach wie vor der wesentliche Bereich, warum ich keinen Grund sehe, an dieser bewährten Konstruktion, die auch entsprechend flexibel ist, um die Angebote immer auch auf die entsprechenden zeitlichen Bedürfnisse abzustimmen, etwas zu verändern.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GR Nepp. – Bitte schön.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Es ist wirklich schön, dass Sie hier ein Geständnis ablegen (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Reden Sie keinen Blödsinn!*), nämlich ein Geständnis, dass Sie nicht erst seit Kurzem privatisieren, vielmehr schon seit Jahrzehnten, wie Sie gesagt haben, seit 1950 und seit 1978, und alles in private Verein auslagern. Es ist schön, dass Sie jetzt hier ein Geständnis ablegen, aber das sind wichtige Aufgaben, die der Magistrat erledigen kann. (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Kümmern Sie sich lieber um Kärnten!*) Sie können ja durchwegs auf sehr fähige Beamte zurückgreifen, und ich frage nur: Warum tun Sie das nicht? Es stellt sich die Frage: Halten Sie Ihre eigenen Beamten für unfähig oder sind Sie nur Fan von Privatisierung? (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. – Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das ist vollkommen sinnlos?*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Vielleicht muss man noch weiter vorne anfangen. Also wir reden jetzt einmal nicht über Qualität der Jugendarbeit, was ja einmal was hätte, aber gut, über die reden wir nicht. Sie werden schon wissen, warum wir nicht darüber reden. Man spricht schlicht und ergreifend über eine Organisations- und Konstruktionsform, wo ein Verein im Auftrag der Stadt Maßnahmen übernommen hat, und das seit Jahrzehnten, und spricht dabei von Privatisierung.

Ich empfehle Ihnen vielleicht nur einen kurzen Abstecker – nehmen Sie Wikipedia oder den Duden –, was Privatisierung heißt: Übertragung öffentlichen Eigentums an irgendjemand anderen. Dieses öffentliche Eigentum wurde nicht übertragen, wird nicht übertragen, sondern Arbeit wird durch Vereine erledigt, und das tatsächlich gut. Und das ist der wesentliche Bereich. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Johann Herzog: Ein Verein ist in der Regel eine Körperschaft öffentlichen Rechts! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, ich danke für diese ausführliche Beantwortung der 4. Frage.

Wir kommen nun zur 5. Anfrage (*FSP - 01148-2013/0001 - KVP/GM*). Sie wurde von Frau GRin Mag Karin Holdhaus gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. (*Sehr geehrte Frau Stadträtin, die Privatisierung der Donauinsel durch die Gründung des Vereines 'Freunde der Donauinsel' wurde und wird von vielen Seiten scharf kritisiert. Vorwürfe wie SPÖ-Freunderwirtschaft, versteckte Subventionierung für das Donauinselfest und andere SPÖ-nahe Feste und Veranstalter, Umgehung von Ausschreibungen und Umgehung der politischen Gebarenskontrolle stehen im Raum. Gelegentliche Berichterstattungen im Umweltausschuss geben sicher keine ausreichende Transparenz über Finanzgebarung und Auftragsvergaben. Wie werden Sie, Frau Stadträtin, sicherstellen, dass Finanzgebarung und die Auftragsvergaben transparent dargestellt und objektiv geprüft werden, wenn die Kontrollmöglichkeiten der Stadt Wien (Kontrollamt?) sowie das Interpellationsrecht der Gemeinderäte*)

durch Gründung des Vereines erheblich eingeschränkt werden?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Einen schönen guten Morgen! Ich glaube, ich kann nahtlos dort anschließen, wo Herr StR Oxonitsch mit seinen pädagogischen Bemühungen aufgehört hat. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Und wo ich gescheitert bin!*) Na ja, wie soll man sagen: Wiederholungen sichern den Lernerfolg, und manche Dinge muss man halt für die Kolleginnen und Kollegen der Opposition noch öfter wiederholen.

Also ich möchte einmal ganz grundsätzlich feststellen, dass die hier formulierte Frage in ihrem Inhalt wirklich vollkommen haarsträubend ist. Mir werden hier strafrechtlich relevante Tatbestände unterstellt, und das weise ich wirklich auf das Schärfste zurück.

Erstens möchte ich dazu anmerken: Die Donauinsel wird nicht privatisiert, denn dazu müsste es, wie Kollege Oxonitsch auch schon ausgeführt hat, eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen geben, sprich, einen Verkauf der Flächen von der öffentlichen Hand an Private. Das gibt es nicht, das wird es mit der SPÖ auch niemals geben. Dieser Teil der Donauinsel und auch andere sind zu 100 Prozent im Eigentum der DHK, der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz, und damit im weitesten Sinn des Bundes, und das wird auch mit diesem Verein weiterhin unverändert so bleiben. (*Beifall bei der SPÖ. – GR Johann Herzog: Der Applaus ist enden wollend!*)

Wie Sie, Frau Abgeordnete, auch genau wissen, umfasst diese Fläche auch nicht die Donauinsel, sondern ziemlich genau einen 750 m langen Bereich zwischen Floridsdorfer Brücke und Schnellbahnbrücke. In diesem Bereich sollen künftig eben Veranstaltungen in geordneten Bahnen, im Sinne der Bevölkerung, aber auch im Sinne der Umwelt abgewickelt werden, und das Geld, das daraus erwirtschaftet wird, ist zweckgebunden für die Infrastruktur der Donauinsel zu verwenden. Ich finde, dass das eine sehr gute und wohlüberlegte Konstruktion ist, die wir auch nutzen können, um Events, die dort stattfinden, und eben die Infrastruktur auf der Donauinsel zu verbessern.

Die Finanzgebarung wird nicht nur von einem Rechnungsprüfer geprüft, sondern auch freiwillig von einem externen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Und nachdem die öffentliche Hand ein beherrschendes Verhältnis zum Verein hat, unterliegt er auch zu 100 Prozent dem Bundesvergabegesetz.

Zusätzlich möchte ich jetzt auch noch darauf hinweisen, dass der Begriff Subvention – und auch das haben wir im Ausschuss schon ausführlich besprochen – in diesem Zusammenhang vollkommen falsch ist, denn wie Sie wissen, sind Subventionen für gewöhnlich ja keine Beträge, die zurückbezahlt werden, sondern es müssen Leistungen dafür erbracht werden. In diesem Fall ist im Vertrag, den Sie kennen und der auch dem Ausschuss vorgelegen ist, ganz klar drinnengestanden, dass es ein Anfangsbudget ist, das spätestens bis Ende des Vertrages, vermutlich aber schon früher, zurückgezahlt werden muss.

Zum Verein selbst. Sie wissen, dass die Gründungs-

mitglieder ausschließlich Mitglieder des Magistrats sind, dass dieser Verein eben nicht gewinnorientiert ist, weil alle Einnahmen zweckgebunden in die Donauinsel fließen müssen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Entschuldigen Sie, ich antworte auf die Frage. Wenn Sie mir solche Fragen stellen, dürfen Sie sich über die Antwort nicht wundern, meine Herren.

Auch noch ein weiterer Vorteil aus meiner Sicht: Es gibt einheitlich hohe Umweltstandards und ganz klare Vorgaben in puncto Lärm- und Abfallmanagement bei den Veranstaltungen.

Also ich sehe in diesem Konstrukt eigentlich nur Vorteile für alle, nämlich für diejenigen, die das dort nutzen wollen, für die Anrainer, aber auch für die Bevölkerung, die sich dann auf eine verbesserte Infrastruktur auf der Donauinsel freuen kann.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau GRin Mag Holdhaus. – Bitte schön.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin! Danke für die Beantwortung.

Ich darf mit meiner Zusatzfrage anschließen. Wir können jetzt diskutieren, was privat ist und was ein SPÖ-Verein ist, aber die Tatsache, dass es einen Geschäftsführer geben soll, zeigt jedenfalls, dass der Verein zwar nicht gewinnorientiert sein mag, aber sehr wohl erwerbswirtschaftlich, das heißt – aus unserer Sicht jedenfalls –, dass er wie ein privates Unternehmen agiert.

Jetzt stellt sich die Frage, wie sich die 86,96 Prozent der Wienerinnen und Wiener, die bei der Volksbefragung gegen Privatisierung beziehungsweise für einen Privatisierungsschutz von Magistratsdienstleistungen gestimmt haben, fühlen, beziehungsweise können sie sich zu Recht einmal mehr betrogen fühlen, denn Sie kampagnisieren gegen Privatisierung und gründen SPÖ-Unternehmen auf Steuerkosten.

Meine Frage: Wenn es so ist, wie es im Vertrag drinnensteht und so wie Sie das auch gesagt haben, dass alle Erträge aus der operativen Geschäftstätigkeit an die MA 45 überwiesen werden müssen, dann stellt sich die Frage, wer den organisatorischen Aufwand des Vereins bezahlt, im Speziellen das Geschäftsführergehalt? Der Verein oder der Steuerzahler aus dem Budget der MA 45?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also das Konzept ist natürlich ganz klar. Selbstverständlich ist, dass die Eigenkosten über den Verein gedeckt werden. Es wird dort kein Geschäftsführergehalt geben, das ist nicht vorgesehen, aber klar ist, dass die organisatorischen Aufwendungen abgedeckt werden.

Ich verstehe auch nicht, was jetzt das Problem dort ist, dass wir als Stadt Wien über einen Verein dort selbstständig tätig werden. Also ich sehe das Problem überhaupt nicht, vor allem, weil alles, was wir dort ... (*Zwischenrufe bei der FPÖ. – GR Johann Herzog: Ihr habt darüber abstimmen lassen!*) Ja, ich weiß, das ist Ihnen ein Dorn im Auge, denn alles, was wirtschaftlich

erfolgreich sein kann, passt der Opposition nicht in ihr Schlechtrede- und Lästerkonzept. *(GR Johann Herzog: Nein! Die Wiener wollen das nicht!)* Es ist keine Privatisierung, es bleibt weiterhin bei der DHK, es bleibt weiterhin im Eigentum des Bundes. *(Ruf bei der FPÖ: Dann darf man nicht abstimmen lassen! Dann muss die Stadt Wien das machen!)* Wissen Sie, Sie sind ja überhaupt die Privatisierungsweltmeister. Sie waren fünf Sekunden in der Regierung und haben alles verkauft, was nicht niet- und nagelfest war, und jetzt stellen Sie sich da her und zeigen mit dem Finger auf uns, die wir wirklich ganz glaubwürdig und seit vielen Jahren gegen Privatisierung eintreten. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Wenn es nach Ihnen geht, wäre alles in Wien schon privatisiert. So schaut es nämlich aus! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich kann vollkommen verstehen, dass Ihnen erfolgreiche Konzepte ein Dorn im Auge sind. Sie wollen auch nicht, dass Wien als Event-Stadt noch eine weitere Location dazugewinnt, weil Sie uns alle Erfolge missgönnen. Sie wollten ja auch nicht, dass die Leute zur Volksbefragung gehen und abstimmen. *(Widerspruch bei der FPÖ.)* Der Herr Strache hat ja gesagt, der Zettel ist für den Mistkübel, und da wurde nicht einmal die Mülltrennung beachtet. Aber bitte, das ist jetzt nur eine private Anmerkung von mir. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und jetzt berufen Sie sich auf das Ergebnis der Volksbefragung. Das ist ja überhaupt die größte Chuzpe. Wirklich.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor wir zur 2. Zusatzfrage kommen, ersuche ich – das sage ich jetzt sehr bewusst – die Männer der FPÖ, doch der Frau Stadträtin zuzuhören und nicht ständig überlaute Zwischenrufe zu tätigen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie soll antworten!)* Sie haben nicht zu qualifizieren, wie ihre Antwort sein muss. *(GR Johann Herzog: Das haben wir nicht! Sie kann sagen, was sie will! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Noch einmal, ich habe das zuvor schon gesagt: Es steht jeder Stadträtin, jedem Stadtrat frei, in welcher Form die Antwort gestaltet wird. Das ist nicht Ihr persönliches Recht. *(GR Johann Herzog: Aber wir können unsere Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen!)*

Gut. – Wir kommen zur 2. Zusatzfrage. Sie wird von GR Mag Maresch gestellt.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ja, man merkt, die FPÖ ist sozusagen im Wahlkampffieber und sorgt sich, weil ihre Zahlen ein bisschen heruntergehen. Man ist in Wirklichkeit eigentlich auch damit beschäftigt, dass die FPÖ-Männer offensichtlich Teile ihrer Gelder in Zypern geparkt haben, und das könnte, wie man mittlerweile weiß, vielleicht doch ein bisschen Schwierigkeiten bereiten.

Also noch einmal zurück zur Frage. Keine Privatisierung, wie immer befürchtet, sondern ein Verein. Welchen Vorteil bringt der Verein für die NutzerInnen und VeranstalterInnen auf der Donauinsel?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also die Gründung des

Vereins und damit die Ermöglichung der Nutzung der Donauinsel als Event-Location ist von sehr, sehr vielen Event-Veranstaltern ganz ausdrücklich begrüßt worden. Warum? Weil es künftig ein One-Stop-Shop-Prinzip geben wird. Früher war es so, dass man sehr viele verschiedene Behördenebenen gebraucht hat, weil über die DHK der Bund, Wien und Niederösterreich zuständig waren, man brauchte die Wiener Linien, man brauchte die Polizei, man brauchte die MA 45, man brauchte die MA 36. Also das ist einfach ein sehr großer Genehmigungsumfang gewesen.

Das ändert sich jetzt, weil der Verein über eine Eigenschaftsfeststellung jetzt einmal in einem einjährigen Verfahren alle Voraussetzungen erbracht hat, dass dort Veranstaltungen unter geregelten ganz klaren und strengen Vorgaben stattfinden können. Also dieses One-Stop-Shop-Prinzip ist eigentlich der größte Vorteil, der sich daraus ergibt, und das spiegelt sich auch wider.

Ich habe einige Stellungnahmen von Event-Veranstaltern mitgebracht, von denen ich ein paar zitieren möchte, weil man daraus einfach sieht, dass es da viel positive Resonanz dazu gibt.

Zum Beispiel die Instinct Media GmbH: „Ich arbeite in meinem Geschäft tagtäglich mit Veranstaltern zusammen. Bis dato stand die Donauinsel nie zur Auswahl, nicht zuletzt wegen der nicht geringen Behördenwege. Durch die Gründung des Vereins und der damit erstmals vorhandenen Struktur sowie dem Management des Areals gibt es nun endlich die Chance, auch die Donauinsel als reelle Möglichkeit für Groß-Events in Betracht zu ziehen.“

Oder Warehouse GmbH: „Die Preispolitik ist im normalen Bereich angesiedelt und definitiv kein Wucher, wenn man bedenkt, dass die Donauinsel derzeit zu den interessantesten Locations in Wien zählt.“ – Und so weiter, und so weiter. Ich will Sie da nicht zu lange langweilen.

Oder ein Betreiber einer Künstlervermittlungsagentur, seit 20 Jahren tätig *(GR Mag Wolfgang Jung: Welcher?)* – das kann ich Ihnen gerne noch mitteilen –, Titan, Artists und Event – ich kenne ihn nicht –, möchte sich für die Initiative bedanken, die Donauinsel nun auch für andere Veranstaltungskonzepte weiter zu öffnen.

Oder: „Als Veranstalterin von Addicted to Rock freut es mich persönlich sehr, dass weitere Konzerte auf der Donauinsel geplant sind. Das bringt endlich frischen Wind in die bisher sehr einseitige Location-Struktur in diesem Bereich.“

Oder For Dissolutions Vienna: „Endlich kümmert sich wer um die Donauinsel als Veranstaltungsort.“ – Ich kann die Aufregung nicht verstehen.

Oder Verein zur Förderung der österreichischen Dancemusic: „Ich finde es gut, dass man diesen Weg geht und auch anderen Veranstaltern die Möglichkeit gibt, das Gelände und seine Atmosphäre als Event-Location zu nutzen.“

Ich könnte da jetzt noch stundenlang vorlesen. Wir haben wirklich sehr viele positive Zuschriften bekommen, und der Grund dafür ist eben der, den ich vorher genannt habe: Dass es jetzt einfach eine Anlaufstelle gibt, dass

das gesamte Areal einer behördlichen Eignungsfeststellung nach dem Veranstaltungsgesetz unterzogen wurde und daher auch langfristig für Veranstaltungen sehr gut vorbereitet ist. Die erarbeiteten Auflagen, die wir drinnen haben, gehen auch über das gesetzlich Notwendige hinaus. Das war uns auch wichtig, wirklich die Anrainer möglichst gut zu schützen, aber auch die Umwelt dort natürlich gut zu schützen. Und jeder Veranstalter weiß im Vorhinein ganz genau, was ihn erwartet, was er vorzubereiten hat, welche Auflagen er zu erfüllen hat. Natürlich sind auch die ganzen Sicherheitsauflagen, sprich, Fluchtwege, Beleuchtung, Ver- und Entsorgung, Rettungs- und Feuerwehrzufahrten und so weiter dadurch auch schon im Vorhinein ganz klar und erfüllt, ebenso Lärmemissionen, Reinhaltungsverpflichtungen und, und, und.

Also es gibt einfach einen klaren Rahmen und ein klares Korsett für diese Veranstaltungen, und das wird von sehr vielen goutiert, weil sie dann einen Ansprechpartner haben, über den sie künftig alles abwickeln können. Wir profitieren davon, indem wir eben in die Infrastruktur der Donauinsel investieren werden können, was, glaube ich, wirklich auch eine Win-Situation für beide Seiten ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die nächste Zusatzfrage stellt GR Ing Guggenbichler. – Bitte schön.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin, guten Morgen!

Wir haben uns ja im Ausschuss schon über dieses Thema unterhalten, da ich es ja besonders dreist gefunden habe, dass Sie in Wien plakatieren, Sie schützen vor Privatisierung und gleichzeitig eben diesen Bereich in einen privaten Verein auslagern, und das noch einige Tage vor der Volksbefragung. Aber wahrscheinlich war die Volksbefragung am Ende auch aus diesem Grund ein veritabler Bauchfleck, den Sie da hingelegt haben.

Sie haben im Ausschuss schon gesagt, dieser Verein wird durch die Stadt, durch Wien besetzt, heute haben Sie gesagt, dass die Gründungsmitglieder im Verein Vertreter des Magistrats sind, zwischendurch wurde erwähnt, dass der Herr Präsident Kopietz Mitglied ist. Ich wollte fragen: Welche Gründungsmitglieder gibt es? Es ist ja auch die Diskussion aufgekommen, dass zwei Vertreter aus der Politik sind. Würden Sie uns diese bitte namentlich nennen.

Und die Frage ist: Was machen diese Gründungsmitglieder mit den 200 000 EUR Körpergeld, die Sie im Ausschuss für diesen Verein beschlossen haben?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich werde jetzt noch mal diese Anschuldigung zurückweisen und weise Sie darauf hin, dass Sie mir strafrechtlich relevante Tatbestände unterstellen. (*GR Ing Udo Guggenbichler: Das stimmt nicht!*) Oh ja, denn Körpergeld ist nichts anderes. Ich kann nur sagen, kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür und kümmern Sie sich einmal um die Verhältnisse in Kärnten und bei anderen Leuten in der FPÖ, die sich wirklich selber ein Körpergeld genommen haben. (*Beifall*

bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wir haben das ganz transparent in einem Ausschuss abgewickelt, und es steht ganz klar drinnen, dass alles Geld, das von der Stadt dorthin fließt, auch zurückzuzahlen ist. Deswegen ist es auch keine Subvention, das habe ich ja vorhin schon ausgeführt. Und wer Gründungsmitglied ist, können Sie gerne im Vereinsregister selber nachschauen. Das ist nämlich öffentlich zugänglich.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die 4. Zusatzfrage wird von Frau GRin Mag Holdhaus gestellt.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Stadträtin, wir nehmen zur Kenntnis, dass es, wie vorhin Frau Kollegin Brauner erwähnt und gelobt hat, beim Betriebsanlagengenehmigungsverfahren möglich ist, quasi einen One-Stop-Shop innerhalb des Magistrats einzurichten. Bei der Donauinsel ist das nicht möglich, da muss ein Verein gegründet werden, damit hier ein One-Stop-Shop für Events möglich ist. Das nehmen wir zur Kenntnis. Wir nehmen damit auch zur Kenntnis, dass Sie offensichtlich weniger Vertrauen in die Kreativität und in die Fähigkeiten Ihrer Magistratsmitarbeiter haben, als man es immer wieder hört.

Natürlich ist bekannt, und das steht auch im Vertrag drinnen, dass es sich hier um ein bestimmtes Stück der Donauinsel handelt. Wie Sie schon gesagt haben, ist das von der Floridsdorfer Brücke bis zur Schnellbahnbrücke. Und wie schon erwähnt, steht auch im Vertrag, dass zukünftig die erzielten Erträge zweckgebunden für Infrastrukturmaßnahmen in diesem Bereich, also eben im Bereich der Donauinsel, Neue Donau verwendet werden.

Meine Frage ist: Mit welcher Höhe an Erträgen rechnen Sie pro Jahr, und für welche Infrastrukturmaßnahmen sollen diese Mittel eingesetzt werden?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also soviel ich weiß, gehören weder die Wiener Polizei noch die Wiener Linien noch die DHK zum Wiener Magistrat. Und das ist das Problem. Das Problem sind nicht die Dienststellen des Magistrats, dort ist eine Konzentration leicht möglich, sondern du hast verschiedene Ebenen. Du hast die Bundesebenen in der DHK, du hast das Land Niederösterreich drin, und die muss man alle mit einbeziehen, genauso wie die Wiener Linien und die Polizei. Und das macht Veranstaltungsgenehmigungen auf der Donauinsel schwierig; nicht die MA 36, nicht die Feuerwehr und nicht die MA 45. Aus diesem Grund befürworten es die Event-Veranstalter, weil jetzt all das in einem einjährigen Verfahren schon für sie durchgeführt worden ist, was sonst jeder alleine durchführen muss und was für einzelne Event-Veranstalter, wie man ja aus den Reaktionen sieht, oft ein zu großer Aufwand ist, weil es ein sehr langwieriges und sehr mühsames Verfahren ist, wo man sehr viele Gutachten beibringen muss, etwa für Rettungskräfte, für den Abfallbereich. Also es ist einfach sehr vielschichtig und dauert sehr lange, und aus diesem Grund ist das begrüßt worden.

Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir seitens der Stadt nicht fähig sind, einen One-Stop-Shop einzurich-

ten, sondern es waren, wie gesagt, verschiedene Ebenen – Bund, Niederösterreich, Polizei, Wiener Linien und so weiter – auch einzubeziehen. Also ich glaube, dass es sehr gute Gründe dafür gibt.

Mit welchen Summen wir rechnen, kann ich Ihnen ganz ehrlich nicht sagen. Das wird darauf ankommen, wie sich das dort entwickelt. Wir haben ja auch eine begrenzte Anzahl an Tagen, wo auf Grund der Lärmbelastung bespielt werden kann. Bezüglich der Infrastruktur werden wir eine Prioritätenliste machen, aber ganz klar gehören dazu die Erneuerung der Bänke, Erneuerung der Wege, Ausbau der Beleuchtung, also klassische Dinge, die auf der Donauinsel jeder braucht.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Fragestunde ist nun zu Ende.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Stopp dem SPÖ-Privatisierungswahn – Wiener Gemeinderat soll wieder ausgegliederte Unternehmen, Betriebe und Fonds kontrollieren können!“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstedner, Herrn GR Mag Gudenus, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben diese Aktuelle Stunde heute beantragt, weil es darum geht, grundsätzlich ein Thema zu diskutieren, das allen Bürgern der Stadt, somit allen Eigentümern der Betriebe der Stadt wichtig ist, nämlich Kontrolle ausüben zu können über das, was den Menschen in dieser Stadt gehört. Leider ist es so, dass die SPÖ durch ihren Privatisierungswahn der letzten 10 bis 15 Jahre alles ausgegliedert hat und alles privatisiert hat, was man sich nur vorstellen kann. Das alles unter einem Bürgermeister Häupl, der hier im Endeffekt die Kontrolle entzieht und die Bürger enteignet hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es geht um den Grundsatz, dass der Eigentümer natürlich berechtigterweise Kontrolle ausüben will und auch Kontrolle ausüben können darf und dass diese Kontrolle natürlich hier durch den Gemeinderat passieren sollte. Und genau das ist in vielen Bereichen nicht mehr möglich. Das hat auch die Frau StRin Sima sehr entlarvend in der Fragestunde zum Thema Privatisierungen gesagt. Sie hat gesagt: Ich verstehe nicht, was das Problem ist, alles in Vereine auszulagern. – Das einzige Problem ist, dass die Frau Sima nicht versteht, dass es sich hier um Privatisierungen handelt. Das ist das Problem. Sie wollen es ja nicht einmal einsehen, dass Sie alles privatisiert haben in den letzten Jahren und im Endeffekt die Menschen enteignet haben.

Da geht es auch um politische Hygiene, die wir in dieser Aktuellen Stunde aber sicherlich nicht zum letzten Mal ansprechen werden. Es geht darum, dass Sie vor allem in den letzten Wochen durch eine Kampagne mit dreisten Unwahrheiten den Menschen Sand in die Augen

gestreut haben, dass Sie hier eine riesige Wählertäuschung veranstaltet haben bei der letzten Volksbefragung und hier im Endeffekt gesagt haben, die SPÖ schützt vor Privatisierungen und vor Enteignungen, aber den größten Sündenfall haben Sie ja selbst verbrochen. Sie haben die Menschen schon längst enteignet, der Herr Bgm Häupl hat das Wiener Wasser schon längst privatisiert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist der Skandal. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir Freiheitliche sind für den Schutz des Wiener Wassers, wir sind für den Schutz des österreichischen Wassers, und im Endeffekt haben mehr als 87 Prozent der Wienerinnen und Wiener bei dieser Volksbefragung auch ganz, ganz klar gesagt, dass sie für den Schutz des Wiener Wassers sind und dass sie sich gegen Privatisierung aussprechen. Mit einem Wort: Eine ganz klare Absage an die Politik der SPÖ und der GRÜNEN in dieser Stadt, die hier vor einigen Wochen kundgetan wurde. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da haben Sie sich ja noch tatsächlich getraut, als Beispiel des Privatisierungsschutzes die Energie, die Gemeindebauten, die Öffis und die Spitäler zu erwähnen, alles Betriebe, die Sie im Endeffekt schon längst privatwirtschaftlich organisiert haben, und es wurde eben das Wasser genannt. Da wurde plakatiert: Die SPÖ schützt unser Wiener Wasser! – Die SPÖ schützt unser Wiener Wasser? Eine glatte Unwahrheit! Sie haben hier ganz bewusst die Unwahrheit gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ.

Und wissen Sie, was das einzig Ehrliche auf diesem Plakat war? Da ist ganz klein links unten gestanden: SPÖ – Der Wiener Weg. Ja, Sie wollen die Wiener weg haben, Sie wollen die Wiener aus der Stadt jagen und hier im Endeffekt einen Bevölkerungs- und Wählertausch erzeugen. (*Beifall bei der FPÖ. – Ironische Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Das war die einzige ehrliche Aussage auf dem Plakat, Herr Kollege Deutsch, aber der Rest auf diesen Plakaten war schlicht und einfach eine dreiste und bewusste Unwahrheit. (*Zwischenruf von GR Mag Jürgen Wutzlhofer.*) Wissen Sie, Herr Kollege Wutzlhofer, was das Problem ist? Das Problem ist eines: Das Schlimmste und das Peinlichste ist, wenn man der eigenen Lügenpropaganda auf den Leim geht. Und das passiert anscheinend hier in den sehr lichten Reihen der SPÖ. Und wenn man einmal der SPÖ den Spiegel vorhalten will, dann ist auf einmal überhaupt niemand mehr in dem Saal, weil die SPÖ Angst hat vor dem Spiegelbild, weil die SPÖ Angst hat vor der Wahrheit. Das ist die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Kommen Sie lieber rein und hören Sie sich das an, was hier verbrochen wurde. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Blicken wir zurück auf die Chronik dieses Verrats. Es liegen uns ja auch hier die Dokumente vor. Bestandverträge, Einbringungsverträge, alles liegt uns hier schwarz auf weiß vor, und diese Dokumente sprechen eine ganz klare Sprache. Gerade die SPÖ unter Bgm Häupl hat schon im Jahre 1998 die siebente Quelle in Wildalpen, die Quelle Seisenstein, privatisiert, indem sie zuerst einen Bestandsvertrag geschlossen hat, wobei darin

ganz klar normiert wird, dass erstens dieser Bestandsvertrag unbefristet ist, zweitens eine gewerbliche Nutzung und die Errichtung einer Wasserabfüllanlage gestattet werden und – die Todsünde in diesem Vertrag, § 9 – eine Übertragung aller Rechte an Dritte ausdrücklich gestattet wird. Und wenn das keine Privatisierung ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann weiß ich nicht. Sie haben ja selbst keine Ahnung, was Sie hier aufführen. Sie haben das Wiener Wasser privatisiert. Und das ist die Wahrheit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es geht ja weiter in der Chronik des Verrats. Es hat dann die Gemeinde Wildalpen das von Häupl auf unbefristete Zeit eingeräumte Wassernutzungsrecht erhalten, nämlich 630 m³ Wasser täglich – das sind, bitte, wenn man das aufs Jahr hochrechnet, bei den Wassergebühren, die wir zur Zeit haben, 391 000 EUR pro Jahr, die man damit lukrieren könnte –, und dieses Nutzungsrecht wurde als 10 Prozent Beteiligung in die neu gegründete Wildalpen – Wasserverwertungs GmbH eingebracht. Sie sehen hier ein Nobelprodukt *(Der Redner hält eine kleine Wasserflasche in die Höhe.)*, das um 1,40 EUR in den Supermärkten verkauft wird, aber nicht nur in Wien, sondern weltweit. Was ist der Unterschied? *(In der anderen Hand hält der Redner ein Glas Wasser. – Zwischenruf der GR Heinz Hufnagl.)* Was ist der Unterschied, Herr Kollege? *(GR Heinz Hufnagl: Sie müssen das Wiener Wasser und das Wasser der kleinen Gemeinde Wildalpen unterscheiden!)* Ja, genau! Sie unterscheiden nicht. Das ist, bitte, ein Bestandsvertrag, den die Gemeinde Wien hier genehmigt hat. Und das Tragische ist eines: Es gab nicht einmal einen Beschluss des Gemeinderates, das wurde am Gemeinderat vorbeigeschummelt.

Aber jetzt kurz zur Aufklärung: Was ist der Unterschied zwischen diesem Wasser und diesem? *(Der Redner weist auf die Flasche und das Glas in seinen Händen hin. – GR Heinz Hufnagl: Das eine ist mehr, das andere ist weniger!)* Der Inhalt ist genau das Gleiche: das köstliche Wiener Leitungswasser; hier ein halber Liter um 1,40 EUR beim Meisl am Graben oder sonst wo und hier ein achteil Liter um nicht einmal einen Zehntel Cent. Das ist der Unterschied, meine sehr geehrten Damen und Herren, und die Gemeinde Wien hat überhaupt nichts davon, die bekommt maximal 3 500 EUR pro Jahr dafür. 10 Prozent Beteiligung. *(GR Heinz Hufnagl: Wien hat auch nichts davon, dass die Ottakringer Brauerei Wiener Wasser verwendet!)* Und wissen Sie was, Herr Kollege? Hören Sie mal gut zu, damit Sie dann in Ihrer Rede darauf replizieren können. Den Rest der Anteile der GmbH halten Private. Ein australischer Pokerspieler, ein Zocker, ein Gambler ist zu 95 Prozent daran beteiligt, und die Beteiligung des Wiener Wassers aus Wildalpen ist auf 1 Prozent Anteil gesunken. Der Herr Paul Steicke aus Australien hält hier im Endeffekt die Wasserrechte Wiens. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Die sind bitte aus der GmbH nicht mehr zurückzuholen, da können Sie noch so viel lachen. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Wildalpen und Wien, das ist ein kleiner Unterschied!)* Wenn Sie sich ein bisschen im Gesellschaftsrecht auskennen, wüssten Sie, dass man diese GmbH aus Wien heraus

nicht auflösen kann. Mit einem Wort: Das Wasser wurde privatisiert, und es passt ja auch ganz genau zur Wiener Zockermentalität, dass sie sich hier mit einem Oberzocker und Pokerspieler aus Australien ins Bett legt. Das ist schäbig, meine Damen und Herren. Schämen Sie sich dafür! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Christian Deutsch: Das ist ja lächerlich!)*

Also 3 500 EUR Pacht pro Jahr, und der südaustralische Millionär strebt heuer einen Umsatz von 1,2 Millionen EUR an. Die Frage ist: Was hat der Wiener Steuerzahler davon? Was hat der Bürger davon? Nix! Die Frage ist: Wer profitiert davon? Das sind alles peinliche Fragen, die wir stellen werden. *(GR Erich Valentin: Ja, das ist wirklich peinlich!)* Das Kontrollamt soll auch prüfen, wer davon wirklich profitiert. Es ist vielleicht nicht nur der australische Zocker und Pokerspieler, es ist vielleicht auch die Zocker-SPÖ hier im roten Wien.

All diese peinlichen Fragen werden Sie sich gefallen lassen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ja nicht zuletzt ein Rechtsgutachten ganz klar festgestellt hat – und das kann man von anderen, von dritten Gutachtern auch prüfen lassen –, es handelt sich hier um eine echte lupenreine Privatisierung, weil hier wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde und es die Gemeinde Wien auch gar nicht mehr zurückbekommen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Schämen Sie sich dafür und hören Sie endlich auf, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen! Es geht hier um politische Hygiene, und da haben Sie sehr, sehr viel zu tun, hier endlich einmal sauberzumachen und die Wahrheit zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zur Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr StR Mag Juraczka gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich das Thema der Aktuellen Stunde vernommen habe – „Stopp dem SPÖ-Privatisierungswahn!“ –, war ich kurzfristig ein wenig irritiert. Diese SPÖ ist mir nicht wirklich bekannt als Manchester-Liberalist, auch nicht wirklich bekannt als jemand, der eine Affinität zur sozialen Marktwirtschaft hat und versteht, dass Angebot und Nachfrage, die Regulatoren des Marktes, die Bereiche sind, die in weiterer Folge Arbeitsplätze, Wachstum und schlussendlich auch Wohlstand sichern. Aber wenn man sich das Ganze dann näher betrachtet, versteht man die Formulierung durchaus, und das hat ja heute auch die Fragestunde sehr schön an die Oberfläche gebracht. Was in Wahrheit immer wieder passiert und auch in der jüngsten Vergangenheit leider Gottes Usus wurde, ist eine Verschleierung der Kompetenzen, eine Verschleierung vor allem der Kontrolle. Wir haben heute mehrfach gehört, das Kontrollamt kann noch prüfen. Ja, das Kontrollamt kann noch prüfen, aber der Gemeinderat nicht.

Es stellt sich auch die Frage, warum es denn so viele Vereine im Umfeld der Stadt gibt. Ja, Sie haben recht,

werte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, natürlich geht es darum, Bereiche zu verwalten und operativ zu gestalten, die nach wie vor im Eigentum der Stadt sind. Aber warum bedarf es dieser Vereine? Weder der Kollege Oxonitsch konnte darauf wirklich hinreichend antworten noch die Frau Kollegin Sima konnte uns erklären, welche Vorteile diese Vereine bringen. Ich sage es Ihnen ganz offen: Es geht hier nur um die Ausschaltung der Kontrolle, und das ist mit Sicherheit der falsche Weg. *(Beifall der ÖVP und von GR Johann Herzog.)*

Wir sind bei diesem Themenbereich natürlich sehr schnell bei der Volksbefragung, bei der Frage 3, eine Frage, von der Politologin Filzmaier schon gesagt hat, da kann sich jeder eigentlich herausuchen, was er möchte, weil sie so schwierig und so verwirrend gestellt ist, dass man nicht weiß, was damit gemeint ist. Geht es wirklich um die unmittelbare Daseinsvorsorge, geht es um die ganzen Bereiche der Wien Holding, der Beteiligungen der Stadt Wien?

Eine Anfrage im Jahr 2011 hat gezeigt, dass die Stadt Wien bei 264 Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt ist, und da stellt sich die Frage, wie man damit umgeht. Ich spreche nicht von blinder Privatisierung, aber schauen wir uns zum Beispiel den Energiesektor an. Sieben von neun Ländern haben strategische Partnerschaften bei ihren Landesenergieversorgern, natürlich mit Mehrheit im Landeseigentum, die schaffen an, das ist schon gut und richtig so. Aber gerade in Zeiten, wo der Stromhandel ein immer wichtigeres Thema wird, wo man hier auch für den Letzt- und Endkonsumenten Verbilligungen und Ermäßigungen herausholen kann, wird in Wien nur plump demagogisiert, wenn es um dieses Thema geht.

Was hört man von diesen Unternehmen im Einflussbereich der Stadt Wien, die aber der Kontrolle des Gemeinderates wohlweislich entzogen wurden? Risikoreiche Ostgeschäfte bei der Wien Energie – entnimmt man den Medien. Preisabsprachen, Schmiergeldzahlungen bei der Fernwärme, unsaubere Machenschaften beim Verkauf von Garagen durch die Wien Holding – titeln die Medien. Veruntreuungen von über 500 000 EUR bei den Wiener Linien oder zuletzt ein Vergabeskandal bei Wiener Wohnen, der leider in dieser Form immer wieder auftaucht.

Ich finde es durchaus positiv, wenn StR Ludwig jetzt eine Untersuchung anordnet, nur, da liegt das Problem wohl tiefer und hier ist Kontrolle wirklich wichtig. Doch die wurde mutwillig, bewusst abgestellt und von der Opposition sozusagen nicht mehr wahrnehmbar umgesetzt. Und das ist das Problem, das wir in dieser Stadt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht aber nicht nur um die Skandale. Die Frau VBgmin Brauner hat heute von dieser Stadt als einem großen Unternehmen mit mehr als 70 000 Mitarbeitern gesprochen, wo es immer wieder Missstände geben kann. Stimmt, die kann es geben, nur wie man darauf reagiert, darauf kommt es an, und die Anzahl der Skandale zeigt mir, dass hier nicht schnell und effektiv genug gehandelt wird.

Aber es geht nicht nur um die Skandale, es geht

auch generell um die Finanzgebarung. Schauen wir uns die Wiener Linien an. Hier wird einerseits durchaus davon gesprochen, dass es eine Jahresnetzkarte gibt, die verbilligt wurde. Ist okay, überhaupt nichts dagegen einzuwenden. Allerdings haben wir jährlich einen Betriebskostenzuschuss von 730 Millionen EUR. Schauen wir uns an, ob dort wirklich kosteneffizient gearbeitet wird. Ähnlich ist es bei Wiener Wohnen mit einem Riesensbudgetloch.

Ich denke, es geht nicht darum, sich gegenseitig Privatisierungswut vorzuwerfen, sondern es geht darum, einen verantwortlichen Umgang mit den Unternehmen dieser Stadt zu haben, maximale Transparenz ans Tageslicht zu legen, um Missstände, wie Sie derzeit leider gang und gäbe sind, in Zukunft tunlichst zu vermeiden. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl.-Ing Margulies zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Schluck Wiener Wasser. Frage an die Auskenner der FPÖ: Wiener Wasser, das ich hier trinke, im öffentlichen Eigentum oder privatisiert? Antwort so wie bei allen anderen 1,7 Millionen Wienern und Wienerinnen: Wiener Wasser im öffentlichen Eigentum. Wiener Wasser, das mit Sicherheit nicht privatisiert wird, mit Sicherheit nicht den Fängen von Menschen ausgeliefert wird, die sagen: Der Wassermarkt ist ein Zukunftsmarkt. Wir sind in Russland und in der Ukraine engagiert.

Das sagt jemand, der sich auskennt. Ich weiß nicht, ob für die FPÖ oder nur für sich selber. Frau GRin Kappel wird so im „News“ zitiert, dass sie tatsächlich versucht hat, mit Wasser Geschäfte zu machen. Ob im Namen der FPÖ oder nur als Einzelperson, wie gesagt, ich weiß es nicht, aber innerhalb der FPÖ kennen sich die Menschen mit Privatisierung von Wasser aus. Wien macht das nicht. Punkt. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Heinz Hufnagl: Hört! Hört!)*

Um die Menge, die Herr Gudenus angesprochen hat, zu veranschaulichen, habe ich mir gedacht, die Stadt Wien könnte doch ein Langbahnbecken bauen und mit dem Wasser füllen. Dann bin ich draufgekommen, wenn die Stadt Wien wirklich ein Langbahnbecken baut und mit dem Wasser füllt, das die Stadt Wien angeblich verkauft, dann wäre dieses Becken nur 60 cm tief. Da kann man beim besten Willen nicht schwimmen. Das wollen wir nicht.

Daher lasse ich tatsächlich die FPÖ auf der Seite. Sie hat heute offensichtlich ihr Unwissen über Privatisierung dokumentiert. Sie hat nämlich auch den Unterschied zwischen Privatisierung und privatrechtlicher Organisation nicht verstanden.

Privatisierung war das, was tatsächlich Blau-Schwarz in riesengroßem Ausmaß gemacht hat. Das hat dem Bund gehört und damit dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin, und danach hat es Privaten gehört. Und es hat ganz viele Menschen im Dunstkreis von ÖVP und FPÖ gegeben, die daran wirklich noch verdient haben, die

sich bereichert haben an den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Zu den Wiener Stadtwerken, wo ich jetzt bei der ÖVP durchgehört habe, sie würde gerne einen Teil wirklich privatisieren, sage ich gleich dazu: Nein, das kommt aber überhaupt nicht in Frage! Die Wiener Stadtwerke gehören nach wie vor den Wienern und Wienerinnen. Die Wien Holding gehört nach wie vor den Wienern und Wienerinnen. So wie viele andere Bereiche, die privatrechtlich organisiert sind, allerdings im Eigentum der Stadt Wien stehen. So ist es, und ich würde mich freuen, wenn es tatsächlich auch ankommen würde bei den Oppositionsparteien.

Die ÖVP im Gegensatz weiß tatsächlich, worum es geht. Sie haben es richtig angesprochen, Herr Juraczka, Sie würden gerne die Wiener Stadtwerke privatisieren. Sie haben vorgezeigt in Ihrer Regierungsperiode unter Blau-Schwarz, welche dramatischen Auswirkungen sich damit verknüpfen.

Und Sie haben eines vergessen, und Sie haben es leider bewusst vergessen (*Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka*), Sie haben etwas bewusst vergessen, nämlich etwas, was die GRÜNEN schon immer gefordert haben. Aber warum weigert sich gerade die ÖVP auf Bundesebene, das Aktien- und GmbH-Gesetz dahin gehend zu ändern, dass öffentliche Körperschaften tatsächlich den Anspruch haben, alle Informationen zu bekommen. Sie wissen es so gut wie ich, dass es Aufsichtsräten verboten ist – jetzt wissen wir schon alle, das eine ist das Verbot und das andere ist Realität –, Auskunft zu geben, wie sich sozusagen die Situation eines Unternehmens darstellt. Und wir wissen trotzdem, dass es das eine oder andere Mal durchaus sinnvoll ist, Gasunternehmen, Elektrizitätsunternehmen privatrechtlich zu organisieren.

Schaffen wir die Voraussetzungen, dass Aufsichtsräte und Aufsichtsrätinnen der Politik Rede und Antwort stehen müssen. Das ist ein Gesetz, das auf Bundesebene zu regeln ist. (*StR Mag Manfred Juraczka: Sie kennen das Aktienrecht!*) Aber Sie als ÖVP weigern sich, die Kontrolle durch die öffentliche Hand sicherzustellen. – Ich danke Ihnen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr GR Ing Meidlinger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Christian **Meidlinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die heutige Aktuelle Stunde gibt auch die Möglichkeit, diese Märchenpolitik, vor allem der Freiheitlichen Partei, hier zu entlarven und einfach auch einmal klarzustellen, wer denn in den letzten Jahren bei den Privatisierungen voll danebengelegt ist, voll danebengehaut hat. Wir werden dann auch noch kurz darauf eingehen. Ich verstehe schon, dass man, wenn man bei den letzten beiden Landtagswahlen so verloren hat, einen Versuch unternimmt, ein Ablenkungsmanöver zu machen. Die Wienerinnen und Wiener werden auf dieses Kasperltheater von Ihnen sicherlich nicht eingehen und haben das

ohnehin schon durchschaut.

Die Aktuelle Stunde ist eingebracht von einer Partei – und das zeigt auch die Vergangenheit –, die bei den Privatisierungen komplett danebengegriffen hat, es ist komplett danebengegangen. (*Zwischenruf von GRin Mag Dr Barbara Kappel.*) Die Freiheitliche Partei ist eine Partei, die auch Wien – wir werden gleich darauf zurückkommen, Frau Abgeordnete – überhaupt keine Scheu hätte, die Privatisierungen voranzutreiben, wenn sie die Möglichkeit dazu hätte. Wir werden das hier aufzeigen, und die SPÖ wird diese Politik so nicht mittragen.

Wenn man sich anschaut – wir können das auch aufzählen aus der Vergangenheit; über das Wasser ist eh schon genug gesagt worden und über die 60 cm in einem Langbahnbecken von 50 m –, wie das diskutiert worden ist von Ihnen, sieht man, die Privatisierungsabsichten haben Sie, und die Privatisierer sitzen bei Ihnen.

Da gibt es Schlagzeilen, die lauten: Sima blockiert Müllentsorgung durch Private. – Gott sei Dank ist das so, und wir sind ihr sehr dankbar dafür. Da gibt es Schlagzeilen der Freiheitlichen Partei, wo der Verkauf von Wasser gefordert wird, um Schulden abzubauen. Da gibt es die Forderungen der Freiheitlichen, die erneut die vollständige Privatisierung des Flughafens zu verlangen. Und da gibt es 2005 auch eine Aussage Ihres Parteiobmannes, der klargestellt hat, es sei an der Zeit, über die Vollprivatisierung bei Wien Energie nachzudenken.

Mit uns, sehr geehrte Damen und Herren, wird es das sicherlich so nicht geben! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Die Auswirkungen der Privatisierungen kennen wir ja. Wir wissen, wie es aussieht mit den Jobs, wir wissen, wie es aussieht mit der Arbeitsqualität und so weiter und so fort. Ich glaube, das brauchen wir hier nicht weiter aufzuzählen.

Aber das wahre Gesicht hat auch eine Diskussionsveranstaltung im November 2011 gezeigt, als eine Abgeordnete in diesem Raum gefragt wurde: In der zweiten Runde möchte ich Privatisierungen, Potenziale, persönliche Wunschkandidaten für ein Börse Listing hinterfragen. Wie stehen Sie zu diesem Thema? Die Antwort war: Ich stehe dem Thema Börsegang sehr positiv gegenüber. Energielandsversorger wären zum Beispiel klassische Volksaktien.

Ich glaube auch nicht, dass es nötig ist, dass beim Verbund auf Bundesebene Mehrheiten gehalten werden. Der Staat muss konsolidieren, einen ausgeglichenen Haushalt schaffen, das Schulden Thema in den Griff bekommen. Damit bin ich genau beim Thema: Zusätzlich zu allen Reformschritten – Verwaltungsreform, Gesundheitsreform – braucht es Gelder aus Privatisierung, da wird man nicht daran vorbeikommen.

Zweite Frage: Gibt es Wunschkandidaten? – Ja, es gibt Wunschkandidaten, insbesondere auf Wiener Ebene, eine ganze Liste von Privatisierungen, aber die werde ich zum geeigneten Zeitpunkt präsentieren.

Frau Abg Kappel, sagen Sie den Wienerinnen und Wienern die Wahrheit! Was möchten Sie denn privatisieren? Sie verstecken sich hier hinter einer Aktuellen Stunde und geben bei Interviews bekannt, dass Sie

jedenfalls bei der Frage Staat oder privat der festen Überzeugung sind, dass sich der Markt und nicht der Staat durchsetzen wird. Sie sind die Oberprivatisierer in diesem Land gewesen, Ihre Privatisierungen sind schiefgegangen, die Staatsanwaltschaften ermitteln in vielen, vielen Fällen. Und jetzt wollen Sie den Wienerinnen und Wienern weismachen, dass Sie hier vor Privatisierung schützen. Das tun Sie nicht. Vor Privatisierung schützen die Sozialdemokratie und die rot-grüne Wiener Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, und das wird auch so bleiben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es gäbe hier noch viele, viele Dinge zu diskutieren, aber vielleicht noch ein paar Anmerkungen zu Herrn Juraczka: Das Kontrollamt ist nicht irgendjemand. Es gibt einen Ausschuss und in dem sitzen, wie wir wissen, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Das heißt, diese Kontrollmöglichkeiten sind da, die Gemeinderätinnen und die Gemeinderäte haben diese Kontrollmöglichkeiten. Und soweit ich informiert bin, wird dieses Instrument auch entsprechend genutzt und auch hier entsprechend berichtet.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben als Sozialdemokratie mit der Volksbefragung die Wienerinnen und Wiener gefragt, was sie von einer Privatisierung der Daseinsvorsorge halten. Die Wiener Bevölkerung anerkennt, dass jene 90 Prozent der Gemeindebediensteten, die in der Daseinsvorsorge beschäftigt sind, eine tolle Arbeit machen, einen tollen Job machen. 87 Prozent können nicht irren. Und diesen erfolgreichen Weg, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir als Sozialdemokratie auch weitergehen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aigner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die Quintessenz aus der heutigen Fragestunde und der Aktuellen Stunde ist meines Erachtens folgende: Es gibt gute Privatisierungen und es gibt schlechte Privatisierungen. Gut sind Privatisierungen dann, wenn sie von der SPÖ durchgeführt werden, in allen anderen Fällen sind es schlechte Privatisierungen und davor müssen wir die Menschen schützen.

Wenn Sie die Begrifflichkeit ansprechen, lässt sich etwa folgendes Beispiel heranziehen: Werden die U-Bahn-Garnituren verleast und zurückgeleast, dann ist das offenkundig völlig in Ordnung. Auch hier wird wirtschaftliches Eigentum übertragen, da finden sich dann sogar die Prüflaketten von irgendwelchen Hedgefonds auf den Garnituren. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ihr habt zugestimmt!)* – Bitte? *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ihr habt zugestimmt!)* – Ich habe mein Lebtage keinem Cross Border Leasing zugestimmt. Aber ich sage, das ist kein Problem, genauso wie ein Fremdwährungskredit, den die Stadt Wien abschließt, auch keine Spekulation ist. Also, das heißt, es ist offenkundig etwas ganz Unterschiedliches: Wenn Sie es machen, ist es kein Problem.

Es gibt aber auch sehr erfolgreiche Privatisierungen, bei denen auch das wirtschaftliche Eigentum übertragen worden ist. Ich darf daran erinnern, die Voestalpine, eines der erfolgreichsten österreichischen Unternehmen, würde es heute nicht mehr geben, wenn sie nicht privatisiert worden wäre. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* So ist es nicht, dass Privatisierungen prinzipiell etwas Schlechtes sind.

Wenn die Stadt Wien einen Verein nach dem anderen gründet, steht sie natürlich eigentümlich dahinter, sie schafft aber einen privaten Rechtsträger, der sich selbst gehört. Im Endeffekt ist jede Subventionierung dieser stadtnahen Vereine nichts anderes als die Privatisierung von Steuergeldern. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und es kann ja in keiner Weise gesagt werden, worin der Vorteil dieser Privatisierungen besteht, außer dass man aus dem Beamtenchema ausbricht, dass man aus der Kontrolle durch den Gemeinderat ausbricht, dass man sich die politischen Funktionsträger, die dort sitzen dürfen, aussuchen kann, dass es also keine Proportionalität mehr gibt. Nun kann man natürlich sagen, jetzt sitzt überall der Kollege Akkilic drinnen – das ist für die dort engagierten MitarbeiterInnen eher eine Form von Bestrafung –, aber das ist ja letztendlich auch etwas, wo Sie sich aus dieser ganzen politischen Verantwortung davonstehlen.

Im Endeffekt arbeiten in Ihren Vereinen, in Ihren Stiftungen lauter Menschen, die dort nicht aus Idealismus tätig sind, sondern die letztendlich auch wiederum ein Geld verlangen und einen Dienstvertrag haben, und die Geschäftsführertätigkeiten sprengen das Beamtenchema bei Weitem. Das ist letztendlich etwas, was sehr kritisierenswert ist. Wenn man Sie beim Wort nimmt, dann schützen Sie die Wienerinnen und Wiener auch vor dieser Art von Privatisierung. Und es handelt sich um nichts anderes.

Im Endeffekt war der Anlass für die Fragestellung bei der Volksbefragung ja nur das Bestreben der EU, die Dienstleistungserbringung zu privatisieren, und nicht, dass das Eigentum am Wasser privatisiert wird. Und jetzt kommt man drauf, dass Sie nicht nur bei der Dienstleistungserbringung, wie man es im Bereich der Jugendarbeit sieht, sondern auch beim Eigentum keine Hemmungen haben, das Eigentum abzugeben.

Ich glaube, im Endeffekt sind Privatisierungen für sich genommen weder gut noch schlecht, es gibt sehr viel gute Beispiele, es gibt missglückte Beispiele. Aber tun Sie nicht so, als ob Sie diejenigen wären, die die Wienerinnen und Wiener vor dieser Art von Kontrollverlust sicher schützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aichinger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Privatisierungen dürfen kein Tabuthema sein, meine Damen und Herren. Darüber muss man diskutieren dürfen, man muss sagen, wie schaut es aus, gibt es die Privatisierungen, die gut oder nicht gut sind.

Aber lassen Sie mich, bevor ich auf das Thema eingee, noch eines klarstellen: Die Wiener ÖVP – und ich glaube, in diesem Raum haben wir das auch schon einige Male bestätigt beziehungsweise durch Beschlüsse festgelegt – will bei der Daseinsvorsorge nicht privatisieren. Die Frage lautet nur, Kollege Margulies, das sage ich gleich dazu, was alles Daseinsvorsorge ist. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wohnen! Wasser!*) – Da kann ich nur dazusagen, natürlich ist das Wasser Daseinsvorsorge, und das wollen wir auf gar keinen Fall privatisieren. Das haben wir auch in einigen Anträgen beziehungsweise Abstimmungen bereits eindeutig klargestellt.

Aber gerade bei dem heutigen Antrag, den es dann bei der Mitteilung von der rot-grünen Stadtregierung geben wird – und das muss man ja auch dazusagen –, wird wieder alles hineingepackt, wo es viele Themen gibt, wo ein Nebeneinander zwischen Privat und nicht Privat erfolgreich ist. Ich nehme nur ein Beispiel, meine Damen und Herren: Sie werden doch wirklich nicht sagen können, dass im Spitalsbereich neben den Gemeindespitalern, neben Universitätskliniken die Ordensspitäler oder auch die privaten Spitäler nicht beste Arbeit leisten. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Siehe Report am Dienstag! Das war sehr gut dargestellt!*) Wir wissen von privaten Spitalern, sogar von Ordensspitalern, die effizienter und besser arbeiten. Ich kann nur eines sagen, wir sollen das Thema Privatisierung nicht einfach tabuisieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines hat sich aber auch herausgestellt, meine Damen und Herren: Im Wettstreit der einzelnen Wirtschaftssysteme ist eindeutig die soziale Marktwirtschaft als sicher hervorgegangen. Es ist ganz einfach für die Bürgerinnen und Bürger wirklich das effizienteste und das beste Wirtschaftssystem. Und warum ist das so? Weil es auf Wettbewerb beruht, weil es auf Transparenz beruht und weil es ganz einfach auf persönlichem Engagement beruht. Ich glaube, das ist der entscheidende Faktor. Es gibt viele Bereiche, wo das ganz einfach notwendig wäre. Das Beispiel Voest ist hier heute schon einige Male angeschnitten worden. Die Voest hat derzeit mehr Mitarbeiter denn je, schreibt schwarze Zahlen und ist ein ganz, ganz wichtiger Player im internationalen Bereich. Wo wäre eine OMV, wo wäre Böhler-Uddeholm? Oder ein relativ neues Beispiel, meine Damen und Herren, das können Sie ausprobieren, ist die WESTbahn. Die WESTbahn ist eine gute Sache und hat vor allem die ÖBB dazu gezwungen, wesentlich besser zu sein. Fahren Sie jetzt auf der Westbahnstrecke mit den ÖBB, werden Sie merken, dass das ganz einfach wesentlich besser ist. Ich glaube daher, wir müssen über das Thema diskutieren, wir müssen nur richtig diskutieren. Aber eines wollen wir nicht, wenn wir privatisieren wollen, wir wollen keine Scheinprivatisierungen! Darunter verstehen wir Auslagern und der Kontrolle Entziehen. Das kann es nämlich nicht sein, der Kontrolle der Opposition und damit auch der Bevölkerung zu entziehen, meine Damen und Herren.

Das ist, glaube ich, der falsche Weg. Da müssen sich die SPÖ beziehungsweise die rot-grüne Regierung etwas überlegen, wie Kontrolle auch wirklich gegeben ist

und ausgeübt werden kann, denn Transparenz ist das Wichtigste, um hier erfolgreich sein zu können. Betrachten wir das nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus der Effizienz heraus, was für die Bevölkerung und für die Bewohner und Bewohnerinnen dieser Stadt am besten ist.

Lassen sie mich mit einem Zitat schließen: „An die Spitze kommt man nicht im Schlafwagen“, hat der frühere deutsche Bundespräsident Horst Köhler gesagt. Wir wollen an die Spitze kommen mit dieser Stadt und daher müssen wir auch diese Diskussion immer wieder führen. – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Frau GRin Dr Vana zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Irgendwie kann ich mich des Eindruckes nicht erwehren, dass diese Aktuelle Stunde zwischen völliger Absurdität und Desinformation der Opposition schwankt, die ständig Begriffe verwechselt – Privatisierung, Auslagerung, öffentliches Eigentum, aber privatrechtlicher Verein. Und da die Vorwürfe völlig ins Leere gehen, schwankt sie auch zwischen Realitätsverlust und eigentlich einer Themenverfehlung. Realitätsverlust deshalb, denn wer jetzt, nach der Wirtschaftskrise, die doch wohl zeigt, wie wichtig öffentliche Unternehmen sind und dass gerade öffentliche Unternehmen – nicht nur im Bereich der Daseinsvorsorge – wesentlich besser, stabiler und nachhaltiger – die Situation der Beschäftigten ist schon angesprochen worden – durch diese Krise geführt haben, immer noch für Privatisierungen ist, dem ist sehr wohl nicht mehr zu helfen. Herr Kollege Aichinger und Herr Kollege Juraczka: Besser, schneller, billiger durch Private ist ja wohl als neoliberaler Mythos entlarvt. Sie haben gesagt, Angebot und Nachfrage regulieren! – Nein, eine natürliche Regulation von Angebot und Nachfrage, bei der am Ende automatisch alle das haben, was sie brauchen und wollen, die gibt es nicht, meine Damen und Herren. Deshalb braucht es die öffentliche Hand und deshalb braucht es nicht nur, aber insbesondere die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, denn Privatisierungen sind, und das haben sie unter Schwarz-Blau ja wirklich eindrucksvoll vorgezeigt, ein volkswirtschaftlicher Kapitalfehler. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Wenn Sie wenigstens volkswirtschaftlich rentabel privatisiert hätten! Und es stimmt überhaupt nicht, dass die Voestalpine nicht mehr existieren würde, wäre sie nicht privatisiert worden. Gerade die wirtschaftlichen Kennzahlen der Voestalpine waren hervorragend. Es wurde trotzdem entschieden, Volksvermögen zu verschleudern, so wie in vielen anderen Fällen. Veritable Privatisierungsflops unter Schwarz-Blau: Austria Tabak – Verlust von Hunderten von Arbeitsplätzen, BUWOG-Wohnungen – 60 000 Wohnungen unter ihrem Wert verschербelt, das hat sogar der Rechnungshof festgestellt. Das heißt, Sie sind mit Ihrer Politik der Privatisierungen hier endgültig gescheitert. Wien ist am richtigen Weg, Wien ist ein europaweites Vorbild mit einem der stärksten und brei-

testen öffentlichen Sektoren. Wir werden hier auch international immer als Vorbild gesehen, auch als eine der lebenswertesten Städte, was die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen betrifft.

Was ich eingangs sagen wollte, ist, diese Aktuelle Stunde ist eigentlich eine Themenverfehlung. Denn der Druck zur Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung, der Verlust von Kontrollmöglichkeiten spielt sich eigentlich nicht hier in Wien ab, der spielt sich auf Ebene der Europäischen Union ab (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja genau! Und dem stimmen Sie zu!*) –, und dort ist Wien auch wirklich europaweiter Spitzenreiter in stadtaußenpolitischen Aktivitäten zur Absicherung der Daseinsvorsorge. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Meine Damen und Herren, die Bedrohung ist nicht das rot-grüne Wien in Sachen Privatisierung, Auslagerung und mangelnden Kontrollmöglichkeiten der Bevölkerung. Das Problem ist die unreflektierte Liberalisierungspolitik der EU-Kommission – Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung –, die seit Jahren gefahren werden. Sie tragen das gescheiterte Credo der Marktöffnung im Europaparlament seit Jahren mit, meine Damen und Herren von der ÖVP – Sie von der FPÖ schaue ich da gar nicht an, weil Sie haben, Gott sei Dank, auf europäischer Ebene nichts mizureden, da Ihr Abgeordneter Mölzer absolut nichts zu reden hat im Europaparlament –, das uns auch hier in Wien in Form von zusätzlichem Privatisierungsdruck, Auslagerungs- und Liberalisierungsdruck auf den Kopf fällt. Und da ist es schon eine Chuzpe von beiden Parteien, sich hier herauszustellen und sich als die Garanten des öffentlichen Eigentums hinzustellen, bei Ihrer Vergangenheit und bei Ihrer aktuellen Politik. Das ist wirklich nicht zu akzeptieren.

Aber, wenn Sie es ernst meinen bei dem Thema, erwarten wir eigentlich, dass Sie Rot-Grün unterstützen beim Abwehrkampf der Kommunen, der jetzt gegen noch weitere Liberalisierungsschritte der EU-Kommission geführt wird. Und diese Gelegenheit hatten Sie ja einige Male und die haben Sie auch einige Male verpasst.

Liebe Damen und Herren, vor allem von der ÖVP, bitte unterstützen Sie uns doch zum Beispiel bei der Reform des vierten Schienen-Eisenpaketes, das wir in Form einer Subsidiaritätsrüge im Europaausschuss hatten. Die ÖVP hat plötzlich dagegen gestimmt, im Bundesrat dann dafür gestimmt – die wissen also überhaupt nicht, was sie wollen. Unterstützen Sie uns bei der Ablehnung der Konzessionen, die auch indirekt eine Privatisierung durch die Hintertür zur Folge haben könnten, bei der Unterstützung der Europäischen BürgerInneninitiative zum Wasser und – last but not least, ein wichtiges Thema, weil die Zeit davonläuft – bei der Absicherung des sozialen Wohnbaues in Wien. Denn auch der ist massiv betroffen von der Politik der Europäischen Kommission, die plötzlich die soziale Durchmischung im sozialen Wohnbau verhindern will, was in anderen Ländern schon zu Privatisierung von Gemeindewohnungen geführt hat. (*StR Mag Manfred Juraczka: Bei der Formulierung ist die Durchmischung gefährdet!*) Darin könnten Sie uns unterstützen! Rot-Grün ist gut für Wien, Rot-Grün ist gut für Europa! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Nepp zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Margulies! (*Der Redner trinkt aus einer Plastikflasche und stellt diese auf das Rednerpult.*)

Ein Schluck Wiener Wasser, öffentliches Eigentum oder privatisiert? Sehen Sie, so kommen Sie ständig hier heraus und prahlen mit Unwissen. Sie können wirklich froh sein, dass man durch Unwissen nicht fliegen kann, sonst wären sie ein Komet, Herr Margulies. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Meidlinger, Sie wissen ganz genau, dass es eine einstweilige Verfügung vom Gericht gibt, dass Sie uns diese Privatisierungspläne nicht mehr vorwerfen dürfen, weil sie unwahr sind. Darum hören Sie auf, hier herauszukommen, Unwahrheiten zu sagen, halten Sie sich an gerichtliche Beschlüsse und setzen Sie sich nicht über die Justiz hinweg. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ihr wollt alles privatisieren!*)

Aber das, was die SPÖ hier abzieht, ist ja überhaupt eine Frechheit. Sie kommen hier heraus und behaupten ernsthaft, Sie wollen die Wiener vor Privatisierung schützen. Dabei machen Sie das seit Beginn Ihres Machtrausches, der schon Jahrzehnte dauert, Stück für Stück, immer mehr, scheinbarweise verscherbeln Sie unser Familiensilber, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und das ist eine Frechheit. Wien Energie, Wienstrom, Fernwärme, alles wurde von Ihnen privatisiert und ausgelagert, wie der Fonds Soziales Wien, wie überhaupt einmalig weltweit, dass man ein Sozialsystem auslagert, Wiener Wohnen, unser Kanalsystem, die Öffis, darüber bestimmen nur noch irgendwelche US-Investmentbanker. Ja, genau an diejenigen haben Sie das verscherbelt, nämlich unseren Kanal und unsere Öffis, die Sie Tag für Tag, Tag ein, Tag aus für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und dann kommt noch das Größte. Sie plakatieren, die SPÖ schützt das Wiener Wasser. In Wahrheit haben Sie das Heiligste und Wertvollste, was Wien zu bieten hat, nämlich das Wiener Wasser an einen australischen Pokerspieler verscherbelt. Das ist scheinheilig, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Eines läuft ja perfekt in dieser Stadt, das ist Ihr roter Privatisierungsmotor. Aber das Ergebnis der Volksbefragung hat Ihnen ja gezeigt, was die Wiener und die Bürger hier in Wien davon halten. Sie haben ja hier eigentlich eine Abstrafung bekommen, denn 87 Prozent der Wiener haben sich gegen Ihre Privatisierungspolitik entschieden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die wichtigste Aufgabe dieser Stadt haben Sie auch schon längst privatisiert. Das ist die Bildung, in diesem Fall die außerschulische Bildung. Dieses enorm wichtige Anliegen der Stadt haben Sie privatisiert, haben Sie in Vereine ausgelagert, wie wienXtra, wie die Wiener Jugendzentren oder – auch einer meiner Lieblingsvereine – den Wiener Bildungsserver, meiner sehr geehrten Da-

men und Herren, ein Verein, der durchwegs Aufgaben erledigt, die der Magistrat übernehmen kann. Es ist unglaublich, wie durch diese Privatisierungswelle in diesem Verein anscheinend nicht nur die roten Bonzen selber, sondern auch die Partei profitiert und hier im großen Stil abcasht. Denn dieser Wiener Bildungsserver, meine sehr geehrten Damen und Herren, der enorm viel Steuergeld bekommt, hat sich in ein Büro eingemietet, das dieser Verein gar nicht braucht, wie das Kontrollamt festgestellt hat.

Ein Verein mietet sich in einem Büro ein, das viel zu groß ist und auch viel zu teuer. Da stellt man sich schon die Frage, wem dieses Büro eigentlich gehört. Wenn man sich den Grundbuchauszug holt – und den habe ich hier –, gehört dieser Verein dem Verband Wiener Arbeiterheime. Und wer sitzt dort im Vorstand? – Der Herr Lacina, der Herr Swoboda, Ihr LandesparteiSekretär-Stellvertreter Aschauer, bis 2008 noch Prof Kopietz. Man kann sagen, dass dieser Verein (*GR Prof Harry Kopietz schüttelt den Kopf.*) – bis 2008 habe ich gesagt – zu 100 Prozent der SPÖ gehört.

Ich fasse zusammen: Die SPÖ beschließt eine enorme Subvention, die nicht gebraucht wird, an den Wiener Bildungsserver. Dieser Wiener Bildungsserver zahlt wieder Miete an die Wiener Arbeiterheime, die zu 100 Prozent der SPÖ gehören. Das ist bitte ein Paradebeispiel eines In-Sich-Geschäfts, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, lassen Sie sich sagen: Hier stinkt es durch Ihre Privatisierung gewaltig nach versteckter Parteienfinanzierung, und hier ist die FPÖ da, und wir garantieren, das in diesem roten Wien abzustellen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Hufnagl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzter Herr Bürgermeister! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

„Stopp dem Privatisierungswahn der SPÖ!“ – Mit dieser für die Freiheitlichen so typischen Wortwahl des Augenmaßes, der Sachlichkeit und der Wahrheitsliebe hat die Freiheitliche Fraktion die heutige Fragestunde und Aktuelle Stunde beglückt. Wenn man seitens der Partei des selbstverschuldeten carinthischen Megatraumas und der permanenten südösterreichischen Selbstzerstörung just der SPÖ Wahnverhalten vorwirft, sei Ihnen folgende Gegenfrage gestattet, meine Damen und Herren von der blauen Riege dieses Hauses:

Leiden Sie vielleicht etwa an kollektiver Amnesie, welche vom Duden so treffend als Erinnerungslosigkeit oder Gedächtnisverlust definiert wird? Ist Ihnen noch geläufig, dass vor weniger als einem Monat, nämlich vom 7. bis 9. März, die Wien-weite Volksbefragung mit sensationeller Beteiligung – trotz der Häme der Freiheitlichen zuvor – von 38,7 Prozent stattfand? Übrigens die zweithöchste Beteiligung an allen Wiener Volksbefra-

gungen der Zweiten Republik.

Und haben Sie wirklich schon vergessen, wie die 3. Frage, auch vom Sinn her richtig gemeint gelautet hat, nämlich: „Die Kommunalbetriebe bieten der Wiener Bevölkerung wichtige Dienstleistungen. Zum Beispiel Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Energie, Spitäler, Gemeindebauten und Öffis. Sind Sie dafür“ – haben wir die Damen und Herren in den Wiener Wahllokalen gefragt – „dass diese Betriebe vor einer Privatisierung geschützt werden?“

Wohl zähneknirschend haben die Freiheitlichen registrieren müssen, dass 87,2 Prozent diese Frage mit einem eindeutigen Ja beantwortet und damit jener Politik recht gegeben haben, die die Wiener Sozialdemokratie seit Jahrzehnten in diesem Haus zu Recht und mit Erfolg vertreten hat. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dieses klare Votum der Volksbefragung, von der Wiener Stadtregierung thematisiert und von Ihnen vorweg verächtlich gemacht und kleingeredet, beweist, dass diese heutige Fragestunde der Freiheitlichen von vornherein ad absurdum geführt wurde. Wir halten fest: Das heutige Thema der FPÖ in dieser Aktuellen Stunde entbehrt jeder sachlichen Richtigkeit. Sie haben das bewusst beleidigend formuliert und missbrauchen in Wahrheit die Einrichtung der Fragestunde und der Aktuellen Stunde des Wiener Gemeinderates für Ihre schäbige politische Politik. Gerade Sie schreien so oft, meine Damen und Herren, wir sollen uns schämen. Der Schämmer ist dieses Mal bei der Freiheitlichen Partei zu Hause. Gehen Sie in sich und zeigen Sie etwas Demut. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren von der FPÖ, Sie können es einfach nicht verwinden, dass von über 400 000 Wienerinnen und Wienern das hier von Ihren Rednern vorexerzierte Stimmzettelzerreiß-Orgienspiel ignoriert wurde. Sie können nicht verwinden, dass Ihre bedenklige Propaganda, Stimmzettel in Papierkörbe werfen zu wollen, von der Wiener Bevölkerung ignoriert wurde und Ihnen die Nachahmung dabei verweigert worden ist. Sie waren nicht nur vor der Volksbefragung schlechte Demokraten, Sie sind im Ansehen des Ergebnisses auch schlechte Verlierer. So schaut es aus. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und daher noch einmal ins Stammbuch der Freiheitlichen: Ihre heute an den Tag gelegte Haltet-den-Dieb-Strategie wird Sie auch nicht aus dem Glaubwürdigkeitsdrama, in dem Sie sich seit Ihrem desaströsen Kärntner Wahlergebnis permanent befinden, befreien können.

Nun komme ich zum freiheitlichen Gejammer, was die Kontrollrechte des Gemeinderates bei Betrieben und Unternehmen betrifft. Ich lade dazu die Freiheitlichen ein, die Wiener Stadtverfassung einmal etwas ausreichender zu lesen und sich darin zu vertiefen. Konkret geht es um die §§ 71 und 72 der Stadtverfassung. In § 71, der sich mit Unternehmen wie beispielsweise Wien Kanal beschäftigt, gibt es für den Gemeinderat folgende unveräußerlichen Rechte, die explizit festgehalten sind: die Zuerkennung und Aufhebung der Eigenschaft von Unternehmen, die Gliederung und Schaffung von Teilunternehmen, die Festlegung wesentlicher Unternehmensziele, die Beschlussfassung über das Statut der Firmen und

der Beteiligungen der Stadt Wien, die Prüfung und Genehmigung der jährlichen Wirtschaftspläne und Rechnungsabschlüsse. Im Umweltausschuss werden beispielsweise regelmäßig, und im Gegensatz zur Kärntner Politik, zeitgerecht sogar Quartalsabschlüsse gelegt und der Bewertung der dortigen Gemeinderäte zugeführt. Und schlussendlich liegt auch die Festsetzung von Dienstpostenplänen in der Ingerenz des Gemeinderates und damit in der Kontrolle von Unternehmungen.

Dann heißt es in § 72 etwa bei den Wiener Wasserwerken, dass auch der Gemeinderat, der Stadtsenat, der zuständige Ausschuss und auch die zuständigen Stadträte jedenfalls ein Obsorgerecht über die entsprechenden Betriebe haben und diese Betriebe damit untergeordnet sind.

Meine Damen und Herren, ich kann abschließend festhalten: Die Opposition hat jedenfalls das Recht, sich Wissen in den Fragestunden von Landtag und Gemeinderat zu verschaffen. Sie kann in Verdachtsfällen das Kontrollamt, künftig Landesrechnungshof, ansprechen und sie hat schlussendlich die starke Waffe von Kontrollausschüssen und Kontrollkommissionen im Gemeinderat und Landtag, die jederzeit verlangt werden können. Letzter Gedanke ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Herr Gemeinderat, ich bitte um den Schlusssatz, Ihre Redezeit ist verbraucht.

GR Heinz **Hufnagl** (*fortsetzend*): Es haben auch meine Vorredner ihre Zeit großzügig konsumieren können, Herr Vorsitzender.

Ich komme zum abschließenden Gedanken. Die in Betrieben und Unternehmen der Stadt Wien angesiedelten Aufgaben und Dienstleistungen dienen den Zwecken von bestem Service für die Wiener, effizienter Verwaltung und der Nutzung legaler fiskalischer Möglichkeiten auch im Wettbewerb mit Betrieben, die nicht in kommunalem Eigentum stehen. Privatisierungen, sprich, echte Verkäufe und Einflussreduktionen der Stadt waren, sind und werden niemals Gegenstand sozialdemokratischer Stadtpolitik sein. Das sollte sich auch die schwer vom Zorn der Kärntner Wähler abgestrafte FPÖ hinter die Ohren schreiben. – Ich danke herzlichst für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Kollege, wir sind eine Minute drüber.

Bevor wir zur Mitteilung kommen, darf ich bekannt geben, dass sich der Herr Bürgermeister in seiner Funktion als Landeshauptmann entschuldigt hat, da er die Angelobung der Landwirtschaftskammerräte vornehmen muss.

Wir kommen nun zur Mitteilung. Die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal hat sich gemäß § 16 der Geschäftsordnung zu einer Mitteilung betreffend Ergebnisse der Volksbefragung zum Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort, wobei ich bemerke, dass Ihre Redezeit mit 40 Minuten beschränkt ist. – Bitte schön.

Amtsfr StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Gemeinderat!

Bei der Wiener Volksbefragung haben 443 000 Wienerinnen und Wiener ein starkes Zeichen für direkte Demokratie gesetzt. Die Wiener Bevölkerung war in den vergangenen Wochen aufgerufen, bei der Volksbefragung ihre Meinung zu vier wichtigen kommunalpolitischen Themen zu äußern. Es ging um Fragen, zu denen es in der Wiener Bevölkerung unterschiedliche Meinungen gab, die auch dementsprechend emotionell diskutiert wurden. Das Instrument der Volksbefragung und insbesondere die Zeit vor der Stimmabgabe ermöglichte daher, alle Für und Wider der einzelnen Themenbereiche kennen zu lernen, Argumente zu diskutieren und abzuwägen, um am Ende Entscheidungen zu treffen, die sich auf eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen.

Stimmberechtigt waren alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die spätestens am 9. März 1997 geboren wurden, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen waren und am Stichtag, dem 28. Jänner 2013, ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten. Das waren insgesamt 1 146 710 Personen.

Die hohe Beteiligung, sehr geehrte Damen und Herren, von 38,7 Prozent aller Stimmberechtigten ist ein deutliches und erfreuliches Zeichen dafür, dass viele Menschen in unserer Stadt sowohl die Fragestellungen wie auch die Beteiligung an dieser Volksbefragung als wichtig empfunden haben.

Für die Stadtregierung ist es jedenfalls klar, dass die Meinung der Wienerinnen und Wiener, unterstrichen durch diese aussagekräftige Beteiligung und durch dieses aussagekräftige Ergebnis respektiert und umgesetzt wird. Ich darf Ihnen daher, wie es die Wiener Stadtverfassung vorsieht, die wichtigsten Ergebnisse der Volksbefragung zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung mitteilen:

Bei der Frage 1 – Wie soll die Parkplatzsituation und Lebensqualität für BezirksbewohnerInnen verbessert werden? – haben 36,52 Prozent für die Antwortmöglichkeit a) und 63,48 Prozent für die Antwortmöglichkeit b) gestimmt. Die Frage 2 – Soll sich die Stadt um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2028 bemühen? – haben 28 Prozent mit Ja beantwortet und 72 Prozent mit Nein. Die Frage 3 – Sind Sie dafür, dass diese Betriebe vor einer Privatisierung geschützt werden? – haben 87,17 Prozent mit Ja beantwortet und 12,83 Prozent mit Nein. Die Frage 4 – Soll die Stadt nach dem Beispiel der BürgerInnen-Solarkraftwerke weitere erneuerbare Energieprojekte entwickeln, die mit finanzieller Beteiligung der BürgerInnen realisiert werden? – haben 67,06 Prozent mit Ja beantwortet und 32,94 Prozent mit Nein. Das klare Ergebnis werden wir, wie es auch schon bei bisherigen Volksbefragungen immer war, als klaren Arbeitsauftrag betrachten.

Zum Thema Parkraumbewirtschaftung ist zu sagen, dass diese seit mehreren Jahren in Wien mit Erfolg angewendet wird. Dem stetigen Anstieg der PKW in Wien muss auch weiterhin ein gut durchdachtes Parkraumbewirtschaftungskonzept gegenübergestellt werden. Bewohnerinnen und Bewohner von Bezirken mit Parkpickerl haben eher für eine Gesamtlösung gestimmt, Bewohne-

rinnen und Bewohner von Bezirken ohne Parkpickerl für bezirksweise Lösungen. Jeder Bezirk hat seine eigenen Rahmenbedingungen, Anforderungen und Bedürfnisse. Der Wunsch der Wienerinnen und Wiener liegt jetzt am Tisch und ist umzusetzen. Die Arbeit der Expertinnenkommission/Expertenkommission zur Neuregelung des ruhenden Verkehrs geht weiter, und bis zum Sommer erwarten wir Ergebnisse.

Eine große Mehrheit hat sich dagegen ausgesprochen, dass sich Wien um die Austragung der Olympischen Sommerspiele bemühen soll. Olympia ist die größte Sportveranstaltung der Welt. Eine solche Veranstaltung zu organisieren, bringt weltweite Anerkennung und einen gewaltigen Schub für die Wirtschaft und den Tourismus. Gleichzeitig ist die Austragung auch mit hohen Kosten verbunden. Wien würde ein derartiges Projekt, und das wissen wir, bewältigen. Es galt aber, die Argumente klug abzuwägen und sich zu entscheiden, ob Wien das Projekt auch tatsächlich bewältigen will. Die Wienerinnen und Wiener haben klar geantwortet, und dieses Votum wird selbstverständlich uneingeschränkt zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich wird die Stadt auch in den kommenden Jahren in Sportstätten investieren und den Breiten- und Spitzensport fördern.

Eindeutig ist die Zustimmung der Wienerinnen und Wiener beim Schutz vor Privatisierung. Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen führt in zahlreichen Regionen der Welt zu katastrophalen Zuständen. Teilweise kann die Versorgungsqualität nicht mehr sichergestellt werden, es kommt zu enormen Qualitätsverlusten und zu hohen Preisen sowie zum Abbau von Arbeitsplätzen. Für Wien ist klar, Daseinsvorsorge ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe. Es ist daher sehr erfreulich, dass sich die Wienerinnen und Wiener so deutlich hinter die Entscheidung gestellt haben, kommunale Dienstleistungen nicht zu verkaufen. Das eindeutige Votum ist auch ein deutliches Signal für Verhandlungen auf der europäischen Ebene.

Eine große Mehrheit der Wienerinnen und Wiener hat sich für die Forcierung von Projekten mit erneuerbaren Energien ausgesprochen. Die Stadt Wien ist auf dem besten Weg, Solarhauptstadt zu werden und kann mit diesem positiven Befragungsergebnis ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen. Die Solaroffensive bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich an zukunftsorientierten Energieformen zu beteiligen, und wir werden derartige Ideen daher selbstverständlich weiter forcieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Haltung der Stadt ist eindeutig. Die rot-grüne Stadtregierung handelt im Interesse und zum Wohle der Wienerinnen und Wiener. Die Demokratie und ihre Institutionen sind eine der höchsten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Mit der hohen Beteiligung von 38,7 Prozent der Wienerinnen und Wiener ist eine klare Absage an jene ergangen, die die direkte Demokratie schlechtgeredet haben oder gar zum Boykott aufrufen. – Danke an 443 000 Wienerinnen und Wiener für ihre Beteiligung und danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Geschäftsordnung bestimmt, dass bei der nun folgenden

Besprechung kein Redner öfter als 2 Mal und mehr als insgesamt 20 Minuten sprechen darf. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind der Bürgermeister und die zuständigen amtsführenden Stadträte. Deren Redezeit ist pro Wortmeldung mit 20 Minuten beschränkt. Zur Besprechung der Mitteilung erteile ich Herrn StR Mag Juraczka das Wort. – Bitte sehr!

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Ich verspreche, auch diese 20 Minuten nicht auszunutzen, da zu dem Thema Volksbefragung sehr vieles, wenn nicht schon alles gesagt wurde. Nicht nur die Opposition, auch alle Medien dieses Landes haben sehr massive Kritik an der Fragestellung, wie sie uns vorgelegt wurde, geäußert. Und auch Medien, die nicht gerade im Verdacht stehen, Zentralorgane von Schwarz-Blau zu sein, wie „profil“, wie „News“, wie „Der Standard“ haben die Fragestellung mit Spott und Häme überzogen. Stellvertretend für all diese Wortmeldungen möchte ich nur den renommiertesten Verfassungsrechtler dieses Landes zitieren, der gemeint hat, die Fragestellungen seien demokratiepolitisch knapp am Missbrauch. Schade, denn – und da sind wir absolut eines Herzens mit der Stadtregierung – diese Stadt braucht mehr direkte Demokratie.

Es ist wohl auch ein Zeichen großer demokratischer Reife, dass trotz dieser Fragestellung, meine Damen und Herren, immerhin mit 38 Prozent eine ganz passable Beteiligung erzielt werden konnte. Es zeigt aus meiner Sicht auch, dass man der Versuchung nicht erliegen sollte, hier zum Boykott aufzurufen, denn es gibt einen Hunger nach direkter Demokratie, es gibt das Bedürfnis der Menschen in dieser Stadt, teilhaben zu dürfen. Dass man allerdings mit Fragestellungen, die den Menschen ernst nehmen – und zwar ohne einen Euro an Werbung und PR-Kosten dafür vergeuden zu müssen –, wesentlich höhere Beteiligungszahlen erreichen hätte können, haben die Befragungen in Währing und Hietzing eindrucksvoll bewiesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was mich ein bisschen überrascht hat: Im Vorfeld dieser Volksbefragung hat der Klubobmann der Sozialdemokratie, Kollege Schicker, in einer OTS-Aussendung gemeint, von Seiten der Sozialdemokratie wird man sich die Fragestellungen gut überlegen, denn man möchte sie gewinnen. Leider Gottes ist nicht einmal das passiert. Und ich erachte es – ohne jetzt im Detail auf die einzelnen Punkte eingehen zu wollen, es ist im tagtäglichen politischen Geschäft, ja unter anderem auch in der aktuellen Stunde schon zur einen oder anderen Fragestellung Stellung genommen worden – schon als ein Armutszeugnis für diese Stadtregierung, wenn fast zwei Drittel, genau 63,5 Prozent der Wienerinnen und Wiener der Verkehrsstadträtin keine Kompetenz in Verkehrsangelegenheiten geben möchten. Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung, die eigentlich nur einen direkten Rücktritt zur Folge haben dürfte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Punkt, auf den ich noch kurz eingehen möchte, ist die Frage 2, die nach einer Olympiabewerbung. Es wäre eine große Chance gewesen, hätte man hier Vorbereitungsarbeit geleistet. Aber es gab

unterschiedliche Stellungnahmen: Da hat es geheißten, wir werden jetzt einmal prinzipiell abfragen, dann machen wir eine zweite Befragung. Dann hat der Herr Bürgermeister gesagt, nein, wir machen nur eine. Dann haben es der Klubobmann, der Herr Stadtrat für Sport und der Herr Bürgermeister geschafft, drei unterschiedliche Größenordnungen und Zahlen für die Bewerbungskosten zu nennen. Dann hat man es nicht der Mühe wert erachtet zu sagen, ein Olympisches Dorf ist ein riesiges Stadtentwicklungsgebiet, wo könnte das entstehen. – Na, werden wir schauen, welche Sportstätten errichtet werden müssen. Das werden wir später einmal evaluieren.

Hier wurde wirklich alles getan, um diese Chance zu verjuxen. Und ja, 72 Prozent der Wienerinnen und Wiener trauen dieser Stadtregierung ganz offensichtlich nicht zu, eine Olympia-Bewerbung erfolgreich über die Bühne zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Frage 3 wurde heute schon hinlänglich thematisiert.

Die Frage 4 ist nur ein Beispiel dafür, was die Fragestellungen betrifft. Projekte wie die Bürger-Solarkraftwerke, die eigentlich unisono von allen Fraktionen im Gemeinderat Unterstützung erfahren haben, bekommen im Vergleich zu den anderen Zahlen nur eine zarte Zustimmung von 67 Prozent, weil auch hier die Fragestellung so verwirrend war. Das heißt, man macht sich das Leben selbst ohne Not schwer, meine Damen und Herren von der Stadtregierung.

Was bleibt als Resümee? Ein gigantischer Aufwand, vor allem in der Kostenstruktur, ein blaues Auge für die Sozialdemokratie, ein dramatischer Bauchfleck für die Verkehrsstadträtin und eine Stadt mit einem unbändigen Hunger nach direkter Demokratie, der auf diese Art und Weise nur sehr mäßig gestillt werden konnte. – Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Ellensohn gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zur Volksbefragung haben wir hier tatsächlich viele Diskussionen geführt, die vorher manchmal anders aussehen als nachher, auch in der Berichterstattung. Ich gehe jetzt einmal nicht darauf ein, was die Berichterstattung vorher geschrieben hat, welche Worte auch hier gefallen sind und dass 443 781 Personen die Volksbefragung genützt haben, um ihr Votum auszudrücken. Zumindest die fast 444 000 sollte man auch ernst nehmen, wenn sie hingehen und tatsächlich bei der Befragung teilnehmen. Es gab immerhin eine Partei, die geglaubt hat, Stimmzettel sind zum Zerreißen da. Da erlaube ich mir schon: Sagen Sie das Ihren FunktionärInnen auch für den Herbst, denn dann bin ich wenigstens im Herbst mit Ihnen einverstanden, wenn das Ihre FunktionärInnen so machen.

Rund um die Befragung habe ich im Vorfeld gelesen, die Fragen passen nicht. Es ist aber fast gleichgültig, welche Befragung in Österreich stattfindet, die Frage passt nie. Es gibt praktisch keine einzige Befragung, bei der alle Parteien der Meinung sind, das sei jetzt genau

die richtige Frage.

Interessant ist, was „Der Standard“ nun schreibt. „Der Standard“, der vorher kritische Worte zur Volksbefragung gefunden hat, schreibt jetzt rund um die Fotovoltaikförderung, die auf Bundesebene verlost wird, unter dem Titel „Blöder geht's nimmer“ eine Kritik an die Bundesregierung, im Wesentlichen an Herrn Berlakovich, der die Fotovoltaikförderung verlost. Und da steht nun in einem Text von Herrn Roman David-Freihsl: „Als der Wiener Bürgermeister Michael Häupl mit den Fragen für die jüngste Volksbefragung daherkam, fühlten sich die Meisten ob ihres No-na-ned-Gehaltes mehr als gepflanzt. Die Idee, Ökoförderungen zu verlosen, zeigt aber: Offenbar brauchen doch einige Menschen erst einmal solche Fragen, um entsprechende Antworten“ – zum Beispiel der Umweltminister dieser Republik – „zu finden. Zumindest vermittelt die Bundespolitik diesen Eindruck.“ – Also zumindest einer ist schon umgeschwenkt und sagt, das war eine schlaue Frage.

Wie ernst die Privatisierungsfrage ist, sehen wir heute an der Diskussion. Denn die ÖVP versteckt ja gar nicht, dass sie verkaufen will. Die FPÖ betreibt ja jedes Mal eine Kindesweglegung und kann sich nicht daran erinnern, was sie alles verkauft hat. Aber ich bin ja dankbar, dass die ÖVP auch immer klarstellt, dass sie für Privatisierung ist. Das eine Mal hat es Ihnen gut gepasst, und das sei richtig gewesen, und das sollte man noch verkaufen. Sie sagen es klipp und klar und stellen sich ganz deutlich gegen die 87 Prozent. Und das ist ein Votum. Es war so eindeutig, was Rot und Grün in Wien gesagt haben, so eindeutig, was die ÖVP sagt, und so eindeutig, was die FPÖ tut, dass ich die 87 Prozent in dieser Frage eindeutig reklamiere: Rot-Grün wird in der Frage von 87 Prozent der Wiener Bevölkerung dabei unterstützt, dass Privatisierungen, so, wie Sie sie gemacht haben, nicht stattfinden sollen, und anders auch nicht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und statt dem lustigen Wasser hätte man auch ein anderes herstellen können. Niemand will das Wiener Wasser verkaufen, sagt dann die FPÖ. Die FPÖ kann sich auch nicht erinnern, dass sie Wohnungen verkauft hat, die im Eigentum des Staates waren – BUWOG-Wohnungen –, und behauptet, das würde sie in Wien nie machen. Sie haben vorher nicht gesagt, dass Sie BUWOG-Wohnungen verkaufen, Sie haben zu zweit eine Regierung gebildet, Sie haben sie verscherbelt, und Ihre eigenen Leute haben Millionen in die eigene Tasche gewirtschaftet, wobei wir noch nicht wissen, wie viele von diesen Millionen vielleicht am Schluss irgendwo in einer Parteikasse der FPÖ gelandet sind.

Bleiben wir mal beim Wasser. Momentan steht die Frau Kappel leider nicht auf der Rednerliste. Es wäre schön, wenn Sie dieses „Bionic Water“ erklären würden. *(Der Redner hält ein Schriftstück in die Höhe.)* Es rentiert sich echt, das durchzulesen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ist das Wiener Wasser?)* – Entschuldigung, Sie haben eine Wirtschaftssprecherin, die sagt, mit Wasser soll man Geld machen, und das auch tut. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ist das Wiener Wasser?)* Sie sagt, mit Wasser kann man auf der ganzen Welt Geld verdie-

nen. Und das schaut so aus. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wo steht das drinnen?*) – Sie müssen es nur im Internet lesen. Sie suchen einfach „Bionic Water“ und dann finden Sie es. Dieses natürliche Wasser, das da verkauft wird, kostet übrigens nicht so viel wie das von Wildalpen oder wie das hier kostenlos zur Verfügung gestellte Wiener Wasser. Aber zum Preis komme ich noch.

Dieses Wasser wird hier im großen Stil von Oberösterreich aus verkauft, wird in Oberösterreich abgefüllt, hat irgendwelche unheimlichen Mineralien drinnen und ist dann irrsinnig gesund. Wer sich das durchliest, der glaubt, er ist im Kabarett. Wenn das der Hader in einem Kabarettprogramm vorliest, wäre man gut aufgehoben: „Bionic Water ist klares, natürliches Wasser, strukturiert durch Mineralien und durch Partikeltechnologien. Dies normalisiert die Anpassung des menschlichen Körpers, verbessert und stabilisiert die Homöostase des Menschen“ und so weiter.

Dann kommt die Projektuntersuchung dieses Wassers, das von der Frau Kappel gewinnbringend – ich nehme einmal an, dass Sie auch etwas daran verdient haben – unter die Leute gebracht wird, dazu komme ich noch: „Die Projektuntersucher von Aquabionica haben die Technologie ‚Nullstellung‘ des Wassergedächtnisses bis zur Anfangsphase erarbeitet.“ – Die Nullstellung des Wassergedächtnisses bis zur Anfangsphase erarbeitet! – „Ganz genau solches Wasser existierte von allem Anfang an“, aber jetzt gibt es das Wasser scheinbar nur noch in „Festlandgletscher und in Polarflecken des Planets. Nach solchem informativen ‚Zurücksetzen‘ wird das Wasser gesättigt“ und so weiter. Das liest sich dahin, dass einem fast schwindlig wird.

Aber gut ist auch, wie man mit dem Wasser umgehen soll. Da kosten dann 2 Flaschen 42,86 EUR, wenn das jemand kaufen will. Dafür kaufen wahrscheinlich manche einen teuren Wein, ich nicht. Jedenfalls kostet das Wasser in dieser Menge auf der Homepage 42,86 EUR. Damit Sie es aber nicht so schnell trinken und es gleich weg ist, steht auch da, was Sie tun müssen, nämlich mit der „Entdeckung des vomeronasalen Organs“. Ich habe nicht gleich gewusst, was das heißt: „Die Effektivität der Anwendung des innovativen Produktes ‚Bionic Water‘“ – was nichts anderes ist als Trinkwasser, das halt abhängig vom Ort jeweils andere Mineralien hat – „wird dadurch gewährleistet, dass dieses Wasser bis zu den inneren Organen, also dorthin, wo es wirken soll, auf einfachste Weise gelangen kann. Fachleute, die ‚Bionic Water‘ entwickelt haben, raten, das Wasser“ – nicht zu trinken, sondern – „in die Nase einzusaugen oder einzuspritzen.“ (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) – Das war echt eine umwälzende Eröffnung. Es stimmt, das braucht wahnsinnig lange, bis man das fertig eingesogen hat, das ist nämlich unangenehm, das weiß man vom Schwimmen, wenn es einen im Wasser umdreht. Dieses Zeug wird verkauft in einer Art – sagt „Die Zeit“, schreibt „Der Standard“ – Pyramide. Es wird nämlich nicht das Wasser, sondern die Lizenz zum Wasser Verkaufen verkauft. Dort sind wir.

Das sind die Leute, die daherkommen und dann sagen: Wir verkaufen nie irgendwas! – Sie verkaufen, so-

bald Sie dürfen, alles, was nicht niet- und nagelfest ist. Nur sitzen Sie ja in Österreich zehn Mal in keiner Regierung. Es war ja ein wunderbarer Tag letzte Woche, genau am Gründonnerstag ist es passiert, am Gründonnerstag war die letzte Regierungsbeteiligung zu Ende, neun Bundesländer plus eine Bundesregierung und nirgendwo etwas zu sagen. Das war ein schöner Gründonnerstag letzte Woche. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ihre Glaubwürdigkeit beim Verkaufen, bei Telekom und BUWOG und allem anderen, jedes Mal muss man es Ihnen wieder erklären. Sie werden sich immer hier herstellen und erklären, Sie haben noch nie etwas verkauft. Es wird immer – nicht gelogen, sondern falsch, egal – nicht stimmen, was Sie sagen.

Die ÖVP steht dazu, dass sie verkaufen will. Letztes Mal, als Sie eine Koalition machen durften – da erinnere ich auch immer Ihren Koalitionspartner gerne daran – war eine Ihrer Koalitionsbedingungen, dass die Bank Austria verkauft werden muss. Die war irgendwann einmal 1,8 Milliarden EUR wert, der Wert ist ein bisschen geschrumpft. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann hätte es der Häuptl machen müssen!*) Der Wert, den Sie dann am Schluss hatten, war eine Koalitionsbedingung von Herrn Görg. Der ist ja stolz darauf, das kann man alles fett nachlesen. Kommt die ÖVP irgendwo dran, wird verkauft, ist die FPÖ im Boot, wird auch noch in die eigenen Taschen hineingewirtschaftet, das ist noch die schlimmere Vorgangsweise. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Häuptl-Stiftung! Volksvermögen verspekulieren!*)

Herr Gudenus, Sie sind umgeben von Leuten, die alles nicht tun, was Sie da alles erzählen. Man muss ja nicht immer die ganze Verbrecherliste aufzählen. Aber Sie sind ja auch moralisch, wenn ich mir das alles anschau, insgesamt eine sehr verwerfliche Truppe. Das sind ja alles sehr schwindlige Angelegenheiten, das sage ja nicht nur ich, auf diese Weise Geld zu verdienen. Sie können sich auf YouTube das Video anschauen, wie Sie versuchen, dieses Pyramidenspiel, wie es „Die Zeit“ nennt, in der Ukraine unter die Leute zu bringen. Das kann man ja zum Glück alles nachschauen.

Die Parkraumbewirtschaftung ist von den WienerInnen klar gelöst worden. Sind wir froh, dass wir eine Entscheidung haben. Wir haben ja alle sehr viele Diskussionen geführt. Jetzt haben wir eine Entscheidung, das hilft uns weiter, weil wir nicht alle Diskussionen immer wieder von vorne führen müssen. Die Bezirke bestimmen, ob sie das haben wollen oder nicht. Das werden sie heuer noch tun. Wer noch auf die Idee kommt – ich erwarte nicht, dass es noch einen großen Run gibt, den gab es bis jetzt auch noch nicht –, wird heuer einen Antrag stellen. Das war es dann. Und dann haben wir einmal Zeit, die Auswirkungen der Parkraumbewirtschaftungsausweitung genau zu evaluieren und uns das genau anzuschauen. Und auf die ExpertInnenkommission bin ich auch sehr gespannt.

Die Olympia-Frage ist mit einer großen Mehrheit so entschieden worden, dass wir nicht davon ausgehen müssen, dass irgendeiner von uns, der hier sitzt, an den Start gehen muss, und die eigenen Kinder wahrscheinlich auch nicht – vielleicht irgendwann in einer anderen

Generation.

Die BürgerInnen-Solkraftwerke sind, das habe ich eingangs gesagt, dankenswerterweise sogar – wenn man sagt, wir machen das gemeinsam mit Beteiligung der BürgerInnen – mit einer Zweidrittelmehrheit stark ausgestattet.

Das Highlight von der Deutlichkeit des Ergebnisses her war die Privatisierung mit 87 Prozent. Eigentlich hätte ich mir erwartet, dass mit dem Ergebnis die Diskussion, dass man alles verscherbeln soll, irgendwann zu Ende ist. Ist sie aber nicht. Das wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. Aber es ist okay, dann ist halt Schwarz-Blau auf 13 Prozent zusammengeschrumpft, das würde ich mir 2015 am Wahlsonntag auch gefallen lassen, das dauert halt noch ein bisschen.

Was mich dieses Mal besonders gefreut hat, ist, dass bei der Stadtwahlbehörde – und das ist jetzt noch nicht gefallen – alle vier Parteien das Ergebnis anerkannt haben. Das war letztes Mal nicht so. Offensichtlich ist es so gelaufen, dass auch ÖVP und FPÖ sagen, das passt. Ob ihnen das Ergebnis inhaltlich passt, weiß ich nicht, aber die Vorgangsweise.

Wir wissen selbst haargenau, dass direkte Demokratie nicht mit einer Volksbefragung endet, sondern dass es ein ganz breites Sortiment an Befragungsmöglichkeiten und an Beteiligung von BürgerInnen gibt. Daran arbeiten wir auch intensiv. Es gibt ja auch schon viele, es hat ja nicht nur diese Befragung gegeben, sondern ein ganzes Paket von Befragungen, ein ganzes Paket von BürgerInnenbeteiligungen: vom OWS über die Mariahilfer Straße bis meinetwegen zu den Befragungen der Bezirksvorsteher im 13. und 18. Bezirk, und viele andere Befragungen. Wir sind in einem intensiven Versuch, um herauszufinden, was das Schlauste ist, um gemeinsam mit der Bevölkerung tatsächlich Demokratie zu leben. Unter anderem gibt es deswegen auch das neue Petitionsrecht. Wir haben also eine breite Palette. Keiner glaubt, dass ein einzelnes Instrument ausreicht, das glaube ich auch nicht. Ja/Nein-Fragen sind tatsächlich nur eine Hilfe in manchen Situationen, sie helfen nicht immer. Es gibt nicht sehr viele Fragen, die man so klar mit Ja und Nein beantworten kann. Das war, glaube ich, am leichtesten noch mit der Olympia-Frage. Aber wir arbeiten daran, die direkte Demokratie und die Demokratie insgesamt für diese Stadt zu verbessern.

Ich bedanke mich abschließend bei den 443 780 Personen, die gemeinsam mit mir an der Volksbefragung teilgenommen haben. – Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Mag Gudenus zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dem Kollegen Ellensohn zu reden, ist immer wieder ganz lustig. Vor allem, wenn er wie zuvor vom Petitionsrecht gesprochen hat. Das ist auf Grund der Gesetzeslage zu Recht eine Einrichtung, die wir alle unterstützt haben. Das stimmt. Aber wenn man in der

ersten Ausschusssitzung plötzlich versucht, durch einen Antrag einen Beschluss herbeizuführen, der die Gesetzeslage, die wir alle unterstützt haben, im Endeffekt wieder einschränkt, dann sieht man ja, wie undemokratisch hier die Gesinnung seitens der roten und grünen Regierungsfaktionen in Wahrheit ist. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wenn man dann plötzlich erkannt hat, dass es vielleicht doch nicht so gut ist, wenn mehr als 500 Bürger an die Stadtverwaltung, an die Stadtpolitik mit einem Anliegen herantreten können – ja, das müssen wir jetzt wieder einschränken! –, und dann versucht, da drüberzufahren. Gott sei Dank hat das jetzt einmal nicht stattgefunden. Aber man bastelt ja weiter an Mechanismen, wie man das soeben beschlossene Petitionsrecht – und alt ist es ja nicht, es ist drei Monate alt – wieder einschränken kann. So viel zum Demokratieverständnis von SPÖ und GRÜNEN, Herr Ellensohn. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass der Herr Ellensohn hier natürlich – klarerweise als Koalitionspartner, aber ich weiß nicht, ob ihm das leicht fällt, der Gesichtsfarbe nach eher nicht – laufend als Pflichtverteidiger der SPÖ auftreten muss, wo doch noch die gleiche Fraktion der GRÜNEN vor drei Jahren ganz klar und auch zu Recht gesagt hat, dass man prinzipiell eine Volksbefragung mit einer so langen Nachfrist nicht anerkennt, das ist ja schwierig, vielleicht wohnen hier zwei Seelen in Ihrer Brust. Aber es sei, wie es sei.

Der Herr Margulies hat vor drei Jahren zu Recht festgestellt, dass mit der Volksbefragung auch die Wiener SPÖ deutlich gemacht hat, dass sie bereit ist, Instrumente der Demokratie zum eigenen Machterhalt auch missbräuchlich zu verwenden. Das haben Sie auf Grund der Nachfrist gesagt. Natürlich, jetzt, wo man selbst in der Regierung ist, ist das alles kein Missbrauch mehr, da ist das alles leiwand. Man ist dabei, man nascht mit, der Herr Van der Bellen hat seinen Posten um 210 000 EUR, die Fahrradagentur wurde gegründet, grüne Freunderl wurden versorgt – da blickt man doch einmal schnell über diese kleine Nachfrist hinweg, das macht ja nichts. Ja, das ist genau die Politik der GRÜNEN! Schä-men-Sie-sich, schä-men-Sie-sich! *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist unmoralisch, werte Kollegen und Kolleginnen von den GRÜNEN.

Ich schicke voraus, wir Freiheitliche, wir sind die Vorkämpfer der direkten Demokratie. *(Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Wir wünschen uns ja direkte Demokratie nach dem Schweizer Modell. Das Verlegenheitslachen sagt ja auch einiges und spricht ja auch für sich. Wir sagen ein klares Ja zur direkten Demokratie. Wir sagen Ja zur Einbindung der Bürger und der Menschen in dieser Stadt. Wir sagen Ja zur Bürgerbeteiligung. HC Strache und wir Freiheitlichen haben im Parlament als einzige Partei das niederschwelligste Modell zur direkten Demokratie vorgelegt, wo auch das Volk ein Initiativrecht haben soll. Wir sagen Ja zur Bürgerbeteiligung, aber wir sagen ein ganz klares Nein zur Bürgerbeleidigung. Und diese Volksbefragung war nichts anderes als eine Bürgerbeleidigung. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es war eine groß angelegte Bürgerbeleidigung, im großen Stil durchgeführt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und weil Sie vorher gesagt haben, welche Fragestel-

lung denn eindeutig und was ein Modell für eine Volksbefragung wäre, bei dem man sich wirklich zwischen zwei Modellen entscheiden könnte: Dann nehmen wir doch die Volksbefragung, die im Jänner stattgefunden hat. Da wurden einander zwei Modelle gegenübergestellt, zwar das eine und das andere völlig unausgegoren – das wissen wir –, aber man hatte eine klare Wahl. Was auch immer man darunter verstanden hat, die Diskussion ist ja, wie wir wissen, gar nicht in die Tiefe gegangen. Trotzdem, es war ganz klar: Ja zur Wehrpflicht oder Ja zu einem Berufsheer oder Nein zur Wehrpflicht, wie auch immer. Ganz klar, das war im Endeffekt kein Missbrauch einer Volksbefragung. Das war eine Volksbefragung, die richtig war. Die Wahlbeteiligung hat auch gezeigt, dass die Bürger diese Volksbefragung im Jänner ernst genommen haben. Vom Ergebnis rede ich gar nicht, denn darum geht es mir jetzt nicht, wenn ich objektiv das Instrument der Volksbefragung beleuchten will. Es hat eine hohe Wahlbeteiligung gegeben, es hat eine klare Fragestellung gegeben, und genau das erwarten wir uns auch von einer Volksbefragung.

Aber diese Volksbefragung vor ein paar Wochen war ein Pflanz, sie war ein Hohn, sie war eine Verhöhnung der Bürger, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das haben doch alle Experten - alle Politologen, alle Meinungsforscher, alle Rechtsexperten - eindeutig auch so gesagt. Ich kann da etwa Herrn Filzmaier zitieren, der das kritisiert hat, oder Herrn Thomas Hofer, der gesagt hat, die Fragestellungen sind zum Teil suggestiv, äußerst schwammig und verwirrend formuliert. Und er hat dazu gesagt, diese Volksbefragung wurde aus einer Notlage heraus geboren. Oder: Herr Filzmaier hat eben auch gesagt, durch strategische Hintergründe leidet die Konkretheit; man überlagert das Thema Parkpickerl mit Fragen, die keine unmittelbare Brisanz haben. Herr Beutelmeyer hat gesagt, es sei ein gefährliches Spiel der Politik und so weiter. Der Herr Verfassungsrechtler Mayer hat gesprochen von einem Missbrauch der direkten Demokratie.

All das sind natürlich Urteile, die auch stimmen, und es hat Ihnen im Endeffekt der Bürger auch eine Antwort gegeben. Bei einer Volksbefragung, bei der jeder Wahlberechtigte den Stimmzettel nach Hause geschickt bekommt, bei der es eine Vorfrist, eine Hauptfrist, in der man in Wahllokale gehen kann, und eine zehntägige Nachfrist gibt, für die 7 Millionen EUR an Steuergeldern verpulvert wurden für Werbung und für Panikmache - dazu komme ich noch -, während im gleichen Atemzug 6 Millionen EUR an Heizkostenzuschüssen gestrichen wurden und am 3. April die Menschen in einem langen Winter weiter frieren müssen, ist eine Beteiligung von in Wirklichkeit 35 Prozent im Endeffekt ein jämmerliches Ergebnis, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man nämlich die ungültigen Stimmen - jetzt nicht bei den einzelnen Fragen ungültigen, aber die ungültig abgeschickten, abgegebenen oder eingelangten Stimmzettel, das waren mehr als 40 000 - abzählt, dann liegt man bei einer Beteiligung von unter 35 Prozent. Und das, bitte, bei einer Mobilisierung und wochenlangen

Panikmache! - Viele Bürger haben mir gesagt: Unglaublich, diese Lügenkampagne der SPÖ! - Das haben mir die Bürger gesagt. Ich sage: Dreist wurde die Unwahrheit behauptet, und zwar am laufenden Band - eine wochenlange Mobilisierung durch Panikmache mit mindestens – offiziellen – 7 Millionen EUR an Steuergeldern. Es gab eine Vorfrist, eine Hauptfrist, eine Nachfrist - und dann waren es 35 Prozent der Bürger, die sich zu Fragen geäußert haben. Wobei da noch ein großer Anteil dabei ist, der sich weiterhin gepflanzt gefühlt hat, aber trotzdem gesagt hat, natürlich will ich mich zu der einen oder anderen Frage äußern. Aber dass insgesamt die Fragestellungen ein Hohn waren, ist ja vollkommen klar.

Das wissen wir, wenn wir allein die erste Frage betrachten, die Frage zum Parkpickerl, wo man sich entscheiden konnte zwischen Pech und Schwefel oder zwischen Pest und Cholera, wo es im Endeffekt nur darum ging: Wir haben fast 5 Milliarden EUR Schulden in der Stadtkassa, und wir wollen irgendwelche Mittel und Wege finden, um diese Schulden zu vermindern. Es geht bei dieser Maßnahme um einen Mehreinnahmenwert von 180 Millionen EUR - und da können sich die Bürger entscheiden, ob die Bezirke jetzt mitreden sollen oder ob das Ganze auf zentrale Art und Weise, kommunistisch von Wien aus geschieht. Da geht es rein um Mehreinnahmen für die Wiener Stadtkasse!

Es zeigt sich ja auch, dass diese Mehreinnahmen nicht einmal ausreichen. Es wird ja jetzt die U-Bahn-Steuer adaptiert, umgestaltet - im Prinzip eine neue Abzocke -, dann soll eine Immobiliensteuer eingeführt werden, die 100 Millionen EUR pro Jahr bringen soll. Also das ist ja unglaublich! Und Sie schaffen es ja laut Budget des heurigen Jahres auf Grund der bisherigen Mehreinnahmen noch immer nicht, hier eine Schuldenverminderung zustande zu bringen. Ich meine, das ist ja ein Armutszeugnis für die Politik, dass Sie es im Endeffekt nur schaffen, die Bürger auszusackeln, und nicht bereit sind, einmal wirklich bei sich selbst zu sparen. Sparen Sie einmal bei sich selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sparen Sie an der Spitze der Verwaltung, sparen Sie bei sich selbst, bei der Regierung! Sparen Sie sich die Fahrradbeauftragten und die ganzen Universitätsbeauftragten, die nichts zustande bringen, die das Papier nicht wert sind, auf das der Beschluss geschrieben war, als wir diese Funktionen eingeführt haben. Sogar die SPÖ beschwert sich ja mittlerweile über die Sinnlosigkeit der Fahrradagentur. Aber dafür müssen die Bürger brennen! - Das ist Ihre Politik, und genau dafür werden die Bürger durch das Parkpickerl zur Kassa gebeten.

Oder die Frage 2, das Protzprojekt Olympia: Da hat man geglaubt, man kann jetzt die schlechte Stimmung gegen die rot-grüne Stadtregierung und gegen Bgm Häupl irgendwie umdrehen durch eine Sympathieoffensive, nach dem Motto: Wow, Wien holt Olympia in diese Stadt! - Ich meine, Entschuldigung, das glaubt doch kein kleines Kind, dass diese Stadtregierung irgendwie imstande ist, so ein großartiges Sport-Event von weltweiter Relevanz vorzuplanen und durchzuführen. Das ist doch nicht möglich, wenn man nicht einmal das Stadthallen-

bad dicht halten kann und andere Dinge nicht dicht gehalten werden können. Das kann doch nicht möglich sein.

Und: Nennen Sie mir ein Land, wo die Olympischen Sommerspiele stattgefunden haben und das keinen Zugang zum Meer hat! Das hat es seit Ende des 19. Jahrhunderts, als die Olympischen Spiele neu aufgelegt worden sind, nicht gegeben, weil man für den Segelwettbewerb einen Meerzugang braucht. Und der ist irgendwie in Österreich nicht vorhanden. Vielleicht beweinen Sie diverse Verträge, die nach dem Ersten Weltkrieg geschlossen wurden - ich weiß es nicht -, vielleicht will der Herr Bgm Häupl die Verträge revidieren? Vielleicht will er in Pula oder Triest einmarschieren? Ich weiß es nicht. Aber es ist rein technisch nicht möglich, sportlich nicht möglich, einen olympischen Segelwettbewerb in Österreich durchzuführen. Sie haben die Bürger nach Strich und Faden verhöhnt. Und die Bürger haben Ihnen eine ganz klare Antwort gegeben: Nein zu Olympia hier in Wien! - Eine ganz klare Antwort. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wer war - so nebenbei - die einzige Partei, die ein klares Nein zu Olympia schon im Vorfeld gesagt hat? - Es waren die Freiheitlichen. Und wir fühlen uns zu Recht bestätigt durch einen Großteil derjenigen, die hingegangen sind, aber auch durch viele, die nicht hingegangen sind, weil das ja im Endeffekt ein Hohn war, weil es ohnedies klar war, dass solche Spiele hier in Wien nicht ausgerichtet werden können, mitunter auch deswegen, weil diese Stadtregierung, die hier am Werk ist, unfähig ist und nicht imstande sein wird, das hier auszurichten.

Oder die Frage der Privatisierungen - das haben wir in der Aktuellen Stunde schon eingehend besprochen, daher nur ein paar Gedanken auch dazu. Diese Panikmache, die hier erzeugt wurde, mit Inseraten, mit doppelseitigen Inseraten in Tageszeitungen, in denen die Unwahrheit behauptet wurde, sodass viele Bürger uns geschrieben haben: Hier wird doch eindeutig gelogen, das stimmt doch nicht; bitte klären Sie das auf!

Wir haben natürlich diese dreiste Unwahrheit auch zu Gericht gebracht, und es gibt eine einstweilige Verfügung, dass die SPÖ nicht mehr behaupten darf, so wie sie es wochenlang in doppelseitigen Inseraten getan hat, dass wir, die Freiheitlichen, Wasser oder Ähnliches privatisieren wollen. Das stimmt einfach nicht, und wir haben jetzt einen gerichtlichen Beschluss. Nehmen Sie daher bitte den Rechtsstaat auch zur Kenntnis - denn wir leben in einem Rechtsstaat -, und verbreiten Sie nicht weiter Unwahrheiten! Denn das kann es ja wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber trotzdem, die Panikmache ging ja weiter - anstatt dass Sie einmal selbst vor der eigenen Tür kehren und einmal dem Herrn Bürgermeister sagen: Lieber Herr Parteigenosse, Herr Parteifreund, wie schaut es denn aus mit der Häupl-Privatstiftung, wo 1,7 Milliarden EUR Volksvermögen privatisiert wurden, in eine Privatstiftung gesteckt wurden? Wie schaut es denn da aus, Herr Bürgermeister, lieber Parteigenosse? Wie schaut es denn aus mit den 1,7 Milliarden EUR Volksvermögen? - Und

dann die wirklich lächerliche Aussage des Pflichtverteidigers der SPÖ, des Kollegen Ellensohn: Es war eine Koalitionsbedingung der ÖVP. - Na ja, dann tut man es einfach nicht, wenn man das nicht will! Entweder man macht eine Koalition und trägt das mit, oder man tut es nicht. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Was sollen die GRÜNEN jetzt dazu sagen?)*

Also: Häupl hat 1,7 Milliarden EUR Volksvermögen - das war der Erlös für die Zentralsparkasse, die im Endeffekt, wie wir jetzt wissen, ans Ausland verhökert wurde, an die Italiener - privatisiert, und dann haben seine Leute in der Stiftung das Vermögen verspekuliert. Da wurden 1,7 Milliarden EUR verspekuliert, und der Wert der Stiftung ist dem Vernehmen nach weit unter 100 Millionen EUR. Da sage ich nur: Bravo, Antiprivatisierungspartei SPÖ!

Ich meine, wissen Sie nicht ganz, wovon Sie sprechen? Ihr eigener Parteichef, der Herr Bürgermeister, geht her und privatisiert 1,7 Milliarden EUR Volksvermögen - und Sie gehen her und behaupten: Wir schützen die Wiener vor Privatisierungen! Wir schützen! Wir schützen! - Man hätte die Plakate ja eigentlich umbenennen sollen: „Die SPÖ schwitzt.“, und nicht: „Die SPÖ schützt.“ - Die SPÖ schwitzt vor den Bürgern, die im Endeffekt im Jahr 2015 genau dieses System abwählen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also auch hier wurde reine Panikmache betrieben. Und im Endeffekt können wir eines sagen: Was von dieser Frotzelbefragung übrig geblieben ist, ist einmal, dass die Glaubwürdigkeit der SPÖ und auch die der GRÜNEN - weil sie ja in einem Boot sind und auch hier Pflichtverteidigung betreiben -, die Glaubwürdigkeit der Stadtregierung einmal mehr ramponiert wurde. Eine Selbststramponierung war das. Sie kommen mir fast so vor wie die Lemminge, die dauernd irgendwo runterlaufen müssen. Eine Selbststramponierung war das: Sie haben selbst Ihre Glaubwürdigkeit beschädigt.

Sie werden aber die Gelegenheit bekommen, Ihre Glaubwürdigkeit wieder zurückzuholen, weil wir bei den nächsten Sitzungen, wo es möglich sein wird, Anträge stellen werden, dass all die privatisierten, ausgelagerten Bereiche, die Sie vor allem in den letzten 15 Jahren unter Häupl, aber auch davor, ausgelagert haben, wieder zurückgeholt werden können. Diese Anträge werden wir stellen. Sie können Ihre Glaubwürdigkeit dann wieder etwas sanieren, Sie können auch hier unter Beweis stellen, dass Sie wirklich nicht privatisieren wollen. Dann sind Sie vielleicht wieder ein Äuzerl ernst zu nehmen.

Aber eines bleibt bei der Frotzelbefragung wirklich übrig: Wien lässt sich nicht pflanzen! Häupl ist schon längst rücktrittsreif. Und ich frage mich: Wann privatisiert sich dieser Bürgermeister endlich selbst? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Dr Kappel zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist mir wichtig, eine tatsächliche Berichtigung von zwei Aussagen zu machen, die von Herrn Ellensohn

und von Herrn Margulies getätigt wurden.

So wurde zum einen behauptet, dass ich in großem Stile österreichisches Wasser nach Osteuropa exportieren würde, und zum Zweiten, dass mein Unternehmen sich an einem Pyramidenspiel beteiligt hätte. Beide Aussagen sind falsch. Auch wenn es in der Zeitung steht, muss es nicht richtig sein!

Richtig ist vielmehr, dass mein Unternehmen eine Minderheitsbeteiligung an einem Direktvertriebsunternehmen hatte, einem Direktvertriebsunternehmen, das von der Wirtschaftskammer Österreich zertifiziert wurde. Dieses Unternehmen hat für einen Veredelungsverkehr Produkte nach Österreich eingeführt, um sie bei einem in Österreich ansässigen Hersteller, sprich, Veredler, veredeln zu lassen. (GR Mag Rüdiger Maresch: 43 EUR für einen halben Liter!) Wir haben in diesem Unternehmen mehrere Arbeitsplätze geschaffen, und es ist niemals irgendetwas vorgefallen, was in irgendeiner Weise als unstatthaft bezeichnet werden könnte.

Ich habe diese Unternehmensbeteiligung zwischenzeitlich verkauft, das Unternehmen gibt es aber weiterhin und es ist ein erfolgreiches Unternehmen! International sind solche Direktvertriebe gängige Praxis, aber offenbar ist Ihnen das nicht bekannt. Ich finde es besonders bedauerlich, wie hier von Seiten der GRÜNEN versucht wird, rechtschaffene Unternehmer in Österreich zu kriminalisieren, Menschen, die ihr Einkommen nicht ausschließlich im öffentlichen Bereich verdienen, sondern die sich jeden Tag am Markt Kunden suchen und für ihr Geld arbeiten müssen. (GR David Ellensohn: ... das YouTube-Video!) Das kriminalisieren Sie, das wollen Sie nicht! Sie wollen, dass alles nur vom Staat geregelt wird. Das will ich nicht! (GR David Ellensohn: Ich empfehle Ihnen das YouTube-Video!) Ich will selbstständig tätig sein.

Und zum Zweiten ist es für mich bestenfalls der Beweis dafür, dass Ihnen zum Thema Wasser offenbar der Schmäh ausgegangen ist, nachdem unsere Fraktion aufgedeckt hat, dass Sie Teile des Wildalpen Wassers bereits privatisiert haben, gleichzeitig aber groß kampagnisieren, dass Wasser im öffentlichen Bereich sein soll. (Neuerlicher Zwischenruf von GR David Ellensohn.) Sie haben die Unwahrheit gesagt, und das tun Sie auch weiterhin. Damit sollten Sie aufhören! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Schicker. Ich erteile es ihm. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker, an das Rednerpult tretend: Ich habe gar nicht gewusst, dass die Frau Kappel so groß ist, dass ich das Pult herunterlassen muss!)

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich möchte mich zuallererst bei den Wienerinnen und Wienern bedanken, dass sie sich in einer derartigen Anzahl, in einem derartigen Umfang beteiligt haben an einer Volksbefragung, die ganz wesentliche Themen behandelt hat, die das Leben in Wien beeinflussen können oder die schweren Schaden an der Wiener Lebensqualität herbeiführen hätten können. Ich bin sehr froh,

dass sich die Wiener Bevölkerung weder von den beiden Oppositionsparteien noch von den Medien noch von den selbsternannten Experten - sie wurden heute schon apostrophiert - irgendwie ins Bockshorn hat jagen lassen. (GR Mag Dietbert Kowarik: ... „selbsternannt“, Herr Kollege?!)

Denn diese Fragen, die wir gestellt haben, die waren sehr sinnvoll! Und ja, ich stehe dazu, Herr Juraczka, ich hätte gerne alle Fragen gewonnen, denn ich war genauso wie Ihr Klubvorsitzender persönlich der Meinung, dass Olympische Spiele für Wien ein gutes Zeichen und ein gutes Signal gewesen wären. Die Wienerinnen und Wiener haben anders entschieden. Wir haben glücklicherweise rechtzeitig gefragt, bevor noch Geld ausgegeben wurde. Das ist ein demokratisches Herangehen, ein Herangehen in basisdemokratischer, in direktdemokratischer Form, so, wie man es machen soll: Bevor das Geld ausgegeben wird, setzt man sich zusammen und fragt die Bürgerinnen und Bürger, ob sie das wollen.

Und dann den Vorwurf zu machen, die SPÖ hätte da etwas verloren? - Wir hatten einen Standpunkt dazu, und Sie hatten einen anderen Standpunkt - okay. Die Wienerinnen und Wiener haben gesagt, wir wollen das nicht, wir wollen nicht, dass so viel an Veränderung und Ungewissheit möglicherweise auf uns zukommt, wenn wir uns für die Olympischen Spiele bewerben. Daher bei diesem Thema: Nein. - Aber jetzt wissen wir es. Ich kann mich erinnern, dass wir in den 90er Jahren hier in diesen Räumlichkeiten sehr oft über die Olympischen Spiele gesprochen haben, weil es damals eine Fraktion gab, die Olympische Spiele besonders favorisiert hätte. Gut, jetzt wissen wir es: Olympische Spiele wird es in Wien nicht geben.

Dafür wird es aber, und das hat der Sportstadtrat ja auch schon öffentlich zugesagt, trotzdem eine deutliche Verbesserung der Sportinfrastruktur in Wien geben. Also: Wir sorgen dafür, dass in den Bereichen, wo es unter Umständen in Wien Nachholbedarf gibt, auch tatsächlich nachgeholt wird, und dies in Akkordanz und in Abstimmung mit dem, was die Bevölkerung sagt und wünscht.

Ich darf mich im Übrigen auch bei den Wiener Beamten und Beamtinnen bedanken, die vollkommen zu Recht die Fragestellung, die von der ÖVP zum Parkpickerl aufgebracht wurde, abgewiesen haben, die vollkommen zu Recht in zweiter Instanz abgewiesen haben, denn jetzt hat der Verfassungsgerichtshof ja auch bestätigt, dass dem so ist (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger und StR Mag Manfred Juraczka: Hat er nicht! Hat er nicht!), dass die Wiener Beamtinnen und Beamten richtig entschieden haben. Und damit kann man nur sagen: Gratulation! Ganz offensichtlich sind die Rathausjuristen sehr, sehr gut und können auch Fragestellungen ordentlich beurteilen. (Beifall bei der SPÖ. – Neuerliche Zwischenrufe von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger und StR Mag Manfred Juraczka.)

Und wenn Sie jetzt das Votum der WienerInnen nicht einmal zur Kenntnis nehmen wollen, sondern weiterhin herausgehen und sagen, Ihnen wäre zum Beispiel eine Privatisierung lieber, dann kann ich nur in FPÖ-Diktion sagen: Das ist ein demokratiepolitischer Skandal! Sie

nehmen nicht zur Kenntnis, dass 87 Prozent der Wienerinnen und Wiener das gefordert haben! (GR Dr Kurt Stürzenbecher: *Ein Skandal! Ein Skandal!*) - So würde sich Herr Gudenus herstellen, wäre das Ergebnis anders ausgefallen.

Und es ist ein demokratiepolitischer Skandal, Herr Gudenus, dass Sie sich hingestellt haben und Stimmzettel zerreißen, Stimmzettel in den Papierkorb werfen! Das zeigt Ihre undemokratische Seele, die undemokratische Seele der FPÖ: Sie können nicht damit leben, dass Menschen in einer Demokratie selber entscheiden. Damit können Sie nicht leben! Und alles, was Sie über die direkte Demokratie, die laut Ihren Aussagen auch so wichtig ist, hervorholen, hat offensichtlich mit Ihrer Praxis nichts zu tun. Und Sie würden das ... (GR Mag Johann Gudenus, MAIS, *auf eine auf dem Rednerpult stehende Wasserflasche weisend: Da steht das geschützte Wasser, gell?* – GR Mag Dietbert Kowarik: *Da steht der Gegenbeweis!*) - Ja, wir schützen das Wasser! (*Ironische Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*)

Wir schützen das Wasser vor Privatisierung! - Wissen Sie, Sie erklären mir dann irgendwann einmal, wo semantisch der Unterschied ist zwischen Privatisieren und Verkaufen. Wenn Sie anführen, dass wir unter Umständen da die Wörter vertauscht hätten, dann darf ich Ihnen sagen: Wenn eine Stadt etwas verkauft, dann ist es weg. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Und dem Strache werfen Sie das vor!*) Dann sagt man klassischerweise Privatisierung dazu. Vielleicht erklären Sie das einmal Ihrem Parteiobmann. Der will das nämlich nicht akzeptieren, dass Verkaufen von Wasser durch die öffentliche Hand eigentlich Privatisieren ist. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS, *auf ein Schriftstück weisend: Der Wiener Weg!*)

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist die FPÖ! Sie merken, wie sie sich beleidigt fühlt, Sie merken, wie sie sich ertappt fühlt, dass diese Partei nämlich undemokratisch ist und mit Demokratie nichts am Hut hat.

Und dass 445 000 Wienerinnen und Wiener an dieser Abstimmung teilgenommen haben, obwohl die Medien dagegen geschrieben haben, obwohl die Oppositionsparteien dagegen gelaufen sind, das zeigt, dass die Wienerinnen und Wiener ganz offensichtlich viel zu geschweigt dafür sind, um sich von Herrn Kowarik oder von Herrn Gudenus oder von Herrn Juraczka oder von Herrn Aichinger irgendetwas einreden zu lassen. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Sie haben nicht gelesen, was auf den Stimmzetteln teilweise draufgestanden ist!*) Sie haben gesehen: Direkte Demokratie wird in Wien ernst genommen, direkte Demokratie wird durchgeführt, und das, was herauskommt, wird dann auch umgesetzt – so wie das bei allen Umfragen in Wien bisher der Fall war. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das glauben Ihnen nicht einmal die eigenen Kollegen!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann nur empfehlen, dass Sie sich von der Argumentationslinie verabschieden, dass immer das schlecht ist, was eine Regierungspartei macht. Das ist zu wenig in der Opposition! Sie werden damit nicht einmal einen Blumentopf gewinnen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Ab und zu geht*

es eh!) Beschäftigen Sie sich einmal mit den inhaltlichen Fragen! Versuchen Sie doch einmal herauszuarbeiten, wo wirklich Themenstellungen sind, wo vielleicht ein Nachholbedarf ist. Dann werden Sie vielleicht eine Zustimmung zu Ihren Anträgen bekommen.

Zu dem Antrag, den ich jetzt einbringe, kann ich wahrscheinlich alle auffordern zuzustimmen. Wir werden das natürlich nicht erreichen, denn 87 Prozent der Wienerinnen und Wiener sind der Opposition ja offensichtlich wurscht. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das sind nicht 87 Prozent der Wiener! Von 35 Prozent sind es 87 Prozent!*) Wir werden in Vollziehung der Frage 3, bei der es darum gegangen ist, öffentliche Dienstleistungen besser abzusichern, heute gemeinsam mit dem Koalitionspartner den Antrag einbringen, dass wir die Bundesregierung, und damit im Weiteren den Nationalrat, ersuchen, dass die Daseinsvorsorge als Staatszielbestimmung in der Bundesverfassung verankert werden soll. Der Antrag ist Ihnen im Wortlaut zugegangen. Ich erspare es mir daher, ihn hier vorzulesen, ersuche Sie aber trotzdem - ich weiß, es wird bei 40 Prozent der Mitglieder dieses Hauses vergebens sein - um Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank an die Wienerinnen und Wiener, dass sie sich nicht in die Irre führen haben lassen, sondern direkte Demokratie gemeinsam mit dieser Stadtregierung leben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren! Eigentlich hätte ich mir schon erwartet, dass der Herr Bürgermeister, der sich ja sehr, sehr prominent in diese Abstimmungsschlacht der Volksbefragung geworfen hat, auch Manns genug ist, sich heute dieser Diskussion persönlich zu stellen. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Das hat sogar der Vorsitzende gesagt: Er gelobt heute einen Kollegen an!*) Ich meine, er wäre sicher in der Lage gewesen, Termine entsprechend zu verlegen. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Was soll denn das?*) Aber nein, stattdessen zieht er die Gender-Karte. Ich finde das auf der einen Seite ja sehr löblich, aber Manns genug sein, diese Wahlniederlage hier auch einzubekennen, sollte man schon (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Was für eine Wahlniederlage? – Ihr habt verloren!*), und nicht dann eine Frau Stadträtin herschicken. (GR Dipl-Ing Rudi Schicker: *Wo ist da eine Wahlniederlage?*) - Ich bedauere Sie dafür, Frau Stadträtin, dass Sie heute hier in dieser Position sind und diese Aufgabe haben und diese Watschen hier abfangen müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Manns genug sein sollte man, denn wir wissen ja alle - und ich möchte auf die Genesis zurückgehen -, warum es überhaupt zu dieser Volksbefragung gekommen ist. Reden wir doch Tacheles, machen wir es doch klar: Es war der erfolgreiche Versuch der ÖVP, hier mit Unterschriften eine Volksbefragung, eine Bürgerbefragung zum Thema Parkpickerl zu erzwingen. Ohne diesen hätten Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der

Regierung, ja überhaupt nicht die Absicht gehabt, heuer oder wahrscheinlich auch nächstes Jahr eine Bürgerbefragung durchzuführen. Traditionell kommt sie immer erst dann zur Anwendung, wenn Vorwahlkampfzeiten anbrechen, dann nützt man dieses Instrument. Das hat man 2010 entdeckt, dass das ganz praktisch ist. Und wahrscheinlich haben Sie es ja auch geplant gehabt für die nächste Wahl. Jetzt ist Ihnen etwas dazwischengekommen, und jetzt mussten Sie sich mit einer Frage auseinandersetzen, die Ihnen unangenehm war, die Sie abzuwehren versucht haben und mit anderen Fragen garniert haben.

Und eine klare Richtigstellung, sehr geehrter Herr Klubobmann der SPÖ: Hier zu sagen, der Verfassungsgerichtshof hätte die Frage, die der Wiener Magistrat abgelehnt hat, ebenfalls abgelehnt, ist sachlich unrichtig. Das ist falsch. Es war eine Formalentscheidung des Verfassungsgerichtshofes, der sich inhaltlich überhaupt nicht mit dieser Frage befasst hat. Das Erkenntnis ist Ihnen ja sicher auch zugegangen. Ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung, dann können Sie das nachlesen. Aber auf jeden Fall ist es kein Freibrief für die rot-grüne Stadtregierung, zu sagen, dass hier eine Entscheidung betreffend die Unzulässigkeit der Frage gegeben ist. Im Gegenteil, diesen Beweis gilt es noch anzutreten, dass Sie hier nicht direkt-demokratische Mittel derart mit Füßen getreten haben, sehr geehrte Damen und Herren.

Es wäre nämlich das Logischste auf der Welt gewesen, einfach die Frage zu stellen: Wollen Sie eine Parkpickerlenerweiterung haben, sehr geehrte Damen und Herren, ja oder nein? - Man hat das ja auch im 13. und im 18. Bezirk gemacht, im Übrigen mit viel größerem Erfolg: mit weniger Mittelaufwand, aber mit sehr viel stärkerer Beteiligung und aktiver Beteiligung - trotz der Riesendrohung vor allem von GRÜN, aber auch von einigen Vertretern der SPÖ, die gesagt haben, wenn dort nicht das Parkpickerl kommt, dann wird es eine Überflutung mit entsprechenden Fahrzeugen geben, es wird einen Parktourismus geben. - Nichts dergleichen ist eingetreten. Die Menschen haben sich auch nicht einschüchtern lassen und haben mit Zweidrittelmehrheit in beiden Bezirken gegenüber diesem katastrophalen Parkraumkonzept ihre Ablehnung dokumentiert. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Beim zweiten Mal waren es nur mehr 49 Prozent, gell? Ein bisschen weniger!)* - Das passt schon, was ich gesagt habe.

Und diese Pseudofragen sind in irgendeiner Art und Weise natürlich ein großes Ablenkungsthema gewesen, was dann dazu geführt hat, dass die Menschen letztendlich diese gesamte Volksbefragung Wien-weit unterschiedlich interpretiert haben.

Gehen wir die Fragen einzeln durch. Das Privatisierungsverbot wollte ich eigentlich heute nicht mehr ansprechen, weil es ja schon ausführlich diskutiert worden ist, aber nach der neuerlichen Aussage des Herrn Klubobmannes Ellensohn hier in dieser Debatte fühle ich mich zumindest zu einer Richtigstellung veranlasst, nämlich zu einer Erinnerung daran, was in Wien bereits alles, auch mit Zustimmung der GRÜNEN, privatisiert worden ist beziehungsweise im Hinblick auf eine Privatisierung

angegangen worden ist.

Da will ich gar nicht bei Wien Kanal anfangen, sondern einfach nur das erwähnen, was der Partei der GRÜNEN ganz aktuell nahesteht, nämlich die Fahrradagentur, die als GmbH ausgelagert worden ist. Das ist quasi eine Fahrrad-Magistratsabteilung, die jetzt irgendwo im Dunstkreis oder im luftleeren Raum zwischen VCÖ und dem Planungsressort fungiert - eine klassische Privatisierung, eine Auslagerung und eine Entziehung der Kontrolle durch den Gemeinderat. Und das machen jene, die sich dann hinstellen und der Bevölkerung sagen, wir wollen keine Privatisierung! Sie tun das selbst, um eigene Leute zu versorgen! Das ist die Wahrheit, und das ist die Demaskierung der GRÜNEN in dieser Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein klares Wort auch noch zur Antragstellung der Regierung betreffend die Daseinsvorsorge: Sie haben in diesem Haus volle Unterstützung, wenn es darum geht, echte Daseinsvorsorge abzusichern. Auch die ÖVP hat sich immer klar dazu bekannt und es wurde auch heute noch einmal klargemacht, dass die Privatisierung von Wasser und von anderen wichtigen Daseinsvorsorgeelementen in keiner Weise angedacht ist und dass diese hier auch mit Vehemenz von der ÖVP verteidigt werden würden.

Aber die Ausweitung des Begriffs, was Daseinsvorsorge ist, und welche Definition Sie hier zugrunde legen, lässt vielmehr etwas anderes vermuten. Es geht offenbar darum, alles, was irgendwo der SPÖ gehört oder was sie in ihrem Dunstkreis absichern möchte, möglichst jetzt in den Verfassungsrang zu bringen. Und so weit darf die Absicherung unter dem Titel Daseinsvorsorge nicht gehen, dass man quasi alles, was irgendwo in dieser Stadt mit der SPÖ in Verbindung steht, jetzt gegen jegliche Maßnahme des Marktes absichert.

Denn eines ist auch klar: Dass in vielen Bereichen - und es wurde heute schon andiskutiert - dort, wo ein Nebeneinander von staatlicher und kommunaler Leistungsträgerschaft und Dienstleistung und privaten Anbietern vorhanden ist, die Qualität steigt, meistens der Preis sinkt, die Beschäftigung im Übrigen auch steigt und das Ganze für alle ein Vorteil ist. So funktioniert nun einmal Marktwirtschaft. Ich weiß, damit tun sich manche in diesem Haus schwer, aber ich denke, es ist es wert, auch hier sachlich und im Einzelfall richtig zu entscheiden und keine Pauschalierung anzudenken. Wir werden deshalb auch diesem Antrag unsere Zustimmung nicht geben, sehr geehrte Damen und Herren.

Zum Bürger-Solarkraftwerk, glaube ich, war hier auch Einhelligkeit gegeben. Man hätte auch diese Fragen nicht stellen müssen, sie waren ein Pflanz. Letztendlich ist vielleicht deshalb auch dieses Abstimmungsergebnis derart bescheiden, im Vergleich zu den anderen, ausgefallen. Aber ich konnte überhaupt nicht verstehen, warum heute von Seiten der Frau Stadträtin, die den Herrn Bürgermeister vertreten hat, hier eine Jubelpostille abgeliefert und vorgetragen wurde, dass man auf dem erfolgreichen Wiener Weg im Solarbereich weiter voranschreiten möchte. - Von „erfolgreich“ kann man da überhaupt

nicht reden. Wien ist Schlusslicht im Bundesländervergleich, im internationalen Vergleich. Das heißt, es wird Zeit, jetzt hier Taten zu setzen. Das kann man mit und ohne Volksbefragung tun.

Jetzt ist die Volksbefragung gemacht, jetzt wäre das noch einmal ein Ansatz, diese Taten zu setzen. Es ist ja von Frau StRin Vassilakou auch eine eigene Magistratsabteilung dafür gegründet worden. Vielleicht gibt es ja bei den GRÜNEN irgendwann einmal eine Motivation, in diesem Bereich auch tätig zu werden und nicht nur Autofahrer zu schikanieren. Es wäre schön, wenn man in dieser Stadtregierung vielleicht zukünftig einmal eine gewisse Breite der Politik wahrnehmen würde. - Wenngleich ich natürlich weiß, dass diese Frage zu den Solarkraftwerken in Wirklichkeit eine Ersatzfrage war. Da wollte man ja, glaube ich, eine Frage betreffend die Mieten stellen. Und so war es dann eben mehr oder weniger eine Gesprächs- oder Fragetherapie im Koalitionszwang und nicht wirklich ernst gemeint, meine Damen und Herren.

Aber einen ganz wichtigen Punkt möchte ich hier noch einbringen, nämlich zur Frage der Arithmetik und der Berechnung von Stimmen, weil es nämlich schon Bedeutsamkeit erlangt, wenn man versucht, ein Debakel - und diese Bürgerbefragung ist ein Debakel für diese Regierung gewesen - dann gesundzurechnen. Und diese Rechen- und Argumentationsproblematik und -akrobatik möchte ich Ihnen anhand der Zahlen - und das sind die einzigen, die ich heute hier nennen möchte - noch einmal deutlich machen, weil es mir ein Anliegen ist, auch im direkt-demokratischen Zusammenhang transparent zu machen, wie die Stadt mit Wählerstimmen umgeht.

Es wurden 443 740 abgegebene Stimmen gezählt, und ich beschränke mich im Folgenden nur auf die Frage 1, das heißt, die Parkpickerfrage. Für die Antwort a) - also die Stadt bestimmt - haben sich 125 775 Personen entschieden, und für die Antwort b) - die Bezirke entscheiden - 218 658. Nach Adam Riese macht das jetzt 99 348 ungültige Stimmen - also Menschen, die sich nicht für a) oder b) entschieden haben - oder 2 Prozent. Der Magistrat weist aber 13,9 Prozent ungültige Stimmen aus. Und wenn man sich dann selbst, so wie ich, an dem Auszählungsprozess beteiligt und merkt, wie hier gezählt wird, dann stellt man fest, dass es zwei Arten von ungültigen Stimmen gegeben hat. Das ist noch zu wenig transparent gemacht worden, und deswegen möchte ich das heute hier noch einmal deutlich machen.

Es gibt nämlich so etwas wie eine neue Kategorie der SPÖ und des Magistrats, nämlich die sogenannten gültig ungültigen Stimmen und die ungültig ungültigen Stimmen. Die ungültig ungültigen Stimmen wurden nämlich gar nicht berechnet und gar nicht sozusagen mit einbezogen - sie waren, wie es so schön heißt, nicht zu berücksichtigen -, weil man sich offenbar anmaßt, den Unmut der Bevölkerung zu qualifizieren. Denn es gab Fälle, wo ein Bürger gesagt hat, ich demonstriere meinen Unmut dadurch, dass ich das Kuvert nicht ordentlich ausfülle, sondern einfach abgebe und damit eine ungültige Stimme definiere, und solche, wo ein Bürger auf dem Stimmzettel eine Veränderung vorgenommen hat. Das

hat die SPÖ und den Magistrat in erster Linie dazu veranlasst zu sagen, die erste Kategorie ist eine ungültige Stimme in dem Sinne, dass sie nicht zu berücksichtigen ist. Und damit fällt auch der gesamte Anteil, der unschön wirkt, heraus. Denn es ist ein Unterschied, ob beim Parkpickerl fast ein Drittel ungültige Stimmen demonstrativ abgegeben werden oder eben nur schöngerechnete 13,9 Prozent.

Aber fairer wird es dadurch nicht werden. Und auch jene Stimme, die als ungültig ungültig qualifiziert worden ist, hat 20 EUR gekostet, so wie alle anderen Stimmen. Sehr geehrte Damen und Herren, auch diese Stimme wäre es wert gewesen, hier zumindest auch mit einbezogen, mit einberechnet zu werden. Das waren Sie und sind Sie den Bürgerinnen und Bürgern auch schuldig, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber noch mehr Sorgen würde ich mir machen, wenn ich an der Position der Verkehrstadträtin sitzen würde, denn ich glaube, es gibt in der Zweiten Republik kein Beispiel, wo ein Stadtrat oder ein Regierungsmitglied eine derart große Ablehnung erhalten hat und noch immer im Amt gesessen ist und so getan hat, als wäre das nicht ein Rücktrittsgrund. Wenn man, wie ich hier zusammenrechne, 318 006 Stimmen gegen sich hat in einer Volksbefragung, die man selbst initiiert hat, also 72 Prozent - weit mehr, als für eine Wahl zum Stadtrat notwendig ist -, dann zeigt das eigentlich, dass man hier doch einmal nachdenklich werden und vielleicht den Rücktritt durchaus in Erwägung ziehen sollte, wenn man sieht, dass man selbst gescheitert ist. Aber auf jeden Fall ist die Verkehrspolitik von Rot-Grün hier für alle Zeiten gescheitert, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich habe langsam den Eindruck, dass Sie die direkte Demokratie durch eine Vielzahl von anderen Fragen - ich denke nur an die Mariahilfer Straße und an andere Themen - ad absurdum führen wollen. Sie wollen offenbar das Instrument so lange verwenden, bis irgendwann die Leute sagen: Bitte lasst uns mit diesem Thema direkte Demokratie in Ruhe!, und dann haben Sie sozusagen das, was Sie haben wollen, nämlich eine Ruhe von den lästigen Bürgern. Und das darf es nicht geben, das sollte es nicht geben, denn direkte Demokratie ist ein wichtiges Instrument.

Ich möchte Ihnen abschließend sozusagen ein Rezept mitgeben, vielleicht so etwas wie einen Coaching-Hinweis. Wobei ich gleich anmerke, das Copyright dafür liegt nicht bei mir, sondern ich habe das einer Broschüre der Stadt Wien entnommen, dem „Praxishandbuch Partizipation“. Auf Seite 4 lächelt uns die Frau Vizebürgermeisterin und Stadträtin entgegen - gelungenes Foto -, und auf Seite 17 findet sich auch ein Hinweis, wie man gute Bürgerbefragungen durchführt. Da wird unter der Überschrift „Die großen Fünf“ - „the big five“ - angeführt, man soll die Bürgerbefragung „ehrlich“, „verlässlich“, „transparent“ und „nachvollziehbar“ gestalten, und dann heißt es hier noch weiter: „und mit einer Prise Leichtigkeit“.

Sehr geehrte Damen und Herren! Umgelegt auf Ihre eigene Bürgerbefragung haben Sie all diese Kriterien, die Sie sich selbst auferlegt haben, nicht erfüllt. *(Beifall)*

von GR Ing Mag Bernhard Dworak. – Ruf bei der SPÖ: Ein dürrtiger Applaus!)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner ist Herr GR Mag Kowarik zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freieitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! - Es ist ja bezeichnend, dass die eigene Stadträtin der Diskussion ihrer Mitteilung nicht folgt. (*Widerspruch von Amtsf StRin Sandra Frauenberger, die sich, aus dem hinteren Bereich des Saales kommend, zu ihrem Sitzplatz begibt.*) – Ach, da ist sie! Nun ja, vielleicht haben Sie so gute Ohren, dass Sie der Debatte von da drüben folgen können. Soll so sein.

Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren! Wenn wir über das Ergebnis dieser Volksbefragung sprechen, dann sollte man, glaube ich, nicht vergessen: Wie ist denn das Ganze zustande gekommen? Und wenn man davon spricht, dann kommt man unerbittlich zur Feststellung: Das war Dilettantismus in Rot-Grün. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man kann ja über bisherige Erfolge der rot-grünen Stadtkoalition trefflich streiten, keine Frage, aber was sich die Koalition bei der Präsentation der schon monatelang vorher angekündigten Volksbefragung geleistet hat, ist wohl wirklich einmalig. Der Herr Bürgermeister hätte bei der letzten Gemeinderatssitzung im Jahr 2012 noch einmal einen großen Auftritt haben wollen und der interessierten Öffentlichkeit und auch dem Beschlussgremium, nämlich dem Gemeinderat, mitteilen wollen, was jetzt tatsächlich monatelang ausgearbeitet wurde und von Experten ausgebrütet wurde und wie die Volksbefragung jetzt tatsächlich lauten soll.

Was ist rausgekommen dabei? - Sie alle haben es miterlebt, es war fast schon peinlich: Der dazugehörige Beschlussantrag wurde nicht, wie üblich und wie in den Fraktionsvereinbarungen auch vorgesehen, am Tag vorher zur Verfügung gestellt, sondern wurde erst unmittelbar am Tag der Gemeinderatssitzung ausgeteilt. Und das, was da ausgeteilt wurde, auch an die anderen Parteien - da haben wir zum ersten Mal gewusst, was jetzt wirklich gefragt werden soll -, wurde dann noch nachträglich geändert. Das war ganz kurios. Ich bin da oben gesessen und habe zugesehen, wie hier auf der rechten Seite vom Magistratsdirektor abwärts ziemliche Aufregung geherrscht hat, weil man vielleicht draufgekommen ist: Das, was wir da fragen wollen, entspricht vielleicht gar nicht der Verfassung oder können wir so gar nicht fragen. - Da hat man dann geschrieben: Die Koalition will auch über Lösungen „wie bisher“ bei der Parkplatzsituation abstimmen lassen. - Kurioserweise hat am gleichen Tag der Berufungssenat über die Berufung gegen den Bescheid über die Unzulässigkeit unserer, sage ich einmal, Volksbefragung entschieden, und zwar genau mit dem Argument, dass über solche Fragen keine Volksbefragung zulässig ist. Das hat man selber irgendwie nicht kapiert, hat dann noch geschwind herumgestrichen. Man hat dann in der Aufregung sogar noch vergessen, ein Satzzeichen zu setzen. - Na ja, bitte. Soll so sein. Das allein war schon ziemlich aussagekräftig, was da gelie-

fert wurde.

Es geht aber weiter mit der Kuriosität. Dann haben wir irgendwann vernommen, jetzt gibt es einen Initiativantrag, weil man draufgekommen ist: Hoppala, das geht ja gar nicht! Die zweimonatige Sperrfrist, sage ich einmal, das könnte ein Problem sein, und wir können das gar nicht so durchsetzen oder durchführen, wie wir eigentlich wollten. Was macht man? - Man peitscht einen Initiativantrag durch. - Soll so sein. Wurde angenommen.

Was hat man vergessen bei diesem Initiativantrag? Und daran zeigt sich auch das totale Versagen der GRÜNEN. – Na ja, man hat vergessen, dass es da ja noch etwas gibt, was nicht ganz so demokratisch ist, wie wir es eigentlich alle haben wollten, nämlich diese Nachfrist, die es ja auch bei der Volksbefragung gibt und wo wir jetzt wieder miterleben konnten, dass da doch noch einiges an Stimmen eintrudelt, nachdem die Volksbefragung eigentlich schon zu Ende ist. Das hat man vergessen, oder wollte es vergessen, oder es war nicht so wichtig.

Was hat der grüne Klubobmann gesagt? – Na ja, das nächste Mal! - Na fein: Das nächste Mal. Also wir warten gespannt darauf. Hier ist die rot-grüne Koalition inzwischen seit Jahren säumig, hat nichts auf den Weg gebracht, hat nur das durchgesetzt, was sie eben unmittelbar gebraucht hat, um diese Volksbefragung irgendwie durchzudrücken.

Über die Fragen selber wurde schon viel gesagt. Vielleicht im Folgenden nur zwei Dinge dazu.

Einerseits zum Thema Privatisierung: Meine Damen und Herren, Ihre Kampagne, die Sie da gestartet haben, war wirklich lächerlich. Selber spekulieren Sie mit öffentlichen Dienstleistungen - fragen Sie den Kollegen Margulies, der wird Ihnen das erklären -, und dann schreiben Sie groß: Wir schützen vor Privatisierung.

Meine Damen und Herren! Der Gemeinderat, oder zumindest der Gemeinderatsausschuss, nämlich der im Wohnbau angesiedelte Gemeinderatsausschuss, beschließt jedes Mal über Privatisierung in dieser Stadt, mit Zustimmung aller Fraktionen. Ist Ihnen das noch gar nicht aufgefallen? Das sind nicht Gemeindewohnungen, aber Kleingärten. Dort wohnen auch Menschen, das gehört auch der Stadt. Da werden sich alle hier einig sein - weil da Begrifflichkeiten hervorgehoben wurden und behauptet wurde: Das, wovon ihr da spricht, ist ja gar keine Privatisierung! - Das ist eine Privatisierung, würde ich einmal sagen, wenn Eigentum der Gemeinde Wien an Private verkauft wird. Und Sie können sich das ja anschauen - das ist ja kein Geheimnis; wenn Sie im Internet auf der Homepage der Wiener Stadtverwaltung, auf „wien.gv.at“, nachschauen, dann können Sie es nachlesen -: Es sind, glaube ich, über 200 Kleingartenvereine, die da angeführt sind, die noch zum Verkauf anstehen, also wo Parzellen noch zum Verkauf anstehen beziehungsweise schon zum Verkauf angestanden sind. Und da gibt's eine Kaufpreismäßigung vom wahren Wert von bis zu 45 Prozent. Also – jetzt einmal polemisch ausgedrückt - wir verscherbeln unser Eigentum um 45 Prozent zu billig, und alle sind dafür! - Ach Herrgott!

Also es geschieht Privatisierung. Daher: Hören Sie auf mit diesem Schwarz-Weiß-Malen. Es gibt durchaus Fälle, wo man drüber reden kann und wo auch alle in diesem Haus sagen: Ja, das ist in Ordnung.

Es war ganz kurios, als - ich glaube, das war bei einer Diskussion im Juni des letzten Jahres - Herr Chorherr gesagt hat: Na ja, eigentlich will ich das eh nicht! - Aber im Ausschuss hat er immer dafür gestimmt, denn er ist ja auch im Wohnbauausschuss. - Also, das ist nicht ganz schlüssig, aber es zeigt, bitte, diese Verlogenheit der Diskussion. Ich könnte da noch mehreres anführen.

Zur Begrifflichkeit Privatisierung. Ich glaube, es geht im Konkreten - das hat auch Frau Dr Vana angemerkt mit ihrem Hinweis auf die EU, was da alles auf uns zukommen könnte - um den Verlust der Kontrollmöglichkeiten. Das ist ja ganz entscheidend für unser Gremium hier, für den Gemeinderat, wenn wir uns ernst nehmen. - Ich weiß nicht, ob Sie sich hier alle ernst nehmen, aber eigentlich sollten wir es ja machen.

Und der Verlust der Kontrollmöglichkeit ist schon gegeben, wenn man etwas ausgliedert - was jetzt vielleicht keine Privatisierung im engeren Sinne ist, aber es ist sehr wohl ein Problem. Und das Kontrollamt ist eine gute Einrichtung, und der Kontrollausschuss ist eine hervorragende Einrichtung, aber es ist schon ein wesentlicher, ein ganz entscheidender Unterschied, ob in einer Angelegenheit der Gemeinderat, der einzelne Gemeinderat ein Anfragerecht hat oder ob man nur in Form eines Minderheitenrechtes ein paar - ich glaube, in unserem Fall sind es sechs - Anfragen in einem Jahr an das Kontrollamt stellen darf. Das ist schon ein ganz gewaltiger Unterschied.

Und ganz kurios war das, was Herr Hufnagl in der Aktuellen Stunde gesagt hat, wo er dann die Unternehmen gemäß §§ 71 und 72 Wiener Stadtverfassung angeführt hat. Sie wissen schon, da gibt es noch andere juristische Personen, die dem nicht unterliegen - und das ist schon entscheidend -, wie etwa der ganze Konzern der Wiener Stadtwerke. Das sind im Endeffekt schon eine GesmbH und eine AG, also da haben wir keine Anfragemöglichkeiten. Und hier ist genau das der Fall, was wir kritisieren: Hier ist die Kontrollmöglichkeit des Gemeinderates ganz, ganz gering - und das wurde absichtlich so gemacht, nehme ich einmal an.

Das also nur zu dieser Diskussion, die da jetzt großartig auch von grüner Seite geführt wurde. Eigentlich sollten Sie es besser wissen.

Und dass es hier Mankos gibt, das sagt ja die rot-grüne Regierung selber und stellt es in ihrem eigenen Regierungsübereinkommen fest. Sie können das nachlesen in Ihrem Übereinkommen, Seite 25, „Kontrolle“: „Ausgegliederte Teile der Gemeindeverwaltung sollen einer ausreichenden Kontrolle durch den Wiener Gemeinderat unterworfen sein.“

Ergo: Bisher ist es nicht so der Fall. Natürlich waren Sie auch auf diesem Gebiet völlig säumig und haben bis jetzt nichts zusammengebracht. Auch darauf warten wir noch immer, wahrscheinlich bis zum Sankt Nimmerleinstag, dass da endlich einmal Bewegung in die Koalition kommt. Von der Kontrollamtsreform rede ich gar nicht,

da haben Sie auch völlig versagt.

Daher: Hören Sie auf mit dieser verlogenen Diskussion. Sie privatisieren gerade - in jedem Ausschuss wird privatisiert.

Wie haben das andere gesehen? - Noch etwas vielleicht zu der ganzen Geschichte: Die 1. Frage war ja auch kurios, ich habe es Ihnen schon vorher gesagt. Da sind Sie ja selber dann nachträglich draufgekommen: So, wie wir eigentlich fragen wollten, können wir gar nicht fragen!, und dann hat man sich diese nicht ganz glückliche Version verinnerlicht - hier ist der Wortlaut -: „a) Es sollen für jeden Wiener Bezirk Parkraumregelungen eingeführt werden.“, „b) Es soll Lösungen für einzelne Bezirke geben - Klammer: mit Berücksichtigung der Interessen der Nachbarbezirke.“ - Herausgekommen ist die Lösung b). Soll so sein. Zumindest die Leute, die abgestimmt haben und gültig abgestimmt haben, haben sich mit Mehrheit dafür entschieden.

Wie soll denn das der Bezirk machen? Sagen Sie mir das! Durch eine autoritäre Entscheidung des Bezirksvorstehers? - Die Antwort sind Sie bis jetzt schuldig geblieben. Mit einem Antrag in der Bezirksvertretung geht es nicht - sagen zumindest die SPÖ, die GRÜNEN, der Magistrat und der Berufungssenat der Stadt Wien. Kollege Deutsch, Sie kommen nach mir ans Rednerpult. Sagen Sie mir nachher: Wie soll diese Willenskundgebung der Bezirke geschehen, nach Ihrem Sinne? - Bei einer Volksbefragung geht es nicht. Der Wortlaut der Bestimmung in der Wiener Stadtverfassung über Anträge in der Bezirksvertretung ist wortidentisch - da erzähle ich Ihnen nichts Neues. Erklären Sie mir das also bitte.

Kurios war auch die Frage zu den Olympischen Spielen. - Ja, das war die einzige klare Entscheidung. Die Frau Stadträtin hat irgendwann einmal angeführt, es habe aussagekräftige Ergebnisse gegeben. - Das einzige aussagekräftige Ergebnis dieser Volksbefragung war hinsichtlich der Olympia-Frage. Da haben Sie nämlich einen grandiosen Flop produziert - Flop nicht im leichtathletisch-sportlichen Sinn -: Nicht einmal 10 Prozent der wahlberechtigten Wienerinnen und Wiener sind Ihrer Argumentation gefolgt und haben gesagt, wir wollen das haben. Der Rest ist entweder gar nicht hingegangen oder hat gesagt: Nein, bitte das wirklich nicht, denn ihr schafft das nicht. - Das ist ja eindeutig, dass das nicht der Fall sein kann, wenn man nicht einmal mit einem Bad zurande kommt.

Und es ist auch kein Zufall - ich habe vorher den Sportstadtrat hier herinnen gesehen -, dass die internationalen Leichtathletik-Bewerbe in Götzis in Vorarlberg abgehalten werden - da findet im Mai immer das Zehnkampf-Meeting mit hervorragenden Teilnehmern statt - und auf der Gugl in Linz. Haben Sie schon einmal etwas gehört von einem internationalen Leichtathletik-Meeting in Wien? - Ich nicht. Kein Wunder! Wenn in Wien das Dusika-Stadion zu ist, was müssen dann die österreichischen Leichtathleten machen? - Ich habe es selbst erlebt. Ich habe österreichische Staatsmeisterschaften in Fürth in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Da haben wir nach Deutschland ausweichen müssen, weil weder in Wien noch in der restlichen Republik Öster-

reich irgendeine entsprechende Leichtathletikanlage vorhanden war.

So viel zur Sportstadt Wien. Und die will Olympische Spiele austragen? - Das glauben Sie ja selber nicht. Die Bevölkerung glaubt es auch nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Lustig ist auch, dass Herr Klubobmann Schicker gesagt hat, „selbsternannte Experten“ haben Zweifel über die Sinnhaftigkeit dieser Befragung geäußert. - Das ist schon interessant: Der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien ist selbsternannter Experte? – Na ja. Also: Dann, wenn er etwas sagt, was Ihnen in den Kram passt, ist er natürlich ausgewiesener Experte. Wenn er aber etwas sagt, was Ihnen nicht in den Kram passt, dann ist er selbsternannter Experte. Glauben Sie mir, Herr Dr Mayer sagt viele Sachen, die ich auch nicht nachvollziehen kann, aber er ist ein ausgewiesener Experte im Verfassungsrecht - nehmen Sie das zur Kenntnis -, und es hat schon Gewicht, wenn er sagt, das Ganze - Ihre Volksbefragung und die Fragestellungen - geht knapp am Missbrauch vorbei. Das hat er gesagt, und das sollte man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Es war ja auch - es wurde schon angeführt - dem „Standard“, der da vom Kollegen Ellensohn großartig zitiert wurde, Ähnliches zu entnehmen. Was hat denn der Herr Rauscher, der wirklich nicht mein Freund ist und auch nicht der Freund von Schwarz oder Blau oder sonst irgendwem, gesagt? Was hat er gesagt? – „Für eine Befragung, deren Fragen bedeutungslos bis bürgerverhöhend sind, setzt also die rot-grüne Stadtregierung einiges von ihrem Prestige und ihrer Autorität aufs Spiel.“ - Das sagt jetzt nicht der Kowarik, der Gudenus oder sonst irgendein Oppositionspolitiker, sondern das sagt Herr Rauscher.

Und was sagen die GRÜNEN? – Die halten sich in dieser Diskussion ja auffällig zurück und schicken nur einen einzigen Redner ans Pult, und der macht eine Themenverfehlung - wie meistens oder immer -, und sonst sagt man am besten gar nichts, denn ein bisschen peinlich ist es einem schon. - Auch da sei ein Herr Mayer erwähnt - den muss man nicht kennen, aber es ist trotzdem interessant, wie die Stimmung bei den GRÜNEN im Zusammenhang mit dieser Volksbefragung war.

Der Herr Mayer ist „Mehr Demokratie“-Gründer und Grünpolitiker; er ist, glaube ich, Stadtrat oder Gemeinderat in einer niederösterreichischen Stadt. „Würden Sie an der Volksbefragung teilnehmen?“, so lautete die Frage, die ihm vom „Standard“ gestellt wurde. „Nein, denn es geht um nichts. Es wird nichts entschieden, und es sind wahrscheinlich auch nicht die Fragen, die die Bevölkerung am meisten interessieren.“ – So viel dazu von Seiten der GRÜNEN.

Wir haben ja gehört, auch ein Bezirksvorsteher - ich glaube, aus dem 22. Bezirk oder aus Transdanubien - hat gesagt, na ja, die Fragestellung war vielleicht doch nicht so klug, war vielleicht ein bisschen verwirrend oder nicht ganz so glücklich.

In Wirklichkeit war es eine Farce - sagen wir es so, wie es ist -, und die Bevölkerung hatte das auch zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis spricht für sich. Und

weil Sie immer sagen, 38 Prozent der Wiener Bevölkerung haben mitgemacht, frage ich Sie: Haben Sie sich schon einmal zu Gemüte geführt – es war in den Medien; ich habe das nicht selbst gesehen, ich habe es nur in den Medien gesehen, aber unsere Leute in der Wahlkommission haben uns das erzählt -, was da für deftige Sachen draufgestanden sind auf den Stimmzetteln? Diese Bürger haben sich nicht das zum Vorbild gemacht, was die Freiheitlichen gesagt haben - haut den Stimmzettel gleich weg! -, sondern die haben ihren Unwillen auf dem Stimmzettel kundgemacht. Bei der Frage 1 waren es immerhin 55 548 Wienerinnen und Wiener, die gesagt haben: Frotzelt uns nicht!

Das Ergebnis wird jetzt, wie gesagt, jeder so sehen, wie er will. Für uns ist es ganz klar. Und weil immer gesagt wird, vierhundert und ich weiß nicht, wie viel Tausend haben mitgemacht, soll auch einmal gesagt werden: Und wie viele haben nicht mitgemacht? Die Rechnung kann man auch von der anderen Seite sehen.

Wie gesagt, die GRÜNEN spielen da ein ziemlich trauriges Spiel, und es hat auch mein Klubobmann schon zum Besten gegeben: 2010 war alles anders - und jetzt ist aus Sicht der GRÜNEN alles wunderbar, und es ist alles erfreulich. Das glauben Sie doch selber nicht, meine Damen und Herren von den GRÜNEN! - Man lese sich nur die damaligen Beiträge auf den grünen Foren durch:

Margulies, 24. Februar 2010: „Wir verweigern dem Ergebnis der Volksbefragung unsere Zustimmung, denn die Wiener Regelung zur Briefwahl ermöglicht die Stimmabgabe, obwohl das Wahlergebnis bereits öffentlich bekannt gegeben worden ist. So wird geradezu dazu eingeladen, taktisch nachzuwählen, und Manipulationen sind Tür und Tor geöffnet.“

Margulies, 9. April 2010: „Mit der jüngsten Volksbefragung hat die Wiener SPÖ deutlich gemacht, dass sie bereit ist, Instrumente der Demokratie zum eigenen Machterhalt auch missbräuchlich zu verwenden.“ - Kollege Gudenus hat es schon vorgelesen.

Und was ist jetzt? - Jetzt spielen Sie offensichtlich mit beim Machtmissbrauch.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend könnte man sagen, diese 7 Millionen EUR, die Sie angeblich dafür ausgegeben haben, die die Stadt Wien da in die Hand genommen hat, die wären zum Beispiel in der Sanierung und im Neuaufbau von Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen wesentlich besser eingesetzt gewesen.

In diesem Sinn: Die Volksbefragung war ein Flop. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster Redner ist Herr GR Deutsch zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christian **Deutsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unter dem Motto „Wien will's wissen“ wurde die Meinung der Wienerinnen und Wiener zu vier für die Zukunft dieser Stadt wichtigen kommunalpolitischen Fragen erhoben. Es wurden die Wienerinnen und Wiener einge-

laden, ihre Stimme abzugeben. Und besonders wichtig war dabei, wie auch Frau StRin Frauenberger in ihrer Mitteilung darauf hingewiesen hat, der vorgelagerte Diskussionsprozess, bei dem es darum ging, die Argumente zu den vier angesprochenen Fragen abzuwägen, die Pro und Kontra auch öffentlich zu präsentieren und zu diskutieren, und das auf breiter Ebene.

Daher ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr erfreulich, dass mehr als 443 000 Wienerinnen und Wiener an der Volksbefragung teilgenommen haben. Das sind 38,7 Prozent, also noch mehr als jene, die bei der Volksbefragung 2010 teilgenommen haben.

Das heißt, die Boykottaufrufe der FPÖ waren im wahrsten Sinn des Wortes ein ordentlicher Bauchfleck (*GRin Henriette Frank: Das hätten Sie gern!*), denn Ihre Gegenkampagne ist gründlich schiefgegangen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, worum es Ihnen wirklich geht – und dass Sie mit der viel zitierten direkten Demokratie gar nichts am Hut haben. Dass Sie überhaupt noch über die direkte Demokratie reden, wenn Sie nichts anderes dazu beigetragen haben, als die direkte Demokratie schlechtzureden! Das war Ihr einziger Beitrag, auch im Vorfeld der Volksbefragung. Aber die Bevölkerung hat Ihnen hier eine klare Absage erteilt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das vorliegende Ergebnis ist daher ein deutliches Zeichen, dass direkte Demokratie in Wien gelebt wird und auch von den Wienerinnen und Wienern immer stärker in Anspruch genommen wird. Wir wissen ja auch aus vielen Befragungen, dass der Wunsch der Bevölkerung, noch stärker in Entscheidungs- und Mitbestimmungsprozesse einbezogen zu werden, immer stärker wird, und diesem Wunsch wurde auch mit dieser Volksbefragung entsprochen.

Demgegenüber haben, wenn ich daran erinnern darf, in der Vergangenheit oft von Seiten der FPÖ initiierte Volksbegehren nur äußerst selten wenigstens ein zweistelliges Ergebnis, was die Beteiligung betrifft, gebracht. Ich erinnere etwa an das Anti-EU-Volksbegehren von Strache im Jahr 2006. An diesem Volksbegehren haben insgesamt 4,28 Prozent teilgenommen. Also reden Sie die 38,7 Prozent nicht schlecht! Das ist ein toller Erfolg und ein starkes Zeichen für die direkte Demokratie in dieser Stadt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sollten aber auch die Meinung der Wienerinnen und Wiener zur Kenntnis nehmen. Sie haben sich von Ihnen die Mitbestimmung nicht absprechen lassen und vor allem den blauen Privatisierungsvorhaben eine klare Absage erteilt.

Wir nehmen jedenfalls das Votum der Wienerinnen und Wiener ernst, während ÖVP und FPÖ sogar heute noch in ihren Beiträgen das Abstimmungsverhalten der Bevölkerung schlechtreden. Gudenus beispielsweise fällt sowohl in der Aktuellen Stunde als auch jetzt in der Debatte über die Mitteilung von Frau StRin Frauenberger nicht viel mehr ein außer verbales Herumdreschen und primitive Anwürfe gegen die Wiener Stadtregierung. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben hier wirklich jede Glaubwürdigkeit bereits verloren.

Ihnen glaubt hier sowieso niemand mehr. Es ist ja auch kein Wunder, dass Ihnen die Wählerinnen und Wähler in Scharen davonlaufen, denn schließlich haben Sie mit Ihren Privatisierungen in der Zeit der Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2006 im wahrsten Sinn des Wortes nicht nur die von Ihnen so oft zitierte Heimat verraten, Sie haben auch die Österreicherinnen und Österreicher massiv geschädigt - von der Privatisierung der BUWOG-Wohnungen bis hin zum größten Sozialabbau, den es in dieser Zweiten Republik jemals gegeben hat. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zur ÖVP kann man nur feststellen: Unabhängig davon, dass Kollege Stiftner offensichtlich nicht zwischen einer Wahl und einer Volksbefragung unterscheiden kann, ist es allerdings besonders bemerkenswert, dass der ÖVP das Ergebnis der Volksbefragung offensichtlich völlig egal ist, wie man auch an einem Beispiel klar und deutlich zeigen kann. Nur einen Tag nach Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Wiener Volksbefragung forderte nämlich der ÖVP-Obmann Juraczka einmal mehr den Verkauf der Gemeindewohnungen. Dabei hat es gerade bei dieser Frage, wo es um Schutz vor Privatisierung geht, wo es um die Frage der Daseinsvorsorge geht - und der Bereich Wohnen gehört auch zur Daseinsvorsorge -, die höchste Beteiligung gegeben. 87 Prozent haben dafür gestimmt, dass wichtige Dienstleistungen und auch die Gemeindebauten vor Privatisierung geschützt werden sollen. Die Gemeindebauten sind ja auch dezidiert angesprochen worden. Aber Herr Juraczka ignoriert das Ergebnis und zeigt damit, dass der Wiener ÖVP dieses Ergebnis offenbar völlig wurscht ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aber bevor – natürlich nach der Vorstellung der ÖVP – die Wohnhausanlagen, die Gemeindebauten oder offensichtlich auch einzelne Wohnungen verkauft werden sollen, müssen Sie, um einen ordentlichen Preis zu erzielen, die Wohnungen natürlich vorher frei bekommen. Und hier ist man offensichtlich auf die „glorreiche“ Idee der permanenten Überprüfung der Einkommensverhältnisse gekommen. Wer die Grenze überschreitet, fliegt raus, das ist die Vorstellung der ÖVP. Sie wollen also auch den Mittelstand bestrafen, indem Sie jenen, die über dieser Einkommensgrenze sind, offensichtlich die Wohnung wegnehmen und die Mieterinnen und Mieter aus der Wohnung hinauswerfen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. – GR Mag Wolfgang Jung: Absurd!*)

Das ist der Gemeindebau-Privatisierungsplan der ÖVP: Sie wollen jene Menschen bestrafen, die hier durch lange, harte Arbeit einen persönlichen und wirtschaftlichen Aufstieg geschafft haben, indem Sie ihnen die Wohnungen wegnehmen. Das ist nicht nur ungerecht, das ist auch leistungsfeindlich! Nehmen Sie daher das Ergebnis der Wiener Volksbefragung zur Kenntnis! Es liegt hier ein klarer Auftrag vor, vor Privatisierung zu schützen und die Daseinsvorsorge zu sichern. Damit sollte eigentlich auch den ständigen Versuchen, sowohl von Seiten der FPÖ als auch ÖVP, hier zu privatisieren, auch ein Riegel vorgeschoben sein. Ein klares Nein der Wienerinnen und Wiener zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen liegt vor, und dieses gilt es auch zu

respektieren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutigen Beiträge des Herrn Gudenus haben eines klar und deutlich dokumentiert, nämlich: In der FPÖ liegen die Nerven endgültig blank. Es ist ja auch kein Wunder wenn man sich etwa die heutige Ausgabe der „Kronen Zeitung“ ansieht, die auf Seite 3 titelt: „Murren in der FPÖ über die Parteispitze.“ Ich zitiere: „Die Unzufriedenheit bei den Freiheitlichen mit der Parteispitze nach den Wahlschlappen in Kärnten und Niederösterreich nimmt zu. Nachdem lange hinter vorgehaltener Hand gemurrt wurde, sind jetzt Basisfunktionäre aus der Anonymität getreten, um ihrer Verärgerung Luft zu machen.“

Sowohl Gudenus als auch Strache schlagen ja nach desaströsen Wahlniederlagen, also minus 28 Prozent in Kärnten, minus 2,3 Prozent in Niederösterreich, einem minus 2,3 ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das schlechteste Wahlergebnis der SPÖ!)* – Sie müssen unterscheiden zwischen plus und minus! Sie haben in beiden Fällen ein Minus. In Kärnten haben Sie sogar ein Minus von 28 Prozent! Da ist Ihre Partei im wahrsten Sinn des Wortes zertrümmert worden, da stehen Sie vor einem Scherbenhaufen! In Niederösterreich haben Sie ein Minus von 2,3 Prozent und einen Machtverlust, den Sie mittlerweile auch in der eigenen Partei erleiden.

So schlagen Sie jetzt völlig panisch und planlos um sich, und das hat man auch den Beiträgen der Redner in der FPÖ im heutigen Gemeinderat entnehmen können. Es ist auf der einen Seite nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver. Damit soll abgelenkt werden, nämlich vom Chaos innerhalb der FPÖ, von Straches eklatanter Führungsschwäche, davon, dass er offensichtlich auch den Rückhalt in der eigenen Partei verliert, nur mehr von einem Krisentreffen zum nächsten wankt. Also wenn jemand gerade jetzt in dieser Republik den Watschenmann macht, dann sind es die Freiheitlichen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die zahlreichen Wahlniederlagen und die permanenten Krisentreffen den Blauen spürbar zu schaffen machen, klammern sie sich eben, wie sie das heute hier eindrucksvoll demonstriert haben, an jeden Strohalm. Besonders bedauerlich ist aber, dass sie ihre Verachtung gegenüber den 443 000 Stimmberechtigten durch ihre Redebeiträge hier zum Ausdruck gebracht haben; was ja auch kein Wunder ist, denn die Wienerinnen und die Wiener haben das blaue Privatisierungsvorhaben durch ihre Stimme im wahrsten Sinne des Wortes durchkreuzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf abschließend nochmals festhalten: Die Wiener Volksbefragung war und ist ein voller Erfolg. Es haben mehr Wienerinnen und Wiener daran teilgenommen als noch drei Jahre zuvor. Sie haben sich nicht von Boykottaufrufen beirren lassen, sondern haben ihr demokratisches Recht in Anspruch genommen, und damit aber auch den Weg der Wiener Stadtregerung – nämlich die Bevölkerung in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse direkt einzubinden – anerkannt. Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als nächster

Redner ist Herr GR Mag Jung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Speziell Herr Kollege Deutsch!

Sie haben es wahrscheinlich zufällig übersehen – aber Sie hätten vielleicht noch ein bisschen Redezeit, um es nachzuholen –, zu antworten, wie das aussieht, dass die Bezirke entscheiden sollen. Aber wir werden die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Es gibt ja auch noch andere Möglichkeiten, darauf Antworten zu bekommen.

Dann haben Sie ziemlich ausschweifend über verschiedene andere Punkte gesprochen, zum Beispiel über die Verluste der FPÖ bei den vergangenen Wahlen: wir seien in Kärnten zertrümmert worden und so weiter.

Also ich kenne mehrere Parteien in Österreich, die glücklich wären, wenn sie auf 16 Prozent zertrümmert worden wären. Das kann ich Ihnen als Erstes sagen. Zweitens, zum Thema Verluste: Sie haben in Kärnten, 16 000 oder 17 000 Stimmen gewonnen. Sie haben aber in Niederösterreich ein Vielfaches davon verloren! Haben Sie das vergessen, oder darf man das als der Zentralsekretär und Ideologiereferent nicht sagen, Herr Kollege Deutsch? *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zensuriert!)*

Das schaut ein bisschen anders aus, als Sie das hier sehen. Ich brauche nur meinen eigenen Bezirk herzunehmen. Da haben Sie, die große SPÖ – die immer Druck macht auf die Leute, dass sie als Beisitzer in den Wahllokalen sitzen müssen, weil sie Gemeindewohnungen wollen und sonst brav und gehorsam sein müssen –, da haben Sie, die große SPÖ, die Regierungspartei seit Adam und Eva hier, es nicht einmal mehr zusammengebracht, dass die Wahlbeisitzer besetzt wurden! Da sehen Sie, was wirklich läuft, meine Damen und Herren! *(GR Karlheinz Hora: Von 111 habt ihr 11 gestellt! Nicht einmal 10 Prozent!)* Regen Sie sich nicht auf, Herr Kollege! Sie werden es in Ihrem Bezirk noch zur Genüge zu sehen bekommen. Heute dürfen Sie auch einmal dazwischenrufen, nachher ist ohnehin Schluss damit. Offenbar habe ich da in ein Wespennest gestochen, Herr Kollege ... *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Ich darf den ...

GR Mag Wolfgang **Jung** *(fortsetzend)*: Sie würden sich nicht so schrecklich aufregen, wenn dem nicht so wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weil Sie von der Ordnung und Einigkeit und so weiter reden: Was sagt denn jetzt mein Bezirksvorsteher in Liesing zu einer aktuellen Frage, nämlich zum Thema Prostitution? Dass das Gesetz nicht funktioniert, dass es nicht tauglich ist und dass er mit der Frau Stadträtin darüber reden wird müssen, weil ihm eben die Bürger sagen, wie es aussieht. Die Bürger haben Ihnen auch auf den Wahlzetteln gesagt, wie es aussieht: 50 000, haben wir gehört, alleine in einem Bereich negativ mit allen möglichen Freundlichkeiten für die Stadtregerung! Sie brauchen nur Ihre vorhandenen Wahlbeisitzer fragen, was alles draufgestanden ist.

Daran zeigt sich, wie begeistert die Wienerinnen und

Wiener von dieser Volksabstimmung waren. Dabei haben die meisten leider noch nicht gemerkt, dass die ganze Geschichte 7 Millionen EUR gekostet hat. Das ist ungefähr so viel, wie ein Schwimmbad kosten würde, das hätten wir schon dafür herrichten können. Vielleicht hätten wir in 20 oder 30 Jahren wirklich eine Olympiade in Wien durchführen können von den Geldern, die Sie für so etwas hinausschmeißen, oder von den Geldern, die Sie für die Werbung hinausschmeißen. Letztes Quartal – das ist jetzt nachvollziehbar – waren es 11 Millionen EUR oder was weiß ich, wie viele Millionen Euro, die Sie da hineingebuttert haben, einschließlich der GRÜNEN.

Obwohl Frau Vassilakou gesagt hat, sie würde solche Geschichten nicht machen, macht sie es genauso; so wie der Herr Ellensohn jetzt zustimmt, wenn die Wahlreform hinausgezögert wird; so wie der Herr Margulies zustimmt beziehungsweise nichts mehr dazu sagt – und wenn man ihn anschaut, hat man den Eindruck, dass er den Groll in sich hineinfrißt –, dass hier nach der Verkündung des Wahlergebnisses noch nachgewählt werden darf! All das haben Sie vergessen, und Ihren Zorn und Frust reden Sie sich jetzt in solchen Geschichten runter wie der Herr Kollege Deutsch vorhin.

Nun kommen wir aber zu der eigentlichen Frage, nämlich zur Frage der Sicherstellung der Wasserversorgung und der Grundversorgung, die Sie eingebracht haben. Wir haben nichts dagegen. Das wissen Sie ganz genau, nur behaupten Sie wider besseres Wissen etwas anderes. Wir waren die Ersten, die im Europaausschuss eine Behandlung dieses Themas verlangt haben. Bei der nächsten Ausschusssitzung habe ich es reklamiert und erst in der dritten Sitzung hat die Frau Kollegin es der Mühe wert gefunden oder die Erlaubnis bekommen, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben in der VöWG, im Städtebund und auch sonst überall diese Rechte verteidigt. Das haben Sie vergessen! Oder wollen Sie das vergessen? Oder wollten Sie die anderen glauben machen, dass es anders ist?

Das Einzige, das bei dieser Geschichte in Wirklichkeit herausgekommen ist, meine Damen und Herren, ist, dass Sie sich selbst und vor allem den Österreichern mit der bedingungslosen Zustimmung zu den Europäischen Verträgen ein Ei gelegt haben, beziehungsweise nicht nur ein Ei, sondern langfristig sogar eine Bombe. Denn es geht jetzt gar nicht mehr darum, dass wir das so einfach verhindern können, das wissen Sie ganz genau. Und alle diese Bereiche, die ich aufgezählt habe – nämlich Städtebund und VWG, macht der Herr Bürgermeister selbst –, haben gewarnt vor der Entwicklung, die noch nicht verhindert ist. Und sie wird auch nicht verhindert werden können, wenn die EU beharrt, und das wissen Sie ganz genau.

Es sei denn – eine einzige Möglichkeit gibt es, und eigentlich müssten Sie den Antrag nicht an den Gemeinderat richten, sondern an ihren Föhnkanzler, den Herrn Faymann –, dass der Herr Faymann, wenn es darauf ankommt, sagt: Wenn ihr das macht, dann spielen wir in anderen Bereich nicht mit und legen ein Veto ein. Aber dazu, meine Damen und Herren von der SPÖ, sind Sie zu feig. Dazu werden Sie die Erlaubnis nie bekommen.

Da lassen Sie lieber das österreichische Wasser verkaufen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen, nachdem ich heute schon insbesondere von den Freiheitlichen die unterschiedlichsten Sachen erlebt habe. So zum Beispiel eine tatsächliche Berichtigung der GRin Kappel, die alle Vorwürfe, sie wäre direkt am Wasserverkauf beteiligt und würde Geld aus einem de facto Pyramidenspiel ziehen, bestätigt. Okay, in Ordnung, jetzt nicht mehr, aber das hat sie gemacht. Deshalb kann man, meine ich, wirklich begründet sagen: Die FPÖ weiß, wie man durch Wasserverkauf Geld verdient. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Die Stadt Wien auch!)*

Die Stadt Wien kümmert sich darum, dass jeder Wiener und jede Wienerin Wiener Hochquellwasser aus der Leitung ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Haben Sie schon einmal das Wasser aus der ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS, eine Wasserflasche der Firma Wildalp in die Höhe haltend: Kassieren Sie mit, Herr Margulies? Sie kassieren mit! Das ist reine Privatisierung!)* Woher ist denn das Wasser? Kennen Sie die Firma? Das ist eine im Jahr 2002 gegründete Firma in Wildalpen, die steirisches Wasser abfüllt und nicht in Wien vertreibt, sondern einfach weltweit verkauft! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Nein, das ist Wasser aus der Steiermark, das Sie hier vorzeigen! Sie werden beim besten Willen nicht bestreiten können, dass das Wasser aus der Steiermark ist! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich will aber trotzdem zurückkommen zu Ihrer permanenten Darstellung, es handle sich um No-na-Fragen. *(GR Mag Dietbert Kowarik, auf ein Tablett mit Wassergläsern deutend: Nur ganz kurz: Woher kommt denn das Wasser, das da steht?)* – Sie meinen das Wiener Hochquellwasser, das durch Wiener Hochquellwasserleitungen fließt und von der Stadt Wien direkt den Bürgern und Bürgerinnen tagtäglich in höchster Qualität angeboten wird, das ist Wiener Wasser! *(Neuerlicher Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Aber kommen wir zurück. Wir nehmen zur Kenntnis: Die FPÖ will anscheinend das Wasser verkaufen und privatisieren, die Wiener GRÜNEN, die Wiener SPÖ wollen das nicht. Die ÖVP ist sich unschlüssig darüber, ob sie Wasserversorgung in den Bereich Daseinsvorsorge hineinnimmt oder nicht. Faszinierend an den Reden von ÖVP und FPÖ ist jedenfalls, dass es einerseits geheißt hat, es seien alles No-na-Fragen. Wie man sich aber über No-na-Fragen so aufpudeln und aufregen kann wie ÖVP und FPÖ, das ist interessant! Gehen wir es tatsächlich durch.

In Frage 1 ging es aus meiner Sicht darum, ob der Bezirk oder der Gemeinderat entscheiden soll. Sie machen daraus eine Niederlage des einen oder der anderen, gleichzeitig sagen Sie aber, es sei eine No-na-Frage. Ich glaube, es ist tatsächlich wichtig für Wien, ob die Bezirke hinkünftig darüber entscheiden oder die Gemeinde Wien – die Bezirke werden entscheiden. *(GR*

Mag Dietbert Kowarik: Wie? Wie entscheidet man? Lesen Sie den Bescheid!) Also, die Bezirke sind vertreten durch die Bezirksvertretung. Sorry, so ist es, das wissen sie. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Kollege Jung! Schauen Sie, Sie versuchen darzustellen, dass Sie in Kärnten gewonnen haben und reden davon, machen sich lächerlich. Wirklich, Kollege, tiefer geht es nicht mehr! Ihre Darbietung ist unterirdisch, also bitte schweigen Sie darüber! Wer Kärnten zu einem Sieg für die FPÖ erklärt, tut mir leid, der hat einen and der Birne! Sie haben eh so gemacht, tut mir leid. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben einen an der Birne!)* Aber bleiben wir bei der entscheidenden Frage: War die 1. Frage entscheidend oder nicht? Ja, wir wissen, in Hinkunft werden die Bezirke entscheiden.

2. Frage, Olympia, ja oder nein? *(GR Mag Dietbert Kowarik: Wie? Sie haben noch immer nicht gesagt, wie!)* Manche haben gesagt, das ist eine gute Idee, manche haben gesagt, es ist eine schlechte. Alle waren wir uns einig, es kostet viel Geld. *(GR Mag Dietbert Kowarik: 7 Millionen EUR!)* Seien wir doch froh, dass die Wiener und Wienerinnen jetzt eine klare Entscheidung getroffen haben, aber gewonnen haben so oder so die WienerInnen. Erstens durften sie in hohem Maße mitbestimmen, und zweitens haben sie verhindert, dass man vorher sehr viel Geld in Werbung investiert und so weiter.

Die 3. Frage, nämlich jene der Privatisierungen, scheint vor allem die ÖVP aufzuregen, weil sie sich nicht daran halten will. Sie sagt zwar: Diese Frage ist unwichtig, nein, doch wichtig, na egal, aber ich will mich nicht an das Ergebnis halten.

Übrigens, ganz kurz vielleicht ein kleiner Exkurs. Ich finde sehr wohl, dass man einen Unterschied machen sollte zwischen Volksbefragung und Volksabstimmung. Ich finde auch, dass es der Demokratie wahrscheinlich gar nicht so gut tut, das alles zu vermischen, so zu tun, als wäre das alles dasselbe. Aber solange es so ist, dass alle immer vorher sagen, ich halte mich an die Volksbefragung, und eher den Abstimmungscharakter in den Vordergrund stellen als den Befragungscharakter, sollte man nachher auch dazu stehen. Dass die ÖVP bei dieser Frage, die mit dem höchsten Grad an Zustimmung beantwortet wurde, sich hinstellt und sagt, ich will mich eigentlich nicht daran halten, das halte ich demokratiepolitisch tatsächlich für bedauerlich.

Jetzt komme ich zum Schluss, zu der Frage der Bestätigung dieses Ergebnisses. Ich habe, auch vor dieser Volksbefragung, wenn mich jemand gefragt hat, gesagt: Ja, es war ein Fehler von uns. Es war übrigens derselbe Fehler, den auch die Opposition gemacht hat, aber ich nehme ihn gerne noch mehr als Opposition, ich nehme ihn von mir aus persönlich auf meine Kappe und sage: Es war ein Fehler von mir, dass ich nicht daran gedacht habe und dass es nicht geändert wurde. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Nehmen Sie sich selbst ernst?!)*

Aber ich sitze in der Wahlkommission. Es geht um die Bestätigung eines Ergebnisses, und die Vertreter der Oppositionsparteien, die kein gutes Haar an dieser Volksbefragung lassen, sagen: Alles ist korrekt abgelau-

fen, wir nehmen dieses Ergebnis zur Kenntnis. Und dann wird von mir als Mitglied einer Regierungspartei verlangt, dagegen zu stimmen, wenn man zum zweiten Mal fragt. Entschuldigung, habt ihr einen ...? *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich spreche es jetzt nicht aus, sonst würde ich einen Ordnungsruf bekommen, außerdem soll man ja auch nicht das Obst beleidigen. Aber ÖVP und FPÖ stimmen zu und regen sich darüber auf, dass die GRÜNEN nicht zustimmen, ein Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen. Sorry, liebe KollegInnen von ÖVP und FPÖ, bitte denkt ein bisschen nach, bevor ihr sprecht! – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Dietbert Kowarik: Sie wissen nicht, was Sie reden! Sie sind wohl verwirrt! Skurril, dieser Auftritt!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Gibt es noch Wortmeldungen, außer jener des Herrn Blind? Wenn ja, dann will der Herr Vorsitzende auch rechtzeitig davon wissen. – Herr Blind, Sie sind am Wort.

GR Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender!

Es ist nur eine gewisse Knappheit eingetreten, weil dieser Anfall des Kollegen Margulies, der zwar vorhersehbar war, aber in seiner Heftigkeit vielleicht auch nicht ganz alltäglich war, auch einer gewissen Replik bedarf.

Herr Kollege! Sie wundern sich, wenn sich unsere Vertreter in der Wahlkommission gesetzeskonform verhalten. Das ist zwar für Sie wahrscheinlich etwas Ungeöhnliches, aber unsere Leute ... Wie sollen wir da dagegen stimmen? Sie ändern ja das Gesetz nicht. Sollen wir jetzt sagen, ja, es sind nach der Volksbefragung in der gesetzlich vorgesehenen Frist noch Wahlzettel oder Abstimmungszettel eingelangt? Woran sollen wir da Unkorrektheit erkennen?

Wir können in einer Wahlkommission nur formale Fehler feststellen. Formal war es korrekt, Herr Kollege, also pudeln Sie sich hier nicht auf! Werfen Sie hier keine Nebelgranaten, sondern bewegen Sie sich hier auf dem politischen Niveau, das in diesem Haus üblich sein sollte und dieses Hauses auch würdig ist! Argumentieren Sie nämlich wie wir, politisch, nämlich dass diese Nachwahlfrist an und für sich ein Skandal ist, Herr Kollege, und Sie als Mitglied einer Regierungspartei tragen die Verantwortung dafür, dass diese Nachwahlfrist ganz eklatant weiter besteht und noch nicht abgeschafft wurde! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sie verwechseln hier nämlich ganz massiv Täter mit Beschuldigtem. Sie sind in der Regierungsverantwortung, Sie haben hier die Möglichkeit, Änderungen herbeizuführen. Beschuldigen Sie bitte nicht unsere Vertreter in der Wahlkommission, einer Sache zugestimmt zu haben, die wir inhaltlich kritisieren, die aber rechtlich einwandfrei war, wenngleich natürlich die rechtlich einwandfreie Vorgangsweise für Ihre Fraktion offensichtlich eine Kuriosität oder etwas Außergewöhnliches ist. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Be-

schluss- und Resolutionsantrag der GemeinderätInnen Schicker, Deutsch, Ekkamp, Meidlinger, Ellensohn, Vana, Werner-Lobo, Margulies und Hebein zum Thema Verankerung der Daseinsvorsorge als Staatszielbestimmung in der Bundesverfassung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen der GRÜNEN, der SPÖ, des klubunabhängigen Gemeinderates und der FPÖ mehrstimmig so angenommen.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien fünf, des Grünen Klubs im Rathaus null, des Klubs der Wiener Freiheitlichen sechs Anfragen eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs zwei und des Klubs der Wiener Freiheitlichen ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von der Bezirksvertretung Wieden wurde ein Antrag betreffend Evaluierung der Dezentralisierung, Neuordnung der finanziellen Zuständigkeit für Schulsanierungen eingebracht. Diesen Antrag weise ich der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport zu.

Die Anträge des Stadtsenats zu den Postnummern 5 bis 10, 13 und 14, 18 bis 21, 23 bis 27 und 29 bis 34 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung die erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 4 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 1, 2, 4, 28, 3, 15, 16, 17, 22, 11 und 12. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Wir kommen nun zu den Postnummern 1 und 2. Sie betreffen die Wahl von Ersatzmitgliedern in den Vorstand und in den Überwachungsausschuss der KFA. Bevor wir die vorliegenden Wahlvorschläge abstimmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 27 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Gemeinderat nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen. Wer mit meinem Vorschlag einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so angenommen.

Herr GR Karlheinz Hora ist als Ersatzmitglied aus dem Vorstand der KFA ausgeschieden. Der entspre-

chende Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates für die restliche Funktionsperiode des Vorstandes der KFA lautet auf Frau GRin Mag Nicole Berger-Krotsch als Ersatzmitglied für das Mitglied GRin Anica Matzka-Dojder. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Frau GRin Ingrid Schubert ist als Ersatzmitglied aus dem Überwachungsausschuss der KFA ausgeschieden. Der entsprechende Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates für die restliche Funktionsperiode des Überwachungsausschusses der KFA lautet auf Frau GRin Prof Dr Elisabeth Vitouch, nämlich als Ersatzmitglied für das Mitglied GR Franz Ekkamp. Ich bitte um Zustimmung, wer diesem Vorschlag zustimmen möchte. – Dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Post 4 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Zuführung von Barmitteln an den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Ekkamp, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Geschäftsstück.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir stimmen dem vorliegenden Akt zur Dotation des WAFF zu, und das trotz der Zweifel, die wir seit Jahren haben bezüglich der Struktur des WAFF, nämlich, wie von uns bereits oft erwähnt, auf Grund der Ineffizienz und Doppelstruktur zum AMS. Ich möchte unsere Zustimmung auch begründen. Jede Maßnahme, die für den Arbeitsmarkt geleistet wird, ist besser als keine. In diesem Fall sind die finanziellen Mittel wenigstens für einen sinnvollen Zweck eingesetzt – im Gegensatz zu den bereits erwähnten 7 Millionen EUR für eine Pseudovolksbefragung, im Gegensatz zu Selbstbeweihräucherungen wie zum Beispiel der 1 Million EUR für eine vollkommen unsichtbare Märtekampagne.

Dennoch muss ich kritisch anmerken, dass der Kritik des Rechnungshofes aus dem Jahr 2011 keinerlei Rechnung getragen wurde. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht kritisiert, dass die Förderung je Erwerbsperson in Oberösterreich doppelt so hoch ist wie in Wien. Auffallend war dazu: „dass die Arbeitsmarktförderungen des Landes Oberösterreich im Verhältnis zu denen des AMS Oberösterreich finanziell wesentlich bedeutender waren als jene des Landes Wien zum AMS Wien.“

Auch hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit empfiehlt der Rechnungshof dem WAFF, diese zu überdenken und vor allem eine Abstimmung bezüglich der Aktivitäten des AMS in Wien anzustreben. Außerdem ist ein Großteil der Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit an nur eine einzige

Werbeagentur gegangen, und zwar 1 Million EUR von 1,7 Millionen EUR. Ferner ist der WAFF ein unbefristetes Vertragsverhältnis mit der Werbeagentur eingegangen, und die Öffentlichkeitsarbeit sollte auf Empfehlung des Rechnungshofes neu ausgeschrieben werden.

Außerdem empfiehlt der Rechnungshof, sich hinsichtlich der Abwicklungsorganisation am Land Oberösterreich zu orientieren, das sich durch eine besonders schlanke Abwicklungsorganisation auszeichnet. So gibt es folgende Empfehlungen des Rechnungshofes an das Land Wien: „Der WAFF sollte sich auf Bereiche, die vom AMS nicht beziehungsweise nur zum Teil abgedeckt werden konnten, fokussieren.“ Weiters werden eine stärkere Vernetzung zwischen WAFF und der Wirtschaftsagentur Wien und eine „Gesamtevaluierung der Wirkungen der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten des WAFF“ empfohlen. Außerdem sollte laut Rechnungshofbericht der rechtliche Rahmen überdacht und den geänderten Gegebenheiten angepasst werden.

Die Zahlen und Fakten, die als Grundlage für den Rechnungshofbericht genommen wurden, sind dramatisch. Das wissen wir in Wien. Es waren in Wien seit 2000 mehr als doppelt so viele Arbeitnehmer wie in Oberösterreich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag im Zeitraum 2005 bis 2009 im gesamten Bundesgebiet bei 6,7 Prozent, in Oberösterreich allerdings bei 4,2 Prozent und in Wien um ganze 2 Prozentpunkte mehr, nämlich bei 8,8 Prozent.

Das heißt, wir haben hier mit mehr als 9 Prozent die allerhöchste Arbeitslosigkeit im Bundesländervergleich, außerdem 150 000 Mindestsicherungsempfänger, was 10 Mal so viel ist wie in Niederösterreich. Es kommen verschiedene andere Faktoren dazu wie zum Beispiel, dass in Wien nur jede zweite Frau nach der Babypause den Wiedereinstieg in das Berufsleben schafft.

Wenn man sich all diese Zahlen und die ganzen Verhältnisse zu anderen Bundesländern ansieht, muss man sich über die Wirksamkeit der Instrumente des WAFF schon Fragen stellen, noch dazu angesichts der doppelt so hohen Förderungskosten wie zum Beispiel in Oberösterreich. Besonders drastisch sind die Zahlen im Bereich der Frauenbeschäftigung. Die Arbeitslosenquote liegt bei knapp 8 Prozent. Dabei haben wir eine Erwerbstätigenquote von 68,8 Prozent, das ist das zweitschlechteste Ergebnis im Bundesländervergleich, und die Armutsgefährdung ist wieder die höchste und liegt bei 18,3 Prozent. Die Armutsgefährdung von Kindern unter 19, die liegt gar bei 27 Prozent, extrem hoch. Ferner sind in Wien im Jahr 2011 im Schnitt 32 000 Frauen arbeitslos gemeldet gewesen. Das sind – und das ist doch sehr viel – 35 Prozent aller Arbeitssuchenden Frauen in Österreich.

Wenn man sich diese Zahlen ansieht, sollte man sich schon die Frage nach der Wirksamkeit dieser arbeitsplatzfördernden Maßnahmen stellen. Allerdings muss man wieder im Gegenzug dazu sagen, dass hier die Wiener Stadregierung eine arbeitsplatzvernichtende Verhaltensweise an den Tag legt. Statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, indem man den Wirtschaftsstandort

sichert und in diesen investiert, haben Sie ja letztens die Wirtschaftsförderung gekürzt und die nachfragewirksamen Ausgaben der Stadt Wien reduziert. Die nachfragewirksamen Ausgaben der Stadt Wien und der Rechnungsabschluss haben eine sinkende Investitionsquote. Dazu kommen die steigenden Kosten in Wien. Jetzt sehen Sie, was es bedeutet, einen Wirtschaftsstandort auszuhöhlen, Sie bekommen jetzt sozusagen die Rechnung darüber präsentiert.

Ich möchte ganz kurz eingehen auf den Antrag, der mich immerhin glücklich stimmt, nämlich betreffend die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten auf mindestens 40 Prozent. Es hat lange gedauert in Wien nahen Betrieben, aber immerhin ist dieser Schritt jetzt endlich vollzogen worden.

Wir haben in Wien nicht nur bei den Quoten in Führungspositionen, sondern auch bei der Einkommensschere besonders schlechte Zahlen. Sie hätten in Wien neben dieser Maßnahme, die Sie jetzt mit Ihrem Antrag setzen, noch die Möglichkeit, auch wirtschaftspolitische Anreize in der Privatwirtschaft zu bieten, indem Sie zum Beispiel Wiens Unternehmungen für hochqualitative Arbeitsplätze für Frauen Quotenempfehlungen geben, indem Sie mit Informations- und Aufklärungsbroschüren die volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Gleichstellung in einer entwickelten Gesellschaft vermitteln.

Also ich hoffe, dass diese 40 Prozent jetzt der erste Schritt waren und dass ein zweiter Schritt folgt. Sie lehnen ja hartnäckig jeden Antrag von mir diesbezüglich ab, aber immerhin kommt dann nach einer gewissen Zeit ein sehr ähnlicher. Ich warte daher und freue mich darauf, dass Sie bald den nächsten Schritt in diese Richtung tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Immer, wenn ich zum Arbeitsmarktthema nach der ÖVP rede, glaube ich, die ÖVP redet von einer ganz anderen Stadt, nicht von der Stadt mit der höchsten Produktivität, den höchstqualifizierten Arbeitskräften, der niedrigsten Arbeitslosenrate in ganz Europa (*GR Mag Wolfgang Jung: Bitte, wann war das, Frau Kollegin?!*) und einer der höchsten Lebensqualitäten in Europa. Sie kritisieren hier Wiens Arbeitsmarktpolitik in Grund und Boden, obwohl Sie genau wissen, dass Arbeitsmarktpolitik hauptsächlich in der Bundesverantwortung liegt, wo man sich jetzt mühsam quasi aufraffen muss, um den schwarz-blauen Kahlschlag, der vor ein paar Jahren gerade in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik erfolgt ist, mühsam zu reparieren.

Gerade Ihr Kollege in der Bundesregierung, Frau Kollegin Feldmann, blockiert sämtliche arbeitsmarktpolitischen Fortschritte sofort reflexartig, und erst ganz mühsam, durch viele Verhandlungen kommen dann ein paar Fortschritte wie jetzt bei den Leiharbeitern zustande. Aber siehe wieder die Diskussion zur sechsten Urlaubs-

woche, die ganz legitim geführt wird. Die Produktivität der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Österreich ist in den letzten 20 Jahren um 40 Prozent gestiegen, während die Reallöhne im selben Zeitraum ungefähr um 20 Prozent gesunken sind. Eine Umverteilungsdiskussion und auch eine Diskussion über mehr Rechte und mehr Lebensqualität von ArbeitnehmerInnen zu führen, ist daher absolut legitim.

Sie sind die Partei, die das im Bund blockiert. Und dann stellen Sie sich immer hier heraus – ich muss immer lachen, es wäre schon fast lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre – und fordern da das Gute, Wahre und Schöne. Ich kann nur noch einmal appellieren – wahrscheinlich steht es schon hundert Mal im Protokoll, bei meinen früheren Reden –: Fordern Sie das, was Sie hier fordern, von Ihren KollegInnen im Bund. Dann würde in diesem Land sicher einiges weitergehen, denn dann wären sicherlich die notwendigen Reformen, die es in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik von der Bundesebene braucht, auch möglich.

Ich freue mich jedenfalls heute, dass wir die 14 Millionen EUR für den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfond nachdotieren. Insgesamt hat der WAFF ja wesentlich mehr Geld pro Jahr zur Verfügung, an die 50 Millionen EUR. Das heute ist nur ein kleiner Teil der Mittel, die die Stadt Wien in aktive Arbeitsmarktpolitik, in Vollbeschäftigung – denn darauf setzen wir – investiert.

Wien sichert auch die Mittel. Wir kürzen auch in Zeiten des Spardrucks gerade bei aktiver Arbeitsmarktpolitik eben nicht, sondern im Gegenteil, wir bauen unsere Programme sogar aus. Der WAFF, der damals in den 1990er Jahren eingerichtet wurde, ist ja, wie wir immer gerne betonen, ein Instrument der innovativen experimentellen Arbeitsmarktpolitik. Ich finde es auch gut und wichtig, dass er sich diesen Charakter – nicht vollständig, aber doch in weiten Bereichen – mit den Förderungen seiner Maßnahmen bewahrt hat.

Frau Kollegin Feldmann! Da Sie den Rechnungshofbericht von 2011 angesprochen haben: Gerade dieser Rechnungshofbericht stellt dem WAFF eigentlich ein hervorragendes Zeugnis aus, vor allem, was die Zielgruppenorientierung betrifft. Der Rechnungshof sagt nämlich ganz eindeutig: Der WAFF erreicht auch jene Zielgruppen, die es arbeitsmarktpolitisch am meisten brauchen. Wer ist das in Wien? Das sind Migrantinnen, Migrantinnen, das sind Frauen und das sind junge Menschen. Diese drei Zielgruppen, auf die der WAFF eindeutig einen Schwerpunkt legt, werden auch gemäß dem von Ihnen zitierten Rechnungshofbericht explizit gelobt. Der WAFF wirkt also, und ich denke, jeder Euro, den wir in aktive Arbeitsmarktpolitik in Wien investieren, macht sich bezahlt und kommt auch wieder retour.

Da Sie immer wieder von der Doppelgleisigkeit von AMS und WAFF sprechen: Der WAFF hat ein vollkommen anderes Aufgabenprofil und auch einen vollkommen anderen Auftrag als das Arbeitsmarktservice. Das Arbeitsmarktservice steht in Bundesverwaltung und soll arbeitssuchende Menschen in Arbeitsplätze vermitteln. Der WAFF aber unterstützt nicht nur Arbeitssuchende, sondern – und das ist das Wichtige, Ergänzende, das ist

der kommunale Handlungsspielraum, den wir nützen – auch Beschäftigte bei ihrer Weiterqualifizierung, bei ihrer Höherqualifizierung; und zwar – und das ist uns wichtig, das ist ein Ziel unserer rot-grünen Arbeitsmarktpolitik – immer auch im Hinblick auf das Finden einer Arbeit mit existenzsicherndem Einkommen und einem guten und nachhaltigen Arbeitsplatz.

Ziel unseres rot-grünen Regierungsübereinkommens ist eben nicht die rein quantitative Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir wollen nicht nur jeden Monat auf die neuen Arbeitslosenstatistiken starren: Haben wir jetzt weniger oder mehr Arbeitslose, wie schaut das aus?, sondern wir wollen auch auf die Qualität der Arbeit schauen, die in Wien von Seiten von Wiener Unternehmen und Unternehmerinnen angeboten wird. Wir haben einen Leitgedanken: Ein Arbeitsmarkt für alle. Der Mensch ist für uns keine Humanressource. Wir sehen die Arbeitslosigkeit also als gesamtgesellschaftliche Verantwortung und nicht – wie Sie sehr oft und leider auch die Kollegen von der FPÖ oder der Herr Kollege Aigner – als individuelles Versagen einzelner Personen. Wir bekämpfen in dieser Stadt die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen.

Es gibt viel zu tun. Die Krise ist noch lange nicht vorbei, obwohl Wien die Krise wesentlich besser bewältigt als andere Bundesländer. Im Bundesländervergleich liegt Wien beim Anstieg der Arbeitslosigkeit wesentlich besser als der Bundesdurchschnitt, was uns natürlich nicht zurücklehnen lässt, im Gegenteil. Wir haben schon als Opposition gesagt und sagen auch jetzt in der Regierung, weil es wichtig ist: Wien hat nicht nur konjunkturelle Probleme durch die Krise am Arbeitsmarkt, sondern auch strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt.

Das eine ist die starke geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes, also die hohen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, die sehr hohe Teilzeitquote von Frauen. Prekäre Beschäftigung von Frauen wird schon bald zum sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Das ist sehr, sehr bedauerlich, deshalb auch der starke Einsatz des WAFF gerade für Frauen. Die Langzeitbeschäftigungslosigkeit steigt, und die Reallohnverluste habe ich schon angesprochen.

Das heißt, es gibt sehr viel zu tun; und ich denke, mit dem WAFF, der wirklich ein fixer und zentraler Bestandteil der kommunalen Arbeitsmarktpolitik ist, nützt Wien die kommunalpolitischen Handlungsspielräume, die wir als rot-grüne Regierung haben; nämlich mit dem vielseitigen Instrument der Beratung, der Unterstützung, der Förderung und der Aus- und Weiterbildung, denn das ist der Auftrag des WAFF.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist damit ein Beitrag zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Sie wirkt also präventiv zur Reduktion von Arbeitslosigkeit und trägt bei zur Reintegration und sozialen Inklusion von Arbeitssuchenden und natürlich auch zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von speziell benachteiligten Gruppen. Wir haben ein ehrgeiziges rot-grünes Regierungsübereinkommen. Ich denke, zur Wiener Ausbildungsgarantie oder zum Qualifikationsplan, der jüngst erlassen wurde, werden meine KollegInnen Wehsely und Christoph Pe-

scheke nachher noch ausführlich Stellung nehmen.

Ich möchte kurz eine Neuerung vorstellen, die wir als WAFF-Vorstand im letzten WAFF-Kuratorium beschlossen haben, die eigentlich ein Meilenstein in der Unternehmensförderung ist oder zumindest neue Maßstäbe in der Unternehmensförderung des WAFF setzt, und das ist die inhaltliche Neuausrichtung der Förderrichtlinie Innovation und Beschäftigung. Sie wissen, es gab schon in den letzten Jahren die Förderrichtlinie Innovationsassistenz. Jetzt haben wir auch einen qualitativ starken Schritt vorwärts gemacht, indem wir nicht nur ein paar Schwächen bereinigt haben.

Wir haben uns zum Beispiel lange über den Innovationsbegriff unterhalten. Dieser wurde ja bis jetzt sehr weit ausgelegt. Alles war Innovation. Das hat dann zu einigen skurrilen Förderungen geführt, die ich jetzt nicht erwähne. (*Heiterkeit der Rednerin.*) Ich lache, weil das ein Running Gag ist. Okay, ich erwähne es, also Ferrari. Da haben wir GRÜNE gesagt, nein, also da muss man doch näher hinschauen, was eine Innovation ist.

Mit dieser Förderrichtlinie haben wir zum Beispiel die soziale Innovation und die Innovation in neue Beschäftigungssysteme, in die Weiterbildung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen endlich möglich gemacht. Also Kriterien wie Arbeitsplatzgestaltung, eben die Qualität der geförderten und geschaffenen Arbeitsplätze, zum Beispiel auch die Förderung für die Weiterbildung speziell für Geringqualifizierte, was wieder mit dem Qualifikationsplan zusammenhängt, das ist jetzt mit dieser Neugestaltung der Richtlinien möglich.

Auch Verschränkungen mit anderen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, die wir uns in dieser Legislaturperiode vorgenommen haben, zum Beispiel die Förderung nachhaltiger ökologischer Strategien auch bei der Beschäftigung, Green Jobs Strategie, sind jetzt mit dieser flexibleren Handhabung der Richtlinie – gleichzeitig haben wir sie eben praxisnäher und unbürokratischer gemacht – wirklich gelungen. Ich denke, das sind neue Maßstäbe.

Jetzt sind Wiens Unternehmer und Unternehmerinnen eingeladen, dieses Unterstützungsangebot des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds in Anspruch zu nehmen. Man muss das immer wieder betonen, weil wir GRÜNEN ja immer gesagt haben, die Gelder für den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds sollen direkt den betroffenen ArbeitnehmerInnen zu Gute kommen, und die Unternehmensförderung würde für uns strukturell eher in den Bereich der Wiener Wirtschaftsagentur – früher Wirtschaftsförderungsfonds – gehören.

Da haben wir eine Evaluierung dieser Leistungen vorgenommen, und das ist auch einer der Gründe, warum wir diese spezielle Richtlinie jetzt neu orientiert, aber im WAFF belassen haben: weil sie wirklich auch Wiener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu Gute kommt, aber eben von den Unternehmen natürlich abgeholt werden muss. Da werden wir schauen, wie das läuft, insbesondere auch – jetzt hätte ich es fast vergessen, unglaublich, dass das gerade mir passiert – eine Neuerung: Selbstverständlich fordern wir die Gleichstellung von Männern und Frauen, auch spezifisch. Wenn Betrie-

be, die auf Grund dieser neuen Richtlinie gefördert werden wollen, entsprechende Gleichstellungsmaßnahmen nachweisen können, dann gibt es einen Bonus.

Damit bin ich auch schon am Ende, denn ich muss den Vorsitz übernehmen. Danke, Herr Kollege Reindl, dass du das jetzt länger gemacht hast. (*Heiterkeit bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.*) – Der Kollege lacht. – Rot-Grün ist gut für Wien. Es ist das Gegenmodell zum Sozialabbau, mit starkem öffentlichen Dienst, einer starken aktiven Arbeitsmarktpolitik und Vollbeschäftigung. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freue ich mich auch, dass wir bei uns das öffentlich-rechtliche staatliche serbische Fernsehen RTS begrüßen dürfen, erstmalig im Wiener Gemeinderat. Es sind Frau Mira Adanja-Polak, Journalistin beim serbischen Fernsehen, und ein Kameramann bei uns. Recht herzlich willkommen im Wiener Gemeinderat! (*Allgemeiner Beifall.*)

Als Nächster ist Herr GR Ing Rösch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe gerade vernommen, dass die Kollegin Vana dieses Thema Arbeitslosigkeit und alles, was da so mitspielt, das der WAFF eben auch zu regeln versucht, sehr lustig findet (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nicht zugehört!*); und dass sie es auch sehr lustig findet, wenn die Kollegin von der ÖVP den Rechnungshofbericht zitiert, der dem WAFF gegenüber sehr vernichtend ausgefallen ist.

Dabei erinnern wir uns noch, dass der Rechnungshof damals Ineffizienz festgestellt hat, keine Nachhaltigkeit festgestellt hat, das Zehnfache an Kosten im gleichen Markt wie zum Beispiel Oberösterreich festgestellt hat, und das Ganze mit wesentlich mehr Angestellten. Lustig zu finden, dass der Arbeitsmarkt sich so zuspitzt, dass es so viele Arbeitslose gibt, das verstehe ich nicht, Kollegin Vana! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Tun Sie nicht so unverschämt lügen! Das ist eine unverschämte Lüge!*) Sie hat sogar gelacht darüber, und das kann man einfach nicht verstehen und auch nicht so stehen lassen! (*Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und GRÜNEN.*)

Natürlich, da geht es um diese Nachdotierung von 14,5 Millionen EUR an den WAFF, nämlich für diesen Qualifikationsplan, der uns ja mit einem Hochglanzprospekt sehr schmackhaft gemacht worden ist. Wenn man allerdings in die Tiefe der Unterlagen geht, sich diese genauer anschaut, dann wird man ein bisschen skeptisch.

Skeptisch wird man auch, wenn man in die Vergangenheit schaut, als der WAFF das Flexwork betrieben hat, das angeblich keine Gemeinnützigkeit gehabt hat. Dabei war es praktisch eine Cashcow, denn dort wurde mit Leiharbeitern für den WAFF Geld verdient. Leute, die in Arbeitsnot waren, hat man für irgendeine Arbeit hergenommen und an dieser Arbeit auch noch verdient. Was daran sozial sein soll, was daran der Auftrag des WAFF sein soll, frage ich mich bis heute.

Das Ganze wurde angeblich auch noch ohne Gewerbeschein gemacht, dabei braucht man in Österreich an und für sich für jedes Tun und Wirtschaften einen Gewerbeschein. Angeblich sind auch noch einige Klagen gegen das Flexwork offen, die der WAFF noch regeln muss. Dabei sollte man sich auch die Gewinne, die damit erzielt wurden, immer vor Augen halten.

Nun soll das AMS mit dem WAFF die Kohlen aus dem Feuer holen. Wenn man es sich genauer anschaut, sieht man nämlich, dass die Administration, die Werbung und das Personal, SFU, Service für Unternehmen, praktisch mit eingebunden werden sollen. Das ist ja gut, man soll ja zusammenarbeiten, aber da vermute ich als gelernter Österreicher wieder einen Trick, nämlich dass da die Kosten gebunkert sind, dass das AMS in Wirklichkeit die Werbung betreibt. So steht es auch in den Unterlagen. Wenn jemand ungläubig schaut – ich kann dann die Unterlagen herzeigen. *(Zwischenruf von GR Godwin Schuster.)*

Natürlich, wenn ich Mitarbeiter des AMS dazu auffordere, Arbeiten, Werbung und so weiter bei den Unternehmen für den WAFF zu tätigen, dann sind natürlich auch Kosten dort. Wenn ich aber diese Kosten in meine Kalkulation nicht mit hineinnehme, dann ist das nicht okay. Ich hoffe, sie sind drinnen, das AMS wird damit entlastet und hat vielleicht dann auch die Möglichkeit, die fehlenden Mitarbeiter, die noch zu beklagen sind, aufzunehmen; dann soll mir das recht sein. Aber, wie gesagt, ich habe es in den Unterlagen noch nicht gefunden.

Dann ist es natürlich so, dass durch den WAFF und diesen Qualifikationsplan ja auch wir im Gemeinderat keine Kontrolle haben. Wir müssen uns auch noch berichten lassen. Sehr viele sind zwar im Kuratorium, aber in diesem Kuratorium werden eben Überschriften geboten. Wenn du nicht genau weißt, wo du nachfragen musst und wo du einhaken kannst, dann ist das da oben in den Vorständen und so weiter schon längst eine ausgemachte Sache, die meistens dann für diejenigen, die die Kontrolle ausüben wollen, gar nicht mehr nachvollziehbar ist.

Was mir in den Inhalten auch fehlt, ist die Suche nach der Ursache. Man sieht nicht, warum die Arbeitslosigkeit und die niedrige Qualifikation überhaupt in Österreich in diesem Ausmaß herrscht. Diese Ursachenforschung vermisste ich da überhaupt. Es ist ein gesellschaftliches Problem, dass die Familien oft keine Zeit mehr für Familie haben, keine Zeit mehr für die Kinder haben, keine Zeit mehr haben, sich mit den Kindern hinzusetzen und zu lernen, aber auch, ihnen gesellschaftliche Werte zu vermitteln – die anscheinend verpönd sind.

Speziell bei den GRÜNEN bekommt man immer wieder mit, dass man, wenn es um Werte geht, sagt, pfui, das kann gar nichts, da wollen wir nicht mitmachen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Aber es geht einfach auch ein bisschen um Disziplin – etwas, das die Kinder schon im Vorschulalter und im Schulalter lernen müssen, begleitend von den Eltern. Dieses Gesellschaftsmodell Familie ist ja immer mehr ausgehöhlt worden, und dort, wo wir hinsteuern, das sind die eigentlichen Probleme

und die Ursachen. Wir glauben, dass es ein tolles Gesellschaftsmodell ist, die Kindeswegleitung und wenn Kinder am besten den ganzen Tag im Hort bleiben, bis 22 Uhr, wenn der letzte Laden zugesperrt hat, und nur mehr zum Schlafen nach Hause kommen. Darin sind die Ursachen zu finden!

Aber auch darin, dass sehr viele Familien in Armut leben. Wir wissen alle, dass dort, wo Armut ist, auch die Bildung leidet. Dabei brauchen wir Bildung, um eine Gesellschaft weiterzubringen, um Wohlstand in ein Land hineinzubringen. Und da sehe ich überhaupt keine Ansätze. Wir sehen, dass Tausende keine Lehre machen, wir sehen, dass ungefähr 5 000 keinen Lehrabschluss machen, aber nicht weil sie auf das AMS oder den WAFF warten, sondern weil sie andere Gründe haben: entweder Visionslosigkeit, oder sie glauben, sie werden ja doch irgendwie durchkommen, sei es auch mit Hilfe des Staates. *(Zwischenruf von GR Christoph Peschek.)* Die Zahlen stammen von der Arbeiterkammer. Die wirst du nicht unbedingt in Frage stellen können, außer du würdest die Arbeiterkammer und die Arbeit der Arbeiterkammer in Frage stellen.

Dann haben wir noch den Zuzug, wo wir 5 Prozent des Zuzuges als Facharbeiter haben. Dabei müssen wir, wenn wir die Leute herein lassen, denen dann natürlich auch ein Leben bieten, und wenn sie dann in Österreich bleiben, müssen wir ihnen natürlich auch eine Ausbildung bieten. Aber das muss alles die Gesellschaft tragen. Nun kann man sich fragen, ob das gescheit ist oder nicht, dass andere Länder wirklich Facharbeiter suchen und hereinholen; denn den Ländern, wo die Facharbeiter herkommen, fehlen dann die Facharbeiter, und diese Länder müssen dann eventuell unterstützt werden. Man kann sich auch fragen, in welchen Prozentzahlen das sinnvoll ist oder nicht. Aber man kann doch nicht immer so tun und einfach immer nur mit Geld wedeln und sagen, jetzt machen wir noch eine Nachdotation und jetzt wird wieder alles gut.

Dann lesen wir in der Zeitung vom Frauen-Burn-out und von lauter solchen Dingen, die es ja tatsächlich gibt, weil die Gesellschaft sich so massiv verändert, dass die Frauen, wenn sie Familie und Arbeit haben, das oft gar nicht mehr bewältigen können. Dabei ist auch Lohndumping ein großes Problem. Die FSG ist ja bei den Verhandlungen immer dabei, wenn es um die KV-Löhne geht und so weiter; und doch müssen wir feststellen, dass die letzten 20 oder 15 Jahre ständig ein Kaufkraftverlust stattgefunden hat und sich diejenigen, die in Österreich arbeiten, aber auch die Pensionisten, immer weniger leisten können. Ist das ein Sozialmodell?

Da muss ich mir wahrscheinlich dann wieder von irgendjemandem anhören: In welchem Land leben wir denn? Oder: In welchem Land lebt der Herr Rösch denn? Man versucht, das abzutun, als wäre das gar nicht wahr. Diese Zahlen lügen nicht, dieses massive Problem haben wir. Wir haben schon über 400 000 Beschäftigungslose. Diese Leute hätten zum Großteil gerne eine Arbeit. Aber es ist eben ein unregulierter Markt, nämlich auch dieser Markt, der jetzt vor uns ist. Am 1. Jänner 2014, glaube ich, kommen die nächsten europäischen

Länder in unseren Arbeitsmarkt herein: Rumänien und Bulgarien.

Anstatt zu sagen, wir können es uns momentan nicht leisten, noch mehr Billigarbeitskräfte zu uns hereinzulassen, wir müssen jetzt einmal schauen, dass wir unsere Leute auf ein gewisses Niveau bringen, dass wir eine ordentliche Volkswirtschaft haben, dass wir ein ordentliches Einkommen zum Auskommen haben – nein, wir machen immer alles unkontrolliert aus, und hoffen dann, dass, wenn wir mit ein paar Millionen wedeln, alle zufrieden sind. Das wird nicht stattfinden! Hinter diesem ganzen Konzept ist keine Linie, maximal eine Hoffnung: Was das AMS und das Bundesministerium nicht machen, decke ich mit dem WAFF ab, gebe überall ein paar Stipendien dazu und hoffe, dass mir die Leute dann zulaufen werden.

Als wüssten die Jungen nicht schon längst, dass sie eine bessere Qualifikation brauchen, wenn sie in den Arbeitsmarkt hineingehen! Trotzdem pfeifen sie oft auf diese Ausbildung, weil sie in den österreichischen Arbeitsmarkt überhaupt kein Vertrauen haben. Wenn man das nicht glaubt, dann gehen wir morgen um 8 Uhr, bevor der Landtag anfängt, zu irgendeinem AMS und fragen die Arbeitslosen, die Jugendlichen, wie es ihnen geht. Dann sind wir nicht hier in diesem Labor, wo irgendwelche Grundsätze, Hoffnungen ausgesprochen werden, sondern dann sind wir direkt vor Ort, bei den Menschen, die zum Teil in Not sind und denen es schlecht geht. Dann können wir uns einmal anhorchen, welche Vorschläge sie hätten.

Wenn ich an die Rot-Weiß-Rot-Karte denke, so hat Kollege Tumpel gesagt, er würde sie auf jeden Fall weiter belassen. Was sind denn Schlüsselarbeitskräfte? Das sind ja keine Fachkräfte! Eine Schlüsselarbeitskraft muss ein Minimum erfüllen. Er muss ein bisschen Deutsch können, muss gezeigt haben, dass er irgendwo gearbeitet hat und braucht irgendjemanden, der sagt, der kommt jetzt zu mir herein und der ist ganz wichtig. Facharbeiter sind das nicht, dabei holen wir uns die auch noch herein!

Wenn man sich dann das Jahr 2012 anschaut, so haben wir mehr Arbeitsplätze zu verzeichnen, aber mehr arbeitslose Österreicher. Wenn jetzt jemand sagt, das ist Protektionismus und das darf man nicht, denn es müssen alle in Österreich arbeiten dürfen, und die Österreicher interessieren uns überhaupt nicht, dann sage ich: Bei uns in der FPÖ ist das nicht so. Wir interessieren uns für die Österreicher sehr wohl, denn wir sind von ihnen gewählt worden und haben einen Auftrag von ihnen. *(GR Godwin Schuster: Ihr habt den Vertrag unterschrieben! Das nimmt euch keiner ab!)*

Wir sind für die Österreicher da und müssen uns eben der österreichischen Sorgen annehmen. Die österreichischen Arbeitslosen müssen in erster Linie für uns wichtig sein, und dann kommen die Arbeitsplätze für die anderen. Das kann gar nicht anders funktionieren und funktioniert auf der ganzen Welt nicht anders. Es ist eine Traumwelt, in der sich alles selber reguliert im deregulierten Raum. Auch eine Anarchie wird es nie geben, denn an der Anarchie wird immer irgendeiner vorne stehen. Das sind Illusionen, die schon so alt sind, dass

wir längst begriffen haben müssten, speziell in den letzten Krisen, dass das nicht funktioniert!

Wien ist auf jeden Fall Spitze bei der Arbeitslosigkeit und da dürfen wir nicht drauf stolz sein. Wir fordern daher von diesen Qualifikationszielen, dass sie schlüssig sind. Schlüssig ist das, was mir vorgelegen ist, nicht. Ein Erfolgsmonitoring hab' ich da drinnen auch nicht gesehen. Das ist zum Beispiel auch das, was der Rechnungshof das letzte Mal kritisiert hat. Es gibt keine Nachhaltigkeit. Es muss eine schlankere Verwaltung geben. Es kann nicht so sein, dass man da eine Auslagerung macht, die in Wirklichkeit – ja, wenn man sagt, also zumindest von außen schaut's so aus - halt auch für Freunderl einen guten Arbeitsplatz bringt. Ja, es sind ein paar Arbeitslose weniger, das stimmt schon. Aber ich hätte da gerne Mitarbeiter drinnen, die wirklich top qualifiziert sind. Ich glaube das nicht, weil ihr, wie gesagt, ungefähr mit 20 ... *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das sind nicht schlechter Qualifizierte!)* Nein, wenn ich sage, Oberösterreich kommt ungefähr mit 20 Personen aus und so wie mir das erinnerlich ist, sind es 180 Personen für den WAFF, dann sehen wir, dass das Verhältnis ganz einfach schon 1 zu 10 ist, wo aber Oberösterreich erfolgreicher ist. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das sagt nichts aus über die Qualität)* Okay, wenn das nicht so wäre und eine Qualität aussagt, dann lasse ich mich da gerne aufklären. Auf jeden Fall wollen wir auch eine Kostensenkung und eine Rechtssicherheit. Es kann nicht so sein, dass man den Firmen, denen man eben sowas anbietet oder den Mitarbeitern, denen man das anbietet, ganz einfach sagt: Wenn du uns zu Gesicht stehst und wenn du brav bist, bekommst du die Förderung. Wenn du uns nicht zu Gesicht stehst, hast du keinen Rechtsanspruch drauf. Entweder wir machen etwas für die österreichischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, was verbindlich ist, oder wir können es bleiben lassen, weil das wollen die Leute nicht, dass sie Almosen bekommen und keine Rechtssicherheit haben. Und ich glaube, in diesen ganzen Unterlagen schon eines erkannt zu haben, dass die SPÖ einige Fehler der Vergangenheit erkannt hat, aber für mich ganz einfach die Ausarbeitung, wie man an diese Sache herangeht, noch immer nicht genügend ist. Wie gesagt, es ist zu wenig, mit dem Geld zu wedeln, sondern es braucht ganz einfach Nachhaltigkeit und Transparenz und das haben wir hier nicht gesehen. Deswegen kann ich dem auch nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Bevor ich Herrn Dr. Aigner das Wort erteile, möchte ich bekannt geben, dass ein Ordnungsruf an den Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Margulies für den zweimaligen Gebrauch des Vorwurfs „Unverschämte Lüge“ an den Kollegen Rösch erteilt wird. Ich teile dem Kollegen Margulies das dann mit, wenn er im Raum ist.

Herr Kollege Aigner, ich erteile Ihnen das Wort. Sie haben 40 Minuten.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Frau Vorsitzende, das werde ich nicht annähernd ausschöpfen, obwohl das Thema „Arbeitsmarktsituation in Wien und in Österreich und in Europa“ ein ganz we-

sentliches Thema ist.

Wir haben ja hier schon auch oft diskutiert. Ich erinnere mich an die Asyldebatte, die wir, glaube ich, bei einer der letzten Gemeinderatssitzungen geführt haben, wo natürlich auch die Armut in anderen Teilen der Welt ein ganz ein großes Thema ist. Aber bei Millionen Arbeitslosen in Europa, bei Millionen jugendlichen Arbeitslosen in Europa, glaube ich, müssten wir einmal beginnen, unsere Hausaufgaben zu machen. Ein Kontinent und eine Europäische Gemeinschaft und Union, die die eigenen Jugendlichen nicht sinnvoll beschäftigen kann, auch diejenigen, die gut ausgebildet sind, auch das ist ja eigentlich ein Wahnsinn, die müsste ... Bitte? (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Die kommen alle nach Wien und schauen sich unsere Systeme an!*) Ja, lassen Sie mich meinen Gedanken zu Ende spielen. Ich denke, das Problem Arbeitslosigkeit ist ein ganz ein drängendes. Arbeitslosigkeit führt zu Hoffnungslosigkeit und die Frage ist: Wie können wir unseren Arbeitsmarkt flott bekommen? Und da haben wir sehr viele Hausaufgaben zu machen, da bleibt sehr viel Arbeit zu tun. Die Frage ist, um jetzt auf das konkrete Aktenstück zurückzukommen, auf den WAFF, ob man natürlich nur mit der Schaffung von zusätzlichen Strukturen, von zusätzlichen Kasterln im Organigramm etwas Positives bewirkt. Ich erinnere mich, früher hat es einmal eine Werbung für irgendein Produkt gegeben, ich weiß gar nicht, für welches, „Sauter, aber es wirkt“, das war der Werbespruch. Die Frage ist halt, ob diese zusätzliche regionale Arbeitspolitik nicht außer sauteuer auch wirksam ist. Wenn ich mir die Arbeitslosenzahlen in Wien anschau, dann kann man sagen, wir geben sehr viele Millionen extra aus und dennoch sind die Zahlen eigentlich nicht wirklich gut. Es kann ja nicht sein, dass die einzigen Arbeitsplätze, die durch zig Millionen Euro gesichert werden, die sind, die im WAFF selbst geschaffen worden sind. Das wäre ja wahrscheinlich auch nicht im Sinn und Zweck der Erfinder.

Ich kenne das ja, ich bin ja einige Jahre auch im Kuratorium gesessen. Das Kuratorium ist halt ein Gremium, wo viele Überschriften und sehr viel Gerede präsentiert werden. Da sitzt auch die Wirtschaftskammer drinnen. Ich erinnere mich an fraktionelle Vorbesprechungen, wo man lauthals die Abschaffung und die Sistierung des WAFF gefordert hat. Kaum ist man dann sozusagen mit den wirklich Mächtigen in Wien in einem Raum gesessen, hat sich das Ganze ganz anders angehört. Ich denke halt doch, es müssen in Zeiten knapper Kassen auch die Ergebnisse her. Es muss auch geliefert werden. Es müssen die Zahlen passen, dann kann man Millionen Euro Subventionen rechtfertigen. Es ist das Gleiche wie im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit, wo Vereine Vereine gründen, die wiederum Vereine gründen, die dann irgendwo von der Stadt Wien gesponsert werden, wo es dann heißt, die Stadt Wien macht letztendlich ihre eigenen Aufgaben über Vereine und Subvereine und Untervereine und Töchtervereine und Einzelvereine. So ist es ja auch irgendwie beim WAFF. Wenn man sich das Organigramm anschaut, da werden GmbHs gegründet - also rein optisch hat der Nestle-Konzern in etwa ein

ähnliches Organigramm wie der WAFF, so viele GmbHs und da wieder Geschäftsführer und dort und dort und dort. Ich frage mich wirklich, ist das eine sinnvolle Struktur? Ist es sinnvoll, als Subventionsnehmer hauptsächlich Subventionen an andere zu vergeben? Das könnte die Stadt Wien selber auch machen. Warum schalte ich da immer mehr Ebenen dazwischen, die da nichts anderes machen, als die Subventionen der Stadt Wien wiederum weiterzugeben? Hier wird im Endeffekt ein Netz von Abhängigkeiten geschaffen. Hier werden natürlich auch Strukturen verschleiert und am Ende weiß man nicht, was kommt bei dem Ganzen heraus.

Ich will jetzt gar nicht sagen, dass da nicht gute Arbeit geleistet wird. Wenn man aber mit Mitarbeitern im WAFF spricht, und es gibt ja einige, die dann off records auch recht deutlich reden, so sind die ja selber frustriert, weil sie sagen, wir hätten selber viele gute Ideen und wir werden auf die Rolle von Menschen reduziert, die eigentlich wiederum nur Geld an irgendwelche Günstlinge im Nahebereich der Wiener Stadtverwaltung verteilen. Daher Ja zur regionalen Arbeitsmarktpolitik, aber Nein dazu, dass hier von der SPÖ oder jetzt von SPÖ-GRÜNE Substrukturen geschaffen werden, wo man halt der Wirtschaftskammer ein paar Krümel hinwirft. Ja, die kriegen halt ein paar WIFI-Kurse oder irgendeinen Vorstandsstellvertreterposten, der mit keinerlei operativen Befugnissen verbunden ist, sondern es muss effizient gearbeitet werden. Es ist knappes Steuergeld, das Steuergeld wird immer knapper und die Arbeitslosigkeit wird immer größer. Diese Spanne hat mir eigentlich bis dato die Stadtregierung nicht erklären können, wie es trotz immer größer werdender Mittel auf der anderen Seite eine immer höhere Arbeitslosigkeit in der angeblich besten aller Städte gibt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Tanja Wehsely. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Zuhörer auch vor den Lautsprechern, im Internet, Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! (*GR Dominik Nepp: Stellen wir einen Antrag für das Fernsehen! Ist jemand dagegen?*)

Es liegt uns heute die Dotierung unseres Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds vor und damit auch der Beschluss über die Sicherstellung dieser wichtigen und sehr, sehr wertvollen Arbeit, die in dieser einzigartigen arbeitsmarktpolitischen Institution geleistet wird. Ich habe kurz überlegt, wie weit soll man auf die Vorredner Rösch und Aigner eingehen.

Ich muss wieder einmal leider eine ziemliche Unseriosität feststellen, die dem Thema eigentlich nicht gerecht wird, der großen Problemstellung, die wir am Wiener Arbeitsmarkt zu bewältigen haben und wie auch schon einige VorrednerInnen, auch insbesondere Vorrednerin gesagt hat, die ja ganz Europa zu stemmen hat mit einem europäischen Arbeitsmarkt, wo wir doch immerhin noch sehen, dass wir in Österreich offenbar schon lange sehr gut unsere Hausaufgaben gemacht haben und

deswegen auch heute so dastehen, wie wir jetzt dastehen. Es ist schon klar, dass das dem einzelnen Arbeitslosen, der einzelnen Arbeitslosen persönlich nichts nützt. Das ist wichtig für uns und das nehmen wir sehr ernst. Aber nichtsdestotrotz hat sich die harte Arbeit auch bisher gelohnt, damit wir diese Zahlen vorweisen können, die wir jetzt vorweisen.

Lassen Sie mich aber gleich vorweg auch noch eines sagen: Ich möchte mich sehr, sehr herzlich und ganz explizit für die gute Zusammenarbeit im Vorstand des WAFF bedanken. Ich möchte mich bei den Sozialpartnern bedanken. Ich möchte mich beim Koalitionspartner bedanken und bei den Expertinnen und Experten, die sehr seriös und sehr empathisch an den Problemstellungen, die wir am Wiener Arbeitsmarkt zu lösen haben, zusammenarbeiten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ein großes Danke! Und ich möchte mich auch bedanken und ich freue mich auch sehr darüber, dass es diese konstruktive Arbeit im Vorstand des WAFF gibt. Was meine ich da mit konstruktiv und seriös? Da ist zum Beispiel die Auseinandersetzung mit einem Rechnungshofbericht, wo wir das natürlich gemeinsam im Vorstand besprechen, wo wir Themen natürlich angegangen sind, die der Rechnungshof sozusagen bemängelt hat oder auch vorgeschlagen hat, wo wir natürlich die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsagentur ganz genau hinterfragt und überprüft haben, evaluiert haben und noch mehr auf Vernetzung setzen als bisher, wo wir natürlich auch mit dem Arbeitsmarktservice Strukturen bereinigt haben, mögliche Doppelstrukturen, die da waren, ausgeschaltet haben und gemeinsam abgestimmt Potenziale ausschöpfen und so unsere Angebote aufstellen. Es ist eine sehr, sehr gedeihliche, konstruktive und wirklich seriöse Zusammenarbeit in diesem WAFF-Vorstand und dafür, wie gesagt, noch einmal ein herzliches Danke.

Für die Stadt Wien, für den WAFF, für das AMS und auch für die Sozialpartner und den Stadtschulrat war insbesondere der 30. Jänner des heurigen Jahres ein ganz besonderer Termin. Wir haben damals das Memorandum zum Wiener Qualifikationsplan 2020 unterzeichnet. Und wenn ich wir sage, dann meine ich nicht nur VBgmin Renate Brauner, die dieses Forum initiiert hat und die StRe Oxonitsch und Frauenberger insbesondere, sondern ich meine damit auch die PräsidentInnen mit großem I Tumpel, Jank, Hesoun und Foglar. Ich muss Ihnen ja nicht erklären, wer diese hochstehenden Persönlichkeiten sind. Sie haben gemeinsam diesen Qualifikationsplan, dieses Memorandum unterzeichnet und das heißt, es wird auch dieser Qualifikationsplan von dem starken Bündnis der Sozialpartnerschaft getragen. Warum ist das so wichtig und vor welchen Herausforderungen stehen wir am Wiener Arbeitsmarkt? Es wurde auch von Moni Vana schon gesagt, natürlich ist es so, dass wir einerseits laufend Beschäftigungsrekorde feiern, andererseits aber auch, wie ganz Europa, mit steigender Arbeitslosigkeit zu kämpfen und zu tun haben. Sie wissen, dass der Wirtschaftsstandort Wien von einer großen Dynamik geprägt ist und dass es da noch immer zu Branchenverschiebungen kommt. Was das vor allem für uns bedeutet, das wurde in einer vortrefflichen Analyse

von WirtschaftsexpertInnen in einem schon vielzitierten WIFO-Bericht gemeinsam herauskristallisiert. Aber eigentlich finde ich ja, in dem Kreis müsste man nicht alles so oft wiederholen. Die Leute, die hier sitzen, könnten es sich auch beim ersten Mal merken, dass der Anteil der geringqualifizierten Personen insbesondere in Wien verringert werden muss. Sie wissen alle, dass die zu erwartende Nachfrage nach Arbeitskräften auf unserem Arbeitsmarkt Qualifizierte betrifft. Wir sprechen von Maturaniveau, von Hochschulniveau, von Fachkräfteniveau. Die Personen mit maximal Pflichtschulabschluss werden zunehmend Probleme bekommen und die Wiener Antwort darauf mit dem Qualifikationsplan und dem Herzstück des Qualifikationsplans, der Wiener Ausbildungsgarantie, bedeutet Qualifikation, Weiterbildung, Ausbildung und Bildung allgemein. Wie gesagt, aufbauend auf der ganz, ganz wichtigen Ausbildungsgarantie, die wir ja seit 2007 vorbereiten und seit 2009 fahren, bündelt der Qualifikationsplan alle personellen und finanziellen Kräfte im arbeitsmarktpolitischen Bereich, im Weiterbildungs Bereich und im Erwachsenenbildungsbereich, um eben den Wienerinnen und Wienern höhere Abschlüsse zu garantieren und sie so Job-fit und zukunftsfit auf diesem Wiener Arbeitsmarkt zu machen.

Wir bekämpfen den frühzeitigen Bildungsabbruch genauso, wie wir auch den Übergang von der Schule in den Beruf mit vielerlei Maßnahmen begleiten, ich sage nur, Spacelab, ich sage, Produktionsschule, die Lehrwerkstätten, die auch viele, viele Jugendliche unterstützen, ich sage nur, Job-Coaching, alle diese Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren hochgefahren haben oder auch gemeinsam mit den Fachkräften aus dem Boden gestampft haben, die da vor Ort arbeiten. Für Unternehmen, weil das auch schon angesprochen wurde, stehen natürlich Förderungen und Dienstleistungen zur Verfügung, um sie, vor allem aber auch kleine Unternehmen in Wien, die ja sozusagen unser Rückgrat in der Wiener Wirtschaft bilden, dabei zu unterstützen, ihre Beschäftigten und da auch vor allem die Geringqualifizierten zu unterstützen und höherzuqualifizieren. In schwierigen Zeiten in der Wirtschaft ist insbesondere die Weiterbildung immer ein bisschen kritisch. Es braucht ein Mehr an Unterstützung und das ist nicht, noch ein Organigramm hinzufügen und noch irgendwas aufzudoppeln, sondern das ist eine ganz konkrete Fachkräfteinitiative, die wir jetzt eben erst präsentiert und in den letzten Tagen vorgestellt haben. Ich gehe auch davon aus, dass die Menschen hier in diesem Kreis, die Vertreterinnen und Vertreter der Wienerinnen und Wiener, das mitbekommen haben, Zeitungen lesen und auch unsere Berichte hier verfolgen und die Diskussionen in den Ausschüssen, dass wir eben erst vor wenigen Tagen diese Fachkräfteinitiative vorgestellt haben gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice und dem WAFF, auch hier wieder in einer abgestimmten Vorgehensweise. Jeder tut das, was er am besten kann, von einer Stelle gemeinsam bewerben, mit gemeinsamer Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit, also auch da wird sehr stringent, sehr effizient in einer hervorragenden Kooperation mit dem AMS vorgegangen. Und ich würde Sie sehr, sehr bitten, dass Sie

diese Initiative vom AMS und WAFF auch gemeinsam mit uns unter die Leute und auch zu den Unternehmungen bringen und dafür werben, dass diese Angebote und diese maßgeschneiderten Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen angenommen werden. Wir wären da sehr, sehr dankbar dafür, wenn Sie mit uns diese Angebote bewerben könnten. Ich bitte Sie auch wirklich, und damit komme ich schon zum Schluss, hier und heute alle um Ihre Zustimmung.

Sie haben sicher in der Berichterstattung der letzten Tage auch die Probleme einer bekannten Handelskette verfolgt. Nicht zuletzt ist das ein ganz wichtiges Angebot, das Wien bietet und das der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds bietet. Wir arbeiten im Moment wieder auf Hochtouren daran, um ungefähr 100 WienerInnen in einer Arbeitsstiftung einen Platz zu bieten, eine Möglichkeit zu bieten und damit auch eine Zukunft zu bieten. Ich danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Frau Vorsitzende!

Meine Damen und Herren, ich lese ihnen da nur was vor, ORF-Bericht: „AMS Wien am Limit. Durch die gestiegene Arbeitslosigkeit kommen immer mehr Menschen in die AMS-Stellen. Der Wiener Arbeitsmarktservice ist am Limit.“, sagte der Pressesprecher Paulitsch. „Dies führt auch zu Aggression und Gewalt. Die derzeitige Situation im AMS sei sowohl für die Jobsuchenden als auch für die Mitarbeiter unzumutbar, hieß es vom Wiener AMS. Die Betreuer hätten zum einen nicht ausreichend Zeit für die Jobsuchenden, weil es immer mehr arbeitslose Personen gibt.“ Wir haben den Unterschied zu Oberösterreich gehört, ganz interessant. „Zum anderen ist aber auch die Betreuung umfangreicher geworden und wir sind eben am Limit.“, sagte der Pressesprecher. „Es ist daher in den Geschäftsstellen auch immer wieder zu Beschimpfungen bis hin zu Handgreiflichkeiten gekommen. Die Gewalt ist steigend. In jeder Geschäftsstelle ist deshalb bereits seit Längerem ein Security-Mann im Einsatz.“ Davon haben wir heute bei der Personalvergrößerung nichts gehört.

So ruhig und friedlich geht es bei dem so toll von Ihnen betreuten, geführten, unterstützten AMS zu, meine Damen und Herren von der SPÖ! *(Aufregung bei GR Christoph Peschek.)* Nichts haben wir davon gehört, Herr Kollege, gar nichts! Sie wiegeln wieder ab, Sie beschwichtigen, verdecken die Realität. Und dann geht es weiter bei der ganzen Geschichte.

Da wurde nämlich auch die Zufriedenheit der Jobsuchenden abgefragt und nur 7 Prozent haben gesagt, die Betreuung ist gut organisiert. Über 51 Prozent sagen, es gibt zu wenig Ressourcen und für 41 Prozent ist es unterschiedlich, es kommt drauf an. Das heißt, 51 Prozent der dort Betreuten sagen, sie sind definitiv unzufrieden. Auch das wurde nicht gesagt. Was Sie aber vor allem nicht sagen, meine Damen und Herren, ist, dass die Situation sich katastrophal weiterentwickeln wird und das ist absehbar. Wir haben die Zahlen ja schon im vorigen

Jahr steigend gehabt und Wien war ja im Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer und das trotz der großen Zahl an mehr oder weniger Fixangestellten, Beamten und Vertragsbediensteten in der Verwaltung von Land und Bund. Dazu haben wir heuer wieder und jetzt wieder, und das wissen Sie auch ganz genau, eine Steigerung der Entwicklung. Da ist nicht Österreich alleine schuld, das stimmt schon, das ist keine Frage. Aber was da mitschuldig ist und wesentlich mitschuldig ist, das ist die Problematik der Zuwanderer und der Leute mit Migrationshintergrund, denn, wie richtig gesagt wurde, schlechte Ausbildung bedeutet wenig Chancen auf einen Arbeitsplatz. Reden Sie einmal mit den Meistern im Wiener Bereich, soweit es noch welche gibt, welche Probleme sie mit den Leuten haben. Und wenn jetzt gejubelt wird, was man alles dagegen tut - ja bitte, meine Damen und Herren vor allem von der SPÖ, die GRÜNEN dürfen erst seit Kurzem mitmischen, was haben Sie denn die ganze Zeit getan, damit es besser wird? Jedes Jahr erklären Sie uns neue Maßnahmen, neue Verbesserungen, alles wird gut, alles wird schön, alles wird besser, und es wird Jahr für Jahr schlechter und schlechter und schlechter! Schauen Sie sich an, wie die Zunahme bei denjenigen ausschaut, die eigentlich in Wirklichkeit einen Schulabschluss nicht haben, sondern aus der Schule rausgehen und sogar nicht einmal wirklich lesen, sinnverstehend lesen und schreiben können. Das ist der Erfolg Ihrer grandiosen und großartigen Politik!

Jetzt geht es aber weiter, meine Damen und Herren. Wir haben nächstes Jahr die völlige Öffnung der Zuzugsmöglichkeiten für Bulgaren und Rumänen, die stehen ins Haus. Ich war vor ungefähr fünf Wochen in Bulgarien und in der Hauptstadt, wo es noch relativ gut aussieht. Hier wird uns ein Ansturm überfallen. In Deutschland ist die erste Welle von 150 000 bereits im vergangenen Jahr zugewandert. Die Bundesrepublik erwartet sich im nächsten Jahr einen weiteren Mindestansturm von weiteren 150 000 bis 170 000. Das kommt entsprechend verringert auch auf uns zu, 15 000, 16 000, 18 000 Leute zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Sie können sich vorstellen, was das in der Praxis bedeuten wird. Deutsche Großstädte schlagen Alarm wegen der Armutseinwanderung. Innenminister Friedrich nimmt Probleme der Armutseinwanderung sehr ernst. Der deutsche Städtebund und der deutsche Minister wollen von den Kommunen mehr Kontrolle bei dieser ungebremsten Zuwanderung, die die Sozialsysteme der Städte überfordert. Da werden wir schauen, wie lange es dauert, bis auch in Österreich der Städtebund diese Hilfeschreie ausstoßen wird. In einem anderen Bericht lese ich: „Die Arbeitslosigkeit in Österreich wird durch Ausländer angeheizt. Ende Dezember 2012 waren beim Arbeitsmarktservice 76 000 Ausländer“ – 76 000 bitte, von ungefähr 400 000 Arbeitslosen! – „arbeitslos angemeldet. Damit stieg die Ausländerarbeitslosigkeit um 7 987“ - also fast 8 000 Personen – „oder 11,7 Prozent an.“ Das ist damals gewesen, mittlerweile haben wir dazu eine weitere Steigerung. Dann steht da richtigerweise: „Die Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte hat die Arbeitsmigration nicht kanalisiert, sondern weiter gefördert.“ Die EU sagt zwar, Migration, der

Sozialtourismus ist für Österreich ein Nichtproblem. In der Praxis schaut es aber leider ganz anders aus. Dieser Entwicklung haben Sie nichts entgegen zu setzen, im Gegenteil. Die GRÜNEN fordern sogar, dass alle, die hier in Österreich einen Asylantrag stellen, das werden auch ungefähr 15 000 sein, die wir da jetzt haben, auch sofort eine Arbeitsgenehmigung bekommen. Ja, das hört sich alles schön an. Es wäre ja nicht schlecht, wenn wir die alle beschäftigen könnten, weil Österreich ja dann auch profitieren würde. Aber es ist das genaue Gegenteil, was Sie damit erreichen. Wir haben zig Tausende Leute, 100 000 werden es bald sein, die aus dem Sozialsystem nur herausnehmen und nichts einzahlen, und das wird zu viel. Und wenn vorhin angegriffen wurde, dass, ich glaube, der Kollege Rösch hat es gesagt, wir die Vertreter der Österreicher sind, von denen wir gewählt werden - ich weiß, wir kennen die Probleme mit der EU, wir kennen die Probleme. Wir haben auch darauf hingewiesen, nur, Sie wollten es nicht hören und Sie wollen es noch immer nicht hören, weil Sie eingestehen müssten, wie sehr Sie mit Ihrer Einschätzung der Entwicklung und des gesamten Bereiches danebengelegt sind. Der Arbeitsmarktservice muss ja in Ihrem Auftrag noch immer schönreden, weil ja kein Bericht hinausgeht, ohne dass er genehmigt wird. Er sagt, er erwartet sich 2013 einen Rückgang der Zuwanderer aus dem Ausland. Das spricht jeder Vernunft Hohn, jedem Erfahrungswert Hohn. Die Deutschen, die da wirklich nicht alarmistisch sind, sondern sich noch mehr gefallen lassen als wir in Österreich, haben damit leider recht. Nächstes Jahr werden wir dastehen und werden wieder davon hören, dass sich die Arbeitsmarktzahlen in Wien verschlechtern haben, vielleicht sogar, fürchte ich, dramatisch verschlechtern haben und Sie werden wieder sagen: Es ist alles gut und es ist wunderschön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Christoph Peschek. Ich erteile es ihm.

GR Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja selbstverständlich macht eine Weltwirtschaftskrise, die jetzt über Jahre hinweg spürbar und erlebbar ist, auch vor Wien nicht halt. Nur muss man schon eines festhalten, nämlich die Kernfrage: Wie ist das alles eigentlich zustande gekommen? Es war schon ein jahrelanger neoliberaler Wahn der letzten Jahre, der durch Privatisierungen und Deregulierungen eines wild gewordenen Finanz- und auch Spekulationsmarktes und auch nimmersatter Aktionäre spürbar war, der letztlich zu dieser Situation geführt hat. Aber eines muss man schon auch in aller Klarheit dazu sagen: Es war auch Ihre Politik, die mit dazu beigetragen hat, dass dieser Neoliberalismus vor Österreich nicht Halt gemacht hat! *(Aufregung bei den GRen Johann Herzog, Mag Wolfgang Jung und Dominik Nepp.)* Und wenn Sie sich nicht mehr daran erinnern können, kann ich Ihnen das gerne in Erinnerung rufen, weil es offenbar so manche Gedächtnislücken gibt. Wer hat denn die Börsenumsatzsteuer gestrichen? Wer hat denn die steuerfreie Begünstigung für Aktien-

prämien für Spitzenmanager eingeführt? Das war die FPÖ mit der ÖVP! Aber Sie wollen und können sich nicht mehr daran erinnern! Die Senkung der Körperschaftsteuer wurde von Ihnen eingeführt, ebenso höhere Steuern für Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen und der Verkauf beispielsweise der Austria Tabak. Auch im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit haben Sie die Lehrwerkstätten eingespart, haben Sie die Probezeit für Lehrlinge verlängert *(Aufregung bei der FPÖ.)*, die Behaltfrist gekürzt und die Arbeitszeit bis in die Nacht ausgedehnt. Ich weiß schon, das wollen Sie nicht hören! Die Wahrheit ist brutal, es ändert aber nichts daran, dass es so ist. Und das haben Sie mitverschuldet, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Weitere Aufregung bei der FPÖ.)*

Und wenn der Herr GR Rösch nun sagt, der Druck wird immer größer, die Zeit für viele Familien fehlt, um sich mit den Kindern zu setzen und so weiter, dann sind eben auch diese Deregulierung, diese Privatisierung, diese nimmersatten Aktionäre mit ein Stück daran schuld, dass für viele spürbar der Druck vorhanden ist und viele diesen Leistungsdruck tagtäglich spürbar erleben. Arbeitszeitflexibilisierungen haben natürlich auch Auswirkungen auf ein Familien- und Sozialleben. Und auch Sie sind daran erinnert, dass Ihre freiheitliche Wirtschaft, Herr Rösch, Ihre freiheitliche Wirtschaft immer wieder längere Ladenöffnungszeiten, eine Sonntagsöffnung und Arbeitszeitflexibilisierungen fordert, die immer zu Lasten der Angestellten, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Wenn wir ein konkretes Beispiel wie den Handel hernehmen und dort überwiegend Frauen arbeiten, nämlich über 500 000 Menschen, die dort beschäftigt sind, oftmals alleinerziehende Frauen, dann ist es in der Tat schwierig, sich bei Öffnungszeiten bis 21 Uhr um Familienarbeit und um eine Teilhabe am sozialen, kulturellen, aber auch politischen Leben zu kümmern. Demzufolge ist die eigentliche Antwort jene, die wir auch in Wien sehr stark geben, nämlich sich darum zu kümmern, dass möglichst jeder Mensch eine gute Qualifikation erhält, dass möglichst jeder Mensch einen guten, auch ordentlich bezahlten Arbeitsplatz erhält und dieser ganze Deregulierungswahn beendet wird, weil das in Wahrheit höchst an der Zeit ist. Und da gibt es auch sehr, sehr starke Anstrengungen der Sozialdemokratie unseres Bundeskanzlers, aber natürlich auch der Stadt Wien. *(GR Dominik Nepp: Sie sind die großen Versager!)*

Es wurde auch angesprochen, ich glaube, vom Kollegen Aigner, wenn ich das richtig im Kopf habe, die Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Also alle Welt schaut nach Wien und Österreich und ich glaube, erst heute war wieder Kommissionspräsident Barroso bei uns: Wie machen die das in Österreich eigentlich im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit? Und dann muss man festhalten, dass natürlich das duale Berufsausbildungssystem ein sehr wichtiges, ein großartiges ist, aber auch die gesamte Ausbildungsgarantie. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass von der FPÖ nur irgendein konstruktiver Vorschlag gekommen wäre, wie die Arbeitswelt zu gestalten wäre, wie man Jugendbeschäftigung erhöhen könne, weil das Einzige, was von Ihnen immer kommt, das sind

die Ausländer. Kommt die Straßenbahn zu spät, war es ein Ausländer. Ist irgendwo ein Hundstrümmerl, war es der Ausländer. Ist ein Arbeitsplatz weg, war es der Ausländer.

Die Welt ist nicht so schwarz-weiß, die Welt ist eine bunte und das ist auch gut so. Daher sind wir jene, die für konstruktive Politik stehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jugendarbeitsmarkt oder Jugendgarantie ist nun mal von unserem Bundeskanzler Faymann sehr stark vorangetrieben worden und es ist, das muss man auch sagen, in einer Europäischen Union nicht so einfach, wenn großteils konservative Reaktionäre da mit dabei sind. Aber umso großartiger sind diese Anstrengungen und umso wichtiger ist auch dieser Beitrag, der geleistet wird. Selbstverständlich macht auch der Druck, und ich habe es vorhin angesprochen, auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich nicht Halt. Wenn sich die Welt insgesamt verändert, wenn sich die Wirtschaft insgesamt verändert und auch die Krise immer noch spürbar ist *(GR Mag Wolfgang Jung: Ach, merken Sie das?)*, dann sehen wir ja auch, dass beispielsweise die Überstundenleistungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zunehmen und sich Krankenstandstage oftmals aus Angst reduzieren. Aber, und das ist jetzt der entscheidende Punkt und hier kommt der WAFF ins Spiel, Qualifikation, die Möglichkeit, sein Wissen entsprechend weiterzuentwickeln und bestmöglich für den Arbeitsmarkt vorbereitet zu werden, ist das Wesentliche. Hätten Sie sich nur ein Stück mit dem Arbeitsprogramm des WAFF auseinandergesetzt, dann würden Sie wissen, dass im Jahr 2013 27 000 Personen entsprechend weiterqualifiziert werden und hierfür 48,3 Millionen investiert werden. Und genau das ist einer der Unterschiede, dass wir in den Arbeitsmarkt investieren, dass wir in Menschen investieren und sie zu Ihrer Regierung und immer dann, wenn Sie gekonnt haben, gespart haben, Lehrwerkstätten zugesperrt haben. *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Sie haben damals eine höhere Jugendarbeitslosigkeit gehabt und da war keine Wirtschaftskrise, Herr Kollege Jung! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es war eine höhere Jugendarbeitslosigkeit in der Zeit der schwarz-blauen Regierung, das wollen Sie nicht wahrhaben. Da war von einer Krise weit und breit keine Spur! Insofern sollten Sie sich da selber an der Nase nehmen und einmal in Erinnerung rufen, was Sie da eigentlich alles gemacht haben, weil Sie sich da offenbar nicht daran erinnern wollen. Zusätzlich muss man sagen, weil Sie immer sagen, die Politik, die kann ja gar nichts machen. Na ja, Wien kann im Rahmen der Möglichkeiten einen Beitrag leisten *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe nicht gesagt, die Politik kann nichts machen, sondern sie macht das Falsche.)* Selbstverständlich ist natürlich jeder arbeitslose Mensch einer zu viel. Aber genau deswegen investiert die Stadt Wien in nachfragewirksame Bereiche 4,61 Milliarden EUR und zusätzlich für den ganzen Bildungs-, Kinder- und Jugendbereich 1,8 Milliarden EUR, die hier getätigt werden! Auch das sollte man einmal zur Kenntnis nehmen!

Natürlich ist ein Anstieg einer Arbeitslosigkeit nie er-

freulich. Aber gleichzeitig müssen wir sehen, dass beispielsweise die Vollzeitbeschäftigten genauso zunehmen. Ich werde Ihnen hier Zahlen sagen, vielleicht schreiben Sie sich die auf, dann merken Sie sich die einmal: Februar 2011 waren in Wien 760 055 Personen in Vollzeitbeschäftigung. Am 2. Februar 2012 waren es 772 150 und jetzt *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* im Februar 2013 sind es 776 641 Personen. Das heißt, es gibt eine Steigerung, das ist gut. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, ist es natürlich nicht erfreulich, aber ich sage Ihnen noch einmal, Sie wollen es offenbar nicht verstehen, ich werde es Ihnen vielleicht einmal per E-Mail schicken, dann können Sie sich das in aller Ruhe anschauen *(GR Mag Wolfgang Jung: Erzählen Sie das den Arbeitslosen!)*: Eine Weltwirtschaftskrise macht sich auch in Wien bemerkbar, das steht außer Streit. Nur der Unterschied ist, dass wir uns mit aller Kraft darum bemühen, diese Krise möglichst von den Beschäftigten wegzuhalten und dass wir uns darum bemühen, zu investieren, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Darauf können wir stolz sein und das ist ein guter, ein erfolgreicher Wiener Weg. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich will Ihnen auch die Schwerpunkte ans Herz legen, weil ich meine, das ist ja – wissen Sie, wie ich da neu in den Gemeinderat gekommen bin, habe ich mir gedacht: Ich bin sehr demütig, das ist eine großartige Chance und ich freue mich, Politik zu machen. Womit ich aber wirklich nicht gerechnet habe, ist, in welcher Unverfrorenheit die Freiheitlichen ständig Politik gegen die Menschen und gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Das war für mich erstaunlich, das habe ich nicht erwartet. *(Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Dass Sie sich zwei Mal zum Wort melden, und der Kollege Aigner ist mittlerweile auch so irgendwie bei Ihnen, so könnte man fast sagen drei Mal, also dass sich drei Leute zum Wort melden und kein einziger Vorschlag zum Thema Arbeitswelt, zum Thema Gestaltung des Arbeitsmarktes kommt, das ist entlarvend dafür, dass Sie gar kein Interesse daran haben! *(Aufregung bei den GRen Mag Wolfgang Jung und Dominik Nepp.)* Sie haben gar kein Interesse daran, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besser geht, weil sie das Sprachrohr der Superreichen und der Konzernbosse sind und gar nicht wollen, dass die Leute mehr verdienen. So schaut's aus! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Daher nun: Die Schwerpunkte qualifizierte Arbeitskräfte und wettbewerbsfähige Unternehmen werden im Arbeitsprogramm des WAFF sehr gut dokumentiert – umso erstaunlicher, dass die FPÖ dem nicht zugestimmt hat –, und auch Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im wirtschaftlichen Strukturwandel und Verhinderung der Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem.

Also wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollegin Wehsely hat es ja schon gesagt, wie wichtig und welch großes Meisterstück dieser Wiener Qualifikationsplan unter Einbindung aller wesentlichen Sozialpartner ist, weil letztlich wir auch in der Arbeitslosigkeit, die Sie angesprochen haben und die derzeit 88 000 Personen in Wien betrifft, sehen, dass 48 000

davon maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Und die Analphabeten nehmen Sie heraus!*) Daher geht es darum, diese Qualifikation zu heben, aber gleichzeitig auch dieses ständige Bemühen um Bildungsreformen, wo es auch nicht immer so einfach ist, wenn es Partner gibt, die dann nicht immer derselben Auffassung sind, aber trotz alledem auch hier viel weitergegangen ist und wir die Früchte dementsprechend ernten werden.

Das letzte Thema, das mir auch noch ein besonderes Anliegen ist und das ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte, ist die Frage der Wiener Ausbildungsgarantie. Ich weiß schon, Ihnen wäre es ja am liebsten, man würde alle 3 500 Ausbildungsplätze den Jugendlichen wegnehmen, ihnen den Boden unter den Füßen wegziehen, damit sie arbeitslos sind (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) und Sie wie der Rattenfänger durch die Gegend marschieren und sagen: Die bösen Ausländer sind schuld. Auch das ist ein wesentlicher Unterschied zu uns, dass wir aus voller Überzeugung mit vollem Herzen und voller Leidenschaft für diese Ausbildungsgarantie stehen, weil uns die Jugendlichen es wert sind, weil für uns alle gleich viel wert sind und daher ist es auch gut und klug, dass es diese gibt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Und wieso steigt dann die Jugendarbeitslosigkeit?*)

Nur das, was man sich natürlich schon anschauen muss, ist die Frage der Lehrstellenplätze und da gibt es auch unterschiedliche Konzepte. Ich habe es ja da und dort schon in verschiedenen Diskussionsbeiträgen gesagt: Ich warte immer noch auf konkrete Vorschläge von Ihnen. Das Einzige, was Ihnen nämlich einfällt, ist: Geben wir noch mehr Förderungen den Betrieben. Die freiheitliche Wirtschaft hat ja überhaupt eine originelle Forderung, ich kann sie Ihnen auch gerne schicken, sollten Sie die nicht kennen, ich weiß ja nicht, wie innerparteilich da die Kommunikation ist. Momentan haben Sie ja einen besonders hohen Kommunikationsbedarf, das schaut ja so aus. Aber die freiheitliche Wirtschaft fordert bekannterweise, dass die Berufsschulzeit für Lehrlinge nicht mehr bezahlt werden soll. Das finde ich originell! Das ist zumindest einmal das wahre Gesicht von Ihnen, das Sie hier zeigen! Und das ist auch ein Punkt, den man kommunizieren muss, weil wir nicht Lohnraub für Jugendliche wollen, sondern im Gegenteil sie dabei unterstützen wollen, ein selbstständiges Leben in Würde führen zu können und dazu braucht es eine gute Ausbildung, aber natürlich auch entsprechend ein Einkommen. Das ist auch ein Unterschied, den wir zu Ihnen haben und da bin ich auch froh darüber, ehrlich gesagt.

Aber zu den Lehrstellenplätzen selbst muss man eines auch in aller Offenheit sagen: Ja, wir haben ein Problem, dass nur mehr 8,5 Prozent der Betriebe in der Privatwirtschaft Lehrlinge ausbilden. Da gibt es verschiedene Bemühungen und Anstrengungen. Wenn Sie meinen, dass die Jugendlichen zu dumm dafür sind, um eine Lehre zu machen, dann ist es Ihnen unbenommen. Das würde wahrscheinlich auch in Ihr Konzept passen. Ich bin nicht der Auffassung, dass die Jugendlichen zu

dumm sind, sondern dass wir genau jene Maßnahmen fortsetzen werden, die wir tätigen, um auch wieder mehr Lehrstellenplätze zu schaffen. Das ist auf der einen Seite, dass die Stadt Wien selbst ihre Verantwortung wahrnimmt: Über 1 200 Lehrlinge bei der Stadt Wien und Ihren Unternehmungen, aber eben auch 3 500 Jugendliche in den Lehrausbildungseinrichtungen, wo Sie immer wieder sagen, das könnten wir einsparen. Daher haben wir auch, und da bin ich auch sehr froh und glücklich darüber, mit der Auftragsvergabe unter Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben ein klares Signal gezeigt, dass jene Betriebe, die sich ihrer sozialen Verantwortung stellen, die Jugendlichen eine Chance geben, eine Perspektive, vom Gemeinwesen, also von der Stadt, auch entsprechend mehr erwarten können als jene, die sagen: Das ist mir alles wurscht, das interessiert mich nicht. Das ist eine Maßnahme, wo ich davon überzeugt bin, dass sie mittel- bis langfristig zu einem entsprechenden Erfolg auch führen wird.

Daher, sehr geehrten Damen und Herren, geht es natürlich nicht um Qualifikation, sondern auch um die Frage der Verteilung von Arbeit. Auch hier ist es einmal mehr, ich möchte nicht mehr sagen, erstaunlich, weil das ja irgendwie bedeuten würde, dass ich nicht damit gerechnet habe, mittlerweile muss ich ja schon damit rechnen, aber hier zeigen sich einmal mehr auch die unterschiedlichen Konzepte. Während die Sozialdemokratie immer wieder darauf hinweist, dass wir die Arbeitswelt humanisieren müssen, dass wir auch Arbeit gerechter verteilen müssen, damit mehr Menschen in Beschäftigung kommen, dass wir auch in der Frage einer sechsten Urlaubswoche der Auffassung sind, es gibt so viel Produktivität wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte, so viel Technologie wie nie zuvor, dass auch dieser Fortschritt zu einem sozialen Fortschritt führen muss, hört man von Ihnen gar nichts. Da hört man von Ihnen nicht einmal ein Muh oder ein Mäh. Das liegt wahrscheinlich daran, dass es Ihre Unternehmungen nicht zulassen, Ihre Fördergeber, Spender oder was auch immer da bei Ihnen so im Hintergrund steht.

Daher zusammenfassend: Im Gegensatz zu Ihnen verstehen wir uns nicht als das Sprachrohr von irgendwelchen superreichen Konzernbossen, sondern als Sprachrohr der Wienerinnen und Wiener. Wir werden dem Budget vom WAFF entsprechend zustimmen. Auch ich möchte mich bei den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF bedanken, auch bei den Partnern, die sich da regelrecht bemühen, dass wir zu guten Lösungen kommen, weil wir wollen Lösungen, Sie haben nichts. Daher kann man abschließend sagen: Liebe Wienerinnen und Wiener, wir stehen auf eurer Seite. Wir werden mit aller Kraft, mit allem Bemühen darum kämpfen, dass ihr bestmöglich qualifiziert werdet, dass es bestmögliche Arbeitsperspektiven gibt, dass wir Arbeitsplätze sichern und schaffen. Das ist der Wiener Weg und das ist ein guter Weg! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Ing. Rösch ein zweites Mal. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Kollege Peschek, es wird Sie nicht verwundern, dass ich der Meinung bin, dass dieser Redebeitrag wirklich danebengegangen ist, wo er sehr engagiert war, also die Dynamik war drinnen. Aber sonst inhaltlich ist er danebengegangen, weil er sehr unernst war. (*Aufregung bei der SPÖ.*) Man kann das sicher dann auch nachlesen, wer es jetzt nicht glauben will oder nicht zur Kenntnis nehmen will.

Warum ich rausgekommen bin, ist ja nicht, zu reflektieren auf etwas, was unernst ist oder wo ich sage, es ist nicht der Rede wert, sondern weil er auch ein bisschen unwissend ist. Wenn einer unwissend ist, soll man ihm die Gelegenheit geben, ein bisschen was dazuzulernen, wo er immer von der Weltwirtschaftskrise geredet hat. Vorher war alles so super, dann hat es die Weltwirtschaftskrise gegeben. Ich erinnere nur ein bisschen zurück, da hat es schon mal 9/11 gegeben und dann haben wir die eigenen Krisen in Österreich gehabt. (*Weitere Aufregung bei der SPÖ.*) Also es ist nicht immer alles von außen reingekommen, sondern Österreich hat ja selber auch Krisen produziert. (*Aufregung bei GRin Martina Ludwig-Faymann.*) Eine der Krisen war zum Beispiel die BAWAG, wo mit der Gewerkschaft und den Geldern damals abgefahren worden ist, wo man spekuliert hat, wo die SPÖ ... (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Ja, natürlich sind dem Steuerzahler sehr viele Gewinne entgangen. Sehr viele Gewinne, die die BAWAG sonst gehabt hätte, weil sonst hätte sie nicht so gut wegbilanziert und bis zu diesem Zeitpunkt bestanden, sind dem Steuerzahlen dann einfach entgangen und das war eine riesige Krise. (*Weitere Aufregung bei der SPÖ.*) Wir erinnern uns noch, der Gusenbauer hat sich nicht einmal mehr einen FSGler in die Regierung reingeholt, weil er gesagt hat, mit denen möchte ich nichts zu tun haben. (*Weitere Aufregung bei GRin Martina Ludwig-Faymann.*) Das war dann ziemlich nachhaltig. Aber das ist jetzt vielleicht zu sehr gegen die SPÖ.

Ich will über das, was wichtiger ist (*Zwischenrufe von GRin Martina Ludwig-Faymann, GRin Anica Matzka-Dojder und GR Kurt Wagner.*), über das, was mit dem WAFF zusammenhängt, reden, und das ist die Armut, die eingezogen ist. Das ist ja nicht eine Krise, die uns irgendwer aufoktroziert hat, sondern eine Krise, die wir zugelassen haben. Es ist eine Gesellschaftskrise. Es ist eine Krise, warum Familien nicht mehr der Zukunft vertrauen. Wenn wir heute zum Beispiel eine Statistik sehen, hätten wir nicht Zuwanderung, hätten wir tatsächlich unter ein Prozent (*Aufregung bei GRin Martina Ludwig-Faymann.*) und unter ein Kind Familien. Das ist natürlich ein riesiges Problem, dass die SPÖ mit ihrer Philosophie der Gesellschaft ganz einfach die Familien zerstört hat. Alle sind Arbeitseinheiten, jeder soll arbeiten, arbeiten, arbeiten bis zum Umfallen. Heutzutage ist es leider Gottes so, dass oft zwei in einer Familie eine Familie nicht mehr ernähren können, das ist Realität. Wir haben in Österreich 100 000 Kinder, die in Armut leben, das ist Realität. Da könnt ihr schreien, was ihr wollt. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Was würden Sie vorschlagen?*) Denen zu helfen, wäre wesentlich sinnvoller, als selbst-

gereicht da zu stehen und zu sagen, das ist alles so super, was wir machen, Huldigung, Huldigung, Huldigung. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Vorschläge! Vorschläge!*) Es gibt einige Vorschläge. Man müsste sich in der Regierung zum Beispiel einmal zusammensetzen können und ein ordentliches Bildungssystem machen, weil das, was jetzt mit den ganzen ... (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Konkretes! Was Konkretes! Ihr Vorschlag! – Aufregung bei GR Kurt Wagner.*) Wir können uns einmal zusammensetzen, da wird meine Restredezeit ganz einfach nicht mehr reichen. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Gleich! Nein gleich! Ihr Vorschlag! Gleich!*) Und es wird auch nicht reichen, wenn ich einfach nur Geld in die Hand nehme und jeden österreichischen Arbeitnehmer mittlerweile mit 50 000 EUR belastet habe (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Vorschlag! Ihr Vorschlag! Vorschlag!*) und dann gehe ich noch her und mache einen ESM-Vertrag. Herr Peschek, der ist in Wirklichkeit eine Krise. Wissen Sie, dass Sie das Geld von den Kindern, Enkelkindern und Urenkelkindern verwettet haben, weil es geht darum, dass wir in Wirklichkeit mit der Infrastruktur und mit den Spareinlagen haften (*GR Kurt Wagner: Und bitte was haben denn Ihre Regierungsmitglieder gemacht?*), weil wer soll denn das Geld aufbringen, wenn alles schlagend wird? (*Aufregung bei der SPÖ.*) Wir haben ganz einfach unsere nächsten Generationen verwettet. Das ist das, wo ich Sie darauf hinweisen möchte, wo die Krise herkommt. Die kommt nicht einfach ungewollt von irgendwo und plötzlich haben wir sie wie einen Schnupfen. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Und Ihr Vorschlag?*) Die hat die SPÖ maßgeblich mitverursacht. Das sind die Versäumnisse der letzten 30 Jahre. Und wo war die FSG? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man bräuchte ja zum Beispiel nur, weil wir immer von den Sozialpartnern reden, wo die FSG maßgeblich beteiligt ist, ganz einfach ständig die Kaufkraft zu verkürzen, weil ja ein Finanzminister ganz einfach ... (*GRin Martina Ludwig-Peschek: Ein Vorschlag! Ein Vorschlag!*) Was kann er denn machen? Arbeitsplätze kann er nicht schaffen. Wo holt er sich das Geld her? (*GRin Martina Ludwig-Peschek: Ein Vorschlag!*) Peschek hat gerade gesagt, er möchte Steuern, Steuern, Steuern, Steuern noch, gerechte Steuern natürlich, überall gerechte Steuern, weil wir eh noch zu wenig zahlen. (*Weitere Aufregung bei der SPÖ.*) Und dann nehmen wir, wenn es nicht ausreicht, den Sparern das Geld weg. (*Aufregung bei GR Kurt Wagner.*) Du brauchst dich nicht so aufzuregen. Die Kapitalverluststeuer der kleinen Sparer ist auch evident. Auf das, dass, wenn wir 2,6 Prozent ganz einfach ... (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Ein Vorschlag von Ihnen!*) Wenn wir 2,6 Prozent Inflation haben und keinen Prozent drauf bekommen, dann haben wir einen Kapitalverlust und den muss ich noch mit 25 Prozent versteuern. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Ein Vorschlag! Ein Vorschlag!*) Ja, zum Beispiel wenn wir solche Sachen ganz einfach abschaffen. Ich würde auch ... (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Abschaffen? Was wollen Sie abschaffen?*) Die Kapitalertragssteuer, da würde ich ganz einfach Einschleifungen machen, dass zum

Beispiel diejenigen, die sich noch was auf die Seite legen, da nicht bestraft werden. Und dann könnte man bei den Bausparern, wir hatten die Bausparprämien und da hat man dann gesagt, weil ja die Reichen so viele Bausparer haben, in Wirklichkeit ist das, was verloren geht, wenn sich die Mittelschicht oder die, die sich's gerade noch leisten können, dass sie 20 bis 30 EUR weglegen, denen hat man jetzt beim Bausparer alles weggenommen (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Ihr Vorschlag!*) und das wird ganz einfach wirtschaftliche Impulse bei Autos und, und, und reduzieren. Das ist es ganz einfach. (Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.) Nicht so unsinnige Maßnahmen machen, das ist auf jeden Fall mein Vorschlag. (Aufregung bei der SPÖ.)

Und das mit der Ostöffnung war ja zum Beispiel wahrscheinlich eine ideologische Sache, weil wir erinnern uns an den Tausender, den uns einmal jemand zugesagt hat. An den wollen wir uns eh nimmer erinnern, weil dem haben wir eh nie geglaubt. Aber wer hätte damals geglaubt, dass, wie die Ostöffnung gekommen ist und der Arbeitsmarkt reingekommen ist, unsere Löhne und Gehälter so ausgehöhlt werden, dass der Kaufkraftverlust so massiv ist (GR Johann Herzog: *Seit der Einführung des Euro ein Drittel! Ein Drittel!*), dass ganz einfach wir uns an dem Osten orientieren (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Ihr Vorschlag!*) und unseren Wohlstand verloren haben. Das hat die SPÖ gemacht! Die Armut hat die SPÖ gemacht, das muss man einfach so sagen! (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Ihr Vorschlag!*) Hausgemachte Politik, unfähige Politik, Politik der Hoffnung, und das ist das Resultat. (Beifall bei der FPÖ.-GRin Martina Ludwig-Faymann: *Ihr Vorschlag!*)

Unsere Vorschläge, wie wir noch in der Regierung waren: Da erinnere ich nur daran, wie wir erkannt haben, dass die Teilzeitbeschäftigten ausgenutzt werden, haben wir zum Beispiel damals den Mehrstundenzuschlag kreiert. Wir haben zum Beispiel die Elternteilzeitkarenz kreiert. Das habt ihr jetzt alles vergessen oder wollt ihr das jetzt abschaffen oder sonst irgendwas? Oder wollt ihr sagen, das hat die SPÖ gemacht? (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Kindergartenjahr gestrichen!*) Na, da wird's lustig. Wenn man es nicht zur Kenntnis nehmen will, wird man es nicht zur Kenntnis nehmen. Gott sei Dank gibt es dafür Beweise, dass wir sehr viel für die Familien gemacht haben, wo ihr wahrscheinlich dabei seid, das alles auszuhöhlen (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Ja, ihr habt's das Kindergartenjahr gestrichen!*) und die Kinder in Wirklichkeit den Eltern zu entfremden. Das ist die letzten Jahrzehnte erkennbar und dem werden wir ganz einfach auch entgegenhalten. (GRin Martina Ludwig-Faymann: *Das Kindergartenjahr gestrichen!*) Deswegen ist es auch so, dass wir der SPÖ nicht zutrauen, mit dem WAFF und den Geldern ordentlich umzugehen, und das ist auch ein Grund, das abzulehnen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Franz **Ekkamp**: Frau Vorsitzende! Geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir noch zwei, drei kurze Bemerkungen, sachliche Bemerkungen in einer etwas emotionalen Debatte. Ich denke, über den WAFF kann man vieles sagen, nur eines nicht, dass er schlechte Arbeit leistet. Ich erinnere mich persönlich an die tollen Angebote, an die tollen Leistungen, an die Unterstützungen, die der WAFF arbeitssuchenden Menschen gibt, die unverschuldet in Not gekommen sind. Und mich hat ein Zwischenruf jetzt dazu bewogen, dass ich kurz etwas dazu sage. Nämlich wie der Kollege Peschek gesprochen hat, gab es einen Zwischenruf eben in Bezug auf die Arbeit des Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds: „Die Politik macht das Falsche.“ Ich muss natürlich die Frage stellen. Was ist falsch, wenn man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ich gestehe ein, das ist ein spezielles Paket für den Raum Wien, für die Wienerinnen und Wiener, die in Beschäftigung sind, was ist falsch, wenn man ihnen Weiterbildung zukommen lässt?

Was ist falsch daran, wenn man in Abstimmung mit den Unternehmen eine spezielle Weiterbildung anbietet und ihnen zukommen lässt? Was ist falsch an einer Ausbildungsgarantie? Was ist falsch an dem sogenannten Qualifikationsplan, der die breiteste Zustimmung in der Bevölkerung gefunden hat? Was ist vor allem falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es um das Thema Stiftungen geht? Ich will jetzt gar nicht ein aktuelles Thema ansprechen, wie es bereits angesprochen wurde, wo es sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffen wird, wenn eine Handelskette restrukturiert. Aber es haben viele Konzerne bereits restrukturiert. Und wenn dann diese Menschen, diese arbeitssuchenden Menschen, die von Freisetzung bedroht werden, über einen gewissen Zeitraum wieder Perspektiven bekommen, geschätzte Damen und Herren, dann ist das, glaube ich, eine tolle Leistung, ein tolles Angebot für die Menschen dieser Stadt. Ich glaube auch, dass, wenn die Vermittlungsquote gerade in solchen Stiftungen, wo am Beginn Hoffnungslosigkeit herrscht und dann wieder über 90 Prozent Fuß fassen und ihre wirtschaftliche Existenz faktisch aufrecht erhalten können, man durchaus von einer positiven und effizienten Arbeit des Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds reden kann.

Wenn man hier wieder Vergleiche zieht, und ich kann mich selbst an die Diskussion erinnern, wie wir hier herinnen den Rechnungshofbericht diskutiert haben, wenn auch hier wieder Vergleiche gezogen werden, der WAFF ist viel zu teuer, die Kosten sind um das Zehnfache höher als in Oberösterreich. Ich glaube, das ist genau analysiert und diskutiert worden, warum das in Wien anders ist. Wir haben festgestellt, es gibt andere Berechnungsmethoden als im Land Oberösterreich. Man muss aber auch sehen, dass es in Oberösterreich nur um Förderungen geht, um Zuschüsse geht und nicht um direkte Weiterbildung, die der sogenannte Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds direkt organisiert und durchführt und der auch zum Beispiel die Betreuungen der Stiftungen, der Menschen in den Stiftungen wahrnimmt und aktiv diese Menschen bis zu vier Jahre begleitet, damit sie wieder im Wirtschaftsleben, in einem veränderten Wirtschaftsleben Fuß fassen können. Da kann man wirklich

nicht davon reden, dass das zu teuer ist. Das ist ein gut investiertes Geld und daher macht es die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit unserer Wirtschaft.

Ich glaube, dass wir, wenn wir heute zustimmen, und davon gehe ich aus, dass wir eine breite Zustimmung finden, wieder einen weiteren guten Schritt in die richtige Richtung tun. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN angenommen.

Bevor ich die nächste Postnummer aufrufe, möchte ich bekannt geben, dass sich Herr Dr Eisenstein ab 15 Uhr entschuldigen hat lassen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 28 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8028 im 22. Bezirk, KatG Breitenlee. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Valentin, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Erich **Valentin**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Plandokument.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stadträtin! Frau Vorsitzende!

Ich möchte beginnen mit: Lieber Charly! Heute wirst du voraussichtlich das letzte Mal hier im Wiener Gemeinderat sein. Du bist seit dem 27.4.2001 Mitglied dieses Hohen Hauses. Du hast neben deiner politischen Karriere in der SPÖ auch eine beachtliche EDV-Laufbahn in der Privatwirtschaft und in der stadtnahen Kommunalwirtschaft gemacht. Als gelernter Büro- und Bankkaufmann und durch viele Seminare und durch viel Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern hast du es zu einer Position des geachteten Politikers gebracht. Als Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses Stadtentwicklung und Verkehr in der Zeit von 2006 bis 2010 und auch jetzt als Mitglied des durch die GRÜNEN besetzten umbenannten und überfrachteten Gemeinderatsausschusses habe ich dich stets als gesprächsbereiten und paktfähigen Politiker kennen und schätzen gelernt. Als selbst in 27 Jahren Erfahrung in einer Bezirksvertretung aktiver Bezirksrat weiß ich, welche Aufgaben auf dich zukommen. Du warst bereits in den Jahren 1996 bis April 2001 Mitglied der Bezirksvertretung und hast die Sicht des Mandatars, die Arbeit kennen gelernt, die dort entsteht und die auf dich zukommen könnte.

Nächste Woche wirst du als Bezirksvorsteher der Leopoldstadt angelobt und wirst erster politischer Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger deines Bezirks werden. Die Probleme aber, die du von deinem Vorgänger geerbt hast, sind nicht wenige und die Liste ist lang. Ich möchte nur sechs Punkte der Probleme

aufzählen, die da auf dich zukommen:

1. Die Probleme der Prostitution rund um Prater und Messe.

2. Die Umsetzung der Nordbahnhof-Verbauung erwartet dich.

3. Die Verkehrsproblematik rund um den WU-Neubau hast du zu lösen.

4. Der Trabrennverein beziehungsweise die Trabrennbahn wird geschlossen und wird verbaut werden.

5. Die Probleme am Praterstern sind nicht gering. Drogen- und Alkoholmissbrauch ist an der Tagesordnung.

Und als 6. Punkt abschließend noch: Das illegale Zeltlager am Augartenspitz gehört endlich gelöst.

Aber ich sage hier an dieser Stelle: Ich danke dir für die gute Zusammenarbeit, für dein genaues Wissen und die vielen Details, die du zu Verkehrs- und Planungsthemen sagen konntest und auch für die persönliche Freundschaft, die uns verbindet. Ich wünsche dir im Namen unserer Fraktion viel Glück und Erfolg für deine zukünftigen Aufgaben. *(Allgemeiner Beifall.)*

Dem gegenständlichen Aktenstück werden wir zustimmen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke dem GR Dworak für die Rede. Er hat mir einen Teil meiner Rede schon vorweg genommen. - Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Mahdalik und ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): *(GR Heinz Hufnagl: Kein Taferl? Nichts mit?)* Ich hab' schon was mit, Rede zwar keine, bin froh, dass ich noch rechtzeitig gekommen bin.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst einmal zum Aktenstück selbst aus dem 22. Bezirk, dem wir heute nach peniblem Aktenstudium - auch das habe ich mir vom Charly Hora abgeschaut, um auch wirklich über alle Facetten eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Detail informiert zu sein -, so leid es uns tut, unsere Zustimmung nicht geben können.

Aber wenn wir in den peripheren Teilen des Bezirkes sind, möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es in vielen alten Ortsteilen noch traditionelle architektonische Siedlungsstrukturen gibt, die teilweise durch Schutzzonen oder sogar durch Denkmalschutz für unsere Kinder und Kindeskindern erhalten bleiben sollen und hoffentlich werden.

Wenn wir jetzt gerade vom Denkmalschutz sprechen, möchte ich ganz kurz eine elegante Brücke zum Jugendstil-Ensemble auf dem Otto-Wagner-Areal schlagen, das natürlich nicht nur aus unserer Sicht, sondern auch aus Sicht von über 63 000 Menschen, die mit ihrer Unterschrift gegen die Zerstörung dieses unersetzlichen Architekturdenkmals gestimmt haben, sich eingesetzt haben, dafür geradegestanden sind und hoffentlich nicht das gleiche Schicksal erleiden werden wie die über 100 000 Unterzeichner, die gegen die Parkpickerlausweiterung gestimmt haben, sich dagegen ausgesprochen haben, und deren Unterschriften direkt aus dem Rathaus ins Salzamt gewandert sind.

Beim Otto-Wagner-Areal sind wir uns, glaube ich, einig, hoffentlich zumindest, nachdem ich heute den Antrag eingebracht habe und dieser hoffentlich auch mit den Stimmen aller Parteien beschlossen wird. Es gibt wenige schützenswertere Architekturdenkmäler in Wien. Und zwar muss dieses Areal in seiner Gesamtheit geschützt werden! Auch wenn die sogenannte Expertenkommission zu dem gar nicht überraschenden Schluss gekommen ist, das Areal als gesamtes zu behandeln, hegen wir doch Zweifel, dass SPÖ und GRÜNE das architektonisch wirklich unersetzliche und weltweit einzigartige Ensemble in dieser Art auch erhalten wollen.

Das Urteil der Expertenkommission ist insofern erfreulich, als festgehalten wurde: Nicht der Ostteil soll herausgelöst und nur dieser einer Wohnbebauung zugeführt werden, sondern das Areal soll in seiner Gesamtheit behandelt werden. Wenn aber das Otto-Wagner-Spital in seiner Gesamtheit oder auch nur teilweise einer Wohnbebauung zugeführt werden soll, wird dieses Denkmal aus unserer Sicht für immer zerstört werden. Deswegen sagen wir: Wohnnutzung kommt für uns nicht in Frage! Ich glaube, auch nicht für die über 63 000 Unterzeichner, und für die vielen Hundert Unterzeichner der laufenden Petition ebenfalls nicht.

Wir wollen soziale, kulturelle, museale oder medizinische Nutzungen der bestehenden Pavillons. Wir sprechen uns, so wie die Bürgerinitiativen, auch gegen jede Verbauung zwischen den Pavillons aus. Denn wir haben ja beim Vamed-Gebäude gesehen, wie die Optik schlussendlich ausschaut, wenn einfach irgendetwas hingeklotzt wird. So groß wird es zwischen den Pavillons, auch wenn die Wohnbauträger danach gieren, wohl nicht werden, aber trotzdem wäre die Identität des gesamten Ensembles zerstört.

Wir sehen in dem Urteil der Expertenkommission auch kein „Zurück an den Start“. Darum möchten wir heute in diesem Antrag noch einmal Folgendes festhalten und den Gemeinderat auffordern, sich dafür auszusprechen, dass das Steinhof-Areal in seiner Gesamtheit erhalten bleibt und keiner Wohnbebauung zugeführt wird. Es sollen keine neuen Baukörper errichtet, sondern die bestehenden Pavillons nach Ende der Spitalsnutzung universitären, sozialen, kulturellen und touristischen Zwecken vorbehalten bleiben. Zudem soll von der Stadt Wien die Erhebung des weltweit einzigartigen Jugendstil-Ensembles zum UNESCO-Welterbe aktiv betrieben werden. Wobei wir in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung beantragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt zu etwas ganz anderem: Mir tut es ja leid, dass Charly Hora heute seinen Hut nimmt und Adieu sagt, wo ich doch gerade - man sieht es ja an der Gewandung - Landwirtschaftskammerrat geworden bin. Wenn schon nicht Stadtrat, dann habe ich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zumindest Landwirtschaftskammerrat zu werden, und habe schließlich obsiegt. Ich habe heute bei der konstituierenden Sitzung gehört, dass du ... *(GR Heinz Hufnagl: Ihr habt ja nicht einmal eine Kandidatenliste zusammengebracht bei der Landwirtschaftskammerwahl!)*

Trotzdem sitze ich jetzt drin. Wie das geht, weiß ich

nicht. Ich hätte mir das nie träumen lassen. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Da ich ja in Eßling sowieso von Feldern umzingelt bin und durchaus schon ein paar Paradeiserstauden im Garten gezogen habe - mit Erfolg! -, habe ich mir eigentlich gewünscht, dass wir des Öfteren über die Tücken des Baumschnitts im Herbst oder die Freuden der Paradeiseraufzucht auch hier in diesem Gremium miteinander parlieren können. Aber vielleicht können wir das im Schweizerhaus im privaten Kreise, in deinem neuen Wirkungsbereich tun.

Charly Hora war in den vielen Jahren, in denen wir zusammengearbeitet haben, nicht nur ein formidabler Reiseleiter. Das haben wir - das darf ich jetzt auch sagen - erst bei der letzten Ausschussreise gesehen, was das auch wirklich bedeutet, was du die ganzen Jahre geleistet hast. Er war zwar nicht für das bunte Programm der prädestinierte Mann, aber fürs Fachlich-Sachliche auf jeden Fall unsere Nummer 1! Wir haben durch ihn sehr viel gelernt. Aber bei der Abendgestaltung sind wir sowieso überqualifiziert, das haben wir uns dann selbst gemacht. Vielen Dank einmal für diese lehrreichen Ausschussreisen! Vielen Dank für die jahrelange Zusammenarbeit!

Was mir abgehen wird: Wer wird mir vom Rednerpult aus oder unter vier Augen erklären, wie viele Sitzplätze der ULF hat? Wenn nicht gerade ein paar herausgerissen werden wie beim 43er. Ich habe es allerdings in der Sekunde wieder vergessen, weil es mich gar nicht so interessiert hat, aber du wirst es mir vielleicht in deiner Rede noch einmal sagen.

Er hat viele andere Sachen - er hat mir unter anderem einen Fahrschein überreicht, den ich auch genützt habe. Er hat mir Fahrpläne hier vom Podium aus oder in den Bankreihen erklärt. Er war immer ein extrem angenehmer, zuvorkommender und freundlicher Ansprechpartner im SPÖ-Klub und natürlich im Ausschuss.

Ich kann mich erinnern, wie wir nicht nur ein Mal in Sitzungen im Planungsausschuss zusammengesessen sind und ich dann eine aus deiner Sicht unnötige oder dummliche Frage gestellt habe, indem ich gefragt habe: Was kostet denn das Projekt? Und wann fangt ihr endlich damit an? Da hat er mir herübergezischt: Steht eh im Budget drin, hast du es nicht durchgelesen? Daraufhin habe ich gesagt: Tut mir leid, genau das habe ich überlesen, lieber Charly! Er hat es mir dann immer erklärt: wie, was, wann. Wir waren uns aber eigentlich nie böse, sobald die Sitzung vorbei war.

Lieber Charly! Du hast hier aus meiner Sicht oft doziert, hier vom Rednerpult aus, aber nicht in belehrender Art und Weise wie so mancher Doktor oder Experte für eh alles. Aber ich darf dir sagen, und das kommt von Herzen - ich würde es ja gerne in die Luft schupfen, dann würde ich mich einmal wie ein Graduiertes fühlen, so wie es in Amerika der Brauch ist, zumindest den Filmen nach, aber dann fallen vielleicht die Buchstaben herunter, ich habe es in der Eile nicht mehr einsticken können -, auf jeden Fall ernenne ich dich kraft meiner vielen Amterln und meiner zahlreichen Sprecherfunktionen hiermit zum Dozenten des Gemeinderates und Landtages! Selbstverständlich auf Lebenszeit, möge diese noch

sehr, sehr lange wahren! - Vielen Dank. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: So, lieber Charly - darf ich das jetzt so respektlos sagen? - Du bist am Wort.

GR Karlheinz **Hora** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Darf ich vielleicht auch noch zwei Sätze zum Geschäftsstück sagen? Ich habe eine gewisse Enttäuschung, dass wir heute nicht einen einstimmigen Beschluss zum Plandokument 8028 machen, denn es zeigt ganz genau einen Weg auf, den wir in dieser Stadt eigentlich fortsetzen sollten. Alle Fraktionen haben sich in letzter Zeit mit dem Thema Wohnen beschäftigt, und gerade dieses Plandokument zeigt, wie in der Donaustadt - Toni, in deinem Heimatbezirk - mit einer Flächenwidmung sorgsam und genau umgegangen wird.

Wir haben dort eine W I-Widmung. Du hast mich ja zum Dozenten ernannt; ich kann es nie werden, ich habe dazu nicht die schulische Reife. Wir haben dort gezeigt: 7,5 m dort, wo die Nachbarn 7,5 m haben. Ein paar Meter weiter machen wir ein W II, das bedeutet eine Beschränkung auf 12 m. Das heißt, wir sind dort ganz sacht in der Landschaft, obwohl wir nur 400 m neben der U-Bahn sind.

Eigentlich wäre es ein wichtiger Schritt, derartige Plandokumente in der Stadt entsprechend umzusetzen, um eben auch jenen Menschen eine Stimme zu geben, die bei uns in allen Fraktionen, glaube ich, immer wieder nachfragen: Wo bekomme ich meinen Wohnraum? - Es tut mir leid, dass du heute bei diesem Plandokument nicht mit dabei bist.

Eine Bemerkung zu deinem Antrag Otto-Wagner-Spital: Ich hätte es mir heute ganz leicht machen können, hätte viele Male zitieren können aus jenen Stellungnahmen, die auch du persönlich damals zur Flächenwidmung OWS gemacht hast oder dein Vorgänger. Ich weiß, dass die FPÖ damals zu diesen Plandokumenten und zu diesen bisherigen rechtsgültigen Dokumenten mitgestimmt hat. Es hat sich in der Zwischenzeit die Welt anscheinend anders gedreht, und ich will heute nichts dazu bemerken: Ist es ein parteipolitisches Kalkül? Oder ist es wirklich neue Wertschöpfung, dass jetzt die FPÖ auf einen anderen Weg gekommen ist?

Ich kann dir nur mitteilen: Unsere Fraktion bleibt weiter auf dem Weg, wir werden weiter das Thema OWS verfolgen. Es läuft dort ja auch ein Mediationsverfahren, das eingeleitet wurde und bearbeitet wird. Es wird also dort auch in Zukunft notwendig sein, jenen Ostteil mit Wohnungen zu versorgen, um die Nachfrage in Wien dementsprechend abdecken zu können.

Damit, meine Damen und Herren, gehe ich jetzt auf die dankenswertere großzügige Freiheit unseres Vorsitzenden über, der mir hier neben dem Geschäftsstück ein paar persönliche Worte erlaubt hat, ein paar persönliche Bemerkungen an meinem letzten Tag hier im Haus. Wobei es nicht der allerletzte Tag ist, es ist der letzte Tag hier im Gemeinderat. Ich werde morgen noch bei der Landtagssitzung da sein und daran teilnehmen.

Es wurde ja schon gesagt: Ich durfte 2001 in dieses Haus kommen. Es sind, um ganz konkret zu sein, 4 361 Tage, die ich bis heute Gemeinderat bin, am 4 366. Tag werde ich mein Mandat zurückgeben. In dieser Zeit wurde ich zu 160 Gemeinderatssitzungen und 89 Landtagssitzungen eingeladen. Ich kann für mich verbuchen, für drei Tage musste ich mich wegen Dienstreise, wegen Urlaub entschuldigen, an allen anderen Sitzungen hier habe ich teilgenommen. Und ich gestehe, auf eines auch etwas stolz zu sein: Ich habe in dieser Zeit keinen Ordnungsruf bekommen. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich werde auch versuchen *(GR Mag Rüdiger Maresch: Letzte Chance!)*, diesen Status beizubehalten.

In dieser Zeit - es wurde ja heute auch schon erwähnt - war eben mein Schwerpunkt die Stadtentwicklung und der Verkehr. Da hat es ein Lieblingsthema gegeben, das allerdings in einem anderen Ausschuss beheimatet war: Das war das Thema Wiener Linien. Darum durfte ich mich - wofür meiner Fraktion zu danken ist - auch kümmern, eben um die Wiener Linien.

Stadtentwicklung und Verkehr, das war mein Arbeitsschwerpunkt. In diesem Schwerpunkt haben wir gerade als wachsende Stadt etliche Herausforderungen, etliche Themen, die wir bearbeiten mussten und müssen. Ich kann, glaube ich, schon behaupten, dass wir hier als Wiener Gemeinderat, als Wiener Landtag, aber auch als entsprechender Planungsausschuss die Sache - um es so zu benennen, wie ich es gerne mache - auf Schiene gebracht haben. Ich könnte hier jetzt einen größeren Leistungskatalog abrufen, aber ich erspare Ihnen die Zeit. Sie waren ja alle bei den hunderten Sitzungen dabei und haben alles persönlich mitverfolgt, was in den letzten zwölf Jahren hier im Haus geschehen ist.

Ich werde in den nächsten Tagen in meinen politischen und auch in meinen Heimatbezirk - ich bin ja geborener Leopoldstädter - zurückkehren. Ich kann Ihnen sagen, ich habe dort ein wohlbestelltes Haus, allerdings auch ein Haus mit vielen Voraussetzungen. Ich glaube, dass wir in der Bezirkspolitik wirklich sehr viel erreicht haben, wir sind aber ein wachsender Bezirk. Mein Vorgänger hat es nicht geschafft, den 100 000. Leopoldstädter zu begrüßen, er war so nett, und mit mir, heuer oder nächstes Jahr, wird es so weit sein. Also eine Stadt mit 100 000 Menschen darf ich dann, glaube ich, gemeinsam mit den anderen Fraktionen, gemeinsam mit den anderen Mandataren, aber insbesondere mit den Leopoldstädterinnen und Leopoldstädtern bewirtschaften und in eine moderne Zukunft bringen.

Meine Damen und Herren! Die Stadtplanung war immer ein Thema. Erlauben Sie mir eine einzige Bemerkung dazu und vielleicht eine Bitte an dieses Haus: Nicht jeder Akt, der hier beschlossen oder vorgelegt wird, sei es im Ausschuss, sei es im Gemeinderat, ist mit einer ideologischen Bewertung zu beurteilen! Es gibt eine Vielzahl von Akten, die ganz einfach von der Verwaltung her aufbereitet und auch hier beschlossen werden müssen, um in eine Rechtssituation zu kommen. Diese Akte sollte man nicht bei jeder Gelegenheit ideologisch hinterfragen und auch ideologisch bewerten, sondern man

sollte sie, auch im Sinne der Wienerinnen und Wiener, auf die Reise schicken.

Lassen Sie mich zum Schluss meines Redebeitrags kommen. Ich möchte hier wirklich ein ganz persönliches Zitat von einer Kollegin, die jahrelang stellvertretende Gemeinderatsvorsitzende war - von unserer Insel, also aus dem Nachbarbezirk -, von der Pepi Tomsik nennen. Ich glaube, das ist ein Hinweis für alle Fraktionen und auch der Ausdruck dessen, was ganz wichtig ist: Behaltet euch die Nervosität, hier zu stehen; nur wenn man nervös ist, wenn man Nervosität behält, spricht man auch mit Herz! - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner, anhaltender, von SPÖ und GRÜNEN stehend dargebrachter Beifall.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lieber Charly!

Jetzt ist er ja noch ein bisschen beschäftigt. Ich möchte zunächst einmal mit einem Thema beginnen, das uns beide und viele, viele WienerInnen sehr, sehr beschäftigt hat und beschäftigt. Und zwar ist das die Mariahilfer Straße. Da haben wir lange Zeit gemeinsam verhandelt und gesprochen mit Bezirken, mit der Wirtschaftskammer, mit wem auch immer. Wir hatten über viele, viele Monate etwas ausgehandelt, und das ist jetzt sozusagen mehr oder weniger in die Schlussphase gekommen.

Deswegen gibt es heute einen Beschlussantrag dazu, und zwar von folgenden GemeinderätInnen: von mir, Martin Margulies, Siegi Lindenmayr, Petr Baxant und Nicole Berger-Krotsch. Es geht darum: Der Wiener Gemeinderat anerkennt die Leistungen, welche die Bezirke für ihre Bezirksbevölkerung erbringen, und beabsichtigt, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 103 zu unterstützen. Im Text geht es um das Verhältnis zwischen Zentralbudget und Bezirksbudget und darum, dass die Sache mit 90 zu 10 gefördert wird. - Den Antrag möchte ich abgeben.

Zum Zweiten: Ich habe gar nicht gewusst, dass er Landwirtschaftskammerrat ist, der Kollege Mahdalik. Wahnsinn! Paradeiser und Obstschnitt begeistern ja wirklich. Dass man sich gleich ein Jägerjopperl hat anziehen müssen, finde ich interessant, ja, gehört aber auch dazu. Sie hat mir auf jeden Fall gut gefallen, die Geschichte mit dem Hut, mit dem ExpertInnenhut.

Ich möchte zum Charly sagen: Charly, du bist in Wirklichkeit das Gedächtnis des Gemeinderats! Ich meine, 4 361 Tage sind eine starke Geschichte - das ist nämlich so lang, wie auch ich da herinnen bin, wir sind gleichzeitig gekommen. Du hast immer meine Bewunderung für dein Archiv gehabt. Dein Archiv war in Wirklichkeit das Gedächtnis des Gemeinderats, und ich habe das wirklich total gut gefunden.

Wichtig war, wir haben uns, glaube ich, immer halb acht Uhr Eiles war unser Termin, wo wir immer geredet haben, glaube ich, 14-tägig, manchmal wöchentlich, manchmal dazwischen auch noch, und die Dinge besprochen haben, die wichtig sind. Da habe ich dich ken-

nen gelernt - zwar vorher auch schon - als äußerst kompetent, äußerst verlässlich und unglaubliche Handschlagqualität!

Ich denke mir, du hast für die Stadtregierung, für die Stadt, für die Koalition und für Rot-Grün unglaublich vieles getan und gearbeitet, das muss man sehen. Dafür möchte ich mich auf jeden Fall bei dir bedanken, auch im Rahmen unserer Fraktion, denn es war Unglaubliches, was du da gearbeitet hast. So sorgsam, wie du mit Dingen umgegangen bist, war das wirklich wunderbar.

Ich glaube, jetzt vom Gemeinderat in die Bezirksvorsteherung ist normalerweise immer ein großer Aufstieg; viele freuen sich dann, wenn sie Vorsteherinnen oder Vorsteher werden können. Ich glaube einfach, dass du die Themen, die wir hier gemeinsam gemacht haben, dort weiterführen wirst, und die sind auch in sehr, sehr guten Händen. Das heißt für mich, Schnellbahn, Wiener Linien, Beschleunigungsprogramme, Nordbahnhof, das ist bei dir wirklich bestens aufgehoben.

Darum denke ich mir, ich freue mich sehr auf weitere gute Zusammenarbeit mit dir. Danke schön! *(Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet.

Hoher Gemeinderat! Gestattet, gestatten Sie mir, dass ich einige sehr persönliche Worte - aber ich glaube, auch im Namen des Gemeinderates - an GR Hora richten darf.

Als im Jahr 2001 Charly Hora hier in diesen Gemeinderat gekommen ist, kann ich mich noch gut erinnern, wie er im Klub aufgetaucht ist - nein, wir wussten das alles vorher -, wir auch die ersten Gespräche geführt haben und seine Aufgabenzuteilung durchgeführt wurde.

Er war eigentlich von Anbeginn im Gemeinderatsausschuss Stadtentwicklung/Stadtplanung, und wie immer die dann auch später alle geheißten haben, und er war von 2006 bis 2012 auch Vorsitzender beziehungsweise Fraktionsvorsitzender in diesen Gremien. Er hatte neben seiner Tätigkeit im Stadtentwicklungsausschuss auch eine sehr wichtige Rolle im Gemeinderatsausschuss Wohnen. Er ist Vorsitzender des Wiener Kleingartenbeirates bis heute gewesen. Er ist Mitglied der Gemeinderätlichen Behindertenkommission und vieles, vieles andere mehr.

Was Herrn GR Hora auszeichnet - und zwar, glaube ich, auch weiterhin auszeichnet -, ist seine Kompetenz. Es wurde schon von den Vorrednern auf diese Kompetenz hingewiesen. Auch wenn seine Meinung manches Mal nicht gleich verstanden wurde, kamen auch jene, die Kritik an seiner Äußerung geübt haben, drauf, dass manches Mal die Kritik nicht notwendig war, ob das jetzt von Oppositionsparteien war, ob das im eigenen Bereich der SPÖ stattgefunden hat. Ich weiß, dass Charly Hora immer nach guter Überlegung seine Meinung erst gefunden, geäußert und vorher mit vielen Menschen diskutiert hat.

Was Herrn GR Hora überdies auszeichnet - und das wird wahrscheinlich auch künftighin so sein -: Er ist jederzeit erreichbar gewesen. Egal, wann immer man ihn

anrufen wollte, er hat abgehoben, war dabei nicht unfreundlich und hat auch jederzeit die entsprechende Antwort geben können, weil er sich ein umfassendes Wissen angeeignet hat, ob das seine Expertisen zu Bahn, Straßenbahn, Verkehrsbetrieben oder anderen Bereichen waren, ob das seine Äußerungen zur Stadtplanung waren, nicht nur über die Stadtplanung und Flächenwidmung, sondern auch zu vielen Rechtsmaterien, die in diesem Bereich wahnsinnig notwendig sind.

Du hast ganz einfach die große Sensibilität, für Maßnahmen, die wir hier im Hause diskutieren, ständig auch mitzuüberlegen: Welche Auswirkungen haben diese auf die betroffenen Menschen? Das zeichnet dich im Besonderen aus, weil du ganz einfach ein verlässlicher Mensch bist, der - und das ist auch hier angeführt worden - eine Handschlagqualität hat, die heute im politischen Leben leider nicht mehr eine Selbstverständlichkeit ist.

Und was dich im Besonderen auszeichnet, ist die Freundschaft! Wir kennen uns seit sehr, sehr langer Zeit, und die Freundschaft war ungebrochen. Man kann einander auch Wahrheiten ins Gesicht sagen, ohne dass die Freundschaft einen Riss bekommt. Und dafür, lieber Charly, möchte ich dir ganz persönlich danken!

Zum letzten Satz: Wenn hier manche gemeint haben, Herr GR Karlheinz Hora verlässt den Gemeinderat und wird dann Bezirksvorsteher, das heißt, er verlässt hier die Bühne, dann muss ich das ein bisschen korrigieren. Lieber Charly, als Bezirksvorsteher bist du hier in diesem Hause jederzeit willkommen und hast auch hier, wenn notwendig und es deinen Bezirk betrifft, den du künftig vertreten wirst, ein Rederecht. Mache davon Gebrauch! Wir brauchen Menschen wie dich immer wieder. Vielen herzlichen Dank für alles! (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir kommen nun zur Abstimmung der Postnummer 28. Wer der Postnummer 28 die Zustimmung gibt, bitte ich um Zeichen mit der Hand. - Dies wird von den Regierungsparteien und der ÖVP unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Es liegen mir nun zwei Beschlussanträge vor.

Der zuerst eingebrachte Beschlussantrag ist jener der FPÖ, der sich mit der Zukunft des Otto-Wagner-Spitals beschäftigt. Hier wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dies wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der nächste Antrag ist ein Beschlussantrag, eingebracht von GRÜNEN und SPÖ. Er betrifft Maßnahmen im 6. und 7. Bezirk im Zusammenhang mit dem Projekt Mariahilfer Straße. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die entsprechende notwendige Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein ZARA. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Matzka-Dojder, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Wir sprechen heute über die Subvention für den Verein ZARA, die Antirassismusorganisation, die sich in den letzten Jahren darum gekümmert hat beziehungsweise nach wie vor darum kümmert, wie die Entwicklung mit dem Rassismus in Österreich beziehungsweise in Wien ist.

Es ist tragisch genug, dass wir nach wie vor darüber reden müssen, dass es in Österreich Rassismus gibt, sowohl im Alltag als auch bei den Behörden als auch im öffentlichen Raum. Dies zu dokumentieren, dies aufzuzeigen, ist eine der wesentlichsten Aufgaben von ZARA, weil das in erster Linie dazu führt, dass wir einsehen müssen beziehungsweise akzeptieren müssen, dass es rassistische Vorfälle in Österreich gibt, rassistische Vorfälle in unserer Stadt gibt.

Dies zu akzeptieren, setzt natürlich voraus, dass man sich mit dem Rassismus auch inhaltlich auseinandersetzt und mit den politischen, sozialen und kulturellen Dimensionen des Rassismus auseinandersetzt. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr, sehr wichtig, dass wir feststellen, dass Rassismus nicht etwas ist, das in der Luft hängt, sondern sehr stark mit den ökonomischen und politischen Entwicklungen zusammenhängt.

Dass im Zusammenhang mit dem Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds ständig diskutiert worden ist, dass die Arbeitslosigkeit ein Problem von Ausländern ist beziehungsweise dass die Zuwanderung unter anderem dazu führt, dass die Arbeitslosigkeit steigt, ist in meinen Augen eine Form möglicher rassistischer Erklärung dafür, dass man die Fehler beziehungsweise die Schuldigen für die Arbeitslosigkeit woanders festmacht, nämlich an Personen, die eigentlich nichts dafür können, dass es Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft gibt.

Was war oder was ist die Ursache der Arbeitslosigkeit? Es ist nicht der Zuzug von MigrantInnen vom Ausland nach Österreich, sondern die derzeitige Arbeitslosigkeit hängt sehr stark mit der Bankenkrise zusammen, hängt sehr stark mit der Finanzkrise zusammen, die auch zu einer wirtschaftlichen Krise geführt hat.

Zweitens, wenn wir uns die Entwicklungen im Bereich der MigrantInnen in Österreich anschauen - Herr Haslinger, Sie haben den Diversitätsmonitor, hoffe ich, gelesen -: Wir haben unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der MigrantInnen. Die eine Entwicklung ist dahingehend, dass vor allem die zweite und die dritte Generation immer mehr zu höher qualifizierten Berufen greifen, immer mehr Studien abschließen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ist ja nicht wahr!*) Dann haben wir unten eine Entwicklung, die hauptsächlich durch die erste Generation dominiert ist, wo noch Qualifikationsbedarf vorhanden ist. Also eine pauschalisierte Herangehensweise, die Arbeitslosigkeit mit MigrantInnen zu erklären, ist eine Fehlentwicklung, hat rassistische Züge in sich, weil es nicht das Problem erwähnt, sondern die Menschen zum Problem macht.

Es ist daher sehr, sehr wichtig, dass solche Organisationen wie ZARA diese Entwicklungen festhalten und uns auch klarmachen, wo hier die gesellschaftspolitische Entwicklung hingeht. ZARA hat in ihrem letzten Bericht festgestellt, dass vor allem durch die Freiheitliche Partei Österreichs der Rassismus in Österreich salonfähig gemacht wird. Dafür haben wir etliche Belege, auch zuletzt die Karikaturaktion von Heinz-Christian Strache, die im Internet auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht worden ist, wo ein jüdischer Banker dargestellt worden ist, der das tolle Essen bekommt, und alle anderen verhungern.

Diese Feststellung von ZARA ist ganz wichtig, weil die politische Dimension der rassistischen Äußerungen in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise immer mehr zugenommen hat. Wir haben vermehrt heftige Attacken gegenüber Asylwerbern/Asylwerberinnen, aber auch gegenüber Migrantinnen und Migranten, weil die Freiheitliche Partei nicht mehr imstande ist, gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu erklären. Das ist zu verurteilen, und ich bin froh, dass Organisationen wie ZARA das erkannt haben und auch festhalten.

Rassismus ist ein Phänomen, das auch ständig seine Orte ändert. ZARA hat in seinem letzten Bericht festgehalten, dass vor allem der Cyber-Rassismus stark zugenommen hat. Das heißt, in möglichst vielen Internetforen sind ohne Hemmungen Beiträge veröffentlicht worden, die andere Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, aber auch wegen ihrer ethnischen Herkunft erniedrigt haben.

Wir haben auch ein Ansteigen des Rassismus im öffentlichen Raum. Sie werden sich an den Fall Nelly erinnern, die Frau Nelly L, die am 5. Jänner in der U-Bahn-Station Taborstraße von einem Menschen, einem Mann, nach wüsten rassistischen Beschimpfungen auf die Gleise gestoßen wurde. Das muss uns zu denken geben. Wenn eine Frau nicht mehr sicher sein kann, ob sie in einer U-Bahn-Station auf die Schienen gestoßen wird oder nicht, und das mit rassistischen Motiven und wüsten Beschimpfungen, muss es uns zu denken geben, was hier im Gange ist, was hier läuft.

Ich höre solche Übergriffe, solche Untergriffe und Übergriffe gegenüber Menschen vor allem mit schwarzer Hautfarbe jeden Tag. Ich werde angerufen, ich werde auch verständig. Das müssen wir sehen, und dafür ist ZARA gut. Dafür muss ZARA auch gelobt werden, denn ohne ZARA hätten wir nicht einmal die Dokumentation solcher Fälle, bevor wir Rassismus politisch angehen können. *(Beifall bei den GRÜNEN und von Amtsf StRin Sandra Frauenberger.)*

Selbstverständlich erfordern diese Feststellungen, die ZARA unternimmt, auch politisches Handeln. Ich habe - da spreche ich jetzt einmal die ÖVP an -, obwohl wir einen Staatssekretär haben, keinen einzigen Satz im Zusammenhang mit rassistischen Übergriffen in Österreich von ihm gehört. Dem Sebastian Kurz fehlt nicht nur ein Programm, was Diskriminierungen anbelangt, sondern er äußert sich auch nicht, wenn Menschen auf Grund ihrer Herkunft öffentlich diskriminiert oder attackiert werden.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sebastian Kurz diesen Mut aufbringt, weil eine konsequente Integrationspolitik mit einer konsequenten Antirassismuspolitik ineinandergehen muss. Wenn wir keine konsequente Antirassismuspolitik haben, dann geben wir den Menschen nicht das Gefühl, dass sie sich bei uns sicher fühlen können, dass sie auf der Straße nicht diskriminiert werden dürfen, dass sie nicht auf Grund ihrer Herkunft oder sonstiger Zusammenhänge erniedrigt werden dürfen.

Wenn wir diese konsequente Antirassismuspolitik betreiben, erhöhen wir das Zugehörigkeitsgefühl, das Sicherheitsgefühl bei jenen Menschen, die nach Österreich kommen, und somit würden wir ihren Integrationsprozess beschleunigen. Wenn Sebastian Kurz diesen Schwenk nicht schafft, wird seine Integrationspolitik zum Scheitern verurteilt sein, auch wenn er so viel Sympathie in Österreich genießt.

Die Österreichische Volkspartei muss auch über ihren Schatten springen und sich gegenüber Rassismus äußern. Solange Sie sich gegen Rassismus nicht äußern, werden Sie in Zukunft Schwierigkeiten haben, weil unter anderem Ihre Partei auch des Öfteren hier gezeigt hat, dass sie nicht an einer ernsthaften Antirassismuspolitik interessiert ist, weil sie immer wieder Anträgen der Freiheitlichen Partei zugestimmt hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie vergönne ich den GRÜNEN!)* Das heißt, es wäre für die ÖVP ratsam, auch ein Auge dafür zu haben, wie Rassismus in Österreich bekämpft werden kann, wie wir Rassismus gemeinsam begegnen und entgegen können.

Ich werde Ihnen keine einzelnen Beispiele vorlesen. Ich hoffe, Sie haben den letzten Bericht von ZARA gelesen. Es sind über 750 Fälle festgehalten worden, und einige sind hier dargestellt. Menschen, die zu einer Feier gegangen sind, an einer Feier einfach teilgenommen haben: weil sie anders ausgesehen haben, sind sie beschimpft worden. Ein Polizist beschimpft eine Afrikanerin als eine Prostituierte und als eine Person, die das HIV-Virus trägt. Oder es wird jemand in der Straßenbahn angepöbelt. Ich weiß nicht, wie oft Sie auf der Straße angepöbelt beziehungsweise beschimpft worden sind. *(GR Armin Blind: Hunderte Male!)*

Jetzt kommen Sie mir nicht mit Österreicherbeschimpfung! Ich sage, auch wenn ein Migrant einen Österreicher beschimpft oder sonst etwas, verurteilen wir das genauso. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wo ist Ihre Dokumentation dazu?)* Wir denken nicht entlang der Linie: Da sind die Österreicher, da sind die Ausländer. *(GR Armin Blind: Wo ist der Aufschrei? Wo ist da Ihre Wahrnehmung? - Weitere Zwischenrufe.)* Wir denken entlang der politischen Linie Rassismus - Antirassismus. Es ist mir wurscht, woher ein Rassist kommt. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo ist die inhaltliche Dokumentation der Übergriffe?)* Den verurteile ich genauso, wie ich die rassistischen Übergriffe der Freiheitlichen Partei verurteile.

Es freut mich, dass wir seit Jahren zum ersten Mal eine erfreuliche Nachricht aus Kärnten bekommen haben, dass nämlich, sage ich jetzt einmal, eine Partei, aus deren Reihen immer wieder rassistische Entgleisungen

passieren, eine Niederlage erlitten hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie hätten gern die 16 Prozent!*) Ich begrüße diese Niederlage. Ich lobe die Kärntner Bevölkerung, dass sie jetzt einen Schwenk gemacht hat. Es passiert zum ersten Mal, dass eine berüchtigte Partei wie die FPÖ, die nicht nur Österreich verunsichert, sondern europaweit für Verunsicherungen sorgt, in Kärnten eine Niederlage erlitten hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das sagt der Ex-Kommunist!*) Das ist ein Schlag ins Gesicht von rassistischen Äußerungen beziehungsweise rassistischen Programmen. - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender!

Also ich wünsche den GRÜNEN noch ein paar vom Typ des Herrn Akkilic, und viel Freude damit im Klub! Dann werden sie nicht einmal annähernd an die zerrümmerten 16 Prozent herankommen, die die FPÖ in Kärnten noch immer hat. Das können Sie sich hinter die Ohren schreiben. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie glauben immer noch ...*) Was haben Sie gesagt? (*Ruf bei der SPÖ: Bei minus 27 Prozent! - Weitere Zwischenrufe.*) Na, Ihr Herr Bundeskanzler verliert ja auch laufend. Schauen Sie die Umfragen an, wie er jetzt dasteht als Bundeskanzler mit seinem Bonus, der schlechter ist als der der SPÖ, Frau Kollegin! Also das regt mich nicht weiter auf.

Ich versuche, obwohl es schwierig ist, auf einige Punkte des Kollegen Akkilic einzugehen. Die Ausländerarbeitslosigkeit, da ist die rassistische FPÖ schuld - wir sagen das nie, Herr Kollege: Wir sagen nicht, dass die Ausländer schuld sind. Wir geben den dafür verantwortlichen Politikern - und jetzt sind es in Wien auch Sie, die SPÖ ohnehin - die Schuld daran, weil sie eine unkontrollierte, hemmungslose Zuwanderungspolitik gemacht haben! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Zu Ihrer Zeit war es noch schlimmer!*)

Dann sind einfach zu viele nichtqualifizierte Leute da. Das können nicht einmal Sie bestreiten, dass die Qualifikationen fehlen, da brauchen Sie nur hinauszuschauen. Schauen Sie in die Berichte Ihrer eigenen Lehrer! (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Die größte Zuwanderung hat es gegeben ...*) Schauen Sie, wie viele abschließen, ohne einen vernünftigen Schulabschluss zu haben.

Schauen Sie, wie viele Analphabeten - zunehmend - wir haben! Bei der Maria Theresia haben die meisten Österreicher noch Lesen und Schreiben gelernt. Heute schaut es schlechter aus als zu Zeiten der Maria Theresia (*Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann*), was Lesen, Schreiben und Kopfrechnen betrifft, Frau Kollegin, das können Sie nicht bestreiten! Solche Leute, die das nicht können und die sich nicht einmal vernünftig in der Landessprache verständlich machen, sind in der Wirtschaft nicht einzusetzen. Das ist ein Faktum.

Neulich hat sich bei mir ein Jurist aus Ghana beschwert, dass er ein tolles Studium hat und bei uns nicht anerkannt wird. Ja, bitte, der hat englisches Recht als

Basis gehabt und eine ganz andere Situation, der kann nichts! Der kann im wahrsten Sinn des Wortes nichts als Hilfsarbeiter sein - noch einmal studieren kann er, aber das muss er erst tun -, dann hat er kein Recht, sich zu beschweren. Das ist einfach ein Faktum. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Mensch beim Arzt schaut gleich aus, da müsste man glauben, es geht problemlos mit der Nostrifizierung. Es läuft auch relativ problemlos. Schauen Sie sich das an, vor zwei Wochen in den Zeitungen - ja, aber auch die Sprache muss er können, denn wenn er Daumen mit Darm verwechselt, ist das ein Problem für den Patienten. Das ist einfach Faktum, meine Damen und Herren, und das hat nichts mit Rassismus zu tun, sondern mit der Realität. (*GR Senol Akkilic: Menschenrechte sind ...*) Wer einen Arbeitsplatz nicht ausfüllen kann, kann nicht erwarten, dass er ihn kriegt. Denn sonst muss ein anderer für ihn arbeiten - der tut es ohnehin schon vorher, weil er die Sozialhilfe für ihn zahlt.

Die Bankenkrise - anscheinend auch die FPÖ schuld!

Ausbildung: Die zweite Generation ist akademisch besser gebildet - das stimmt ja gar nicht, Herr Kollege! Die zweite Generation hat größere Integrationsschwierigkeiten als die erste Generation. Denn als die erste Generation hergekommen ist, haben sie wenig qualifizierte Arbeitsplätze besetzt, die damals frei waren. Die sind jetzt nicht einmal mehr frei durch die Krise, und es kommen noch mehr. Sie wollen noch mehr, Herr Kollege Akkilic, und sie werden das Problem noch mehr vergrößern! Das wissen alle, die - auch in der Gewerkschaft - draußen an den Arbeitsplätzen sind, wie es aussieht, im Gegensatz zu Ihnen da herinnen.

Wenn das alles so toll ist, alles so sicher bei uns in Österreich ist und nur wir die Bösen sind - also den Bauchstich hat der Bettler neulich nicht auf Betreiben der FPÖ versetzt, sondern der ist von einem anderen Kulturkreis gekommen, Herr Kollege Akkilic! Das muss ich Ihnen schon sagen,

Jetzt kommen wir einmal zum sogenannten „Rassismus Report“ dieses Vereins ZARA, der nichts anderes ist als einer der vielen Vereine, die Sie gründen, um die FPÖ zu bekämpfen und Funktionäre mit Arbeitsplätzen zu versorgen, vorzüglich im Bereich der Soziologie und der Psychologie, die sonst keinen Arbeitsplatz kriegen würden, weil sie für nichts anderes taugen. (*Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.*) Das ist ein Faktum, Frau Kollegin.

Ich habe mir diesen Bericht nicht erst jetzt, als wir ihn bekommen haben, geholt, sondern schon in der Osterwoche, und habe ihn im Internet recht genau angeschaut. Ich habe darin Folgendes gelesen: „Anmerkungen: Es gehört zu den Aufgaben der ZARA-BeraterInnen, einerseits den Wahrheitsgehalt zu überprüfen und sich andererseits um die Sicht der Kläger“ - also der Gegenpartei oder einer dritten Seite, die das beobachtet hat - „zu kümmern. Dennoch können die BeraterInnen nicht garantieren, dass alle Informationen, die ihnen von verschiedenen Seiten zugetragen werden, der Wahrheit entsprechen.“

Herr Kollege, sie garantieren nicht, dass das ein seri-

öser wissenschaftlicher Bericht ist! Sondern es ist eine Anhäufung, eine Sammlung von Geschichten, die hier gesammelt wurden. Das schreiben die ja selber - lesen Sie es, Herr Kollege! Nicht nur überfliegen, lesen Sie es: Die sagen selber, sie können nicht garantieren, dass das der Wahrheit entspricht. Aus diesem Grund werden ja auch keine Namen genannt, denn es könnten sich Leute finden, die sie dann klagen. Da sind sie zu vorsichtig, weil sie wissen, dass nur beschränkt ein Wahrheitsgehalt dahintersteht.

„Die Interessen jener Person, die sich an die Beratungsstelle wenden, stehen an erster Stelle: Ihren Darstellungen wird Vertrauen und Verständnis entgegengebracht.“ Das heißt: Nicht, wie unser Rechtsgrundsatz lautet, im Zweifelsfall für den Angeklagten, sondern im Zweifelsfall für den Kläger! Sie stellen auch da unser Rechtssystem auf den Kopf. Das zeigt allein schon etwas über die Qualität dieses Vereins ZARA. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Den weiteren Ausführungen - ich bringe Ihnen also hier Fallbeispiele aus diesem Buch - vorausgeschickt: Es sind ungefähr 750 angeführte Fälle, die durchaus - soweit sie der Wahrheit entsprechen, die Einschränkung mache ich - unsensibles, dummes und manchmal auch beleidigendes Verhalten zeigen. Das ist unbestritten, wenn sie den Tatsachen entsprechen.

Solche Vorfälle, Herr Kollege Akkilic, sind unschön und auch, wie gesagt, dumm und kommen im Alltag, und zwar im Zusammenleben sämtlicher Menschen, ohne rassistischen Hintergrund - wenn Sie sich anschauen, wie oft kleinliche Sachen aufgezeigt werden - hunderttausendfach in Österreich und tausendfach täglich vor (*GR Senol Akkilic: Wir reden über Rassismus!*), nicht nur gegenüber Ausländern, sondern leider auch im Zusammenleben der Menschen, das sich in den letzten Jahren und letzten Jahrzehnten zunehmend verwildert hat. Schauen Sie nur an unsere Schulen, wie es dort heute im Vergleich zu vor 20 Jahren zugeht, wo Beschimpfungen, Beleidigungen und Tätlichkeiten an der Tagesordnung sind. Schuld Ihres Erziehungssystems übrigens! Das muss man auch dazusagen.

Wie gesagt, das ist also nicht richtig, es ist falsch, es kann beleidigend sein. Aber was ZARA macht, ist, dass man versucht, eine kollektive Mitschuld aller Österreicher zu erzeugen und hier möglichst ein schlechtes Gewissen bei allen Östreichern zu produzieren, die das wirklich nicht brauchen. Denn Österreich tut sehr, sehr viel! Viel mehr als die meisten Länder, sowohl finanziell als auch sonst, für die Migranten in unserem Land.

Jetzt bringe ich Ihnen ein paar Beispiele. Das Beispiel Nummer 1 - wie gesagt, es sind auch durchaus beleidigende Sachen, die aufgezeigt werden -: Herr Dr A und seine Frau besuchen „ein naheliegendes Dorffest in Oberösterreich. Am Ende des Auftritts einer Musikgruppe hält der Kapellmeister eine Rede und gibt dabei einen rassistischen ‚N...‘-Witz zum Besten.“ Die beiden fühlen sich beleidigt und informieren ZARA. ZARA kontaktiert daraufhin diesen Verein, worauf der zuständige Herr, der von ihnen erreicht wird, sagt, er war bei diesem Dorffest nicht dabei und äußert sich daher nicht zum Beschwer-

degrund. Daraufhin große Empörung bei ZARA.

Nun, ganz einfach: Das berühmte „N...“-Wort, wie sie es nennen, darf man nicht sagen, obwohl das nichts anderes ist als die zusammenfassende Bezeichnung, der Oberbegriff für verschiedene Völker Afrikas. Darf man nicht „Neger“ sagen? Ich lasse mir das nicht von Ihnen und von niemandem verbieten. Es ist eine Zusammenfassung, so wie man „Weiße“ sagt, wie man „Asiaten“ sagt. Wenn Sie es als solches auslegen wollen - im Deutschen ist das Wort „Neger“ keine Beleidigung!

Das amerikanisch-englische „Nigger“ ist eine andere Situation. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Die „Nigger“-Skaven, wie sie die Amerikaner genannt haben, hat es bei uns nicht gegeben. Wir haben leibeigene Bauern gehabt, aber keine Skaven in Österreich, Herr Kollege. (*Zwischenruf von GR Senol Akkilic.*) Daher hat bei uns dieses Wort keinen beleidigenden Hintergrund, und wir werden uns auch nicht verbieten lassen, von Ihnen und von ZARA vorschreiben lassen, welche Worte wir hier in unserer Auslegung - Sie können es auslegen, wie Sie wollen - verwenden, Herr Kollege.

Sie regen sich über diese Witze auf, aber jetzt überlegen Sie einmal: Die meisten Witze gehen über bestimmte Bevölkerungsgruppen! Über Blondinen, über die Ösis, über die Schweizer - da regt sich niemand auf. (*Zwischenruf von GR David Ellensohn.*) Niemand regt sich darüber auf, Herr Kollege! Das ist diese scheinheilige Zweideutigkeit und Doppelbödigkeit, die Sie hier betreiben und gegen die wir uns wenden.

Fall Nummer 3 von ZARA: Anlässlich eines bevorstehenden Fußballspiels zwischen SK Rapid Wien und PAOK Saloniki gab es Übergriffe gegen eine Person, beziehungsweise eigentlich sogar Beleidigungen gegen einen Rabbiner, der beschimpft wurde: „Du Scheiß-Jude! Juden raus! Heil Hitler!“ Da waren Polizisten dabei, die angeblich nicht eingegriffen haben.

Dass das nicht in Ordnung ist, ist keine Frage! Es waren aber keine Österreicher, die das gesagt haben - das wurde allerdings erst im Nachhinein und viel leiser festgestellt -, sondern es waren PAOK-Fans, die das gemacht haben. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Richtig, okay, aber keine Österreicher! Was wollen Sie machen? Sollen wir jetzt gegen PAOK in Griechenland vorgehen? Das geht nicht, zumal der Tatbestand in Griechenland nicht strafbar wäre.

Aber, Herr Kollege Akkilic, Sie erlosen sich über die Polizisten, die vielleicht nicht richtig gehandelt haben. Vielleicht waren es aber auch nur zwei oder drei Polizisten bei einigen Hundert Fans. Und da hat die Wiener Polizei, Frau Kollegin, da hat die Wiener Polizei ... (*GR In Nurten Yilmaz: Der betroffene Rabbiner ist hingegangen zu dem Polizisten!*) Ja! Ich sage ja, das ist richtig, und die Polizisten hätten normalerweise eingreifen sollen.

Ich sage nur Folgendes: Ich weiß es nicht, vielleicht waren es zwei Polizisten und hunderte Fans rundherum. Und hier hat die Polizei in Wien (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) - das kann ich Ihnen deutlich sagen - den Auftrag, vor allem, wenn es um Veranstaltungen von Freiheitlichen geht, ja nicht zu provozieren, die Menge nicht zu provozieren und hier nicht unverhältnismäßig zu

agieren.

Wo ist denn Ihre Forderung beim Akademikerball in Wien gewesen, wo diese Frau angegriffen, bespuckt, beleidigt wurde? Dass die Polizei dahinter gestanden ist und nicht eingegriffen hat. Da waren Sie ruhig. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Da haben Sie klammheimlich gelacht, wie die Frau Kollegin neben Ihnen jetzt das Grinsen auch nicht unterdrücken kann! (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist schäbig! Das sage ich Ihnen, diese Doppelbödigkeit ist mehr als durchsichtig und schäbig. Bis heute hat keine Staatsanwaltschaft und niemand etwas getan. (*GR Senol Akkilic: Das ist ein Ball der Rechtsextremen ... - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Und das stellen Sie fest, Herr Kollege Akkilic, wer in Österreich einen Ball feiern darf oder nicht? Sie sind ja wirklich größenwahnsinnig. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind ein Menschenfeind, Herr Akkilic! Pfui!*) Das ist unglaublich! Das ist unglaublich: Sie stellen fest, das ist ein „Ball der Rechtsextremen“, dort darf man die Leute bespucken, dort darf man die Leute tätlich angreifen, dort darf man Leute niederschlagen, Herr Kollege Akkilic. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Und Sie, Sie befürworten das hier, indem Sie sagen, dass das ein „Ball der Rechtsextremen“ ist. Das ist ungeheuerlich, das sage ich Ihnen! (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Ein anderer Fall, Herr Kollege Akkilic: Ein Bürger Wiens türkischer Herkunft kommt von einer Veranstaltung zurück und möchte seine Waren ausladen. Er findet keinen Parkplatz in der Nähe seines Hauseingangs und stellt den Wagen für die Dauer des Ausladens vor einer Einfahrt ab. Dort kommt er mit einem zweiten Herrn in Konflikt, der hinausfahren will, mit dem gerät er in Streit und wird angeblich beschimpft.

Sie erboten sich darüber. Das passiert jeden Tag in Wien wahrscheinlich zig Mal! Es passiert - ich erinnere Sie daran - aber auch viel gewalttätiger, und zwar unter unseren Zuwanderern. Erinnern Sie sich an die WEGA-Einsätze bei der Hochzeit? Wilde Schlägerei in Wien, Verletzte auch bei der Polizei, zwei Hochzeitsgesellschaften prügeln sich. Da steht nichts über die Ausländerfeindlichkeit von Ausländern gegen Ausländer, Herr Kollege ZARA, ah, Herr Kollege Akkilic. (*Heiterkeit bei der FPÖ und den GRÜNEN.*) „Obe-ZARA“, ja. Das ist eindeutig: Sie sind auf diesem Auge blind! Sie wollen nur auf der einen Seite etwas sehen.

Ein anderer Fall: Eine Frau wird von einem Dummkopf, der sie nicht einmal richtig erkennt, als „Tschuschin“ beschimpft. Die Frau ist erbost und schockiert. Die Beschimpfung ist nicht in Ordnung, Herr Kollege Akkilic! Aber was glauben Sie, wie oft österreichische Schüler als „Scheiß Schwabas“ und so weiter täglich - Sie lachen, aber es ist der Fall ... (*GRin Nurten Yilmaz: Ungerechtigkeit gegen Ungerechtigkeit!*) Nein, aber wenn, dann muss man beides aufzeigen und die Verhältnismäßigkeit sehen. Ich sage Ihnen, die Beschimpfungen von Österreichern sind ungleich häufiger. Sie haben recht ... (*Beifall bei der FPÖ. - GRin Nurten Yilmaz: Beschwerden ...*)

Ja, Frau Kollegin, ich habe deswegen auch eingangs

gesagt, viele der Fälle sind dumm, unsensibel und manchmal auch beleidigend. Da stimme ich Ihnen zu, und ich halte das nicht für richtig. Das habe ich auch gesagt. Aber die Relation muss stimmen.

Ich bringe es auch an einem anderen Beispiel. In Wien wurden in einigen Bezirken „Steine der Erinnerung“ in die Gehsteige eingefügt. Jemand beschwert sich darüber - ohne Namensnennung, ohne konkrete Fallnennung -, er hätte jemand dabei beobachtet, wie er darauf spuckt.

Auf Tote zu spucken, ist alles andere als anständig. Aber - und da vermissem ich es wieder - wie war es denn bei der zweiten und dritten Schändung des Nowotny-Grabes und bei anderen Denkmälern in Österreich? Da wird ganz anders vorgegangen, und da ist der Kollege Akkilic ganz ruhig. Denn das sind wahrscheinlich wieder Faschisten oder Rechtsextremisten, mit denen kann man alles machen und die kann man niederfahren, so viel man will. Herr Kollege Akkilic, das ist genau das, was ich Ihnen vorhalte, was einfach nicht in Ordnung ist.

Ich bringe Ihnen noch ein paar andere schöne Fälle. Da ist ein Türke, der jemand zum Flughafen bringt und auf der Rückfahrt, weil er viel zu schnell gefahren ist, von der Polizei gestoppt wird. Ein normaler Vorgang in Österreich: Der Polizist verlangt den Führerschein. Der Mann erobst sich, sagt, den habe ich nicht mit, und das macht nichts. Der Polizist sagt, ja, dann müssen Sie mit mir auf die Wache fahren. Worauf sich der Mann aufregt. Normalerweise, wenn er den falschen Beamten erwischt, macht der kurzes Federlesen mit ihm. Der Beamte hat noch mit ihm verhandelt.

Es kam ein zweites Auto, mit einem Verwandten dieses Mannes, der hat sich ausgewiesen. Daraufhin konnte der Mann heimfahren und musste sich später auf der Wache melden. Bitte, der hat gegen das Gesetz verstoßen, hat sich aufgepudelt! Und dann hat er noch die Härte, sich darüber zu beschweren, dass der Polizeibeamte ihn da nicht gleich heimfahren lassen wollte? In Wirklichkeit hat der nichts anderes gemacht, als das zu tun, was eigentlich in den Dienstvorschriften vorgesehen war.

Ein anderer Fall - und jetzt werden Sie sicher wieder hochspringen, denn ich komme wieder wie beim „N...“-Wort auf einen Punkt -: Sie regen sich über ein österreichisches Magazin auf, das von „kriminogenen Zigeunern“ schreibt. Für „Zigeuner“ gilt im Prinzip das Gleiche, was ich bei den „Negern“ gesagt habe. Bevor Sie sich aufregen, lese ich Ihnen ... (*GR Senol Akkilic: Was soll das?*) Ich lese es Ihnen vor, Herr Kollege. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die grüne Sprachpolizei ist da!*) Sie regen sich darüber auf, dass das Wort vorkommt. Jetzt lese ich Ihnen aus der Homepage der Sinti Allianz Deutschland vor.

Die schreiben: „Im politischen Feld ist es zwingend notwendig, zu verdeutlichen, dass der Begriff ‚deutsche Sinti und Roma‘ keine gemeinsame nationale Minderheit darstellt, sondern sich von der ethnischen Herkunft der deutschen Sinti und der deutschen Roma - die aus politischen Gründen auch als Roma bezeichnet werden - um verschiedene Volkszugehörige handelt mit unterschiedli-

chen Sprachen, Kulturen und Rechtsordnungen.“

Und dann schreiben sie: „Die Bestrebungen einiger Vereinsfunktionäre, die Eigenbezeichnung Sinti und die Eigenbezeichnungen der anderen Zigeunervölker wie Manus, Kale“ und so weiter „sowie den historisch gewachsenen neutralen Sammelbegriff Zigeuner aus politischen Gründen“ - aus politischen Gründen! – „durch Sinti und Roma beziehungsweise nur Roma zu ersetzen, werden von den Angehörigen der unterschiedlichen, den Sinti oder Roma nicht angehörenden Zigeunervölkern abgelehnt.“

Das ist nicht von mir, das kommt von der Homepage der Sinti Allianz in Deutschland, Herr Kollege! Das ist ein Faktum. Und Sie wollen das dann dauernd kriminalisieren.

Wenn hier, auch in diesem Bericht, das sogenannte Ethnic Profiling kritisiert wird: Auch das ist anhand der Kriminalstatistik durchaus zu begründen, Herr Kollege, und lässt sich beweisen.

Ich habe hier nicht die Zeit, mich mit allen diesen Fällen, die es da noch zur Genüge gibt, zu befassen. Ich will nur noch eines herausziehen, was Ihre Selbstherrlichkeit zeigt.

Sie haben etwas angegriffen, was vom Kollegen Strache auf seine Homepage gestellt wurde, damals im Zusammenhang mit den berühmten oder berüchtigten, von Ihnen dazu gemachten Manschettenknopf-Geschichten. Sie nehmen sich heraus, nachdem ein Gericht eindeutig entschieden hat, dass an diesem Vorfall nichts Unkorrektes war, Sie stehen in Österreich über den Gerichten! Sie hauen auf den Tisch, und Sie wissen es besser als die Gerichte in Österreich. Das lehnen wir ab, Herr Kollege. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz auf den Kollegen Jung eingehen, bevor ich einen gemeinsamen rot-grünen Antrag einbringen möchte, weil ich auch manches, eigentlich alles nicht so stehen lassen möchte, aber mich auf einiges beschränke.

Österreich ist ein Zuwanderungsland, Wien ist eine Zuwanderungsstadt, das dürfte Ihnen entgangen sein, Herr Jung. *(GR Armin Blind: Beides ist falsch!)* Wo waren Sie heute Vormittag, als wir den Schwerpunkt des WAFF gehabt haben? Wir haben da über Qualifikation gesprochen. Wir haben dort diskutiert darüber, wie wir die Wienerinnen und Wiener Arbeitsmarkt-fit machen für den Wiener Arbeitsmarkt der Zukunft. Also alle Bestrebungen, die die Stadt Wien in diese Richtung auch setzt, sind Ihnen wieder entgangen. Es ist sehr traurig, dass Sie hier nie zuhören oder nie Anteil nehmen beziehungsweise auch Falschmeldungen vom Kollegen Rösch in Richtung WAFF kommen.

ZARA ist ein sehr seriöser, professionell arbeitender

Verein, und das seit 1999. ZARA ist eine wichtige, unverzichtbare Partnerin. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Für die SPÖ!)* Das können auch Sie nicht leugnen. Ich möchte jetzt diese ganzen Vorlesungsbeispiele, wie gesagt, nicht näher kommentieren. Ich möchte aber wirklich sagen, weil ich sehr stolz auf ZARA bin – der Verein war ja lange in Mariahilf beheimatet –, dass dieser Verein einfach eine unverzichtbare Partnerin ist, welche professionelle und umfassende Arbeit für betroffene Personen leistet, denn Rassismus ist leider auch in Wien Realität.

Ich möchte aber auch anhängen, dass die Stadt Wien sehr stark für ein breites Bündnis betreffend Integration gegen Rassismus eintritt. Wir sind diesbezüglich gut aufgestellt, um gemeinsam ein starkes Bündnis gegen Rassismus zu schließen.

In Richtung Kollegen Jung und FPÖ sage ich: Es muss einfach Schluss sein mit dieser Vermengung von Zuwanderung und Kriminalität. Hören wir auf, Menschen auseinander zu dividieren! Bringen wir Menschen zusammen, und sagen wir: Null Toleranz gegen jede Form von Rassismus!

Es freut mich nun besonders, ein weiteres Thema auf die Tagesordnung zu bringen, gerade weil Herr Jung auch wieder die Blondinenwitze angesprochen hat. Wir haben diesbezüglich auch bei der FPÖ noch viel zu tun.

Ich möchte ein zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal passendes Thema, nämlich „Frauen in Aufsichtsräten“ ansprechen und einen gemeinsamen rot-grünen Antrag einbringen. Wir wissen, dass Frauen insbesondere in Wien besser ausgebildet sind als je zuvor, und es gibt daher keinen Grund, dass wir sie in Führungsetagen mit der Lupe suchen müssen.

Ich möchte hier ganz kurz aus dem AK-Management Report 2012 zitieren: In den Vorständen der österreichischen Top-200 Unternehmen sind nur 5,1 Prozent Frauen, und in den Aufsichtsräten hat sich die Prozentzahl vom letzten Jahr auf das heurige Jahr nur geringfügig von 10,3 auf 11,2 Prozent verbessert. Ein höherer Frauenanteil ist jedoch gut für die Menschen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch gut für die Wirtschaft. Hier bleibt sehr viel Potenzial liegen. Viele Studien belegen, dass Männer und Frauen in den Top-Etagen gut sind, und zahlreiche Studien belegen auch, dass diesfalls bessere Ergebnisse in Unternehmen erzielt werden. Deshalb dürfen Führungsetagen und darf die Top-Ebene nicht länger eine frauenfreie Zone sein, und wir setzen uns dafür ein, hier entsprechende Quoten einzurichten.

Sicherlich verfolgen alle hier auch die Diskussion auf EU-Ebene. Die Zeit ist reif für eine europaweite Quote. Diese hat vielleicht nicht das beste Image und wird oft abgelehnt beziehungsweise vielleicht auch oft falsch verstanden. Nun schaue ich auch in Ihre Richtung! *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Quote heißt Anteil, das heißt, wir möchten den Frauen ihren gerechten Anteil sichern, und das in allen Bereichen, das heißt natürlich auch in den Top-Etagen und in den Führungspositionen. Die Einführung einer Quote ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit,

den wir heute für Aufsichtsräte stadtnaher Unternehmungen beschließen möchten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Erinnern wir uns zurück: Vor gut einem Jahr wurde auf Initiative von Bundesministerin Gabi Heinisch-Hosek eine Frauenquote auf Bundesebene beschlossen. Für staatsnahe Betriebe hat die Bundesregierung eine Selbstverpflichtung eingeführt, dass bis 31. Dezember 2013 25 Prozent der Aufsichtsräte Frauen sein müssen und dass bis spätestens Ende 2018 ein Anteil von 35 Prozent zu erreichen ist. Und wenn wir uns das heute, knapp ein Jahr danach, anschauen, dann können wir sagen, dass schon in der Hälfte der staatsnahen Betriebe das erste Etappenziel erreicht wurde, nämlich dass 25 Prozent Frauen im Aufsichtsrat sind. Und das bestätigt unsere Intention, auch hier in Wien etwas weiterzubringen, denn die Quote macht Tempo, sie ist eine Türöffnerin, sie öffnet Türen, die Frauen bislang versperrt waren. Die Frauenquoten beschleunigen Prozesse. Ohne Quoten hätten wir auch auf Bundesebene nicht schon vermehrt Frauen in Führungspositionen.

Aber wir müssen nicht weit weg schauen, sondern wir können auf uns selbst schauen: Die Stadt Wien selbst beweist nämlich, dass die Quote wirkt. Wir konnten erst im letzten Gleichbehandlungsbericht 2010 lesen, dass die Anzahl von Frauen in Führungsetagen seit Einführung der Quote im Jahr 1997 kontinuierlich gestiegen ist. Von 62 Magistratsabteilungen werden jetzt bereits 22 von Frauen geführt. Das entspricht einem Frauenanteil von zirka 36 Prozent, und wir haben 1997 mit 5 Prozent angefangen, das heißt, wir haben eine tolle Steigerung erreicht, die Quote wirkt. Wien beweist es.

Wir müssen hier weiter arbeiten und weiterhin ein kontinuierliches, deutliches Zeichen auch von öffentlicher Seite setzen. Wir müssen in Sachen Gleichstellungspolitik die Quote weiter etablieren und forcieren, und das tun wir heute gemeinsam mit einem rot-grünen Antrag, den ich jetzt einbringen möchte. Es geht darum, dass wir die Aufsichtsräte der staatsnahen Unternehmen auch mit einem größeren Frauenanteil bestücken möchten. Es geht darum, hier einen erfolgreichen Weg der Gleichstellungspolitik, den Wien eingeschlagen hat, fortzusetzen. Wir reißen uns bei vielen anderen Maßnahmen ein, ich nenne nur die Koppelung der öffentlichen Aufträge an die Frauenförderung, den Einkommensbericht und die Gehältertransparenz. Wir haben also schon viele Mosaiksteinchen rundherum eingebaut, und die Quote ist ein weiterer wichtiger Schritt. Deshalb bringe ich gemeinsam mit meinen KollegInnen Nurten Yilmaz, Franz Ekkamp, Christian Hursky, Anica Matzka-Dojder, Silvia Rubik, Godwin Schuster, Kurt Stürzenbecher und GenossInnen sowie auch mit Martin Margulies, Monika Vana, Martina Wurzer und FreundInnen folgenden Beschlussantrag ein:

„Der Wiener Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Mitglieder des Stadtsenats werden ersucht, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit bis Ende des Jahres 2018 der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten jener Unternehmen, die mehrheitlich im Eigentum der Stadt Wien stehen, auf zumindest 40 Prozent erhöht wird.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“

Zum Schluss möchte ich noch einen Wunsch äußern, der sich auch an die Privatwirtschaft richtet. – Wir nehmen Frauenförderung ernst. Wir gehen den ersten Schritt mit den staatsnahen Unternehmen. Es würde mich sehr freuen, wenn im Hinblick auf die EU-Diskussion, die Viviane Reding als EU-Kommissarin sehr stark trägt, auch die Wirtschaft ihren Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leistet. Auch börsennotierte Unternehmen sollten in dieser Hinsicht sozusagen einen Schritt nachziehen und den Frauenanteil in Aufsichtsräten erhöhen.

Das wären meine Aufforderung und mein Wunsch an die Wirtschaft. In diesem Sinne bitte ich einerseits um Zustimmung zum vorliegenden Akt betreffend den Verein ZARA, der wirklich gute Arbeit leistet, und um Zustimmung zum eingebrachten Antrag. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich Frau GRin Mag Wurzer das Wort erteile, einige Worte zu meinem Kollegen Mag Jung.

Ich habe mir das jetzt extra noch einmal angehört. – Sie haben da gesagt: „Herr Kollege ZARA!“ Dann haben Sie sich korrigiert und haben gesagt: „Ah, Herr Kollege Akkilić!“ Dann gab es Zurufe, und dann haben Sie gesagt: „Ja, ‚Owezara‘.“ *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja! – GR Prof Harry Kopietz: Ungeheuerlich! – GR Heinz Vettermann: Wieso können Sie dazu lachen? – GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Das ist letzklassig!)* Und für dieses Wort „Owezara“ bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf.

Nun erteile ich Frau GRin Mag Wurzer das Wort. – Bitte darum.

GRin Mag Martina **Wurzer** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Berichterstatterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den Führungsebenen österreichischer Unternehmen gilt immer noch „oben ohne“, nämlich ohne Frauen. Während europaweit immer mehr Staaten die Gleichstellung von Männern und Frauen bereits gesetzlich verankert haben, ist Österreich von der Verwirklichung tatsächlicher Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben und insbesondere in den Top-Führungsetagen noch sehr weit entfernt. Frauen sind in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen im Jahr 2013 immer noch eklatant unterrepräsentiert.

Frauen sind aber – das steht wohl außer Zweifel – wichtige Mitarbeiterinnen, Kundinnen, Lieferantinnen und müssen daher selbstverständlich entsprechend an der Unternehmensführung beteiligt und auch bei der Kontrolle von Unternehmen mitberücksichtigt werden.

Der Aufsichtsrat ist das Kontrollorgan der Geschäftsführung und trifft sehr wesentliche strategische und wirtschaftliche Entscheidungen, die für die Zukunft jedes Unternehmens entscheidend und ausschlaggebend sind. Das betrifft gleichermaßen Frauen wie Männer.

Im Aufsichtsrat werden außerdem wesentliche Personalentscheidungen wie die Bestellung oder auch die Abberufung des Vorstandes getroffen, von welchem

dann wiederum die Führungspositionen im Unternehmen besetzt werden. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates sollte daher unbedingt nicht nur auf unterschiedliche Qualifikationen, sondern auch und vor allem auf ein ausgewogenes Verhältnis beider Geschlechter geachtet werden.

Der Frauenanteil in den Verwaltungsräten der größten Börsenunternehmen anderer europäischer Länder wurde in den letzten Jahren insbesondere durch die Einführung von gesetzlichen Quotenregelungen angehoben. Zuletzt haben Frankreich und Italien gesetzliche Quotenregelungen vorgenommen. Insbesondere in diesen Ländern konnte der Anteil gesteigert werden, Österreich gehört hingegen nach wie vor zu den Ländern mit den allerschlechtesten Ergebnissen.

Im Spitzenfeld liegen Norwegen, Lettland, Finnland und auch Italien, das als letztes Land eine gesetzliche Quote eingeführt hat, und dort konnten bereits Steigerungen verzeichnet werden. Ich will das deshalb erläutern, weil man daran sieht, wie schnell und dynamisch dieses Instrument ist, um tatsächliche Vorteile zu bringen. Der Frauenanteil in Italien, wo erst kürzlich eine verbindliche Quote eingeführt wurde, wurde von 5 Prozent im Jahr 2011 auf 13 Prozent im Jahr 2012 gesteigert. Dieses Ergebnis innerhalb eines Jahres ist sehr beachtlich, und genau das würden wir uns auch erwarten, dass nämlich gesetzliche Quoten und verbindliche Regelungen in Gesetzestext gegossen werden.

Im Rahmen von alljährlichen Erhebungen, die vor allem die Arbeiterkammer vornehmen lässt, schaut man sich die Geschäftsführungen und die Aufsichtsräte der Top-200 Unternehmen in Österreich an und überprüft jedes Jahr, wie sich die Zahlen dort verändern und was sich in diesem Sinne, nämlich beim Frauenanteil sowohl in der Geschäftsführung als auch in den Aufsichtsräten tut.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Sehr geehrte Kollegin Wurzer! Wir haben den ZARA-Bericht auf der Tagesordnung.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*fortsetzend*): Ich spreche zum eingebrachten Antrag.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Sie behandeln jetzt ein ganz anderes, wenngleich ebenfalls wichtiges Thema, aber dieses gehört nicht zum Geschäftsstück. (*GR Armin Blind: Lesen Sie die Geschäftsordnung, Frau Kollegin!*)

GRin Mag Martina **Wurzer** (*fortsetzend*): Nein. So ist es. Ich werde weiterhin zu diesem Antrag sprechen. Diese Vereinbarung gilt. Das betrifft diese Geschäftsgruppe. Wir wollten das in dieser Geschäftsgruppe diskutieren, das war ein gemeinsames Anliegen der beiden Regierungsparteien, ich werde also dieses Thema gerne fortsetzen, weil ich es für sehr wichtig halte. (*GR Armin Blind: Dann machen Sie einen Tagesordnungspunkt dazu! Sie können jetzt nicht einfach dazu reden, weil sie das wollen!*)

So ist es. Doch! Ich will es, und ich werde das jetzt auch weiterhin betreiben. Ich möchte das Thema eigentlich auch gerne ausführlich und in Ruhe behandeln. Insofern bitte ich um Ruhe im Saal! (*Lebhafte Zwischen-*

rufe bei der FPÖ.) Ja, so ist es! Der Anteil von Frauen ... Ich möchte klare Zahlen zum Anteil von Frauen nennen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Nein! Entschuldigung, Frau Kollegin Wurzer! So geht es nicht! Wir haben hier ein Geschäftsstück, und auf der Tagesordnung steht die Subvention an den Verein ZARA. Sie müssen zumindest einen inhaltlichen Anknüpfungspunkt haben, um hier in dieser Breite ein sehr wichtiges Thema, wie ich zuvor schon gesagt habe, zu diskutieren. So geht das jetzt aber nicht!

GRin Mag Martina **Wurzer** (*fortsetzend*): Das ist tatsächlich im Moment eine sehr schwierige Situation.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Und ich ersuche Sie, zur Kenntnis zu nehmen ...

GRin Mag Martina **Wurzer** (*fortsetzend*): Das ist sehr schwierig gerade.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Entschuldigung! Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, wenn ich das sage.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*fortsetzend*): Ja. Ich nehme das selbstverständlich zur Kenntnis. Ich kenne allerdings auch die Vorgespräche im Vorfeld. Ich kenne die Bemühungen, den passenden Tagesordnungspunkt zu finden. Und ich finde es sehr schade, dass mir hier das Wort entzogen wird, um zu einem sehr wichtigen Antrag zu sprechen, der sowohl der roten als auch der grünen Fraktion sehr am Herzen liegt. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich beende meine Rede damit, dass die GRÜNEN selbstverständlich weiterhin für verpflichtende Quoten eintreten werden. Her mit den Quotenfrauen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie sind eine echte Quotenfrau!*)

Ich werde mir in Zukunft das Recht nehmen, zu Themen zu sprechen, die auch wirklich interessant sind. Ich möchte hier auch ansprechen, dass ich glaube, dass es den Menschen draußen sehr wurscht ist, unter welchem Tagesordnungspunkt wir welche Anträge hier diskutieren. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Nur zur Erklärung: Vorgespräche gab es nicht. Wir hätten in der Präsidialkonferenz die Möglichkeit gehabt, auch darüber so zu sprechen. Das ist nicht passiert, und ich muss mich an dem orientieren, unabhängig von welcher Partei es kommt, was ausgemacht ist. Mir gegenüber wurde in der Präsidialkonferenz in Anwesenheit aller Klubvorsitzenden und aller Klubdirektoren betreffend dieses Thema kein Wunsch geäußert, und aus diesem Grund kann ich das jetzt nicht zulassen. Tut mir sehr, sehr leid! Ich bedaure das wirklich! (*Beifall bei FPÖ, ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Blind. Ich erteile es ihm.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ich trinke jetzt einen Teil des nicht privatisierten Wassers. (*Der Redner nimmt einen Schluck aus dem auf dem Pult stehenden Wasserglas. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Schmeckt öffentliches Wasser gut?*)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehr-

ten Damen und Herren!

Die Rede der Vorrednerin war wieder ein schlagender Beweis für - sagen wir - die Gesetzestreue einer Regierungspartei. Auch die Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates ist nämlich ein Gesetz, zumindest im materiellen Sinn. Und man kann sich, sehr geehrte Frau Kollegin, eben nicht zwischen Rot und Grün ausmachen, ob man über Gesetze hinwegsieht, sondern Gesetze sind einzuhalten auf Punkt und Beistrich auch von der Grünen Fraktion! (*Beifall bei der FPÖ. – GR Siegi Lindenmayr: Sie haben es notwendig!*)

Ein bisschen Schlagfertigkeit hätte ich Ihnen zuge-
traut, natürlich außer man stellt eine reine Quotenfrau dar! Aber mit ein bisschen politischem Geschick und politischer Finesse hätte man die Kurve durchaus kratzen können, wenn es um ZARA geht. Wenn Sie einen Bezug herstellen wollen: Es ist dies zum Beispiel auch eine sehr beliebte Modekette oder auch ein weiblicher Vorname. Man hätte das also in irgendeiner Weise durchaus hinbiegen können, aber Sie haben es halt nicht geschafft, Frau Kollegin, und deshalb müssen Sie sich die Rüge des Vorsitzenden gefallen lassen. Tut mir leid!

Bevor ich dann auf den Rassismusreport weiter eingehe, möchte ich noch etwas klarstellen, und zwar von Seiten der Freiheitlichen Fraktion. Dabei sollte vielleicht auch die Grüne Fraktion ein bisschen aufpassen!

Es geht darum, was als schlimmster Fall in diesem Rassismusreport aufgezeigt wurde. – Die Freiheitliche Fraktion sowie die gesamte freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft lehnt körperliche Gewalt und Gewalt überhaupt in jeder Form strikt ab. Gewalt gegen jeden Menschen ist zu verurteilen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Wir lassen uns in diesem Zusammenhang nichts von Ihnen unterstellen. Wir sind gegen Gewalt gegen jede Person gleichermaßen, und insbesondere – das ist selbstverständlich, aber das findet sich eben in diesem Rassismusreport nicht, und das ist einer der vielen Gründe, weshalb er abzulehnen ist – auch gegen Gewalt gegen Inländer. Dieser Report ist nämlich weder wissenschaftlich noch repräsentativ, er ist von überhaupt niemandem durchleuchtbar, sondern es handelt sich hiebei um die subjektive Wahrnehmung eines Privatvereines, der uns hier als objektive Wahrheit verkauft wird. Es ist dies eine neue beziehungsweise zusätzliche Beobachtungsstelle in einem gesamten linken Netzwerk, in einer Art Spinnennetz der Gutmenschen.

Man muss im Hinblick auf diesen Report sowie auf die anderen Stellen, die Sie sich in Ihrem Biotop eingerichtet haben, sehr wohl ganz klar feststellen: Es gibt auf der obersten Ebene selbstverständlich gesetzliche Vorschriften, und ich habe es vorher auch schon gesagt: Diese sind auf Punkt und Beistrich einzuhalten! Man kann in den parlamentarischen Gremien darüber diskutieren, ob sie zu ändern sind oder nicht, aber so lange sie bestehen, sind sie einzuhalten.

Was tun Sie aber dann, wenn Ihnen diese durchaus schon sehr weitreichenden gesetzlichen Vorschriften nicht weit genug gehen? – Sie schaffen eine ganze Reihe von Beobachtungsstellen, Kommissariaten, Weisen-

gremien oder wie in diesem Fall eine Stelle wie ZARA, deren Hauptaufgabe es eigentlich ist, uns zu erklären, wie schlecht und wie böse wir Österreicher in unserem Land mit anderen Menschen umgehen.

Das ist aber aus meiner Sicht grundfalsch, denn, ehrlich gesagt, als Vertreter der österreichischen Bürger und der österreichischen Wähler, denen ich mich als Freiheitlicher in erster Linie verpflichtet fühle, werde ich sicherlich keinen Report unterstützen, der in erster Linie diese Intention trägt, meine Damen und Herren! (*GRin Nurten Yilmaz: Die Betroffenen sind auch meist Österreicher!*)

Dass das, was ich hier sage, nicht rein fiktiv ist, zeigt ja auch die politische Tendenz in diesem Report ganz offen, und Sie genieren sich ja nicht einmal dafür. Wenn man sich nämlich diesen Report zum Beispiel auf Seite 65 fortfolgende unter dem Titel „Wahlen 2013“ näher zu Gemüte führt, dann kann man feststellen, wozu sich ZARA ganz deutlich bekennt – ich zitiere wortwörtlich: „Der Stimmenanteil des rechten Lagers ergibt zusammen gerechnet zwischen 38 und 43 Prozent. Ein Ergebnis, das besorgniserregend bis alarmierend ist.“

Meine Damen und Herren! Es geht hier also nicht um Rechtsextremismus, Neofaschismus oder irgendetwas, was illegal wäre. Nein! Es reicht, dass man dem „rechten Lager“ angehört, meine Damen und Herren! – Das heißt, alles, was nicht linksextrem ist, wird mit solchen Reporten von Ihnen bekämpft und mit solchen Stellen dann auch noch unterfüttert. – Und das ist ein System, das wir striktest ablehnen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Ich komme jetzt auch ganz kurz auf die Ausführungen von Kollegin Berger-Krotsch zu sprechen, die das Thema ZARA – im Gegensatz zu Kollegin Wurzer – zumindest am Rande angesprochen hat. Frau Kollegin! Das geht ja auch aus diesem Report hervor: Uns wird immer vorgeworfen, dass wir „fremd“ mit „kriminell“ verknüpfen. Die Begriffe Asylmissbrauch und kriminelle Asylwerber werden auch auf Seite 65 wieder als Beispiel angeführt.

Im Hinblick darauf darf ich Ihnen, Herr Kollege Akkili, und auch Ihnen, Frau Kollegin Berger-Krotsch, mitteilen: Ich habe jetzt gerade auf der Homepage des österreichischen Nationalrates nachgeschaut, und fand dort in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung der Justizministerin die jüngsten vorliegenden Zahlen: 47,89 Prozent aller österreichischen Gefängnisinsassen haben keine österreichische Staatsangehörigkeit. Und ich nehme an, Sie glauben jetzt nicht, dass die österreichische Bevölkerung sich aus 47,89 Prozent Nichtstaatsangehörigen zusammensetzt! Das heißt, es gibt in diesem Bereich eine überproportionale Kriminalität, und das wird seitens der Freiheitlichen Partei angesprochen werden. (*Zwischenruf von GRin Nurten Yilmaz.*) Auch Frau Kollegin Yilmaz kann das nicht verhindern! Wir werden diese Zahlen der Bevölkerung kommunizieren.

Es kann nicht sein, dass es in einem mitteleuropäischen Land plötzlich dazu kommt, dass Privatvereine Denk- und Sprechverbote erlassen! Art 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert Rede- und Meinungsfreiheit. Und auch wenn es der grünen und

Teilen der roten Fraktion nicht passt, verhält es sich eben so, dass im Rahmen der Meinungsäußerungsfreiheit das Recht garantiert wird, auch Meinungen zu äußern, die einige als belästigend, störend, schockierend und teilweise auch als verletzend empfinden. Das muss eine gesunde Demokratie aushalten, Herr Kollege! Man kann sich nicht dauernd wie Sie ins Eck stellen und den Beleidigten spielen. Seien Sie selbstbewusst und treten Sie auch dementsprechend auf, aber kommen Sie aus diesem Jammereck heraus, denn das ist, ehrlich gesagt, teilweise unerträglich! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Immer wenn es eine Tendenz gibt, die Ihnen nicht passt, kommen dann nämlich als Unterstützung diese quasi mit Moralien überzogenen Aussagen diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen, die uns erklären, wie wir uns zu verhalten haben, und wir dürfen den ganzen Spaß auch noch finanzieren. Das können Sie von uns aber bei Weitem nicht erwarten! So masochistisch sind wir nicht! *(Zwischenruf von GRin Nurten Yilmaz.)* Nein, Frau Kollegin, ich meine nur, es ist nicht besonders realistisch, von uns zu erwarten, dass wir einen Report, in dem die FPÖ quasi als die Gefahr für die Demokratie und für jeden Ausländer per se dargestellt wird, auch noch finanzieren!

Ich komme jetzt darauf zurück, wie Sie mit der Meinungsfreiheit umgehen. Wir haben es ja gerade gesehen! Viele Aussagen, die sich da drinnen finden, sind sicherlich unschicklich. Sie sind unhöflich. Kollege Jung hat das Beispiel ... *(Zwischenruf von GR Senol Akkilic.)* Kollege Jung hat das Beispiel mit dem Parkplatz schon gebracht. Es wird bei Ihnen, sobald es sich um einen Zuwanderer oder eine Person fremder Herkunft handelt, permanent jede Konfliktsituation auf seine Ausländereigenschaft heruntergebrochen. Und das ist in Wirklichkeit rassistisch, weil Sie diese Menschen relativ eindimensional sehen! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Mit diesen Sprech- und Redeverböten, die Sie hier aufführen, hätten die Jakobiner nach der Französischen Revolution ihre Freude gehabt! Sie sind in Wirklichkeit die geistigen Erben dieser Jakobiner, wie ich jetzt einmal sagen möchte. Sie meinen, Sie haben die alleinige Wahrheit gepachtet. Und ich habe es Ihnen das letzte Mal schon gesagt: In Ihrer Gedankenwelt gibt es zwei Meinungen, Ihre eigene Meinung und die Meinung, die bekämpft werden muss, und dafür stehen wir nicht! Wir stehen für eine pluralistische, meinungsoffene Gesellschaft, und diese ist mit Ihnen nicht zu machen, sondern nur mit der FPÖ. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Zum Abschluss darf ich Ihnen noch einige Widersprüche aufzeigen, die sich in diesem Bericht finden. Nach der Vorstellung des Kollegen Akkilic ist es, wenn ich da richtig liege, Rassismus, wenn man einer Personengruppe kollektive Eigenschaften zumisst. Ich glaube, das ist Ihre Rassismusdefinition. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen ein Zitat aus diesem Rassismusreport bringen, und zwar von Frau Karin Pöllmann, ihres Zeichens offensichtlich Beamtin im Bundesamt für Ver-

fassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. – Ich zitiere sie von Seite 54: „Das sind die alltagsrassistischen, rechtsextremistischen und antisemitischen Einstellungen, die offenbar in der österreichischen Seele verankert sind.“ – Meine Damen und Herren! Wenn hier eine Eigenschaftenzuschreibung an eine Personengruppe, diesfalls eben an die Österreicher, vorgenommen wird, was ist denn das dann nach Ihrer eigener Definition, Herr Kollege Akkilic, wenn nicht Rassismus? Wenn es gegen die Österreicher geht, dann ist jedes Mittel recht, wenn es aber gegen eine Ihrer Interessengruppen geht, dann wird hier ein Aufstand gemacht, dann wird herumgeheult und von jeder Seite geschrien.

So kann es nicht sein! Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Dieser Report ist einseitig, er ist unwissenschaftlich und daher von uns abzulehnen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Mag Klaus Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich habe eine Zeit lang überlegt, ob ich mich überhaupt zu Wort melden soll, wenn es zu solchen rassistischen Entgleisungen in diesem Hause kommt, wie sie sich Kollege Jung vorher geleistet hat.

Es gibt natürlich viele Argumente, die dafür sprechen, auf so etwas nicht zu reagieren, weil man dem keine weitere Aufmerksamkeit widmen will. Allerdings bin ich der Meinung, dass es die Würde des Hauses verlangt, dass man sich auch sehr, sehr deutlich gegenüber diesen Versuchen abgrenzt und dass in diesem Haus festgestellt werden muss, dass Rassismus und rassistische Äußerungen hier nicht geduldet werden.

Es gibt natürlich verschiedene Überlegungen, wie man mit so etwas umgehen kann, wie man mit einem Abgeordneten umgeht, der sein Mandat dafür missbraucht, Menschen nicht zu respektieren, Menschen rassistisch zu diskriminieren und zu beleidigen. – Der eine Weg wäre, an die Vernunft zu appellieren. Kollege Akkilic versucht seit Beginn seines Mandates in wirklich sehr bewundernswerter Weise, so etwas wie Erziehungsarbeit für die FPÖ zu leisten. Ich weiß nicht, ob es sich in dieser oder in der nächsten Legislaturperiode ausgehen wird, damit Erfolg zu haben! Natürlich kann man das versuchen, ich bin aber relativ pessimistisch, was die FPÖ betrifft. Ich weiß aber, dass es gerade beim Umgang mit diesen Begrifflichkeiten wie dem „N...“-Wort oder auch dem Wort „Zigeuner“ nach wie vor notwendig ist, tatsächlich immer wieder zu erklären, warum diese Fremdzuschreibungen für diese Bevölkerungsgruppen beleidigend, diskriminierend und verletzend sind.

Ich weiß das, weil ich das als Jugendlicher zum Beispiel auch meinen eigenen Eltern erklären musste. Es ist tatsächlich so, dass es bis ungefähr in die 70er Jahre üblich und normal war, Wörter wie das „N...“-Wort oder auch das Wort „Zigeuner“ zu verwenden, und dass dieser Diskurs im Verlauf der Jahrhunderte ein junger Diskurs ist. Für Generationen wie die hier vorhandenen

verschiedenen Generationen sollte das im Jahr 2013 allerdings schon klar sein, aber für jene, für die es noch nicht klar ist, müssen wir uns meines Erachtens eben die Arbeit machen, das immer wieder zu erklären.

Es geht schlicht und einfach darum, zu erklären, dass Fremdzuschreibungen, wie sie früher üblich waren, in einem Kontext standen, in dem Bevölkerungsgruppen etwa in der Kolonialisierung und in Zeiten der Sklaverei durch rassistische Regime ausgebeutet wurden oder wie im Nazi-Regime behandelt wurden. Damals wurden Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel schwarze Afrikaner oder eben Roma und Sinti diskriminiert, sie waren sogar Opfer der Nazi-Verfolgung und wurden massenhaft ermordet. Es geht darum, zu zeigen, dass diese Beschreibungen mit Diskriminierung zu tun haben, und man muss erklären, warum es auch wichtig ist, die Sprache sorgsam zu behandeln, um diese Form von Rassismus zu bekämpfen.

Es ist schlicht und einfach eine Frage des Respekts, dass man begreift, dass Fremdzuschreibungen grundsätzlich schlecht sind. Es handelt sich dabei um die Frage, welche Gesellschaft wir heute wollen, und wir als Wiener Gemeinderat sollten alle gemeinsam daran interessiert sein, allen hier in Wien lebenden Bevölkerungsgruppen – und dazu gehören auch Schwarze, Menschen aus Afrika oder Menschen mit afrikanischen Vorfahren, und dazu gehören auch Roma und Sinti – mit Respekt zu begegnen und sie in einer würdevollen Weise zu bezeichnen. Das ist schlicht und einfach eine Frage des Umgangs miteinander, eine Frage, ob wir menschlich und respektvoll miteinander umgehen wollen oder nicht.

Soweit mein Appell an die Vernunft. Wir wissen, dass dieser Appell an die Vernunft dort Grenzen hat, wo die Infantilität beginnt. Psychologen bezeichnen das als „regressives Verhalten“. Dieses Verhalten zeigen meist Menschen mit Aufmerksamkeitsdefiziten in ihrer Kindheit, die diese Aufmerksamkeitsdefizite als Erwachsene wettmachen wollen, indem sie wie Kollege Jung eben regressives Verhalten an den Tag legen und sich darüber freuen, wenn sie Ordnungsrufe erhalten, die sich darüber freuen, wenn sie andere Menschen beleidigen können, die sich sogar darüber freuen, wenn man sie dafür kritisiert und an ihre Vernunft appelliert, doch etwas respektvoller zu sein. (*Zwischenruf von GR Johann Herzog.*)

Ich meine, an diesem Punkt ist es unsere Aufgabe als Vertreter und Vertreterinnen der Wiener Bevölkerung und als gewählte Mandatäre und Mandatarinnen, eine Grenze zu ziehen und auch zu sagen, was nicht geht. Man muss wirklich sagen, dass es der Würde des Hauses widerspricht, wenn man hier rassistische Begriffe verwendet. Selbst wenn man unter Umständen etwas psychologisch durch regressives Verhalten entschuldigen könnte, man kann es aber jedenfalls nicht bei Mandatären in diesem Raum entschuldigen!

Es gibt zum Beispiel ein Urteil vom 15. Juni 2000, das ist jetzt 13 Jahre her. Dieses besagt, dass jemand, der einen Schwarzen öffentlich als „Neger“ bezeichnet, ungestraft Rassist genannt werden darf. – Herr Jung! Sie sind ein Rassist, und es ist nicht akzeptabel, wenn Sie

das in diesem Hause weiterhin so betreiben! – Danke schön.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Akkilic. Sie haben noch neun Minuten

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Ich wurde schon ein paar Mal von Leuten angesprochen, die via Internet die Gemeinderatssitzungen verfolgen und die mir gesagt haben: Wieso redest du immer die FPÖ an? Die werden eh nicht besser! Sprich sie nicht an, ignoriere sie! Das ist eine Kraft, die nur auf ihre Interessen schaut und für ihr Interesse alles tun würde!

Der Meinung bin ich nicht! Welche Möglichkeit haben wir sonst, als miteinander zu sprechen? Und in welcher Form wir miteinander sprechen, macht die gesellschaftliche und politische Kultur in der Stadt aus. Sie haben in meiner bisherigen Tätigkeit keine einzige verbale Entgleisung gehört, Herr Jung! (*GR Mag Wolfgang Jung: Ach, und wenn Sie mich als Rassisten bezeichnen, dann ist das keine Entgleisung?!*)

Sie wagen es, heute zu Begriffen wie „Owezara“ – oder was weiß ich noch – zu greifen. – Das ist nicht mein Niveau! Wenn wir einander begegnen, dann wünsche ich mir, dass wir eine Begegnung auf Augenhöhe haben und dass wir in unserer Argumentation die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit in Betracht ziehen.

Sie verkennen die gesellschaftliche Entwicklung in Wien! Ich bin genau so ein Österreicher wie Sie, ja? Und es gibt mehrere solche Österreicher und Österreicherinnen wie mich, die die gesamte Gesellschaft mitgestalten. Wir sind weg von der Zuwanderungsdebatte und zu einer Debatte der gemeinsamen Gestaltung gekommen. Sie erkennen das noch immer nicht, weil Sie sich beim Erzielen von Fortschritten eben schwer tun! Wenn Sie Fortschritte erzielen und die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen würden, dann würden Sie auch nicht pauschalisieren. Und dann müssten Sie auch anerkennen, dass es ein Verdienst von allen Menschen, von uns allen, also von Immigrierten und von Nichtimmigrierten, ist, dass Wien so steht, wie es derzeit steht.

Ich vermute, Herr Jung, dass Ihre Partei auch erfolgreiche Politik betreiben würde, wenn sie sich von diesen Altlasten befreit! Ich meine die Altlasten im Sinne von Polarisierung der Gesellschaft nach Herkunft und nach religiöser Zugehörigkeit. Ihre Rhetorik ist immer: Wir sind abendländisch christlich. Wir sind die Vertreter der Österreicher und Österreicherinnen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja! – StRin Veronika Matiassek: Ja, dafür werden wir auch gewählt!*)

Entschuldigen Sie! Wir machen Politik für die Entwicklung unserer Stadt. Wir unterscheiden nicht, woher wer kommt, sondern es geht uns um das Wohlergehen aller Bürger und Bürgerinnen in dieser Stadt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Es geht uns auch um Ihr Wohlergehen! Ich glaube, es geht Ihnen nicht gut, wenn Sie nach Hause gehen und denken: Da gibt es einen Akkilic im Gemeinderat, der versucht immer, einen Zugang zu uns zu erreichen.

Was für ein historischer Fehler, dass wir diesen Zugang nicht aufgreifen! – Ich glaube, es geht Ihnen so! (*Ironische Heiterkeit bei GR Mag Günter Kasal.*) Hören Sie auf die Stimme, die Ihnen sagt: Pauschalisierung bringt gar nichts! – Das ist ganz wichtig.

Zweiter Punkt: Es gibt natürlich in der Gesellschaft Menschen, die sich verletzt fühlen, wenn man ihnen mit Begriffen begegnet, die sie nicht hören wollen. Die gibt es. Ich mag nicht als „Tschusch“ bezeichnet werden. Ich mag nicht als „Kanake“ bezeichnet werden. Ich mag auch nicht als „Kümmeltürk“ bezeichnet werden. Und ich mag etliche Sachen nicht, die vielleicht, historisch gesehen, in einer Gesellschaft keinen Fehler dargestellt haben. Die Entwicklung hat es aber mit sich gebracht, dass man Rücksicht darauf nehmen muss, dass es Menschen gibt, die sich dadurch gestört fühlen.

Wenn ich mit Jugendlichen rede, die Österreicher als „Schwabo“ – „Schwabo“, die Blondhaarigen – bezeichnen, dann sage ich auch, dass das ein Fehler ist. Was ist nämlich der Grund dahinter? – Möglicherweise ist das ein Abwehrmechanismus, weil die Menschen nicht das Gefühl haben, sich dort zu finden, wo sie sich finden wollen. Das heißt: Wenn ein Jugendlicher sagt, dass er sich dadurch entlastet fühlt und seine Last abgibt, wenn er jemanden als „Schwabo“ bezeichnet, oder damit absichtlich weh tun möchte, dann sind das falsche Motive, die wir in unserer Gesellschaft und in unserer Mitte nicht dulden dürfen.

Damit wir aber gemeinsam zu einer besseren Gesellschaft kommen können, brauchen wir gemeinsame Anstrengung, und Sie scheren immer von dieser gemeinsamen Anstrengung aus und betreiben eine Linie, gemäß welcher Sie die Ausländer zum Sündenbock erklären. Sie sprechen immer von den Ausländern und darauf folgen immer Unterstellungen von Kriminalität und so weiter und so fort. Merken Sie sich: Die Wiener Gesellschaft besteht mittlerweile zu 50 Prozent aus Menschen mit Migrationshintergrund. Und Sie müssen anerkennen, dass sich diese Gesellschaft verändert, Herr Jung!

Die wirklichen Probleme, vor denen wir stehen – und das habe ich einmal auch zu erklären versucht –, sind mir wieder bewusst geworden, als ich mich am Wochenende mit einer Familie unterhalten habe. Die Mutter ist Polin, der Vater ist Kurde, das Kind ist sieben oder acht Jahre alt und geht in die Schule. Der Bub sagt, dass er folgendes Problem hat: Die muslimisch gläubigen Kinder – manche, nicht alle – sagen zu ihm: Du gehörst nicht zu uns, weil du Gummibären isst, und in den Gummibären ist Schweinefleisch!

Dann kommen die sogenannten Einheimischen zu ihm und sagen: Du gehörst nicht zu uns, weil du einen kurdischen Vater, der kein Österreicher ist, und eine polnische Mutter hast. – Wir haben etliche solche Kinder in unseren Schulen und Kindergärten. Und wenn wir die Gesellschaft zusammenschweißen wollen, dann müssen wir auf allen Ebenen bei unseren Kindern ansetzen und sagen: Die Vielfalt unserer Gesellschaft macht uns aus, und wir müssen die Gesellschaft mit dieser Vielfalt tragen. – Aber Sie gehen mit der Gesellschaft nicht mit, Sie gehen nicht mit der modernen Politik mit! Sie sehen

nicht, wie sich die Gesellschaft durchmischt, wie wir immer näher zusammenrücken und welche Vorteile beziehungsweise Nachteile daraus resultieren.

Ich rate Ihnen in Freundschaft, wie ich jetzt einmal sagen möchte: Ziehen Sie diese Entwicklungen in Betracht! Nehmen Sie kein einziges Mal das Wort Rassismus beziehungsweise kein einziges Wort in verurteilendem Sinn in den Mund! Stellen sie sich hierher und sagen Sie: Ja, in Österreich gibt es Rassismen, aber die gehören abgelehnt!

ich bin nicht der Auffassung, die Österreicher haben eine Nazi-Seele. Das sage ich nicht. Das wäre ja Blödsinn! Das widerspricht meiner Grundeinstellung, die ich hier präsentiere. Aber es gibt in Österreich rechtsradikale Elemente, es gibt in Österreich rassistische Entgleisungen und rassistische Programme, und diese sind immer wieder in der Nähe Ihrer Partei. Überlegen Sie sich, wie Sie von dieser Last wegkommen! Das wird Ihnen gut tun und nicht schaden! – Danke fürs Zuhören. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich noch auf die Rede des Kollegen Klaus Werner-Lobo eingehen: Nach Rücksprache mit dem Ersten Vorsitzenden werde ich Ihnen, Herr Kollege, für die Bezeichnung eines Kollegen dieses Gemeinderates als „Rassist“ einen Ordnungsruf erteilen, und ich bitte Sie, den Respekt, den Sie zu Recht in diesem Haus einfordern, auch selber an den Tag zu legen.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Jung. Sie haben noch 2 Minuten 12.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich kann es kurz machen. Zunächst einmal zum „Owezara“, der als Folge von ZARA passiert ist. Sie, Herr Kollege Akkilic, haben mich aber vorher genau mit den Worten „Rassist“ und „Faschist“ und mit Kollektivbeschimpfungen gereizt, und da wurde kein Ordnungsruf ausgesprochen. „Owezara“ ist anscheinend schlimmer als „Rassist“ oder „Faschist!“ (*Zwischenruf von GR Senol Akkilic.*) – Ich gehe weiter, die Zeit habe ich jetzt nicht!

Ich höre nicht, so wie Sie, Stimmen von oben oder von irgendwo, die mir etwas einflüstern, sondern ich höre auf die Leute. Und als ich gestern Abend heimgekommen bin, habe ich eine Mail vorgefunden und dann mit dem Herrn telefoniert, einem gewissen Hassan G, den Familiennamen werde ich jetzt, um ihm keinen Schaden zu machen, nicht nennen.

Er hat gesagt: Ich habe mich vor drei Jahren an Sie gewandt, weil alle Parteien in Wien mich mit meiner Familie in Stich gelassen haben. – Er war damals seit acht Jahren österreichischer Staatsbürger, und man hat ihn sehr unfair behandelt, und ich habe ihm zu seinem Recht verholfen.

Ich hatte das schon vergessen, aber er hat gestern wieder mit mir telefoniert und hat gesagt: Ja. Sie und die Freiheitlichen waren die Einzigen, die sich um mich gekümmert haben. Und er hat sich wieder mit einem – meiner Meinung nach richtigen – Anliegen an mich gewandt, und ich werde mein Bestes tun, um ihm zu helfen.

Der Unterschied ist halt: Wir tun etwas, und Sie reden! Sie reden aber genau in die falsche Richtung, denn mit der Art und Weise, wie Sie hier auftreten, fördern Sie Fremdenfeindlichkeit, Herr Kollege Akkilic, und erreichen genau das Gegenteil von dem, was Sie wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Herr Vorsitzender! Werte Stadträtin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, nach dieser sehr hitzigen Debatte trotzdem einige sachliche Facts zu diesem Förderungsantrag des Vereins ZARA vorzubringen. Der Verein ZARA nimmt nicht nur Beratung von Opfern und ZeugInnen rassistischer Übergriffe und Antidiskriminierungsopfern vor. Vielmehr befasst sich der Verein ZARA auch – und das ist auch in diesem Förderantrag ganz deutlich ersichtlich – mit der Prävention von rassistischen Übergriffen. – Ich werde versuchen, das kurz zusammengefasst hier vorzutragen.

Der Verein ZARA hat sich durch gute Arbeit sowohl national als auch international Anerkennung erarbeitet, und diese kontroversielle Debatte zeigt, dass diese Arbeit wichtig für diese Stadt ist. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass das Thema Antirassismus und Antidiskriminierung nicht nur Inhalt dieses ZARA-Berichts ist, sondern daran erinnern, dass auch im letzten Kriminalitätsbericht des Ministeriums für Inneres an einer Statistik ganz deutlich zu sehen war, dass gerade die rassistischen Übergriffe gestiegen sind, und zwar um über 24 Prozent.

Als Berichterstatterin möchte ich jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, sachlich zu sagen, was eigentlich auf Grund dieses Förderantrags finanziert werden soll und wofür wir dieses Geld ausgeben: Einerseits wird das Geld tatsächlich für die Beratung und Betreuung von Opfern und ZeugInnen von rassistischen Übergriffen und Antidiskriminierungsopfern aufgewendet. Es gibt aber auch ein Projekt, das an zwei Berufsschulen schon seit 2009 sehr erfolgreich von ZARA betrieben wird: Dabei geht es um die Ausbildung von Jugendlichen in den Berufsschulen als Peer-Trainer. Der Verein ZARA veranstaltet mit seinen Experten und Fachleuten in diesen Schulen Antidiskriminierungs-Workshops, es werden Unterlagen für die Nachfolgediskussionen der Projekte vorbereitet, und es wird diese Arbeit an den Schulen evaluiert und dokumentiert.

Jetzt stelle ich einmal eine Frage. Sagen Sie mir bitte: Was kann dabei falsch sein, wenn wir diesen jungen Menschen – diesen Jugendlichen, die noch keine fertigen Menschen sind und noch keine entsprechende Lebenserfahrung haben und daher mit den diversen Unterschiedlichkeiten, mit anderen Religionen, mit anderen ethnischen Zugehörigkeiten und mit anderen Meinungen noch nicht umgehen können – auf professionelle Art und Weise in Workshops das Rüstzeug für die Zukunft mitgeben, wie man mit Konflikten und eben mit rassistischen Übergriffen und Antidiskriminierung umgeht?

Man bringt ihnen auch sprachlich bei, was Diskriminierung und Rassismus sind. – In diesem Zusammenhang muss ich jetzt anbringen, dass ich auch den Zuruf „Quotenfrau“ als diskriminierend empfinde.

Man kann diese jungen Menschen mit diesen Meinungen nicht allein lassen. Ich gebe Ihnen recht, Herr Jung, wenn Sie sagen, dass Sie nicht haben wollen, dass die Zugewanderten bei einer Hochzeit raufen. – Das will ich auch nicht, und das will niemand. Und es ist ganz wichtig, dass die jungen Leute in einer nicht von oben angeordneten Art und Weise nicht nur mitgeteilt bekommen, dass Rassismus und Antidiskriminierung gesetzlich verboten sind, was wir ja alle wissen, sondern dass man ihnen auf gleicher Augenhöhe das Rüstzeug für die Zukunft gibt, wie man damit umgeht. Sie sollen Antworten auf die Fragen erhalten: Wie gehe ich mit anderen Meinungen um? Wie gehe ich mit jemandem um, der eine andere Religion, eine andere Hautfarbe oder eine andere sexuelle Orientierung hat?

Der Verein ZARA ist natürlich ein Verein, der allen Diskriminierungsopfern die Türen öffnet. – Erlauben Sie mir an dieser Stelle, noch etwas aus meinem Arbeitstag anzubringen: Ich bin Vorgesetzte einer großen Gruppe von Frauen, und über 70 Prozent in der Krankenpflege vor allem im Langzeitbereich sind zugewanderte Frauen. Und ich habe im Alltag nicht nur ein Mal Frauen und Kolleginnen erlebt, die weinend zu mir gekommen sind, weil es manchmal im Team, manchmal von Seiten der Patientinnen und Patienten, manchmal von Seiten der Angehörigen einfach tief verletzende, diskriminierende und oft auch – wie ich dazusagen muss – rassistische Äußerungen gegeben hat. *(StR Mag Manfred Juraczka: Von Angehörigen?)*

Ich muss sagen, dass ich sehr froh war, als ich dann Experten gefunden habe, die mit den Mitarbeitern im Rahmen von Fortbildungen sehr intensiv mit diesem Thema umgegangen sind und das thematisiert haben: Wachstum durch Vielfalt und nicht durch Bekämpfung von Unterschiedlichkeiten.

Ich bitte Sie, diese Arbeit, die aus den angeführten Gründen für diese Stadt wirklich ganz wichtig ist, zu würdigen und diesem Förderungsantrag zuzustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Abstimmung Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit Zustimmung der Regierungsparteien und der ÖVP mehrstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag der Kollegen der SPÖ und der GRÜNEN betreffend Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten. Die sofortige Abstimmung wird beantragt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Beschlussantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Ich darf bekannt geben, dass Herr GR Wutzlhofer ab 17 Uhr entschuldigt ist.

Ich darf ganz kurz um Information bitten: Wo haben sich die Kollegen Aigner und Peschek streichen lassen, bei den Postnummern 11 und 12? – Beide bleiben auf der Rednerliste. Gut. Das ist hier falsch angemerkt.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 15 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Kulturverein Österreichischer Roma. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Baxant, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir sind zwar jetzt bei einem völlig anderen, irgendwie aber doch bei einem ähnlichen Thema. – Es geht um den Kulturverein Österreichischer Roma, und ich möchte zuerst ganz sachlich begründen, warum wir hier, so wie letztes Jahr, nicht zustimmen.

Wir stimmen schlicht und einfach nicht zu. Es geht hier nämlich um kulturelle Aktivitäten; von den 115 000 EUR, welche die MA 7 hergibt, sind jedoch 110 000 EUR Gehaltssubvention und nebbiche 5 000 EUR für den Roma-Advent und einen Ball. Das halten wir für kein vernünftiges Maß, und deswegen stimmen wir dem nicht zu!

Ich möchte kurz darauf eingehen: Laut dem Blatt, das wir dazu bekommen, gibt die MA 7 115 000 EUR her, außerdem kommen nicht näher bezeichnete weitere 1 000 EUR von einer anderen Dienststelle der Stadt Wien. Der Posten „Einnahmen und Eigenleistung“ beläuft sich auf 4 700 EUR und der Posten „Sonstige Sponsoren“ auf 1 500 EUR. Dem gegenüber – nur damit das auch klar ist – steht ein künstlerischer Personalaufwand von 5 300 EUR und kein Sachaufwand, deswegen gehe ich davon aus, dass die kulturellen Aktivitäten mit 5 300 EUR abgedeckt sind. Der Verwaltungssachaufwand beläuft sich auf 2 500 EUR und der Personalaufwand – das sind zwei Personen! – auf 112 000 EUR. Dazu kommt noch „Sonstiges“. – Somit komme ich auf 122 000 EUR.

Dann schaue ich mir die Homepage an, weil ich natürlich wissen will, wo es da weitere Partner, Unterstützer und so weiter gibt. – Auf der Homepage des Kulturvereins Österreichischer Roma findet man unter dem Punkt „Unterstützer, Freunde, Kooperationspartner“ – so heißt das, glaube ich – das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Komischerweise widerspiegelt sich das im Akt als „angesucht“. Hier werden sie als Unterstützer genannt, aber im Akt finde ich das dann nicht.

Außerdem finde ich hier die „Gipsy Music Association“ als Freund und Kooperationspartner, wie ich annehme. Es heißt hier nicht Roma Musik oder Sinti Musik, sondern Gipsy-Music. Weitere Freunde und Kooperati-

onspartner sind die „Direkthilfe Roma“, der „Kulturverein Transdanubien“, die „European Neighbours“, die Diözese Eisenstadt, der Nationalfonds der Republik Österreich, das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, der Verein „Fair & Sensibel“, das Österreichische Volksgruppenzentrum, das „Mauthausen Memorial“, das „Mauthausen Komitee Österreich“, der „ITS – Internationaler Suchdienst“, die Österreichische Beamtenversicherung, die „Egelseer Grafik“ und die Familie Batthyány. – All das sind Unterstützer, Freunde und Kooperationspartner.

Von der Stadt Wien hingegen kann man auf der Homepage nichts lesen. Die Stadt Wien, die ihnen die Gehälter zahlt, ist als Unterstützer nicht einmal genannt. – Das wollte ich nur angemerkt haben.

Beim letzten Tagesordnungspunkt ging es turbulent zu bis hin zu persönlichen Angriffen mit der Behauptung, dass mein lieber Kollege Wolfgang Jung ein Rassist sei, weil er „Owezara“ gesagt hat. – Das ist vielleicht eine völlig unsachliche Bemerkung, die einen Ordnungsruf durchaus rechtfertigt, sie ist aber nicht rassistisch.

Und ich habe mir dann, weil wir schon davon reden, die Mühe gemacht und bin schnell hinuntergegangen und habe nachgeschaut, denn man hat ja immer wieder das Problem, dass man gerne politisch korrekt sein möchte, aber nicht genau weiß, was man sagen soll.

Ich gebe zu, ich habe „Zigeuner in Österreich“ eingegeben, und da wurden diverse Homepages aufgelistet, unter anderem jene der Volkshochschule Jugend und Bildung Stadt Wien, Homepage des Internationalen Zentrums für Kulturen und Sprachen. Außerdem fand ich die „Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen“. Und dann habe ich verglichen.

Ich möchte, dass das ein bisserl logisch ist, weil ich ja nie weiß, ob man jetzt Roma oder Sinti sagen soll. Leider ist Herr Akkilic jetzt gegangen. Schade! Es wäre nämlich gut, wenn er einmal auch etwas anderes hören könnte außer sich selbst. – Beim IZKS, Internationales Zentrum für Kulturen und Sprachen, ist zu lesen: „In Österreich leben verschiedene Roma-Gruppen: Burgenland-Roma, Lovara, Kalderas, Gurbeti, Arlije und Sinti.“ – Aha. Sinti sind also vielleicht Roma! „Sie unterscheiden sich in sprachlicher und kultureller Hinsicht voneinander.“ Aber lassen wir das einmal. (*GRin Nurten Yilmaz: Du weißt doch ganz genau, was Roma und Sinti sind!*) Bitte? – Ich lese vor, was hier auf den Homepages der Volkshochschule und der Medien-Serviceestelle steht. (*GRin Nurten Yilmaz: Sag doch, was du darunter verstehst, du brauchst nicht die Homepage der Volkshochschule vorlesen!*)

Wieso denn nicht? Auf der anderen Homepage steht ... (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Ich sage es nur! Das muss man schon zugestehen. Auf der Homepage der „Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen“ steht, dass es die Roma eigentlich nicht gibt. Dort heißt es, dass sie sich zwar in einzelne Untergruppen um eine gemeinsame Sprache aufteilen. Die anderen schreiben wiederum, wie bereits zitiert: „Sie unterscheiden sich in sprachlicher und kultureller Hinsicht voneinander.“

Irgendwie weiß ich jetzt nicht genau, was ich mir

denken soll! Auf der einen Homepage des Kulturvereins Österreichischer Roma schreibt der Herr Sarközi unter „Roma-Politik in Österreich“ dass es 25 000 gibt. Auf der Homepage der „Medien-Serviceestelle“ gibt es hingegen auf einmal 40 000!

Ich will damit nur eines sagen: In Wirklichkeit wird hier mit Begriffen herumgeschmissen, wo kein Mensch eigentlich wirklich genau weiß, was er sagt. Es gibt mehr als Roma und Sinti. Vielleicht sind auch Sinti Roma, wollen es aber nicht sein, wie wir zuerst gehört haben. Es kann auch nicht so sein, dass man jetzt, weil wir politisch korrekt sind, irgendeinen Begriff verwenden muss, von dem man nicht einmal genau weiß, was er bedeutet. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Es ist anscheinend nicht wichtig!*) Schau dir diese Begriffe an und schrei nicht dazwischen. Schau dir die Begriffe an und sag mir dann, was genau was ist. (*Neuerlicher Zwischenruf von Mag Klaus Werner-Lobo.*) Nein, das ist schon wichtig, das ist sogar sehr wichtig.

Dann habe ich hier einen Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, eine unabhängige Zeitung – ich sage es nur dazu, denn in Österreich gibt es so was, glaube ich, nicht (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*) –, und unter dem Titel „Leben in Belleville“ sagt da eine Frau Lidija Mirkovic von sich selbst, sie ist halbe Zigeunerin und hat in einer Belgrader Zigeunersiedlung gelebt. – „Zigeunersiedlung“ ist nicht von mir.

Sie wird gefragt: „Sie bezeichnen sich als Zigeunerin. Deutsche meiden das Wort, weil sie Angst haben, es sei rassistisch. Darf man also noch Zigeuner sagen?“

Ihre Antwort: „Ich halte den Begriff nicht für rassistisch. Es ist eine Bezeichnung für jene Menschen, die vor etwa 1 000 Jahren Indien verlassen haben. Es wird angenommen, dass das Wort Zigeuner aus dem altgriechischen Athinganoi und dem altpersischen Ahinkar entstanden ist. Athinganoi bedeutet die Unberührbaren, Ahinkar bedeutet Schmied. Roma und Sinti ist kein sprachliches Äquivalent zum Wort Zigeuner, denn man unterscheidet vier große Zigeuner-Gruppen voneinander – neben den Sinti und Roma gibt es noch Manush in Frankreich und die Kale in Spanien. Ich plädiere dafür, den Begriff Zigeuner beizubehalten, ihn von Klischees zu befreien und ihn ins Positive zu wenden.“

Das kann ich nur voll unterstützen, denn es ist ja unbestritten, dass die Roma, Sinti, Zigeuner – wie immer Sie das jetzt sagen wollen, damit es ganz korrekt ist – auch einen wichtigen Beitrag für das kulturelle Erbe Europas geleistet haben. Das ist für mich völlig unbestritten.

Es wird – das fällt mir bei vielen Dingen auf – immer gesagt, das sind ja alles Rassisten. Ich habe eine Galerie von einem nigerianischen Freund eröffnet, und da sieht man, die anderen kommen gar nicht auf die Idee, dort hinzugehen. Ich habe es einfach gemacht, weil das einfach mein Freund ist. Ja, es gibt so etwas. Ich habe Freunde, die sind aus Nigeria, Herr Lobo, und bin auch mit einer Ausländerin verheiratet. Unglaublich! Bei meiner Partei grenzt mich keiner aus deswegen.

Diese aufgesetzte Politik von diesen bösen Rassisten, und wenn die irgendwas sagen, ist es rassistisch,

die ist eigentlich total zum Kotzen, denn wir wissen alle, dass das nicht so ist und dass wir hier mit Begriffen um uns werfen, die sich durch nichts wirklich rechtfertigen lassen.

Ich selber habe einmal Am Hof einen Bekannten gefragt: Wie darf ich zu dir sagen? Bist du ein Roma oder ein Sinti? Da sagt er: Ich bin ein Zigeuner. Das hat er mir gesagt. Und wenn er das von sich sagt, kann ich das – und ich behaupte von mir, ich sage das ohne Abwertung – auch sagen.

Ich sage diese Dinge extra nicht zum Aktenstück, sondern allgemein, weil wir uns einfach nicht verbieten lassen wollen, irgendwelche Wörter zu verwenden, weil man uns immer unterstellt, dass wir als Einzige in dieser Republik alle Wörter immer nur negativ verwenden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wien war, ist und wird immer sein eine Einwanderungsstadt, eine Durchwanderungsstadt, sozusagen eine Stadt der Migration. Das ist gut so. Das sichert uns international unter anderem den Ruf als Kulturmetropole, sichert uns aber nicht nur den Ruf, sondern ist vor allem für unseren Wirtschaftsstandort mitten in Europa unglaublich wichtig. Vielfalt sichert in Wien Wirtschaftsstandortfaktoren, aber natürlich auch Arbeitsplätze. Je mehr diese Vielfalt in Wien abgebildet wird, je mehr es für Gruppen unterschiedlichster ethnischer Zugehörigkeiten möglich ist, sich als Gruppen auch zu präsentieren, sich selbst zu finden durch Kulturarbeit, sich selbst zu definieren, umso besser ist es. Und in diesem Sinne glaube ich, dass eine Subvention auch heuer überaus notwendig ist für den in diesem Poststück genannten Verein.

Zur konkreten Beantwortung der vorhin gestellten Fragen: Natürlich ist es notwendig, dass auch Kulturarbeit und Integrationsarbeit von Menschen geleistet wird, die entsprechend entlohnt werden. Deswegen sind in diesem Poststück die Kosten für Personal natürlich auch relativ hoch. Man darf aber nicht vergessen – vor allem, wenn man weiß, wie zivilgesellschaftliche und kulturpolitische Arbeit in dieser Stadt auch abläuft –, dass natürlich eine angestellte Person sehr viel ehrenamtliche Arbeit freisetzen kann. Das ist notwendig, das ist auch erwünscht so, und ich glaube, das macht unsere Stadt zu dem, was sie ist.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung. Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig genehmigt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 16 der Tagesord-

nung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Wiener Stadtfeste. Nachdem kein Redner zu Wort gemeldet ist, kommen wir sofort zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag auf Genehmigung der Subvention zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist mit Zustimmung der ÖVP, des Herrn Dr Aigner, der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 17 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein zur Förderung der Stadtbenutzung. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist der Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir werden nicht zustimmen, erstaunlicherweise nicht zustimmen. Ich bin aber schon sehr gespannt, was da kommt. Es ist ja genau vor der Nationalratswahl, die Woche beginnt ja am 12. und geht bis 29., und es sind ja wichtige Themen wie Asyl und so. Also es wird sicher eine interessante Sache sein. Ich freue mich schon, wenn ich dann darüber reden darf. Vielleicht sind wieder so interessante Sachen dabei wie die Natursektbar und Sado-Maso-Bondage und weiß der Kuckuck, was.

Um einmal was Positives zu sagen, lieber Klaus. Irgendwie ist dieses Guerilla Gardening – ihr erinnert euch an diese Brombeerhecke – bei mir hängen geblieben, und ich habe jetzt vertrocknete Buchsbäume weggegeben und stattdessen Brombeeren gepflanzt. Das war übrigens gar nicht so schwer – wo ist der Maresch; da haben wir damals diskutiert übers Pflanzen –, die kriegt man beim Hofer zu kaufen, ganz billig eigentlich, und man setzt sie dann ein. Leider hat es dann wieder zu schneien begonnen, aber ich hoffe, dass meine Brombeeren was werden.

Also ich habe damit jetzt sozusagen auch einmal was Positives gemacht, man soll sich ja nicht nur lustig machen. Dass man in der Stadt auch Nutzpflanzen hat, ist ja grundsätzlich nicht schlecht. Jetzt habe ich am Balkon Ribiseln, Brombeeren, Himbeeren, Heidelbeeren, und ich hoffe, dass sie gedeihen. Man weiß ja nie in Krisenzeiten.

Aber Spaß beiseite: Wir stimmen natürlich nicht zu, sind aber sehr gespannt, was für Punkte kommen, und werden dann gerne darüber diskutieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet in der eigentlichen Erwartung – aber das war wieder mal ein Irrtum; wir haben oft falsche Erwartungen –, dass da jetzt was Inhaltliches kommt und ich dann auch was Inhaltli-

ches dazu sagen könnte.

Nachdem du sagst, du weißt nicht, was kommt, aber ihr stimmt nicht zu, kann ich nur sagen, ich weiß auch nicht, was kommt, es ist eigentlich was Tolles bei einem Kulturprojekt, wenn man überrascht wird, wenn man nicht weiß, was kommt, und wir stimmen zu. (*Beifall bei den GRÜNEN und von GR Siegi Lindenmayr.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Will noch jemand eine kurze Wortmeldung machen? – Das ist nicht der Fall. Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf ihr Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Änderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 22 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Abschluss eine Dreijahresvereinbarung mit dem Verein Sammlung Rotes Wien. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Baxant, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dworak. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Bekanntlich ist das Archiv die Rache des Referenten an den Politikern. Ich zitiere hier von dieser Stelle Marco Schreuder, jetzigen Bundesrat der GRÜNEN, in der 55. Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2009. Ich zitiere wörtlich: „Wir beschließen mit diesem Akt, also Sie beschließen mit diesem Akt 165 000 EUR für die Sammlung Rotes Wien. Wir haben hier in diesem Gemeinderat schon sehr viele Debatten gehabt über Finanzierungen und Subventionen an parteinahe beziehungsweise sogar parteiliche Vereine, die allesamt sozialdemokratisch dominiert sind, aber dieser Akt ist tatsächlich der unverschämteste Akt, der mir bislang in diesem Gemeinderat untergekommen ist, wenn es um Finanzierung von Parteiinteressen geht: Im Wahljahr 2010 macht die SPÖ ein Museum über sich selbst!“

Abschließend zu diesem Absatz zitiere ich nochmals: „Es ist eine ausschließliche SPÖ-Propaganda, es geht ausschließlich darum, im Wahljahr zu zeigen, wie wichtig doch die SPÖ für diese Stadt sei. Es geht hier eindeutig nur darum. Dieser Akt ist unverschämt, mit diesem Akt wird die SPÖ selbst museumsreif!“

Das, meine Damen und Herren, von einem grünen Gemeinderat, und heute, Sie wissen es, ist alles anders, denn die GRÜNEN fallen wieder um.

Dass die Sammlung Rotes Wien einen musealen Wert hat, bezweifle ich persönlich nicht, aber dass der Steuerzahler in den nächsten drei Jahren einem reinen SPÖ-Verein, in dem sicher viele honorige ehemalige SPÖ-Mandatare sitzen, 195 000 EUR zahlen soll, ist für

uns unverständlich. Die SPÖ soll diese Beträge aus ihrer eigenen Parteiförderung selbst zahlen. Das erscheint uns im Zeichen der knappen Budgets mehr als notwendig, meine Damen und Herren.

Als Alternative steht auch die Möglichkeit offen, das Archiv Sammlung Rotes Wien im Waschsalon des Karl-Marx-Hofes dem Wien Museum zu übereignen, insbesondere da im Akt der Satz enthalten ist: „In Anlehnung an die im Wiener Museumsgesetz vorgesehene Regelung behält sich die Stadt Wien vor, diese Förderung zu kürzen oder teilweise zu sperren, wenn eine Verschlechterung der finanziellen Situation der Stadt Wien eintritt.“

Sehen Sie, Sie haben schon selbst vorgesehen, dass das hier mit dem Museumsgesetz in Verbindung gebracht wird. Wenn ich denke, dass der ehemalige Stadtrat Rieder der Vorsitzende des Kuratoriums des Wien Museums ist und auch hier in diesem Verein Mitglied beziehungsweise Vorstandsmitglied ist, ist es durchaus eine schöne Personalunion, wenn Sie die Sammlung Rotes Wien gleich dem Wien Museum übereignen.

Und dass damit die GRÜNEN nochmals unglaublich geworden sind, erklärt sich durch die Rede des Kollegen Schreuder von selbst, meine Damen und Herren.

Selbstverständlich werden wir diesen Akt ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe jetzt nicht genau zugehört, Herr Kollege Dworak, war das jetzt ein Plädoyer für die Kürzung der Subvention des Stadtfestes, weil da Mandatare drinnen sind im Vorstand? Also wenn es das war, dann können wir gerne darüber reden, wenn Sie das grundsätzlich sehen.

Zu dem, dass wir zustimmen: Wir stimmen nicht nur selbstverständlich zu, sondern wir stimmen dem Verein Sammlung Rotes Wien mit ganz, ganz großer Überzeugung zu, und ich kann Ihnen auch gerne sagen, warum. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aha! Bäumchen wechsele dich!)*

Ich weiß nicht, wie es zu Beginn der Subventionierung der Sammlung Rotes Wien war, ich weiß, wie es heute ist. Ich kann Ihnen sagen, wenn Sie einmal hingehen würden – und das kann ich Ihnen sehr empfehlen –, dann würden Sie sehen, dass die Sammlung Rotes Wien im Waschsalon alles andere ist als eine Parteipropaganda für die SPÖ oder für sonst irgendjemanden. Die Sammlung Rotes Wien zeigt in ganz, ganz hervorragender Weise die Leistungen, die das Rote Wien in der Zwischenkriegszeit für diese Stadt und auch im Kampf gegen den Austrofaschismus, also Ihre Vorgänger, und gegen den Faschismus geleistet hat. Das ist ein geschichtliches Museum, das ist kein Museum der Sozialdemokratischen Partei Österreichs der heutigen Tage, die in irgendeiner Form eine Parteileistung von heute zeigen würde *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, damals haben sie was geleistet!)*, sondern es zeigt die Leistungen des Roten Wien in einer sehr, sehr prekären Situation,

nämlich umgeben von einem Land, das austrofaschistisch regiert war, das alle sozialen Leistungen, insbesondere für die Armen, insbesondere für die Arbeiterinnen und Arbeiter, zerstört hat, systematisch die Demokratie zerstört hat, das zeigt, was Wien damals dagegen gehalten hat.

Und, ja, das war das Rote Wien dieser Zeit. In 50 Jahren wird man dann vielleicht einmal die Leistungen des rot-grünen Wien zeigen *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)*, wird man zeigen, wie das rot-grüne Wien in sozialer und ökologischer Weise dagegen hält gegen das, was an Sparpaketen, an Privatisierungen und so weiter gemacht wird. Und diese Leistungen sind zu würdigen.

Und noch etwas. Ich kann Ihnen sehr empfehlen, dorthin zu gehen. Es läuft dort zum Beispiel seit Oktober und noch bis zum 2. Mai eine wunderbare Ausstellung über Jura Soyfer. Jura Soyfer hat letztes Jahr den 100. Geburtstag gefeiert. Jura Soyfer war, wie wir wissen oder wie man wissen sollte, einer der herausragendsten Kämpfer gegen den Austrofaschismus, und er wurde vom Faschismus getötet. Er war im KZ Dachau und starb im KZ Buchenwald, er war ein Kämpfer gegen den Faschismus und, ja, er war Sozialdemokrat und, ja, wie man auch weiß, er hat seine eigene Partei, die Sozialdemokratie, kritisiert und ist aus ihr ausgetreten. Eines seiner bekanntesten Werke war „So starb eine Partei“. Also niemand kann jetzt irgendwie sagen, dass Jura Soyfer jemand wäre, der hier in irgendeiner Weise hirnlose Parteipropaganda betrieben hätte, sondern im Gegenteil, er war ein kritischer Mensch, er war ein Mensch, der sogar der Sozialdemokratie der damaligen Zeit gegenüber kritisch eingestellt war.

Diese Sammlung Rotes Wien zeigt jetzt diese hervorragende Ausstellung über Jura Soyfer, die von Andrea Maria Dusl gestaltet wurde. Sie ist übrigens, soviel ich weiß – ich bin sehr gut mit ihr befreundet –, auch eine kritische Sozialdemokratin, und es ist wirklich nur empfehlenswert, dass Sie sich das anschauen und dass Sie dorthin gehen.

Wir stimmen jedenfalls mit sehr, sehr großer Freude zu. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist GR Mag Ebinger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ich möchte zunächst noch ein kurzes Wort zum letzten Tagesordnungspunkt sagen. Weil ich versucht habe, kurz zu sein, habe ich gesagt, wir stimmen dagegen, weil wir nicht wissen, was dort passiert. Wir stimmen, wie du ja vielleicht weißt, traditionell gegen diese Feste, gegen das Donauinsselfest *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Immer dagegen!)*, gegen das Stadtfest. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Immer dagegen!)* Also Margulies, du machst mir schon Spaß, also einer, der mit einer derartigen Inbrunst heute mit dem Wasser begonnen hat. Man möchte glauben, bezüglich der zwei Sitze, die der SPÖ für die Absolute fehlen: Einer ist da, der wartet schon, bis sie ihn endlich fragen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Du kannst es schon besser!)* Ich darf dich bitte erinnern, wie die Grünalternativen vor der letzten Legislaturperiode gestimmt haben: gegen das Donauin-

selfest, gegen das Stadtfest. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Gegen das Stadtfest ist aber normal!*) Das haben wir verdrängt. Beim Nestroy heißt es, „Jetzt heißt es Umdenken!“, und du bist ein Könnler, du bist wirklich ein Könnler. Wir brauchen gar keinen eigenen, der das verteidigt. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Das wollte ich nur dazu sagen. Das Stadtfest habe ich nicht extra erwähnt, die sind eh arm (GR David Ellensohn: *Warum sollen die arm sein?*), die haben nur die halbe Subvention. Dagegen haben wir natürlich trotzdem gestimmt. Ich habe ja eigentlich dir die Ehre gemacht, dein Fest zu erwähnen, weil ich mich damit ja besonders beschäftigen möchte.

Sammlung Rotes Wien. Unser Standpunkt ist auch klar: Wir haben überhaupt nichts gegen diese Ausstellung. Ich habe auch schon mehrfach gesagt, dass das seinerzeit, in der Zwischenkriegszeit, nach dem Ersten Weltkrieg, wirklich herausragende Leistungen waren, die sicher ausgestellt werden sollen. Du hast es gerade gesagt, da geht es nicht um Parteipolitik, da geht es um Historisches. Ja, aber genau deswegen sage ich, das gehört ins Wien Museum. Das ist eine klassische Aufgabe für Ausstellungen des Wien Museums. (*Beifall bei der FPÖ.* – GR Mag Klaus Werner-Lobo: *Die machen das ehrenamtlich!*) Gebt ihnen halt mehr Subvention, gebt es dorthin. Gebt ihnen den Standort Waschsalon, gar kein Problem. Man fragt sich, warum muss der Sepp Rieder dort eine große Rolle spielen, warum kann das nicht ins Wien Museum eingehen. (GR Mag Klaus Werner-Lobo: *Weil die das ehrenamtlich machen!*) Ja, aber die anderen hätten die ganze Logistik für Ausstellungen. Das würde wahrscheinlich mit dem Geld genauso funktionieren.

Ich frage mich auch, wir haben ja auch über das Architekturzentrum geredet, und da haben wir einen Dreijahresvertrag gehabt, und jedes Jahr hat eine eigene Finanzaufstellung gehabt, und jetzt für das Rote Wien im Waschsalon habe ich die 195 000 für 3 Jahre in einer Finanzaufstellung. Das heißt, das ist nur ein Mal auf der Tagesordnung in drei Jahren, außer es sind irgendwelche Zusatzausstellungen. Ich finde, das ist nicht korrekt. Man sollte auch da die Finanzierung getrennt darstellen, welche Ausgaben und Einnahmen pro Jahr hier anfallen.

Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Wie gesagt, inhaltlich gar nichts dagegen, unseren Kritikpunkt, warum wir dagegen sind, den habe ich genannt.

Aber da wir gerade von einem Arbeitermuseum reden, fällt mir die Lange Nacht der Museen und das Arbeitermuseum St Pölten ein. Dort war auch Thomas Lösch, einer der SPÖ-Mitarbeiter. Das kann man am Foto nachschauen. Und heute in der Früh lese ich wie immer, damit ich ein bisschen in Stimmung komme, Gratiszeitungen. Da nehme ich das „Österreich“ und habe genau diese Ausgabe (*Der Redner hält die Zeitung in die Höhe.*): „Kim droht USA mit Atomkrieg.“ Und die Sohyi Kim, also unsere Haubenköchin hier, sagt, er ist nur eine Marionette. Dann treffe ich unseren Klubdirektor, der kommt aus einer anderen Richtung von Wien – er kommt aus dem 13., 14., ich komme vom 4., an der Grenze zum 10. –, und da schaut der Artikel plötzlich so aus (*Der Redner hält ein zweites Exemplar der Zeitung „Öster-*

reich“ in die Höhe.), in der gleichen Tageszeitung schaut der Artikel so aus. Die Kim ist viel größer, und da steht: „SPÖ-Funktionär huldigt Nordkorea-Diktator.“ (GR Mag Wolfgang Jung: *Wieder einmal!*) Und da ist dieser Herr Thomas Lösch und einer vom Gewerkschaftlichen Linksblock, die, hier sogar in den Korea-News angekündigt, am 15. April eine Feierstunde für Kim Il Sung abhalten werden.

Das wollte ich halt noch schnell sagen, damit man auch die außenpolitischen Beziehungen der SPÖ ein bisschen beleuchtet. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Straubinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Sybille **Straubinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Ebinger, man muss nicht alles da heraußen zum Besten geben, was einem halt so irgendwie einfällt und was einem irgendwo in der Zeitung auffällt (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*), wenn es gar nichts mit dem Akt zu tun hat, über den wir da heute reden. (GR Johann Herzog: *Die Frau Wurzer hat auch nicht zu Akt gesprochen!*) Sind wir jetzt bei der Frau Wurzer oder sind wir jetzt bei der GRin Straubinger, die spricht, und beim Kollegen Ebinger? Haben Sie sich aufgeregt darüber, dass die Frau Wurzer nicht zum Akt gesprochen hat? Dann kann man sich sehr wohl auch beim Kollegen Ebinger aufregen. Ich rege mich nicht auf, ich sage nur, man muss nicht alles von sich geben, was einem irgendwann einfällt. (GR Mag Wolfgang Jung: *Wenn es bedeutungsvoll ist!*)

Zum Thema Waschsalon und Ausstellung Rotes Wien und dass man das doch in das Museum eingliedern kann. Ich meine, da gibt es engagierte Menschen, die es sich irgendwann vor Jahren sozusagen zur Aufgabe gemacht haben, hier Dinge zu sammeln, akribisch zu beschreiben, sich damit auseinanderzusetzen und ganz viel Engagement hineinzulegen. Die haben ehrenamtlich gearbeitet, die bekommen kein Geld dafür, sondern machen das in ihrer Freizeit, weil sie eine Liebe dazu haben, weil es ihnen Freude macht und weil sie das auch teilen wollen. Und jetzt sollen wir denen sagen, danke für die viele Arbeit, aber jetzt geben wir es ins Wien Museum? Noch dazu, wo der Betrag, den wir heute beschließen, bei Gott nicht hoch ist.

Und wenn du den Antrag gelesen hättest, dann könntest du dich nicht darüber beschweren, dass dort nicht genau aufgeschlüsselt ist, wie viel es pro Jahr braucht, denn dort steht genau aufgeschlüsselt, was von diesen 65 000 pro Jahr für laufende Kosten ausgegeben wird. Das sind ungefähr 40 000 EUR, die ausgegeben werden für Betriebskosten, für Reinigung, für Personalkosten im Sinne von Honoraren, für Reparaturen, für Kommunikationskosten, für Versicherungen, Öffentlichkeitsarbeit und so weiter (GR Mag Wolfgang Jung: *Wieso Personalkosten?*), und 20 000 EUR von diesen 65 000 sind für die jährlichen Sonderausstellungen geplant, und das basiert auf einem Richtwert, der sich aus den letzten Sonder-

ausstellungen ergibt. Das heißt also, es gibt eine ganz, ganz klare Aufstellung.

Die Leute arbeiten dort ehrenamtlich, vor allem die Geschäftsführer. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wieso gibt es dann Personalkosten?)* Es gibt dort Studenten, die Führungen machen, die bekommen 10 EUR Honorar. Die SPÖ-nahen Personen, über die Sie sich so aufregen, die sollen es ja nicht sein, aber die 10 EUR für Studenten, die dort Führungen machen, die wird es ja wohl geben dürfen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das sind Honorare! Und die Personalkosten? Ich habe geglaubt, die machen das ehrenamtlich!)* Ja, das ist es aber. Das sind die 10 EUR für StudentInnen. Dann gibt es die Geschäftsführung und den Vorstand, der das ehrenamtlich macht und betreibt, und dann gibt es auch noch zusätzlich PensionistInnen, die ebenfalls ehrenamtlich dort arbeiten. Also diese 10 EUR pro Stunde für Führungen von Studenten und die Reinigungskosten, das sind die Kosten für Personal. Honorarkosten für StudentInnen von 10 EUR pro Stunde für Führungen, ich meine ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Nennen Sie es, wie Sie wollen. Wenn Sie einen anderen Begriff dafür wollen, nehmen Sie einen anderen Begriff, aber das ist es.

Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich, und in diesem Vorstand ist zum Beispiel auch der Wolfgang Maderthaler drinnen, das ist der Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, und wahrscheinlich regen Sie sich deswegen so auf, weil auch Brigitte Bailer-Galanda da drinnen ist, die das DÖW, das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, leitet. Da gibt es zwei fixe Öffnungstage pro Woche, und in den letzten zwei Jahren, die es dieses Museum mittlerweile gibt, haben 10 000 Besucher dieses Museum besucht. Das sind nicht nur Wienerinnen und Wiener, sondern das sind auch ganz viele Schulklassen, und zwar nicht nur aus Österreich, sondern aus unterschiedlichsten Ländern, aus Deutschland, aus Amerika, aus Belgien, aus der Schweiz. Da gibt es auch eine Zusammenarbeit mit dem AZW, das seine Führungen über Architektur ebenfalls dort enden lässt. Das heißt, das sind ganz viele unterschiedliche Menschen, die ein Museum besuchen, das eine ganz wesentliche Periode dieser Stadt, in der sich unglaublich viel getan und verändert hat, beleuchtet.

Es ist auch eine Anlaufstelle für Menschen, die nach wie vor Material zu Hause haben, wie zum Beispiel – das ist im Akt auch beschrieben – das aus dem Nachlass von Frau Käthe Frank, die in Frankfurt lebte. Deren Tochter hat dieses Museum besucht, und als dann ihre Mutter gestorben ist, hat sie dem Museum verschiedenste Fundstücke überantwortet, die mit der ersten Arbeiterolympiade im Zusammenhang stehen, an der ihre Mutter teilgenommen hat.

Es gibt Sonderausstellungen im nächsten Jahr, etwa die, die sich zum 80. Jahrestag mit der sozialwissenschaftlichen Studie „Die Arbeitslosen vom Marienthal“ beschäftigen wird, es gibt „Kunst am Bau“ als eine Sonderausstellung, etwas, wovon wir heute wieder sprechen – wenn wir zum Beispiel über Kunst im öffentlichen Raum reden, so gab es in den 20er Jahren schon auch „Kunst am Bau“ –, oder auch „Die Sozialdemokratie und

der Erste Weltkrieg“, in der die Rolle der sozialistischen und der sozialdemokratischen Parteien in den diversen Ländern auch kritisch beleuchtet wird.

Da gibt es ein sehr engagiertes Team, da gibt es sehr viele BesucherInnen, da gibt es einen Ort, der unglaublich passend ist für dieses Museum, und einen Betrag, den wir heute beschließen, der bei Gott nicht hoch ist, sondern der dieses viele ehrenamtliche Engagement geradezu verlangt, weil das sonst gar nicht möglich wäre.

Das heißt, ich bitte um Zustimmung zu diesem Akt, denn ich glaube, das ist ein wesentlicher Teil der Geschichte der Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, daher kommen wir nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 11 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Gesellschaft für das schöpferische Spiel. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag Tanja Wehsely, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely**: Ich bitte um Zustimmung!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist GR Dr Ulm. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch hier haben wir es wieder mit einem Geschäftsstück zu tun, bei dem die GRÜNEN ein ganz anderes Abstimmungsverhalten an den Tag legen, als wir das in den Jahren vor dem Regierungseintritt feststellen konnten. Während es beim letzten Geschäftsstück die GRÜNEN noch der Mühe wert gefunden haben, diesen Schwenk zu erklären, passiert das jetzt offensichtlich beim Schwenk, was die Förderung von Jugendorganisationen betrifft, nicht mehr. Sie waren immer diejenigen, die gesagt haben: Da stimmen wir nicht zu, das ist eine versteckte Parteienfinanzierung, das wollen wir nicht, dass Organisationen wie die Junge ÖVP oder die Sozialistische Jugend oder die Roten Falken eine Förderung bekommen. Das kommt nur den Parteien zu Gute. Da sind wir dagegen. Mittlerweile dürfte sich das geändert haben. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Ich habe ja an sich grundsätzlich sogar eine Grundsympathie für die Förderung von Kinder- und Jugendorganisationen, wenn gewisse Bedingungen bei dieser Förderung eingehalten werden. In dem Fall haben Sie es, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, allerdings überzogen, weshalb wir dieser Förderung nicht zustimmen werden.

Die Kinder- und Jugendorganisationen leisten schon einen wesentlichen Beitrag in dieser Stadt. Ich kann das

sagen, komme ich doch selbst aus einer solchen Jugendorganisation. Und da dort sehr viele Ehrenamtliche tätig sind, ist das auch sicherlich ein Geld, das grundsätzlich effizienter eingesetzt wird als bei Einrichtungen der Stadt Wien, also beispielsweise bei den Jugendzentren der Stadt Wien.

Ich stelle allerdings bei diesem Akt fest, dass diese Grundsätze für die Förderung von Kinder- und Jugendorganisationen nicht so eingehalten werden, wie ich mir das vorstelle, nämlich die Grundsätze bei Gleichbehandlung der Ehrenamtlichkeit und der Selbstverwaltung. Es ist bei Jugendlichen ganz wichtig, dass sie ihre Organisationen in Eigenverwaltung und Selbstverwaltung organisieren. Das könnte man bei den Roten Falken und auch bei den Kinderfreunden sicherlich in einem anderen Ausmaß machen, etwa so, wie das bei den Kinder- und Jugendorganisationen der ÖVP beispielsweise der Fall ist. Aber mein Hauptkritikpunkt liegt sicher in der mangelnden Gleichbehandlung. Ich denke mir, dass, wenn die Junge ÖVP um so eine Förderung angesucht hätte, es diese Subvention nicht gegeben hätte.

Bei der Basisförderung wird ja das Geld noch einigermaßen gerecht zugewiesen. Bei einer Projektförderung, wie das hier der Fall ist, sehe ich das nicht. Denn wenn eine einzelne Veranstaltung so gefördert wird wie dieses Zeltlager der Roten Falken, dann hätte ich mir auch vorgestellt, dass ein solches Projekt wirklich ein Angebot für alle Kinder und Jugendlichen darstellt. Für so ein Angebot soll es auch eine außerordentliche Förderung geben. Die haben wir im Konkreten allerdings nicht. Das scheint doch eine Parteiveranstaltung zu sein. Wenn ich dem Akt entnehme, dass es hier eine Rottuch-Verleihung gibt, dann ist es sicherlich ein reines Angebot an SPÖ-Mitglieder oder an Mitglieder der Kinderfreunde und der Roten Falken.

Die grundsätzlichen Kriterien für eine gerechte Förderung, von der alle Kinder- und Jugendorganisationen in dieser Stadt etwas haben, sind hier wohl nicht erfüllt, weshalb wir dieses Geschäftsstück ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Frau Berichterstatterin! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Wie mein Vorredner bereits in die Materie eingeführt hat, geht es um eine 50 000-EUR-Förderung an die Gesellschaft für schöpferisches Spiel. Dahinter stehen die Roten Falken und die Kinderfreunde. Der Projekttitle ist bereits bezeichnend: „Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt – Kinderfreunde.“

Da erinnere ich mich noch an ein interessantes Projekt in der Bergheidengasse 4, wo eine private Unternehmerin, eine Kindergartenbetreiberin, 30 000 EUR Förderung gebraucht hätte, um den Kindergarten am Leben zu erhalten. Das wurde ihr nicht ermöglicht. Die Kinderfreunde haben den Kindergarten gekauft, schlussendlich rein aus öffentlichen Fördermitteln. In Summe hat das Ganze 168 000 EUR gekostet statt den 30 000 EUR.

Bei den Kinderfreunden ist es möglich, eine logische Schlussrechnung im Sinne des Projekttitle: „Zwei mal drei macht vier, wideewiddewitt und drei macht neune“, nämlich für den Steuerzahler. „Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt!“

Da fällt mir auch gleich ein weiteres Projekt aus dem Ausschuss ein, wo ein privater Kaufinteressent vom ASKÖ überboten wurde in der Bernoulistraße. Es wurden Sportstätten zerstört – Aerobic-, Gymnastikräume, Tennisplätze, Fitness –, um sie durch ein Ballsportzentrum zu ersetzen. In Summe hat das 2,35 Millionen EUR gekostet, „zu Gunsten“ des Steuerzahlers natürlich. Eigenmittel waren damals null bei diesem Projekt. „Zwei mal drei macht vier, widdewiddewitt und drei macht neune. Ich hab' ein Haus, ein kunterbuntes Haus“ – ich fürchte, Sie meinen das Amerlinghaus – „ein Äffchen und ein Pferd“ – da erspare ich mir den Ordnungsruf – „holla hi, holla ho, holla hoppasasa!“

Diese Subvention für die Gesellschaft für das schöpferische Spiel ist für ein rein parteipolitisch motiviertes Projekt im Ausmaß von 50 000 EUR. Es geht dabei um das Pfingstwochenende 18. bis 20. Mai. Drei Tage dauert das Projekt, es benötigt sieben Monate Vorbereitung, wie aus dem Akt ersichtlich ist, und eine Nachbereitung oder Abschlussarbeiten von noch einmal viereinhalb Monaten, was zu den Personalkosten von 17 000 EUR führt.

Aber ein anderes Beispiel noch, was an diesem Akt zu kritisieren ist. Wir kennen das bei den Kulturförderungen, Bezirksfestwochen et cetera. Bei jedem Kulturprojekt, das öffentliche Förderung erhält, und seien es nur 50 EUR, muss überall groß und breit das Wien-Logo ersichtlich gemacht werden, um die Förderung zu erhalten. Wie ist das beim gegenständlichen Projekt? Auf der SPÖ-Homepage wird das Projekt beworben. Kein Hinweis auf die Stadt Wien, nicht der kleinste. Bei den Kinderfreunden auf der Homepage: nicht der kleinste Hinweis auf die Stadt Wien. Es steht nur als Erklärung: „Preis: Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 25 EUR pro Person – Klammer: An- und Abreise, Vollverpflegung im eigenen Zelt, Programm - und ist durch die Bundes- und Landesorganisationen gestützt.“ Kein Wort, dass hier öffentliche Fördermittel im beträchtlichen Ausmaß fließen.

Das ist bei Gott nicht in Ordnung und ist auch nicht zu unterstützen. Sie machen sich die Welt, wie Sie Ihnen gefällt, aber ohne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile ihm das Wort und bitte *(da einige Gemeinderäte im Gang zwischen den Bankreihen stehen)*, ihm den Weg freizumachen. *(Heiterkeit.)*

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nichts gegen Jungscharlager, nichts gegen Pfingstlager, wenn im Rahmen des Programms zu Pfingsten eine heilige Messe gefeiert würde, hätte ich auch nichts dagegen, aber bei diesem vorliegenden Fall handelt es

sich um eine eindeutig parteipolitische Aktion. Ich habe bisher eigentlich immer auch im Ausschuss bei allen Subventionen, wenn es um die Kinderfreundekindergärten gegangen ist, zugestimmt, weil ich davon ausgehe, dass hier öffentliche Aufgaben privatisiert, aber in korrekter und objektiver Form wahrgenommen werden.

Wenn man aber jetzt auf die Homepage der Roten Falken geht, dann sieht man, dass es sich hier um einen Teil der Sozialdemokratischen Partei Österreichs handelt. Ich darf zitieren aus der Homepage der Roten Falken „Wer sind wir?“ Da wird die Gründungsgeschichte kurz dargestellt und dann wird es gleich ideologisch. „Nach wenigen Jahren jedoch wurde das dunkelste Kapitel der österreichischen Geschichte eingeläutet. Die Austrofaschisten rund um Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, Vorboten der Nationalsozialisten, wollten die Sozialdemokratie und alles, was dazugehörte, zerstören.“

Meine Damen und Herren! Dass Engelbert Dollfuß kein lupenreiner Demokrat war, ist überhaupt kein Problem – Wladimir Putin ist das wahrscheinlich auch nicht, obwohl ihn Gerhard Schröder zum lupenreinen Demokraten erklärt hat –, aber Engelbert Dollfuß war definitiv nicht der Vorbote des Nationalsozialismus, sondern das erste Opfer desselben (*Beifall bei der FPÖ.*) und hat diese Haltung auch mit seinem Leben bezahlt. Und viele von denen, die geflüchtet sind – auch das ist tragisch –, haben dieses Opfer nicht bringen müssen, der Dollfuß ist wie ein Hund im Bundeskanzleramt verblutet. Und man könnte auch die Frage stellen, wie der Titel „Sozialismus“ in den Nationalsozialismus hineinkommt, aber das will ich gar nicht näher ausführen.

Es geht dann weiter mit dem „politischen Weltbild“ der Roten Falken, deren Pflingstlager wir mit 50 000 EUR Steuergeld subventionieren sollen: „Wir sind unserer Wurzel nach in der Arbeiterbewegung verankert und bekennen uns zu den Werten der Sozialdemokratie:“ – also eine klassische Parteiorganisation – „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.“ – Ja, alles in Ordnung. – „Das bedeutet aber nicht, dass die Roten Falken dem politischen Kurs der SPÖ unkritisch folgen. Auch wenn die Sozialdemokratie unsere politische Heimat ist, so wahren wir die kritische Distanz zu den Vorgängen in der Partei, die oft von Sachzwängen geprägt und von einem zunehmenden Ideologieverlust gekennzeichnet sind. Unser Ziel ist daher nicht, Kinder“ – es geht um Kinder – „zu blindem SPÖ-Stimmvieh zu erziehen.“

Also das ist wirklich beruhigend, dass es das Ziel der Roten Falken nicht ist, Kinder zu blindem Stimmvieh der SPÖ zu erziehen. Und das steht in ihren Statuten drinnen, und dafür geben Sie Steuergeld aus, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

„Die pädagogische Organisation: Die Roten Falken sind eine außerschulische Bildungsorganisation, die basierend auf sozialistischen Grundwerten verschiedene Bildungsziele verfolgt.“ – Also nicht einmal da hat man noch den Übergang zur Sozialdemokratie mitbekommen, da ist man noch im guten alten Sozialismus. Soll sein. Wenn Eltern wissen, worauf sie sich einlassen, dann

sollen sie ihre Kinder dorthin schicken, aber bitte nicht auf Kosten des Steuerzahlers, der nicht zur Gänze sozialistisch ist, sondern auch in Wien zur Mehrheit nicht sozialistisch wählt.

Unabhängig davon heißt es, wir nehmen alle Kinder, unabhängig ihrer Herkunft, ihrer sozialen Stellung oder ihrer Religion.

Gleichzeitig darf ich zitieren aus dem Liedgut, das von den Roten Falken gesungen wird. Und das wird ja auch auf dem Pflingstlager gemacht, die Rottuch-Verleihung und so weiter. Ich möchte jetzt keine historischen Parallelen ziehen.

„Im Blauen Hemd / Ein jeder uns kennt / Wir sind die Roten Falken

Hört unseren Ruf / Hört unseren Schwur / Ihr Kinder des Proletariats.“

Und das heißt dann gleichzeitig, unabhängig ihrer Herkunft, ihrer sozialen Stellung oder ihrer Religion? Also da passt doch etwas hinten und vorne nicht zusammen, meine Damen und Herren. Dann wird die rote Fahne besungen, Zeichen der Arbeiterbewegung, und so weiter. Dass es mittlerweile schon viel mehr Angestellte als Arbeiter gibt, das wird auch ausgeblendet. Ich lasse jetzt den Rest beiseite. Ich glaube, Sie wissen, wovon ich spreche.

Am Schluss heißt es dann bei den Zielen der Roten Falken – und diese Ziele werden bei diesem Pflingstlager auch eine Rolle spielen; Pflingsten, das Fest des Heiligen Geistes; also der dürfte da offenkundig auf Dienstreise sein und nicht dabei sein –: „Gerechtigkeit und Antikapitalismus. Gerechtigkeit ist einer unserer zentralen Grundwerte. Dabei geht es um Gerechtigkeit und Fairness im Kleinen, im täglichen Zusammenleben, ebenso wie um ein gerechtes Gesellschaftssystem.“ – Das kann man unterschreiben, aber dann kommt's. „Wir verneinen, dass unser Wirtschaftssystem gerecht sein kann, das auf der Ausbeutung und Unterdrückung großer Teile der Menschheit basiert.“

Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren: Sozialdemokratie ist ein essentieller Bestandteil unseres Staates seit der Zweiter Republik, gemeinsam mit der Sozialpartnerschaft, der Gewerkschaft. Unser Gesellschaftssystem ist die soziale Marktwirtschaft. Das sind der ÖGB, die Arbeiterkammer, die Landwirtschaftskammer, die Wirtschaftskammer, das sind die politischen Parteien, die im Verfassungsbogen sind, und da sind hoffentlich wir alle ein ganz wesentlicher Teil. Wir haben gemeinsam kein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem errichtet, das der Ausbeutung des Menschen dient, meine Damen und Herren. Und das hat man auch nicht den Kindern, noch dazu im Kindesalter, so mitzugeben, weder auf einem Pflingstlager noch auf sonst einer Veranstaltung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und dann heißt es noch: „Wir kämpfen gegen Armut“ – okay – „ebenso wie wir für Umverteilung eintreten.“ Soll auch sein, unser Steuersystem ist umverteilend genug. Und am Schluss heißt es dann noch mit Rufzeichen: „Schließlich kämpfen wir für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Klassengegensätze überwunden sind!“

Meine Damen und Herren von der rot-grünen Mehr-

heit! Das ist eine Parteiveranstaltung nicht aus dem 21. Jahrhundert, das ist tief in das 19. Jahrhundert zurückgehend. Und wenn die SPÖ wirklich so eine Gesellschaft will – ich bezweifle, dass die Mehrheit der hier sitzenden Sozialdemokraten eine sozialistische Gesellschaft will, denn aus sozialistischen Gesellschaften sind die Menschen geflüchtet, da hat man die Menschen mit Stacheldraht an der Flucht hindern müssen –, wir wollen diese Gesellschaft nicht, aber wenn es Ihnen das wert ist, dann zahlen Sie es bitte aus Ihrer Parteikasse. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Peschek. Ich erteile ihm das Wort.

GR Christoph **Peschek** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde jetzt relativ effizient und knackig auf das eigentliche Geschäftsstück eingehen, allerdings muss vorab leider eine kurze Replik zu GR Aigner erfolgen. Zum Thema Austrofaschismus sei schon in Erinnerung gerufen, dass es der Austrofaschismus war, der das Parlament ausgeschaltet hat, der den Gewerkschaften und Sozialdemokratie verboten hat, der den Ständestaat eingeführt hat. Und wenn Sie schon über die Historie der Sozialdemokratie und auch über die Herkunft der Arbeiterbewegung diskutieren wollen, dann sage ich Ihnen eines schon in aller Deutlichkeit: Im Gegensatz zu manch anderen standen wir immer und stehen wir seit jeher auf der Seite der Demokratie. Das können nicht alle sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und darauf können wir auch sehr, sehr stolz sein. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Aber zu dem, was vom Gemeinderat zuvor auch angesprochen worden ist, zum Stadt-Wien-Logo. Na ja, logischerweise wird ein Stadt-Wien-Logo erst dann ersichtlich sein oder auch die Stadt Wien namentlich erwähnt werden, wenn es den entsprechenden offiziellen Beschluss gibt. Den wird es, so der Gemeinderat das beschließt, heute hoffentlich geben, und dann wird auch das Stadt-Wien-Logo dort zu finden sein. Alles andere wäre doch seltsam, wenn man dem Gemeinderat irgendwie sagt, das ist uns wurscht, ob das entschieden worden ist oder nicht. *(Zwischenruf von GR Dominik Nepp. – Amtsf StR Christian Oxonitsch: Die Diskussion würde ich mir gerne anhören, wenn das schon draufgestanden hätte!)* Stellen wir uns vor, es wäre umgekehrt gewesen, das Logo ist einfach oben, ohne dass es einen Beschluss gegeben hätte. Auch das muss man an dieser Stelle vielleicht kurz erwähnen.

Nun aber zum eigentlichen Thema. Schauen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer nehmen an diesem Pfingstzeltlager teil, tausend Jugendliche aus ganz Österreich. Dieses Zeltlager war das letzte Mal vor zwölf Jahren in Wien. Also es ist nicht so, dass das jedes Jahr wäre. Ich möchte nur auch in Erinnerung rufen, dass die Pfadfinder, deren Vorsitzender, wenn ich es richtig im Kopf habe, der ÖVP-Politiker Homole ist, 180 000 EUR

erhalten haben, und dieses Pfingstlager mit 50 000 EUR subventioniert wird. Also insofern sollte man auch der Wahrheit die Ehre geben.

Abschließend möchte ich schon eines sagen: Dieses Zeltlager, das sehr stark auf Demokratie, auf Partizipation, aber natürlich auch auf Freude setzt, ist schon etwas Tolles. Es ist auch schön, wenn so viele Jugendliche und Kinder nach Wien kommen, über tausend. Ich kann Ihnen sagen, egal, wer der Veranstalter ist, das Entscheidende ist zunächst einmal die inhaltliche Beurteilung. Und ich denke, es ist schon eine tolle Sache, wenn man mit der U-Bahn zum Zeltplatz fahren kann oder am Lagerfeuer mit einer unvergleichbaren Skyline, wie wir sie in Wien haben, sitzen darf. *(GR Mag Wolfgang Jung: Lagerfeuer? Ist das erlaubt?)*

Das ist eine gute Sache, und daher bitte ich um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Ich werde die Frau Stadträtin fragen, wie das ist mit dem Lagerfeuer!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum zweiten Mal zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Sie haben noch zwölf Minuten.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Auf das habe ich gewartet, auf das Pfadfinderlager. Das kann man mit den Roten Falken in keinsten Weise vergleichen. *(Ironische Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Nein, bei den Pfadfindern wird wirklich jeder genommen. Ich bin selber kein Pfadfinder, der Bezirksvorsteher Homole tritt dort in keinsten Weise als Politiker auf, das ist völlig überparteilich. *(Neuerliche lebhaft ironische Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ja, Sie lachen, weil Sie das selber nicht zusammenbringen, das zu trennen. Das können Sie nämlich nicht. Sie sind durch und durch rot und grün und können nichts anderes sein. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Tragen Sie jetzt wieder das Schild „ÖVP“? Morgen wieder nicht, heute schon?)*

Aber das ist wirklich ungeheuerlich, denn da geht es nicht um Sozialismus, da geht es wirklich um ein Jugendlager. Das, was Sie hier finanzieren lassen wollen, das ist Privatisierung von Steuergeld, ist eine rein parteipolitische, ideologische Veranstaltung, und das hat mit den Pfadfindern und anderen Organisationen überhaupt nichts zu tun. Die nehmen wirklich jeden, Sie nehmen nur die Kinder des Proletariats, und dieses Proletariat hätten Sie eigentlich überwinden sollen mit Ihrer Sozialpolitik. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Prof Harry Kopietz: Toni Faber war bei den Roten Falken!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely**: Nachdem man nicht politisch Stellung nehmen soll als Berichterstatterin, muss ich mich leider eines Schlusswortes entschlagen und bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichter-

statterin zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 12 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Wiener Jugendzentren. Nach meiner Auflistung ist kein Redner gemeldet. Ist das korrekt? – Ich sehe, ja. Daher kommen wir direkt zur Abstimmung. Ich

bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der SPÖ und den GRÜNEN mehrstimmig angenommen.

Heute haben wir keine nichtöffentliche Sitzung.

Damit haben wir die Tagesordnung erschöpft. Ich beende die Sitzung.

(Schluss um 17.52 Uhr.)